Lange Reihen
zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins

(1950 - 1975)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Vereinnahmt
in der Bücherkartei
Sign. U-I-b-1/17.
Kiel, den 27.12.1977 Erichsen

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel 1977

Lange Reihen

zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung

Schleswig-Holsteins

(1950 - 1975)

Auflage: 1 000

Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird

Druck und Vertrieb: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Kiel, Mühlenweg 166 (Haus 13)

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1

Fernruf: (0431) 5 11 41

Preis: 12,- DM

Vorwort

Immer wiederkehrende Anfragen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft nach langen Zeitreihen für statistische Daten veranlaßten stets zeitraubende Arbeiten, da die Zahlen in verschiedenen Quellen gesucht werden mußten. Auch erschwerten es die im Ablauf der Jahrzehnte eingetretenen Veränderungen der Erhebungsgegenstände, Begriffe und Methoden, vergleichbare Reihen zusammenzustellen und zu interpretieren. Es war daher zunächst ein Interesse des eigenen Hauses, eine Grundlage zur Beantwortung solcher Anfragen zu schaffen, ehe der Zugang zu den Quellen durch weiteren Zeitablauf noch mehr verschüttet sein würde.

Als das Konzept des Werkes vorlag, zeigte sich jedoch sein hoher dokumentarischer Wert, der es geboten sein ließ, die Schrift auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Statistische Landesamt legt hiermit einen Statistikband vor, der sich den seit 1967 erschienenen rückblickenden Sonderveröffentlichungen („Beiträge zur historischen Statistik", „Historisches Gemeindeverzeichnis" und „Das Flüchtlingsgeschehen in Schleswig-Holstein ...") an die Seite stellt. Für 62 Sachgebiete enthält er in einheitlicher Form — entweder Text und Tabelle auf einer Seite oder Text, Tabelle, Grafik und Methode auf einer Doppelseite — lange Zeitreihen.

Ihr Zeitraum umfaßt die Jahre 1950 bis 1975, also das dritte Viertel des 20. Jahrhunderts. 1950 ist häufig das Jahr, in dem nach dem 2. Weltkrieg gesicherte Aufzeichnungen der Statistik begannen. Wenn geeignete Zahlen ab 1945 oder 1948 vorlagen, wurden sie gebracht, ebenso für ein Vorkriegsjahr; wenn vor Redaktionsschluß auch schon Zahlen für 1976 zur Verfügung standen, wurden sie angeschlossen. Die Auswahl der Themen war weitgehend von dem vorhandenen Material bestimmt. Auf einige, heute stark interessierende Themen mußte aus Mangel an früheren Ermittlungen verzichtet werden. Bei der Berechnung von Einwohner-Beziehungszahlen wurden einheitlich die beim Thema „Bevölkerung" wiedergegebenen berichtigten Zahlen verwendet.

Wer Statistiken in Vorstellungen von der Wirklichkeit umzusetzen vermag, der erkennt in diesen Reihen die erste wichtige Stufe, die unser Land nach seiner Gründung im Wiederaufbau und in der Konsolidierung zurückgelegt hat. Die Schrift beschreibt eine Periode, die mit ihrem Entwicklungstempo sicherlich für das Land wie auch für die Bundesrepublik Deutschland als unwiederholbar gelten muß, eine Periode, in der das Land aus den anfangs unüberwindlich erscheinenden Nachkriegsschwierigkeiten herauswuchs und in einen Wandlungsprozeß geriet, der Schleswig-Holstein aus einer stark landwirtschaftlichen Prägung umformte zu einem Bundesland mit leistungsfähiger landwirtschaftlicher Basis, modernen mittelständischen und industriellen Unternehmen und attraktiven Fremdenverkehrsangeboten in einer weiterhin natürlich erhaltenen Landschaft.

Dr. Dieter Mohr
Direktor des Statistischen Landesamts

Inhalt

	Seite
Verwaltungseinteilung	6
Bruttoinlandsprodukt	8
Bevölkerung	10
Altersaufbau der Bevölkerung	12
Wahlen zum Landtag	14
Landesregierungen	16
Privathaushalte	17
Geborene und Gestorbene	18
Eheschließungen und Ehescheidungen	20
Die Frau in der Gesellschaft	21
Flüchtlinge	22
Ausländer	24
Ärzte und Krankenhäuser	26
Unterhaltung und Information	27
Schüler	28
Lehrer	30
Auszubildende	31
Studenten	32
Erwerbstätigkeit	34
Arbeitslose und Kurzarbeiter	35
Personal im öffentlichen Dienst	36
Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer	37
Strafverfolgung	38
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten	40
Kapitalgesellschaften	41
Konkurse und Vergleichsverfahren	42
Landwirtschaftliche Betriebe	44
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	45
Bodennutzung	46
Ernten landwirtschaftlicher Feldfrüchte	48
Gemüseanbau und Baumschulproduktion	50
Viehbestände	51
Schlachtungen und Milcherzeugung	52
Fischerei	54
Handwerk	55
Industriebetriebe	56
Ausgewählte Branchen der Industrie	58
Industrieproduktion	60
Energieverbrauch der Industrie	61
Bauhauptgewerbe	62
Wohnungen	64
Ausfuhr	66
Warenverkehr mit Berlin (West) und mit der DDR	68
Straßen	69
Kraftfahrzeuge	70
Straßenverkehrsunfälle	72
Fremdenverkehr	74
Grenzüberschreitender Reiseverkehr	76
Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal	77
Güterverkehr	78
Verdienste in Industrie und Handel	80
Preisindex der Lebenshaltung	82
Baupreise	84
Spareinlagen	86
Öffentliche Sozialleistungen	88
Öffentliche Haushalte	
Ausgabe- und Einnahmearten	90
Ausgaben nach Aufgabenbereichen	92
Steuereinnahmen	93
Steueraufkommen	94
Umsatzsteuer	96
Lohnsteuer	97
Öffentliche Verschuldung	98

Verwaltungseinteilung

Gemäß seinen kommunalen Verfassungen nach dem Kriege (Kreisordnung 1950, Gemeindeordnung 1950, Amtsordnung 1947 und ihren Änderungen) ist Schleswig-Holstein in Kreise und Gemeinden eingeteilt. Diese beiden unteren Stufen der Verwaltung gibt es in Schleswig-Holstein im Prinzip bereits seit 1867 (als Schleswig-Holstein preußisch wurde), wenn auch zunächst mit anderen gesetzlichen Grundlagen und teilweise anderen Formen. Eine Mittelinstanz (Regierungsbezirke u. ä.), wie in großen Bundesländern, ist nicht vorhanden. Als besondere Organisationsform, vor allem für die kleineren ländlichen Gemeinden, kennt Schleswig-Holstein jedoch die Einrichtung des Amtes. Die Ämter sind Verwaltungsgemeinschaften von Gemeinden mit hauptamtlichen Fachkräften. Ihr Zweck und Ziel ist es, eine größere Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten. Das Amt ist keine allgemeine Zwischeninstanz zwischen Kreis und Gemeinde; ihm fehlt die direkt gewählte politische Vertretung und die Steuerhoheit. Das Amt führt nach den Beschlüssen der Gemeinde die Selbstverwaltungsangelegenheiten der amtsangehörigen Gemeinden durch. Das Stadtrecht erhalten nur solche Gemeinden, die bestimmte strukturelle Voraussetzungen dafür erfüllen. Es gibt Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, die keine Stadt sind. Schleswig-Holsteins kleinste Stadt (Arnis) hatte 1975 nur rd. 500 Einwohner.

Die in den letzten 10 Jahren viel genannte Gebiets- und Verwaltungsreform im Bundesgebiet vollzieht sich in Schleswig-Holstein – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – behutsam und stetig, ohne eigentlichen Beginn oder ein Ende. Zwei markantere Einschnitte auf dem Wege des ständigen Bemühens um eine Straffung der Verwaltung sind deutlich zu registrieren: vor den Kommunalwahlen 1970 und 1974*. Der bedeutendere von beiden war der von 1970, der alle 3 Ebenen (Kreise, Ämter und Gemeinden) erfaßte. Die Auflösung des Kreises Flensburg-Land im Jahre 1974 war schon 1969 gesetzlich festgelegt. Die Verminderung der Zahl der Gemeinden 1974 ist ein sichtbarer Ausdruck der Bestrebungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung, vernünftige Gemeindegrößen auch bei den amtsangehörigen Gemeinden zu erreichen (siehe Leitlinien der Gebiets- und Verwaltungsstruktur vom 10. 7. 1973; ABl. S. 576). Hier stehen allerdings noch manche Wünsche offen, auch wenn man die Zwangsläufigkeit einiger Kleingemeinden (und kleiner Ämter) wegen der besonderen geographischen Gegebenheiten berücksichtigt. Die kleinere, im Jahre 1951 festzustellende entgegengesetzte Tendenz ist mehr als ein Protest auf Gemeindezusammenlegungen zu werten, die autoritär zwischen 1935 und 1939 durchgeführt worden waren.

Eine Betrachtung der Entwicklung der Ämter- und Gemeindegrößen unterstreicht den bisherigen Erfolg der Verwaltungsreform auf kommunaler Ebene, da ein Verwaltungsbezirk heute erst von einer bestimmten Größe an den Anforderungen an eine leistungsfähige, moderne Verwaltung gewachsen ist. Dabei fällt der Stand 1950 wegen der anomalen Überfüllung fast aller Gemeinden mit Flüchtlingen aus dem Rahmen. Einen geeigneteren Ausgangspunkt für die Beurteilung der Nachkriegsentwicklung in dieser Hinsicht stellt der Stand 1956 dar, an dem die große Abwanderung aus Schleswig-Holstein abgeschlossen war.
Den in den Tabellen 2 und 3 wiedergegebenen Angaben bis einschließlich 1970 liegen die Ergebnisse der Großzählungen der Bevölkerung zugrunde; die Zahlen von Ende 1975 sind Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

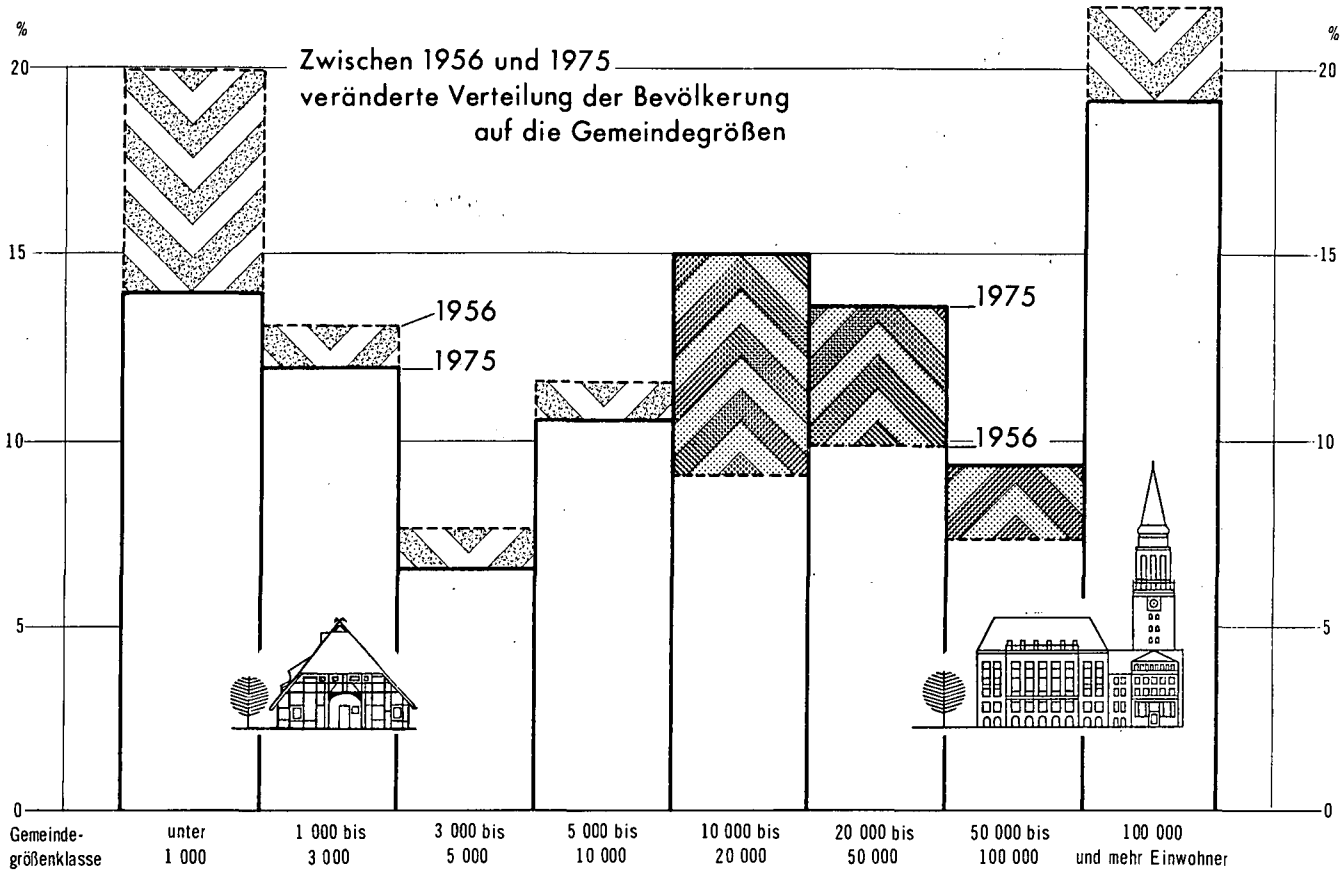
*) Gesetzliche Grundlage waren insbesondere die vier Gebietsneuordnungsgesetze vom 22.4.1969, 23.12.1969, 3.7.1973 und 15.11.1973 (GVOBl. 1969, Seiten 60 und 280; 1973, Seiten 268 und 384)

1. Zahl der kommunalen Gebietskörperschaften

Stand	Kreise		Gemeinden								
					von den Gemeinden						
					gehörten einem Amt an		waren amtsfrei (ohne Städte)	waren Städte			
								kreisangehörig		kreisfrei	zusammen
	kreisfreie Städte	(Land-) Kreise	Gemeinden insgesamt	außerdem: gemeindefreie Gebiete (Forstgutsbezirke)	Anzahl[1]	in .... Ämtern		zusammen	darunter amtsangehörig		
17. 5.1939[2]	4	17	1 379	3	.	.	.	45	.	4	49
29.10.1946[3]	4	17	1 371	3	.	.	.	45	.	4	49
13. 9.1950[3]	4	17	1 370	3[a]	1 262	224	60	47	-	4	51
31.12.1951[3]	4	17	1 391	2	1 282	224	60	47	-	4	51
31.12.1952	4	17	1 393	2	1 282	224	61	48	-	4	52
31.12.1953	4	17	1 394	2	1 280	222	63	49	-	4	53
31.12.1954	4	17	1 395	2	1 279	222	65	49	-	4	53
31.12.1955	4	17	1 396	2	1 279	222	66	49	-	4	53
25. 9.1956	4	17	1 397	2	1 280	221	66	49	-	4	53
31.12.1957	4	17	1 398	2	1 280	221	67	49	-	4	53
31.12.1958	4	17	1 398	2	1 281	221	66	49	-	4	53
31.12.1959	4	17	1 394	2	1 277	220	66	49	-	4	53
31.12.1960	4	17	1 393	2	1 277	220	64	50	-	4	54
6. 6.1961	4	17	1 393	2	1 277	220	64	50	-	4	54
31.12.1962	4	17	1 391	2	1 274	219	65	50	-	4	54
31.12.1963	4	17	1 390	2	1 272	218	66	50	-	4	54
31.12.1964	4	17	1 389	2	1 270	216	67	50	-	4	54
31.12.1965	4	17	1 387	2	1 266	216	69	50	-	4	54
31.12.1966	4	17	1 379	2	1 257	212	70	50	-	4	54
31.12.1967	4	17	1 378	2	1 255	206	70	51	-	4	55
31.12.1968	4	17	1 376	2	1 254	199	69	51	-	4	55
31.12.1969	4	17	1 363	2	1 241	196	70	51	1	4	55
27. 5.1970	4	12	1 270	2	1 162	137	55	53	2	4	57
31.12.1971	4	12	1 261	2	1 156	127	53	53	3	4	57
31.12.1972	4	12	1 256	2	1 153	125	50	54	3	4	58
31.12.1973	4	12	1 256	2	1 153	125	49	55	3	4	59
31.12.1974	4	11	1 173	2	1 073	122	45	56	3	4	60
31.12.1975	4	11	1 166	2	1 066	122	45	56	3	4	60
31.12.1976	4	11	1 157	2	1 057	122	45	56	3	4	60

1) einschließlich gemeindefreier Gebiete (Forstgutsbezirke) und amtsangehöriger Städte
2) Gebiet seit 1946 (d. h. der Gebietsaustausch mit Mecklenburg am 27.11.1945 im Kreis Hzgt. Lauenburg ist berücksichtigt)
3) ohne die Gemeinde Helgoland, die nach dem Kriege auf Befehl der Besatzungsmacht geräumt werden mußte und erst am 1. 3. 1952 wieder in deutsche Verwaltung überging

a) Auflösung des bewohnten Restforstgutsbezirks Rantzau am 1. 6. 1951 anläßlich der Neubildung der Gemeinde Heidmoor. Bei den beiden übrigen gemeindefreien Gebieten handelt es sich um die Forstgutsbezirke Buchholz (Kreis Segeberg) und Sachsenwald (Kreis Hzgt. Lauenburg), deren bewohnte Plätze verwaltungsmäßig anliegenden Gemeinden eingegliedert sind



D – 4902

2. Die Gemeinden nach ihrer Größe 1950 - 1975

Stand[1]	Gemeinden insgesamt	davon mit ... Einwohnern								
		unter 500	500 bis unter 1 000	1 000 bis unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 10 000	10 000 bis unter 20 000	20 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 und mehr
	Anzahl der Gemeinden									
13. 9. 1950	1 371[a]	506[a]	430	321	39	46	16	9	1	3
25. 9. 1956	1 397	768	331	192	44	36	14	8	2	2
6. 6. 1961	1 393	794	310	177	47	35	17	9	2	2
27. 5. 1970	1 270	656	309	182	49	38	20	11	3	2
31. 12. 1975	1 166	538	307	193	43	39	29	12	3	2
	in %									
13. 9. 1950	100	36,9	31,4	23,4	2,8	3,4	1,2	0,7	0,1	0,2
25. 9. 1956	100	55,0	23,7	13,7	3,2	2,6	1,0	0,6	0,1	0,1
6. 6. 1961	100	57,0	22,3	12,7	3,4	2,5	1,2	0,7	0,1	0,1
27. 5. 1970	100	51,7	24,3	14,3	3,9	3,0	1,6	0,9	0,2	0,2
31. 12. 1975	100	46,1	26,3	16,6	3,7	3,3	2,5	1,0	0,3	0,2

1) Der Vergleich mit einem Vorkriegsstand (1939) ist gestört, weil damals die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes der Wohnbevölkerung ihrer Garnisongemeinde zugerechnet wurden

a) einschließlich des bewohnten Restforstgutsbezirks Rantzau, der 1951 aufgelöst wurde

3. Die Ämter nach ihrer Größe 1956 - 1975

Stand	Ämter insgesamt	davon mit ... Einwohnern									
		unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 7 000	7 000 bis unter 10 000	10 000 und mehr	unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 7 000	7 000 bis unter 10 000	10 000 und mehr
		Anzahl					in %				
25. 9. 1956	221	104	81	27	8	1	47,1	36,7	12,2	3,6	0,5
6. 6. 1961	220	111	76	23	9	1	50,5	34,5	10,5	4,1	0,5
27. 5. 1970	137	16	42	40	36	3	11,7	30,7	29,2	26,3	2,2
31. 12. 1975	122	6	20	49	42	5	4,9	16,4	40,2	34,4	4,1

Bruttoinlandsprodukt

Die Größe und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ermöglichen quantitative Aussagen über die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, das im Jahre 1950 noch 3,8 Mrd. DM betrug, erreichte 1975 eine Höhe von 35,9 Mrd. DM. Das entspricht einer Steigerung um 846 %; das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen hat sich in 25 Jahren also mehr als verneunfacht. Damit wird der große wirtschaftliche Aufschwung in Schleswig-Holstein verdeutlicht.

Bei der Beurteilung dieser imponierenden Entwicklung darf allerdings nicht übersehen werden, daß es sich beim Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen um Nominalwerte handelt. Die Steigerung der mengenmäßigen Produktion ergibt dagegen nur eine reale Zunahme von 249 %. (Sie wird dadurch ermittelt, daß die erstellten Güter und erbrachten Dienstleistungen in den einzelnen Jahren jeweils mit den Preisen des Jahres 1962 bewertet werden).

Für die Entwicklung einer Volkswirtschaft sind aber die realen Zuwachsraten wesentlich aussagefähiger, denn sie geben Auskunft darüber, was gegenüber der Vorperiode zusätzlich an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet worden ist. Nur wenn die reale Zuwachsrate positiv ist, kann von wirtschaftlichem Wachstum gesprochen werden. Bei einer positiven nominalen Zuwachsrate, die kleiner ist als die Preissteigerungsrate, liegt dagegen bereits eine schrumpfende Volkswirtschaft vor, die reale Zuwachsrate ist dann negativ. Eine negative reale Zuwachsrate ergab sich in Schleswig-Holstein bisher nur in einem Jahr, und zwar 1975. Davor hat es von Jahr zu Jahr immer wirtschaftliches Wachstum gegeben.

In dem betrachteten Zeitraum von 1950 bis 1975 können an den realen Zuwachsraten deutlich Konjunkturzyklen abgelesen werden. Phasen starken wirtschaftlichen Aufschwungs folgen immer wieder Perioden der Abschwächung, wobei allerdings sowohl Auf- als auch Abschwung in den einzelnen Phasen unterschiedlich starke Ausschläge aufweisen. Begonnen wird das Auf und Ab in Schleswig-Holstein mit einem durch den Korea-Boom hervorgerufenen starken wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1951 bis 1953. Nach nur einjähriger Unterbrechung setzte sich diese Phase auf noch höherem Niveau fort und brachte 1957 mit 8,8 % die größte Wachstumsrate des gesamten betrachteten Zeitraumes. Beendet wird das Auf und Ab durch die bisher einzige negative reale Veränderungsrate im Jahre 1975. Im Trend läßt sich eine ständige Abschwächung des Wachstums verfolgen. Erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 1959 in Schleswig-Holstein um durchschnittlich jährlich 6,7 %, so waren es zwischen 1960 und 1969 noch 4,7 % und zwischen 1970 und 1975 nur noch 2,3 %.

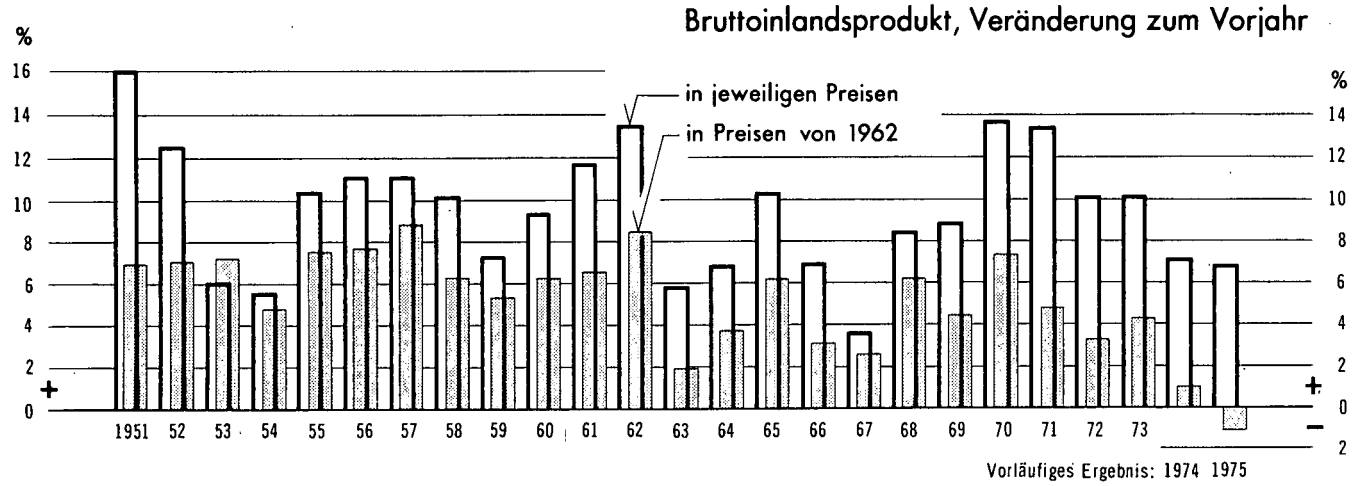
An der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Hervorgerufen wurde diese Strukturveränderung durch sehr unterschiedliche Zuwachsraten in den Wirtschaftsbereichen: die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von 1950 bis 1975 liegen zwischen 95 % in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei und 389 % im warenproduzierenden Gewerbe. Leistete die Land- und Forstwirtschaft 1950 noch einen Beitrag von 17,0 % zum realen Bruttoinlandsprodukt unseres Landes, so waren es 1975 nur noch 9,5 %. Andererseits steigerte das warenproduzierende Gewerbe in diesem Zeitraum seinen Anteil von 31,3 % auf 44,0 %. Der gesamte warenproduzierende Bereich erhöhte damit seinen Beitrag von 48,3 % auf 53,5 %, während das Gewicht des tertiären Sektors entsprechend von 51,7 % auf 46,5 % zurückging.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Schleswig-Holstein nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

Jahr	In jeweiligen Preisen						In Preisen von 1962					
	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte	insgesamt[1]	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte	insgesamt
	in Millionen DM											
1950	738	1 367	801	387	507	3 800	957	1 760	1 183	678	1 038	5 616
1951	858	1 627	924	435	565	4 409	1 110	1 906	1 235	713	1 040	6 004
1952	966	1 803	1 106	470	620	4 965	1 229	2 073	1 318	759	1 045	6 424
1953	986	1 950	1 142	513	673	5 264	1 245	2 342	1 421	805	1 068	6 881
1954	967	2 130	1 198	557	700	5 552	1 194	2 581	1 508	842	1 077	7 202
1955	965	2 453	1 336	617	758	6 129	1 133	2 952	1 625	901	1 122	7 733
1956	1 047	2 764	1 467	685	848	6 811	1 179	3 283	1 759	942	1 158	8 321
1957	1 112	3 079	1 653	765	955	7 564	1 258	3 614	1 911	1 019	1 248	9 050
1958	1 121	3 461	1 813	848	1 086	8 329	1 224	3 962	2 014	1 065	1 343	9 608
1959	1 152	3 765	1 949	959	1 100	8 925	1 258	4 178	2 166	1 159	1 342	10 103
1960	1 238	4 117	2 082	1 098	1 223	9 758	1 351	4 453	2 288	1 252	1 385	10 728
1961	1 334	4 615	2 332	1 262	1 355	10 898	1 432	4 783	2 470	1 320	1 415	11 419
1962	1 459	5 420	2 639	1 385	1 471	12 374	1 459	5 420	2 639	1 385	1 471	12 374
1963	1 533	5 577	2 837	1 536	1 616	13 098	1 446	5 472	2 719	1 450	1 520	12 607
1964	1 646	5 807	3 054	1 717	1 765	13 987	1 557	5 590	2 814	1 532	1 563	13 056
1965	1 624	6 537	3 326	1 950	1 984	15 422	1 450	6 134	3 008	1 645	1 621	13 857
1966	1 690	6 933	3 512	2 154	2 190	16 478	1 490	6 363	3 051	1 720	1 667	14 291
1967	1 709	7 069	3 622	2 377	2 291	17 068	1 609	6 417	3 119	1 812	1 693	14 650
1968	1 754	7 956	3 871	2 592	2 454	18 501	1 657	7 036	3 247	1 863	1 750	15 554
1969	1 909	8 451	4 161	3 011	2 781	20 126	1 617	7 360	3 467	2 004	1 796	16 244
1970	1 633	10 078	4 609	3 484	3 299	22 878	1 565	8 102	3 682	2 168	1 920	17 438
1971	1 671	11 272	5 075	4 320	3 862	25 935	1 599	8 469	3 764	2 449	1 976	18 257
1972	1 948	12 098	5 501	4 962	4 359	28 547	1 644	8 674	3 827	2 610	2 080	18 834
1973	2 054	13 344	5 957	5 476	4 966	31 418	1 724	9 128	3 958	2 664	2 142	19 616
1974[2]	2 289	13 685	6 382	6 049	5 624	33 650	1 916	8 929	4 044	2 712	2 187	19 789
1975[2]	2 373	13 968	7 082	6 786	6 114	35 946	1 864	8 611	4 007	2 846	2 251	19 579

1) ab 1968 um die Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionsteuer bereinigt
2) vorläufige Ergebnisse

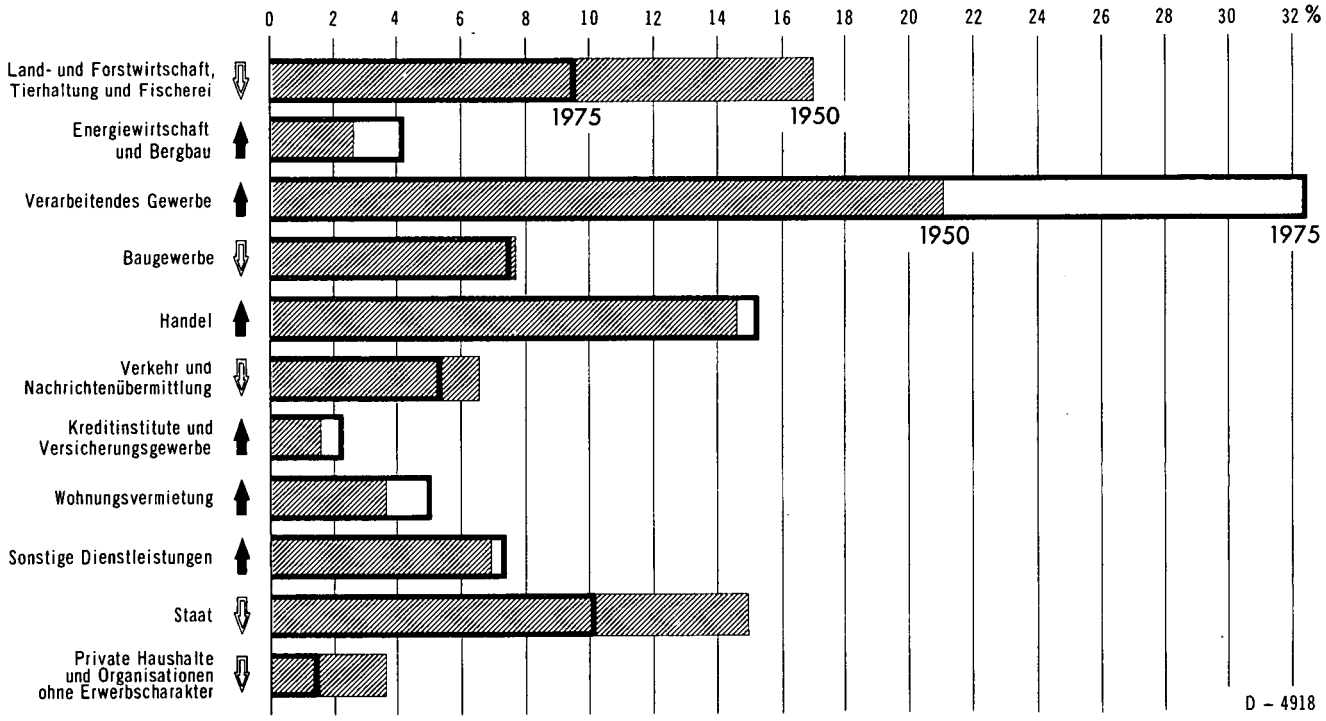
Bruttoinlandsprodukt, Veränderung zum Vorjahr



Vorläufiges Ergebnis: 1974 1975

Anteile der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt 1950 und 1975

in Preisen von 1962



Zur Methode

Das Inlandsprodukt bezieht sich auf die von inländischen Wirtschaftseinheiten erzeugten Güter und Dienstleistungen, mißt also sozusagen die wirtschaftliche Aktivität einer Region, hier des Landes Schleswig-Holstein. Das Sozialprodukt bezieht sich dagegen auf Inländer und mißt die wirtschaftliche Aktivität einer Personengruppe, hier der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins. Der Unterschied zwischen beiden Werten besteht im Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Schleswig-Holsteiner außerhalb Schleswig-Holsteins und Nicht-Schleswig-Holsteiner in unserem Lande erzielen. Ein Schleswig-Holsteiner, der in Hamburg arbeitet, trägt also beispielsweise mit seiner Arbeitsleistung in Schleswig-Holstein zum Sozialprodukt bei, nicht aber zum Inlandsprodukt; dagegen trägt er aber in Hamburg zum dortigen Inlandsprodukt, nicht aber zum Sozialprodukt bei.

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ergibt sich als Saldo von Bruttoinlandswerten (Summe aus wirtschaftlichen Umsätzen, Veränderungen der Vorräte an Halb- und Fertigwaren und Herstellungswerten der selbsterstellten Anlagen) und Vorleistungen. Darin enthalten ist auch derjenige Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, der zum Ersatz der reproduzierbaren Güter des Anlagevermögens dient, die Abschreibungen.

Anzumerken ist, daß die Angaben in absoluten Werten für die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen gegenüber der Gesamtgröße ab 1968 etwas überhöht ausgewiesen sind. Der Mehrbetrag bei der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen besteht aus der Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionsteuer nach § 30 des Umsatzsteuergesetzes.

In mehrjährigen Abständen finden umfassende Revisionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen statt, hauptsächlich mit dem Ziel, Unterlagen aus den nur in größeren Abständen durchgeführten Statistiken in die Berechnungen einzuarbeiten. Jetzt wird gerade die Revision 1977 für die Jahre 1960 bis 1976 durchgeführt, so daß die hier vorgelegten Werte ab 1960 in Kürze durch andere ersetzt werden, die wiederum nicht mehr mit den Ergebnissen von 1950 bis 1959 vergleichbar sind. Für den langen Zeitraum von 1950 bis 1975 sind dies also die letzten vergleichbaren Werte.

Bevölkerung

Die Entwicklung Schleswig-Holsteins im Zeitraum 1950 – 1975, der dieser Schrift in der Regel zugrunde liegt, läßt sich nicht getrennt von den ihm vorangehenden zehn Jahren betrachten. 1950 lag mitten in einer Phase ungewöhnlicher Bevölkerungsbewegung, die ungefähr 1944 begann und sich bis über die Mitte der fünfziger Jahre fortsetzte.

1939, vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges, hatte Schleswig-Holstein rund 1,6 Millionen Einwohner. Der Ausgang des Krieges hat das Land beeinflußt wie vielleicht wenige Ereignisse davor. Im wesentlichen innerhalb zweier Jahre, 1945 und 1946, strömten eine Million ost- und mitteldeutscher Flüchtlinge und Vertriebener ins Land. Anfang 1949 erreichte der Bevölkerungsstand infolge dieser Zuwanderung seinen Höhepunkt. Alle Aufgenommenen im Lande einzugliedern, fehlten die Voraussetzungen. So wanderte ein Teil der Zugezogenen, aber auch der einheimischen Bevölkerung – verstärkt ab 1949 –, in andere, nicht derart mit Flüchtlingen überbelegte Bundesländer ab. Dies geschah aus freiem Antrieb oder im Rahmen der staatlich gelenkten Umsiedlung. Dieser zweite Abschnitt des großen Wanderungsgeschehens nach dem Weltkrieg kam 1956 zu einem gewissen Abschluß. Er bedeutete einen Rückgang des Bevölkerungsstandes von 2,65 Millionen Anfang 1949 auf 2,25 Millionen gegen Ende 1956.

Nach 1956 setzte eine ruhigere Entwicklung ein. Die Bevölkerung nahm wieder zu. Daran war zwar auch ein Wanderungsgewinn beteiligt (besonders durch Zuzüge aus Hamburg und aus dem Ausland); der wesentliche Grund der Bevölkerungszunahme waren jedoch bis gegen Ende der sechziger Jahre kräftige Geburtenüberschüsse. 1972 trat zum ersten Mal wieder ein Geburtendefizit auf. Es konnte sich aber erst 1975 so stark auswirken, daß der Bevölkerungsstand sank. Ende 1976 lebten in Schleswig-Holstein 2,58 Millionen Einwohner, nicht viel weniger als Anfang 1949, dem Jahr mit dem bisherigen Höchststand.

Stand (Volkszählung)	Fläche ha *	Wohnbevölkerung			Frauen je 100 Männer	Bevölkerungsdichte Einwohner je km²	Veränderung des Bevölkerungsstandes gegenüber der vorangegangenen Zählung durch	
		männlich	weiblich	insgesamt			Geborenenüberschuß (+) oder Gestorbenenüberschuß (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-) 1)
17. 5.1939	1 568 200	816 687	772 292	1 588 979	95	101	.	.
29.10.1946 2)3)	1 565 800	1 171 983	1 418 227	2 590 210	121	165	s - 17 000[a]	s + 1 018 000
13. 9.1950	1 566 800	1 210 466	1 384 182	2 594 648	114	166	s + 68 800	s - 64 400
25. 9.1956 4)	1 568 000	1 046 911	1 205 162	2 252 073	115	144	+ 58 114	- 400 689
6. 6.1961	1 565 700	1 093 869	1 223 572	2 317 441	112	148	+ 43 841	+ 21 527
27. 5.1970	1 567 600	1 187 730	1 306 374	2 494 104	110	159	+ 119 015	+ 57 648

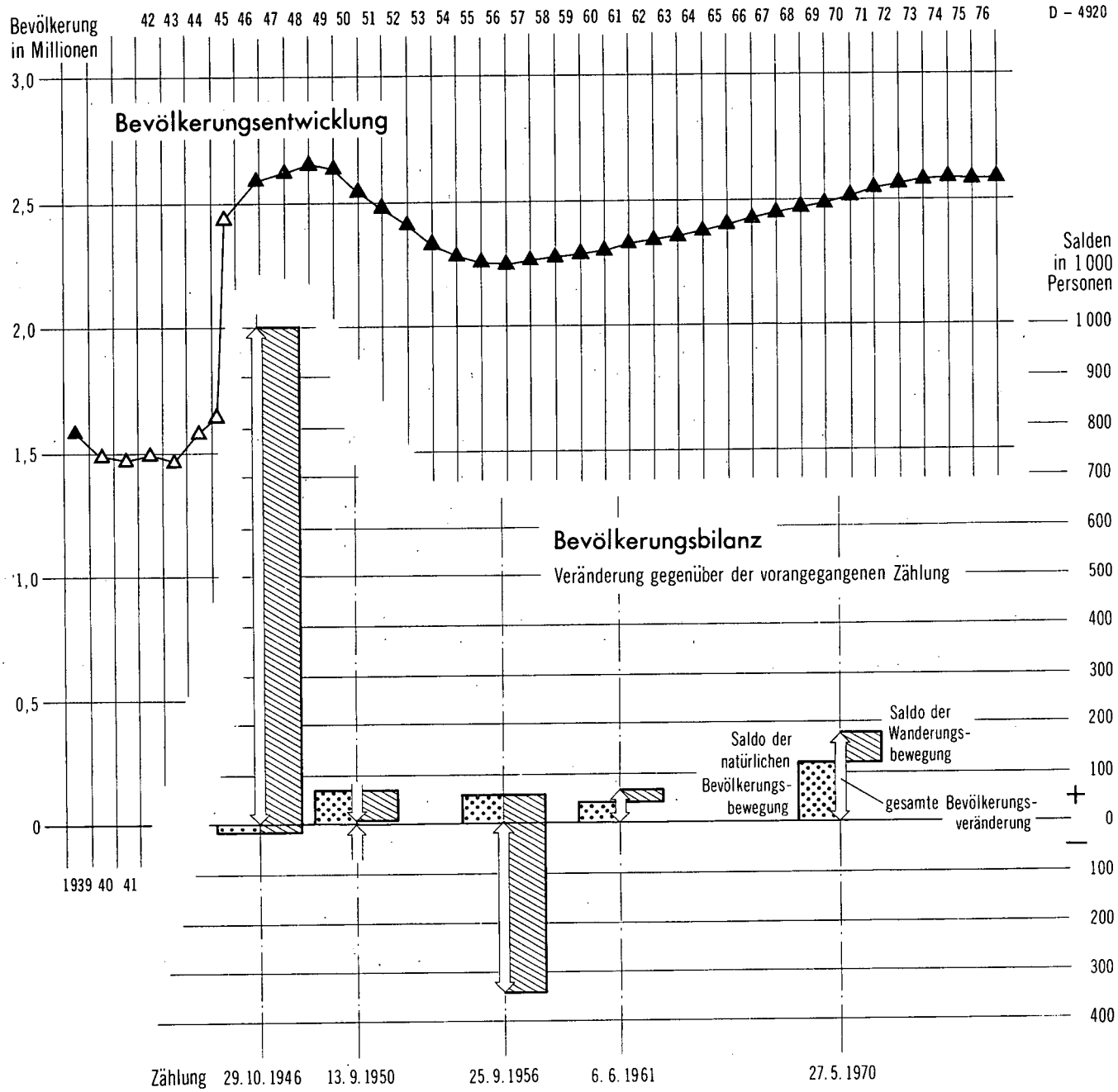
*) Einzige administrative Gebietsänderung siehe Fußnote 3). Übrige Flächenveränderungen durch Neuvermessungen, Landgewinnung und -abspülungen
1) durch Differenzbildung errechnete Werte
2) einschließlich Dienstgruppenangehörige in Lagern
3) Gebietsaustausch mit der sowjetischen Besatzungszone beim Kreis Hzgt. Lauenburg am 27. 11. 1945. Saldo für Schleswig-Holstein: Fläche -2 213 ha, Bevölkerung - 355 (VZ 1939 = - 305)
4) Wohnungszählung
a) geschätzt unter Berücksichtigung der Kriegsverluste und methodischer Besonderheiten des Zahlenmaterials

Jahr	Wohnbevölkerung			
	Ergebnisse der Fortschreibung		Geschätzte und von Fortschreibungsfehlern bereinigte Zahlen 1)	
	Jahresdurchschnitt	31. 12.	Jahresdurchschnitt	31. 12.
1948	.	.	2 640 600	2 654 300
1949	.	.	2 646 500	2 634 400
1950	2 594 648[a]	2 558 282	2 597 700	2 543 200
1951	2 521 080	2 486 779	2 504 900	2 469 400
1952	2 457 829	2 424 978	2 439 300	2 405 100
1953	2 385 073	2 344 743	2 365 100	2 324 900
1954	2 325 200	2 303 530	2 305 200	2 283 700
1955	2 290 285	2 277 340	2 270 500	2 257 500
1956	2 252 691	2 251 433	2 252 700	2 251 100
1957	2 258 094	2 264 346	2 257 300	2 262 800
1958	2 268 655	2 275 802	2 266 800	2 273 000
1959	2 284 390	2 289 894	2 280 700	2 285 800
1960	2 299 252	2 309 409	2 294 500	2 304 100
1961	2 317 441[a]	2 329 247	2 317 400	2 324 500

Jahr	Wohnbevölkerung			
	Ergebnisse der Fortschreibung		Geschätzte und von Fortschreibungsfehlern bereinigte Zahlen 1)	
	Jahresdurchschnitt	31. 12.	Jahresdurchschnitt	31. 12.
1962	2 341 212	2 351 315	2 332 600	2 338 500
1963	2 363 894	2 375 783	2 347 100	2 354 900
1964	2 391 977	2 405 547	2 366 900	2 376 600
1965	2 422 803	2 438 829	2 389 500	2 401 700
1966	2 457 496	2 472 526	2 415 900	2 427 300
1967	2 487 488	2 499 730	2 437 700	2 446 500
1968	2 514 654	2 528 733	2 456 600	2 467 400
1969	2 544 825	2 557 245	2 478 500	2 487 800
1970	2 494 104[a]	2 510 608	noch unbekannt (Etwaige Bereinigung erst mit dem Ergebnis der nächsten Volkszählung möglich)	
1971	2 529 473	2 543 236		
1972	2 554 095	2 563 775		
1973	2 573 383	2 579 598		
1974	2 582 627	2 584 343		
1975	2 583 758	2 582 412		
1976	2 583 409	2 582 718		

1) für 1961 - 1969 wurden die für die Berechnung von Beziehungszahlen bei den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrundezulegenden Bevölkerungszahlen als Jahresdurchschnittszahlen verwendet

a) Volkszählungsergebnis



Zur Methode

Der Einwohnerzahl liegt der Begriff der Wohnbevölkerung zugrunde. Danach gehören Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befindet. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft werden der Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder erwerbstätig sind noch sich in der Ausbildung befinden, ist diejenige Wohnung maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhalten. Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung bleiben der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugerechnet. Zur Wohnbevölkerung gehören auch Ausländer. Mit der Wohnbevölkerung wird jede Person nur einmal gezählt.

Wegen des damit verbundenen Aufwandes wird die Wohnbevölkerung nur etwa alle zehn Jahre durch eine Volkszählung ermittelt. Dazwischen wird die Bevölkerungszahl fortgeschrieben: Vom Bestand der letzten Volkszählung ausgehend, werden die für einen bestimmten Zeitraum ermittelten Lebendgeburten und Zuzüge hinzu- und die Sterbefälle und Fortzüge abgerechnet.

Trotz dieser theoretisch einfachen Methode hat die Fortschreibung Mängel, die um so nachteiliger in Erscheinung treten, je weiter der Ausgangspunkt der Volkszählung zurückliegt. Die schwache Komponente der Fortschreibung ist die Wanderungsbewegung, und zwar besonders die Fortzüge. Die Fehlerquelle liegt hauptsächlich in der unzureichenden Beachtung der Meldevorschriften. Die Fortschreibung ist so gut wie die Registrierung der ihr zugrundeliegenden Wanderungsvorgänge. Der Fehler läßt sich für den Zeitraum zwischen den Volkszählungen durch Differenzbildung feststellen, weil das standesamtliche Meldewesen die ordnungsgemäße Erfassung aller Geburten und Sterbefälle gewährleistet. Allerdings geht ein Teil der Differenzen auch zu Lasten der Volkszählung, der eine gewisse Tendenz zur Untererfassung innewohnt. Die durch Fortschreibung des Bevölkerungsstandes gewonnenen Bevölkerungszahlen liegen deshalb am Stichtag der nächsten Volkszählung über den Ergebnissen dieser Zählung. Um den aus statistischen Gründen eingetretenen Bruch in der Zahlenreihe zu korrigieren, werden die Bevölkerungszahlen der Fortschreibung berichtigt.

Altersaufbau der Bevölkerung

Als Ergebnis historischer Ereignisse und Erfahrungen mehrerer Generationen ist der Altersaufbau eines Volkes zugleich Determinante für seine künftige demografische und ökonomische Entwicklung. Wie einschneidend sich die geschichtlichen Veränderungen besonders der letzten 60 Jahre in Schleswig-Holstein auswirkten, sollen Tabelle und Grafik vermitteln.

Während die bei einer idealen Population sich einstellende pyramidenähnliche, glatte Grundform des Lebensbaumes nur von bestimmten Geburten- und Sterbeverhältnissen abhängt, kann die wirkliche Kontur des Lebensbaumes bei einer Bevölkerung, die den Stürmen ihrer Geschichte ausgesetzt ist, durch folgende Einflüsse zerklüftet sein: durch Kriege werden große Teile der Bevölkerung vieler Altersgruppen hinweggerafft (stark überwiegend auf der männlichen Seite), durch Krieg, soziale Notzeiten und durch Änderungen im generativen Verhalten der Bevölkerung unterbleiben Geburten oder werden verschoben (bei beiden Geschlechtern), und jede so entstandene größere Bucht in der Kontur wiederholt sich im Abstand einer Generation weiter unten (weniger Eltern – weniger Kinder), wobei ihre Grenzen aufweichen. Weniger ins Auge fallen die Wirkungen der Wanderung (Zu- und Fortzüge) und die der niedrigeren Lebenserwartung der älteren Männer gegenüber den Frauen.

Die Grafik macht die großen Veränderungen der Gesamtzahl in dieser Zeitspanne nicht ohne weiteres sichtbar. Der durch den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen hohe Bevölkerungsstand von 1950 (2 595 000) wurde bis 1956 durch Abwanderung und Umsiedlungsmaßnahmen auf den Nachkriegstiefpunkt von 2 252 000 abgebaut und trotz einer Zunahme von 330 000 Menschen seit 1957 bisher noch nicht wieder erreicht – auch nicht durch die in diesen Zahlen enthaltene starke Zuwanderung von Ausländern in den letzten Jahren.

In der Altersgruppe der 5- bis 14jährigen ist bei den Mädchen wie bei den Jungen der hohe Anteil im Jahre 1950 und der sehr niedrige nur 11 Jahre später auffällig. Während die u. a. durch geburtenfördernde Maßnahmen des 3. Reiches starken Jahrgänge 1934 bis 1940 zum hohen Wert von 1950 beitrugen, waren für die niedrigen Anteile von 1961 die geringen Geburtenzahlen von 1950 bis 1955 maßgebend, vor allem eine Spätfolge der durch den 1. Weltkrieg bedingten Geburtenausfälle, die ab 1943 zu "Elternknappheit" führten.

Die 15 bis 39 Jahre alten Einwohner bilden zusammen mit den 40- bis 64jährigen die "Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter". Ihre 1950 gegenüber 1975 so kleine Anzahl ist im wesentlichen auf die dünn besetzten Jahrgänge 1915 bis 1918 (durch Geburtenausfälle infolge des 1. Weltkrieges sowie Gefallene im 2. Weltkrieg), 1919 bis 1928 (Gefallene im 2. Weltkrieg) und 1929 bis 1933 (Weltwirtschaftskrise) zurückzuführen. 1975 dagegen bestand diese Altersgruppe aus den Jahrgängen 1936 bis 1960, von denen die Jahrgänge 1936 bis 1940 (geburtenfördernde Maßnahmen), 1946 bis 1949 (Nachholbedarf der kriegsbedingten Geburtenausfälle) und 1957 bis 1960 (wirtschaftlicher Aufschwung und starke ins heiratsfähige Alter wachsende Jahrgänge) dominierten. Die Gruppe der 40- bis 64jährigen ist ebenfalls 1950 und 1975 sehr verschieden stark, aber gerade umgekehrt wie die 15- bis 39jährigen: zahlreich in 1950 und erheblich kleiner in 1975. Wer 1950 zu dieser Altersgruppe gehörte, war zwischen 1886 und 1910 geboren, wer 1975 so alt war, zwischen 1911 und 1935.

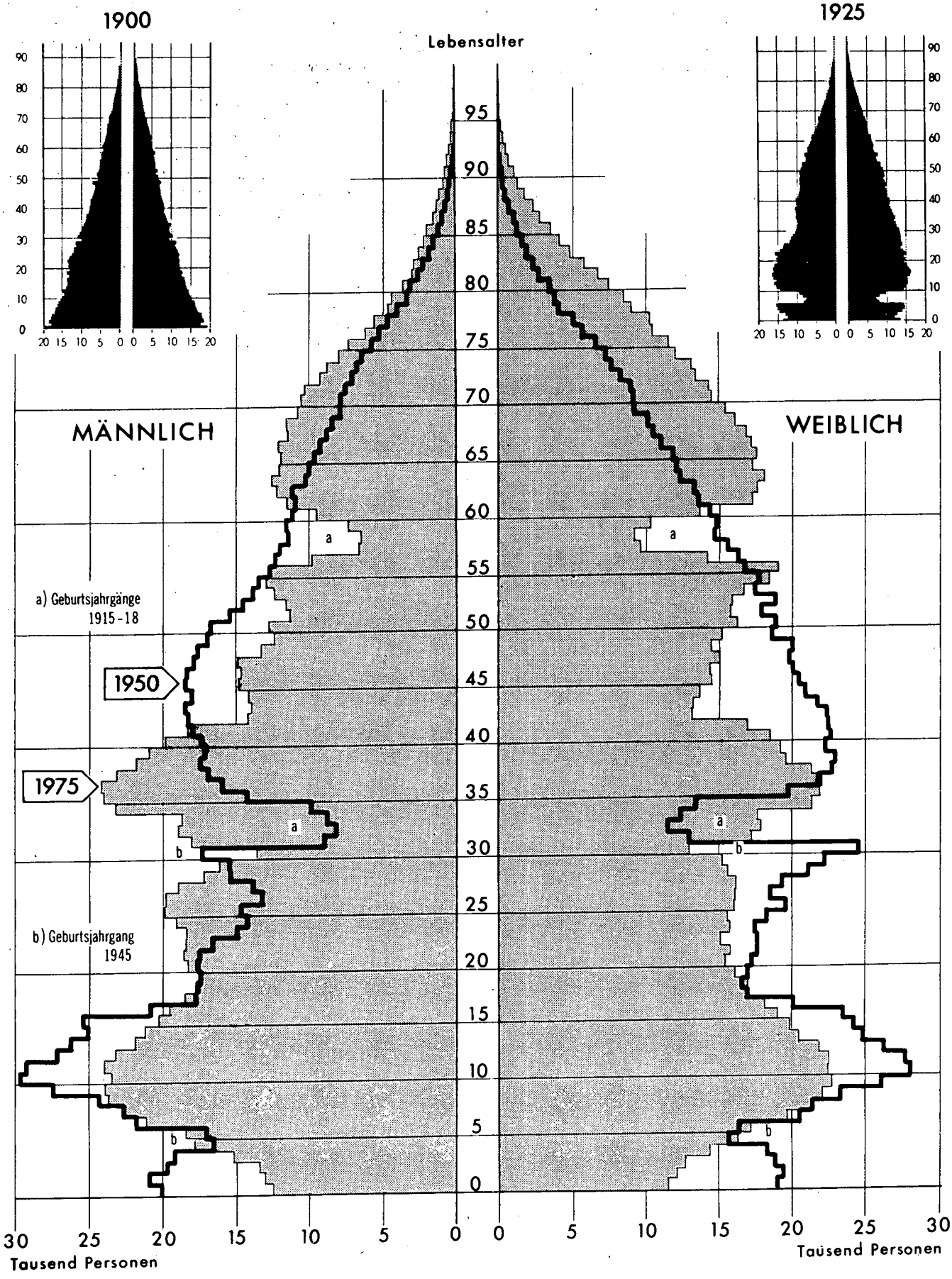
Die Bevölkerung von 65 und mehr Jahren ist von 1950 bis 1975 absolut und relativ bei beiden Geschlechtern erheblich angewachsen. Wenn auch die 1910 und früher geborenen Männer stärker unter den Kriegsereignissen gelitten haben als die Frauen dieser Jahrgänge, so ist doch die weitaus größere Zahl der Frauen in dieser Altersgruppe ebenso auch Ausdruck der höheren Lebenserwartung der Frau.

Stand	Wohnbevölkerung	davon waren ... Jahre alt								
		unter 5	5 - 14	15 - 19	20 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	60 - 64	65 und mehr
					männlich					
13. 9. 1950	1 210 466	96 290	249 853	98 683	152 727	133 958	178 040	132 768	52 987	115 160
6. 6. 1961[1]	1 093 869	89 000	161 583	88 553	190 453	125 377	109 431	145 079	58 979	125 414
27. 5. 1970	1 187 730	108 184	195 418	81 079	177 313	182 628	128 353	105 881	65 156	143 718
31. 12. 1975	1 238 750	71 412	222 558	92 725	183 760	205 103	148 949	103 156	57 367	153 720
	in %									
13. 9. 1950	100	8,0	20,6	8,2	12,6	11,1	14,7	11,0	4,4	9,5
6. 6. 1961[1]	100	8,1	14,8	8,1	17,4	11,5	10,0	13,3	5,4	11,5
27. 5. 1970	100	9,1	16,5	6,8	14,9	15,4	10,8	8,9	5,5	12,1
31. 12. 1975	100	5,8	18,0	7,5	14,8	16,6	12,0	8,3	4,6	12,4
					weiblich					
13. 9. 1950	1 384 182	91 310	239 060	94 324	189 237	184 990	209 593	169 734	66 282	139 652
6. 6. 1961[1]	1 223 572	84 689	152 852	81 646	169 923	149 874	153 413	177 337	76 854	176 984
27. 5. 1970	1 306 374	103 058	184 507	75 222	159 409	170 393	158 187	149 667	86 700	219 231
31. 12. 1975	1 343 662	67 291	210 650	87 261	157 185	191 633	149 835	146 826	84 729	248 252
	in %									
13. 9. 1950	100	6,6	17,3	6,8	13,7	13,4	15,1	12,3	4,8	10,1
6. 6. 1961[1]	100	6,9	12,5	6,7	13,9	12,2	12,5	14,5	6,3	14,5
27. 5. 1970	100	7,9	14,1	5,8	12,2	13,0	12,1	11,5	6,6	16,8
31. 12. 1975	100	5,0	15,7	6,5	11,7	14,3	11,2	10,9	6,3	18,5
					insgesamt					
13. 9. 1950	2 594 648	187 600	488 913	193 007	341 964	318 948	387 633	302 502	119 269	254 812
6. 6. 1961[1]	2 317 441	173 689	314 435	170 199	360 376	275 251	262 844	322 416	135 833	302 398
27. 5. 1970	2 494 104	211 242	379 925	156 301	336 722	353 021	286 540	255 548	151 856	362 949
31. 12. 1975	2 582 412	138 703	433 208	179 986	340 945	396 736	298 784	249 982	142 096	401 972
	in %									
13. 9. 1950	100	7,2	18,8	7,4	13,2	12,3	14,9	11,7	4,6	9,8
6. 6. 1961[1]	100	7,5	13,6	7,3	15,6	11,9	11,3	13,9	5,9	13,0
27. 5. 1970	100	8,5	15,2	6,3	13,5	14,2	11,5	10,2	6,1	14,6
31. 12. 1975	100	5,4	16,8	7,0	13,2	15,4	11,6	9,7	5,5	15,6

1) Fälle ohne Altersangabe wurden proportional aufgeteilt

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A I 3 (Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht)

1950 und 1975



Wahlen zum Landtag

Nach Art. 3 (1) Landessatzung sind die Wahlen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Unter "allgemein" ist zu verstehen, daß das Wahlrecht grundsätzlich allen Bürgern zusteht. Nur Bürger, die entmündigt sind und denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, dürfen nicht wählen und nicht gewählt werden (1947 und 1950 hatten außerdem die politisch Belasteten kein Wahlrecht). Ferner ist das Wahlrecht vom Alter abhängig: Wählen kann seit 1970, wer mindestens 18 Jahre alt ist (vorher: 21 Jahre) und gewählt werden kann seit 1970, wer mindestens 21 Jahre alt ist (vorher: 25 Jahre). Außerdem muß der Bürger, um wählen zu können, mindestens drei Monate und, um gewählt werden zu können, mindestens sechs Monate im Wahlgebiet wohnen (1947 und 1950 galt die zeitliche Einschränkung nicht für Kriegsgefangene, Evakuierte und Verfolgte des Naziregimes). Der Grundsatz "gleich" bedeutet, daß es keine Differenzierung des Stimmgewichts gibt. Jede Stimme hat den gleichen Zählwert. Der Erfolgswert einer Stimme ist jedoch nur bei einer Verhältniswahl, wie sie seit 1954 in Schleswig-Holstein gilt, gleich. Der Erfolgswert einer Stimme wird außerdem noch seit 1954 durch die sogenannte 5 %-Klausel eingeschränkt. Danach werden alle Stimmen, die für eine Partei abgegeben worden sind, die nicht mindestens 5 % aller Wählerstimmen erhielt oder für die nicht in mindestens einem Wahlkreis ein Bewerber gewählt worden ist, bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt. Diese Einschränkungen gelten seit 1958 nicht für Parteien der dänischen Minderheit, also nicht für den SSW.

Das schleswig-holsteinische Wahlsystem ist eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl. Die Wahl der Wahlkreisabgeordneten erfolgt nach der Mehrheitswahl und die der Landeslisten nach der Verhältniswahl. Nach § 1 (2) Landeswahlgesetz hat jeder Wähler eine Stimme, die sowohl für die Mehrheitswahl in den Wahlkreisen als auch für die Wahl aus den Landeslisten gezählt wird. Bei den Landtagswahlen 1947 und 1950 überwog die Mehrheitswahl und es fand nur ein begrenzter Ausgleich durch Verhältniswahl statt. Es wurden nicht alle Sitze in den Verhältnisausgleich einbezogen, sondern nur die nach der Landesliste zu vergebenden. An dem Verhältnisausgleich nahmen die Stimmen der in den Wahlkreisen erfolglosen Bewerber teil und der Stimmenüberschuß der erfolgreichen Bewerber, den diese gegenüber den Bewerbern mit der zweithöchsten Stimmenzahl hatten. Seit der Landtagswahl 1954 gilt der volle Verhältnisausgleich. Es werden alle Stimmen der Bewerber zu einer Landessumme für jede Partei addiert und nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren errechnet, wieviel Sitze jede Partei erhält, wenn es eine reine Verhältniswahl gäbe. Einzelbewerber und Parteien mit weniger als 5 % der Stimmen bleiben dabei unberücksichtigt (Ausnahme seit 1958: SSW). Von den so errechneten Sitzen werden die in direkter Wahl in den Wahlkreisen errungenen Sitze abgezogen. Die Differenz sind die Listensitze. Dabei sind Überhangmandate möglich: d. h. hat eine Partei mehr direkte Sitze erhalten als ihr verhältnismäßig zustehen, so behält sie diese. Die Gesamtsitzzahl im Landtag erhöht sich dann entsprechend. Solche Überhangmandate hat es bisher jedoch bei keiner Landtagswahl gegeben.

1. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmenverteilung

- Anzahl -

Wahltag	Wahlberechtigte	Wähler	Ungültige	Gültige	Von den gültigen Stimmen entfallen auf						
			Stimmen		CDU	SPD	FDP	SSW	Übrige	darunter[1] GPD[2]	darunter[1] DRP/NPD[3]
20. 4. 1947	1 594 794	1 113 005	39 801	1 073 204	365 534	469 994	53 359	99 500	84 817	-	-
9. 7. 1950	1 715 604	1 341 780	30 738	1 311 042	258 961	360 233	92 466	71 864	527 518	306 660	DRP 37 115
12. 9. 1954	1 548 832	1 217 519	23 231	1 194 288	384 875	396 073	89 415	42 242	281 683	167 320	" 17 318
28. 9. 1958	1 567 411	1 233 578	16 563	1 217 015	540 774	436 966	65 140	34 136	139 999	84 262	" 12 950
23. 9. 1962	1 653 858	1 160 115	14 119	1 145 996	516 073	449 470	90 310	26 883	63 260	48 459	-
23. 4. 1967	1 682 328	1 246 003	12 895	1 233 108	566 950	486 274	72 589	23 577	83 718	-	NPD 72 093
25. 4. 1971	1 807 818	1 431 760	10 726	1 421 034	737 120	582 420	54 099	19 720	27 576	-	" 18 822
13. 4. 1975	1 840 596	1 514 646	9 963	1 504 683	758 227	603 360	107 042	20 703	15 351	-	" 8 123

- in % -

Wahltag	Wahlbeteiligung	Anteil der ungültigen Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf						
			CDU	SPD	FDP	SSW	Übrige	darunter[1] GPD[2]	darunter[1] DRP/NPD[3]
20. 4. 1947[4]	69,8	3,6	34,0	43,8	5,0	9,3	7,9	-	-
9. 7. 1950[4]	78,2	2,3	19,8	27,5	7,1	5,5	40,2	23,4	DRP 2,8
12. 9. 1954	78,6	1,9	32,2	33,2	7,5	3,5	23,6	14,0	" 1,5
28. 9. 1958	78,7	1,3	44,4	35,9	5,4	2,8	11,5	6,9	" 1,1
23. 9. 1962	70,1	1,2	45,0	39,2	7,9	2,3	5,5	4,2	-
23. 4. 1967	74,1	1,0	46,0	39,4	5,9	1,9	6,8	-	NPD 5,8
25. 4. 1971	79,2	0,7	51,9	41,0	3,8	1,4	1,9	-	" 1,3
13. 4. 1975	82,3	0,7	50,4	40,1	7,1	1,4	1,0	-	" 0,5

1) außerdem 1947: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) = 50 398 (4,7 %), Deutsche Konservative Partei (DKP) = 32 848 (3,1 %), Deutsche Zentrumspartei (Z) = 1 082 (0,1 %), Parteilose = 489 (0,0 %)
1950: KPD = 28 319 (2,2 %), Deutsche Partei (DP) = 125 697 (9,6 %), Sozialistische Reichspartei (SRP)[5] = 21 049 (1,6 %), Parteilose = 8 678 (0,7 %)
1954: KPD 6) = 24 731 (2,1 %), Bund der Deutschen (BdD) = 10 009 (0,8 %), Schleswig-Holstein-Block (SHB): Die Deutsche Partei (DP) und die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft (SHG) sind 1954 gemeinsam unter der Bezeichnung SHB aufgetreten = 61 277 (5,1 %), Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP) = 1 028 (0,1 %)
1958: Bund der Deutschen (Partei für Einheit, Frieden und Freiheit) (BdD) = 6 037 (0,5 %), Deutsche Partei (Schleswig-Holstein-Block) (DP) = 33 994 (2,8 %), Parteilose = 2 756 (0,2 %)
1962: Deutsche Friedens-Union (DFU) = 13 758 (1,2 %), Deutsche Gemeinschaft (DG) = 1 043 (0,1 %)
1967: DFU = 11 517 (0,9 %), Freisoziale Union (FSU) = 108 (0,0 %)
1971: Deutsche Kommunistische Partei (DKP) = 5 278 (0,4 %), Europa Partei (EP) = 3 575 (0,3 %)
1975: DKP = 5 926 (0,4 %), Deutsche Mittelstandspartei (DMP) = 472 (0,0 %), KPD = 699 (0,0 %), Einzelbewerber = 131 (0,0 %)

2) 1950 = Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), 1954 = Gesamtdeutscher Block (GB/BHE), 1958 = Gesamtdeutscher Block/BHE (GB/BHE) 1962 = Gesamtdeutsche Partei DP-BHE (GDP). Seit der Bundestagswahl 1969 = Gesamtdeutsche Partei (GPD)

3) Deutsche Reichspartei (DRP); Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

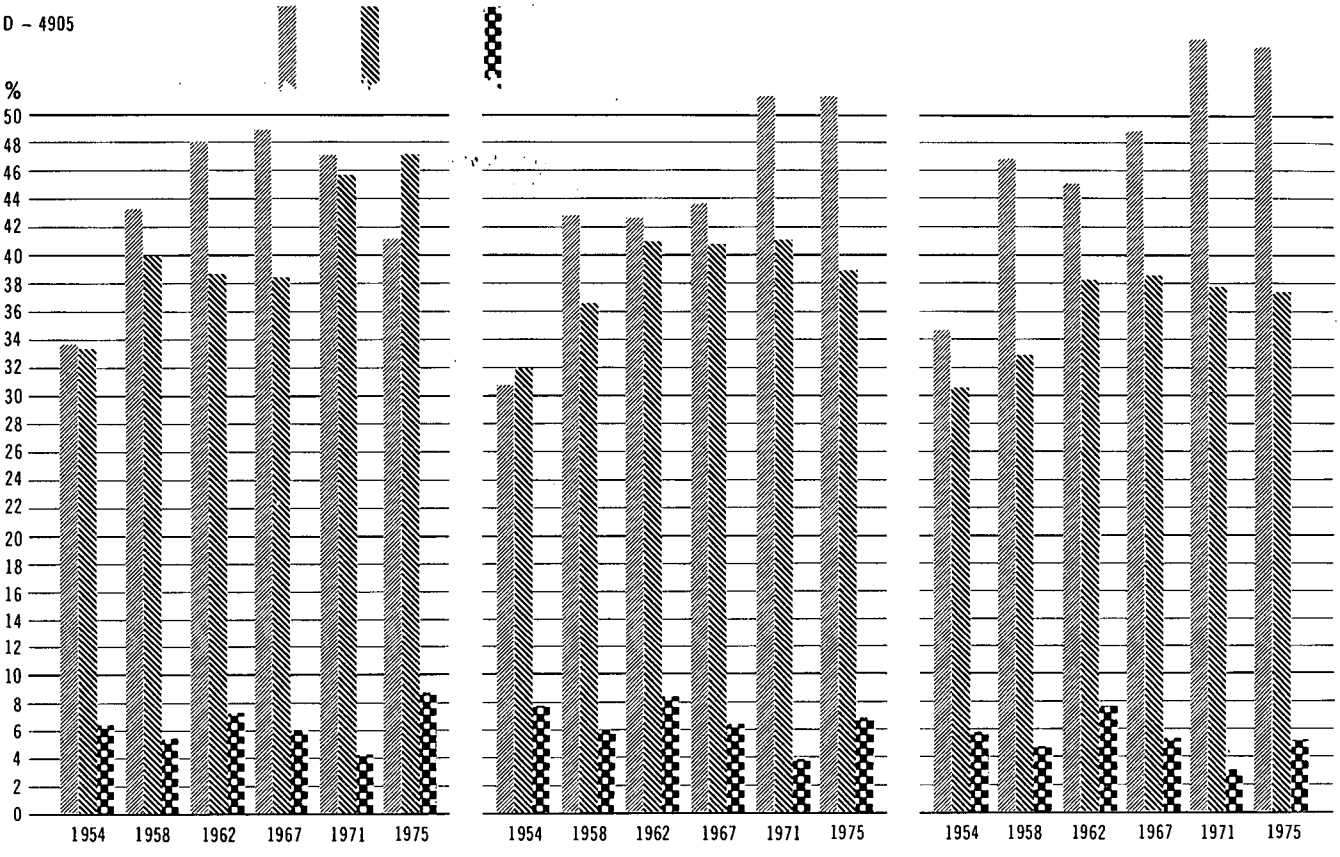
4) Wahlblock zwischen CDU, DP und FDP

5) Sozialistische Reichspartei (SRP) durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952 aufgelöst

6) Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst

Stimmenanteile von CDU, SPD und FDP bei Landtagswahlen nach der Altersgruppe

D – 4905



*) 1971 und 1975 lag die Grenze bei 35 Jahren

2. Sitzverteilung

Wahltag	Abgeordnete		davon entfallen auf						
	insgesamt	darunter Frauen	CDU	SPD	FDP	SSW	GPD	NPD	DP/SHB
20. 4. 1947	70 (42)	6 (2)	21 (6)	43 (34)	-	6 (2)	-	-	-
9. 7. 1950	69 (46)	4 (1)	16 (16)	19 (8)	8 (8)	4 (2)	15 (5)	-	DP 7 (7)
12. 9. 1954	69 (42)	5 (2)	25 (19)	25 (22)	5 (-)	-	10 (1)	-	SHB 4 (-)
28. 9. 1958	69 (42)	3 (2)	33 (32)	26 (10)	3 (-)	2 (-)	5 (-)	-	-
23. 9. 1962	69 (42)	6 (3)	34 (29)	29 (13)	5 (-)	1 (-)	-	-	-
23. 4. 1967	73 (44)	5 (2)	34 (34)	30 (10)	4 (-)	1 (-)	-	4 (-)	-
25. 4. 1971	73 (44)	5 (-)	40 (35)	32 (9)	-	1 (-)	-	-	-
13. 4. 1975	73 (44)	4 (-)	37 (36)	30 (8)	5 (-)	1 (-)	-	-	-

( ) = direkte Sitze

CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FDP = Freie Demokratische Partei
SSW = Südschleswigscher Wählerverband
GPD = Gesamtdeutsche Partei
NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands
DP = Deutsche Partei
SHB = Schleswig-Holstein-Block

Landesregierungen

Die erste Landesregierung nach dem 2. Weltkrieg wurde von der britischen Militärregierung ernannt. Sie wurde am 11. April 1946 eingesetzt. Die sogenannte Ernennungsperiode endete am 29. April 1947. An diesem Tage übernahm die erste aus Wahlen hervorgegangene Regierung die Amtsgeschäfte. In der Tabelle ist die Zusammensetzung der Landesregierungen jeweils zu Beginn einer Periode angegeben. Nur wenn größere Veränderungen eingetreten sind, ist die neue Zusammensetzung auch innerhalb einer Periode vermerkt.

Die Wahlperiode bedeutet für die schleswig-holsteinische Landesregierung, anders als bei der Bundesregierung, keinen Einschnitt. Der Ministerpräsident und die Minister treten nicht automatisch mit Ablauf der Wahlperiode zurück. Das Amtsverhältnis des Ministerpräsidenten endet nur durch Tod, die Erklärung seines Rücktritts oder die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten durch den Landtag. Beim Rücktritt des Ministerpräsidenten muß die gesamte Landesregierung zurücktreten.

Die CDU ist – bis auf die 1. Wahlperiode – an allen Regierungen im Lande beteiligt gewesen und stellte dabei auch jeweils den Ministerpräsidenten. Seit der 7. Wahlperiode regiert die CDU allein. In den vorhergehenden Wahlperioden hatte sie Koalitionen geschlossen. In der 2. Wahlperiode gehörten zur Koalition die FDP und die DP, mit denen sie einen Wahlblock gebildet hatte, und der BHE. Der BHE (später GB/BHE, dann GPD) vertrat insbesondere die Interessen der Flüchtlinge und hatte deshalb in Schleswig-Holstein zu dieser Zeit ein besonderes Gewicht. Er errang 1950 fast so viele Sitze wie die CDU (siehe Tab. 2 auf Seite 15), verlor dann aber immer mehr an Bedeutung. In der 3. Wahlperiode koalierte die CDU mit FDP und GB/BHE und von der 4. bis einschließlich 6. Wahlperiode mit der FDP. Die SPD stellte nur in der 1. Wahlperiode den Ministerpräsidenten und regierte allein.

Zur Landesregierung gehören gegenwärtig neben dem Ministerpräsidenten 7 Minister, und zwar:

Innenminister	Minister für Ernährung,
Finanzminister	Landwirtschaft und Forsten
Minister für Wirtschaft und Verkehr	Justizminister
Kultusminister	Sozialminister

In der Ernennungsperiode und den ersten Wahlperioden gab es noch andere Ministerien und einige hatten andere Namen. Abgesehen davon, daß die Minister bis zum 12. Juni 1946 die Bezeichnung "Vorsitzender des Hauptausschusses" führten, sind die Namen der Bereiche Innen, Finanzen, Wirtschaft und Verkehr, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Justiz fast unverändert geblieben. Der Kultusminister hieß anfangs Minister für Volksbildung. Am häufigsten wechselte der Sozialminister seine Bezeichnung: Volkswohlfahrt; Wohlfahrt, Arbeit und Gesundheitswesen; Soziales, Arbeit und Flüchtlingsfragen; Arbeit, Soziales und Vertriebene. Das Gesundheitswesen war in der Ernennungsperiode ein eigenes Ministerium. Außerdem gab es im 2. Kabinett Steltzer noch einen Minister für Aufbau und Arbeit und im Kabinett Lüdemann einen Minister für Umsiedlung und Aufbau.

Periode	Kabinett	Regierungsbildende Parteien 1)	Minister 1) 2)							
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	DP	GB/BHE	KPD	parteilos
Ernennungsperiode										
11. 4.1946 - 22.11.1946	1. Kabinett Steltzer (CDU)	CDU, SPD, KPD	7	3	3	-	-	-	1	-
23.11.1946 - 29. 4.1947	2. Kabinett Steltzer (CDU)	CDU, SPD	8	4	4	-	-	-	-	-
1. Wahlperiode										
29. 4.1947 - 29. 8.1949	Kabinett Lüdemann (SPD)	SPD	6	-	6	-	-	-	-	-
29. 8.1949 - 5. 9.1950	Kabinett Diekmann (SPD)	SPD	6	-	6	-	-	-	-	-
2. Wahlperiode										
5. 9.1950 - 25. 6.1951	Kabinett Dr. Bartram (CDU)	CDU, DP, FDP, BHE	5	1	-	1	1	2	-	-
25. 6.1951 - 27. 7.1951	vorläufiges Kabinett Lübke (CDU)	CDU, FDP	7	5	-	2	-	-	-	-
28. 7.1951 - 11.10.1954	erweitertes Kabinett Lübke (CDU)	CDU, DP, FDP, GB/BHE	7	3	-	1	1	2	-	-
3. Wahlperiode										
11.10.1954 - 27.10.1958	Kabinett von Hassel (CDU)	CDU, FDP, GB/BHE	7	4	-	1	-	2	-	-
4. Wahlperiode										
27.10.1958 - 21.10.1962	Kabinett von Hassel (CDU)	CDU, FDP	7	5	-	1	-	-	-	1
5. Wahlperiode										
27.10.1962 - 7. 1.1963	Kabinett von Hassel (CDU)	CDU	7	7	-	-	-	-	-	-
7. 1.1963 - 10. 5.1967	Kabinett Dr. Lemke (CDU)	CDU, FDP	7	6	-	1	-	-	-	-
6. Wahlperiode										
10. 5.1967 - 24. 5.1971	Kabinett Dr. Lemke (CDU)	CDU, FDP	7	5	-	2	-	-	-	-
7. Wahlperiode										
24. 5.1971 - 26. 5.1975	Kabinett Dr. Stoltenberg (CDU)	CDU	7	6	-	-	-	-	-	1
8. Wahlperiode										
ab 26. 5. 1975	Kabinett Dr. Stoltenberg (CDU)	CDU	7	7	-	-	-	-	-	-

1) zu Beginn der jeweiligen Periode

2) bis 12. 6. 1946 = Vorsitzende der Hauptausschüsse

Privathaushalte

Die Zahl der Haushalte und die der Personen in ihnen hat sich (wie man trotz einer Einschränkung der Vergleichbarkeit der Zahlen feststellen kann) zwischen 1950 und 1976 recht unterschiedlich entwickelt. Die Zahl der in Haushalten lebenden Personen hatte 1950 ihren für lange Jahre höchsten Stand. Nachdem sie bis 1961 stark gesunken war, stieg sie danach nur langsam an und erreichte erst 1976 wieder die Höhe von 1950. Die ebenfalls von 1950 bis 1961 gefallene Zahl der Haushalte nahm dagegen schneller wieder zu und ließ schon etwa ab 1968 den Stand von 1950 hinter sich.

Diese Entwicklung spiegelt die Veränderung der durchschnittlichen Haushaltsgröße – das Verhältnis von Bevölkerung in Privathaushalten zur Zahl der Haushalte – wider: Von 2,9 Personen pro Haushalt im Jahre 1950 hat diese Quote kontinuierlich auf 2,6 im Jahre 1976 abgenommen. Dieser Rückgang ist zum einen auf den gestiegenen Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten zurückzuführen. 1950 waren 21 % aller Haushalte Einpersonenhaushalte, 1976 dagegen 28 %. Zum anderen aber hat die Umschichtung innerhalb der Mehrpersonenhaushalte die durchschnittliche Haushaltsgröße verringert: Während 1950 jeder Dritte in Haushalten mit 5 und mehr Personen lebte, war es 1976 nur noch jeder Fünfte. Gleichzeitig ist der Anteil der Haushalte, in denen mindestens fünf Personen lebten, an allen Haushalten von 16 % auf 9,5 % gesunken.

Für die Strukturveränderung der Privathaushalte waren mehrere Gründe maßgebend. So dürften größere Haushalte vor allem wegen des geänderten generativen Verhaltens (rapide gesunkene Geburtenziffern) seltener vorkommen. Ein anderer Lebensstil hat – unterstützt durch ökonomische Veränderungen wie den Strukturwandel in der Landwirtschaft – das Zusammenleben von mehreren Generationen zur Ausnahme werden lassen.

Einen weiteren wesentlichen Einflußfaktor bildet sicher auch das Angebot auf dem Wohnungsmarkt. Das läßt sich am Beispiel der männlichen Einpersonenhaushalte zeigen, die im frühen Nachkriegsjahr 1950 überwiegend Untermieter waren, 20 Jahre später dagegen meist Besitzer von Wohnungen gewesen sind. Wie eine Untersuchung der Volkszählungsergebnisse 1970 gezeigt hat, waren weibliche Einpersonenhaushalte meist ältere Witwen, männliche Einpersonenhaushalte dagegen in erheblichem Umfang jüngere Ledige. Erst ein entsprechendes Wohnungsangebot gibt dem Wunsch dieser Bevölkerungsgruppe, sich unter befriedigenden Umständen vom elterlichen Haushalt zu lösen, eine Realisierungschance.

Stand	Privathaushalte insgesamt	Mit 1 Person		Mit mehreren Personen	Von den Mehrpersonen-Privathaushalten waren solche mit ... Personen				
		männlich	weiblich		2	3	4	5	6 und mehr
				Zahl der Haushalte					
13. 9. 1950	866 094	67 283	112 811	686 000	226 763	187 104	134 493	70 390	67 250
6. 6. 1961	806 093	47 957	127 947	630 189	228 356	171 131	124 856	61 155	44 691
27. 5. 1970	912 662	58 006	168 803	685 853	252 664	173 928	145 031	68 272	45 958
Mai 1976	995 900	76 600	202 500	716 800	290 600	175 900	155 200	95 100	
	in %								
13. 9. 1950	100	7,8	13,0	79,2	26,2	21,6	15,5	8,1	7,8
6. 6. 1961	100	5,9	15,9	78,2	28,3	21,2	15,5	7,6	5,5
27. 5. 1970	100	6,4	18,5	75,1	27,7	19,1	15,9	7.5	5,0
Mai 1976	100	7,7	20,3	72,0	29,2	17,7	15,6	9,5	
				Personen in den Haushalten					
13. 9. 1950	2 552 754	67 283	112 811	2 372 660	453 526	561 312	537 972	351 950	467 900
6. 6. 1961	2 249 359	47 957	127 947	2 073 455	456 712	513 393	499 424	305 775	298 151
27. 5. 1970	2 484 474	58 006	168 803	2 257 665	505 328	521 784	580 124	341 360	309 069
Mai 1976	2 553 500	76 600	202 500	2 274 400	585 400	529 800	623 800	535 400	
	in %								
13. 9. 1950	100	2,6	4,4	92,9	17,8	22,0	21,1	13,8	18,3
6. 6. 1961	100	2,1	5,7	92,2	20,3	22,8	22,2	13,6	13,3
27. 5. 1970	100	2,3	6,8	90,9	20,3	21,0	23,3	13,7	12.1
Mai 1976	100	3,0	7,9	89,1	22,9	20,7	24,4	21,0	

Zur Methode

Als Privathaushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, sowie jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson (z. B. Untermieter). Zum Haushalt können außer verwandten auch familienfremde Personen gehören (z. B. häusliches Dienstpersonal, gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeitskräfte). Anstalten gelten nicht als Privathaushalte, können aber solche Haushalte in ihrem Bereich beherbergen (z. B. Haushalte des Anstaltsleiters, Hausmeisters u. ä.).

Der Vergleich zwischen 1950/1961 und 1970/1976 ist wegen Unterschieden in der Erhebung gestört. Während die Addition der Daten für die Personen in Privathaushalten und in Anstalten 1950 und 1961 die Wohnbevölkerung ergibt, sind 1970 und 1976 Personen, die an mehr als einem Wohnort wohnberechtigt sind, auch dort gezählt, wo sie nicht zur Wohnbevölkerung gehören. Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Gemeinde sich Personen mit mehreren Wohnsitzen überwiegend aufhalten. So ist z. B. der abwesende Haushaltsvorstand, der in einer anderen Gemeinde seiner Arbeit nachgeht und dort als Untermieter eine zweite Unterkunft hat, zwei Mal gezählt. Einmal zählt er zum Haushalt seiner Familie, zum anderen bildet er als Untermieter einen Einpersonenhaushalt. Die Summe der Personen in Privathaushalten ergibt hier also die wohnberechtigte Bevölkerung (ohne Anstaltsbevölkerung). Die Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten liegt 1970 um rund 54 000 höher als die Wohnbevölkerung. Die Ergebnisse für 1976 entstammen einer 1%-Stichprobe des Mikrozensus.

Geborene und Gestorbene

Vier Faktoren haben die Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenzahlen der Nachkriegszeit besonders nachhaltig beeinflußt: die Wanderungsbewegung, der durch zwei Kriege geprägte Altersaufbau, das generative Verhalten der Bevölkerung und die verbesserte und auch häufiger in Anspruch genommene medizinische Vorsorge.

Nach Kriegsende wurden zunächst viele Kinder geboren, die ohne den Krieg normalerweise einige Jahre früher zur Welt gekommen wären. 1947 zählte man 45 000 Lebendgeborene, 1950 noch 41 400. Dann fiel die Zahl der Lebendgeborenen unter 40 000, erreichte 1955 mit 31 900 den Tiefpunkt. Mitte der sechziger Jahre aber wieder die gleiche Höhe wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. 1966 wurden 45 900 Kinder lebend geboren. 1967 begann, für viele überraschend, der Geburtenrückgang, der wegen seiner Stärke und Dauer weit in die Zukunft wirken wird.

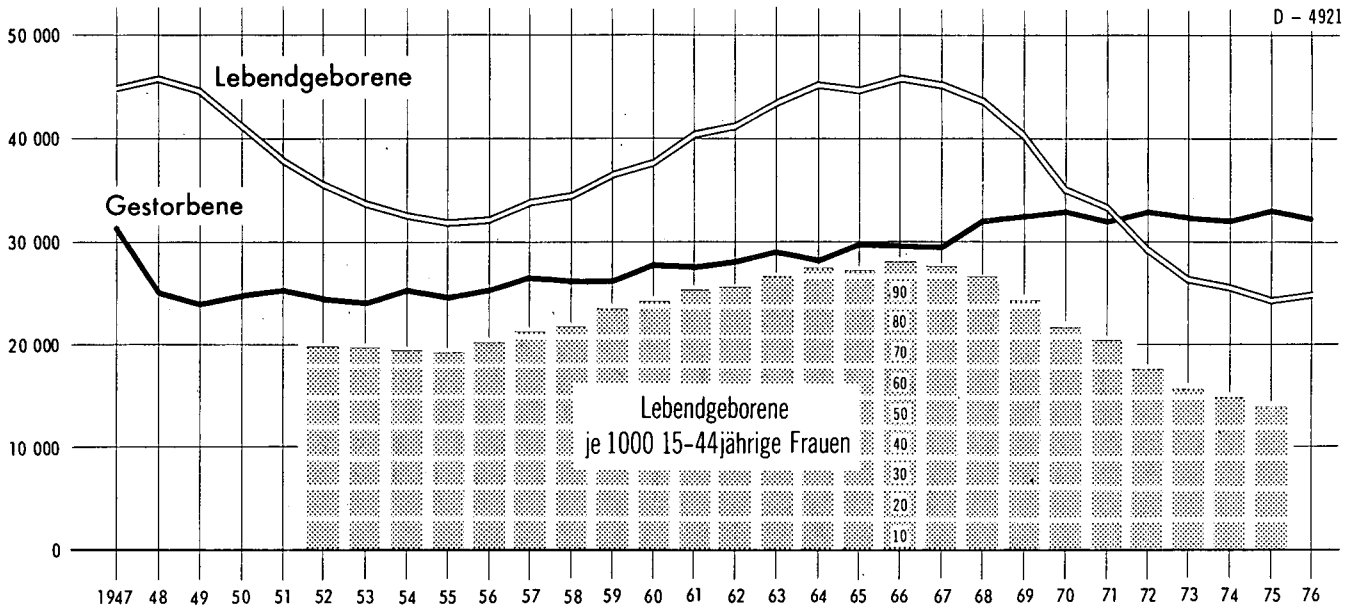
Dieser Geburtenrückgang hat in erster Linie generative Gründe. Die Ehepartner wünschen zur Zeit wenig Kinder. Erst in zweiter Linie hängt die abnehmende Geburtenzahl mit den ebenfalls rückläufigen Eheschließungen zusammen. Die Grafik zeigt im unteren Teil, wie die Fruchtbarkeit der Frauen gleichen Alters von 1955 auf 1965 für fast alle Jahre der unterstellten Gebärfähigkeit zunahm, 1975 aber meist deutlich unter den Vergleichszahlen von 1955 liegt. Die jährlichen Durchschnittswerte der Fruchtbarkeit sind im oberen Teil der Grafik unter den beiden Kurven der Geborenen und Gestorbenen dargestellt. Das gilt mit einer kleinen Einschränkung: die "allgemeine Fruchtbarkeitsziffer" schließt auch die wenigen Kinder ein, die von Frauen über 45 Jahren geboren werden.

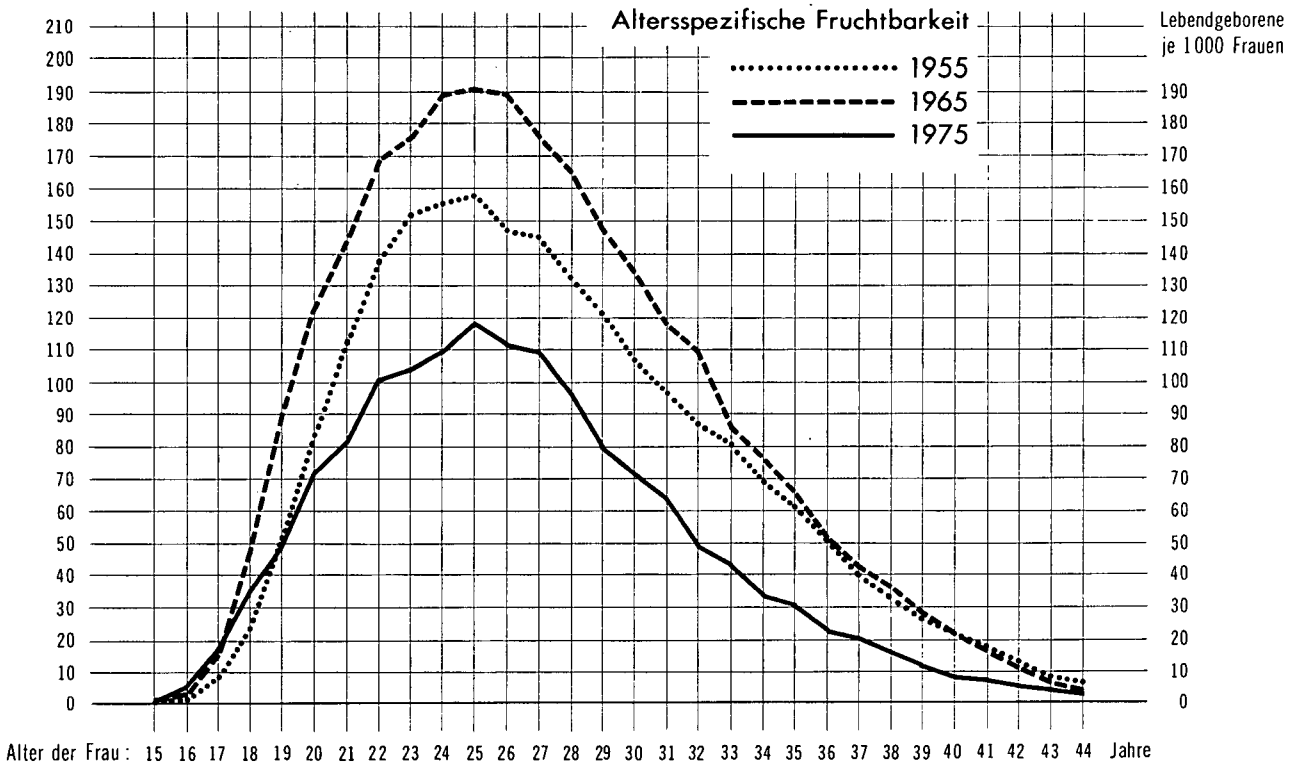
Die Entwicklung der Gestorbenenzahlen hängt in erster Linie vom Altersaufbau ab. Im ersten Nachkriegsjahr 1946 waren nur 9 % aller Einwohner 65 Jahre alt und älter, um 1955 12 %, um 1970 15 %; seitdem ist ihr Anteil noch einen halben Prozentpunkt höher gestiegen. Von den Mangeljahren bis 1949 abgesehen, ist hier ein fast ständiges Ansteigen der Gestorbenenzahlen festzustellen: von 23 900 im Jahre 1949 bis 33 000 im Jahre 1975. In den letzten Jahren ist der Anstieg allerdings zum Stillstand gekommen. Die medizinische Vorsorge wirkte sich am sichtbarsten im Rückgang der Säuglingssterblichkeit und der Totgeborenenhäufigkeit aus. 1949 starben von 1 000 Lebendgeborenen noch 50 innerhalb des ersten Lebensjahres, 1976 nur 16 von 1 000 Säuglingen: immer noch zu viele, aber doch ungleich weniger als zuvor. 1949 kamen auf 1 000 Geburten 22 Totgeburten, 1976 nur noch 7. Die günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und der Totgeborenenhäufigkeit geht mit einer Abnahme der Hausgeburten einher. Wurden 1952 erst ein Drittel der Kinder in einer Anstalt zur Welt gebracht, ist heute die Hausgeburt die Ausnahme: Nur eine von hundert Geburten findet zu Hause statt.

Jahr	Lebendgeborene				Totgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)				Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1000 Einwohner	nichtehelich	Anstaltsgeburten in %		Anzahl	je 1000 Einwohner	im 1. Lebensjahr		Anzahl	je 1000 Einwohner
								Anzahl	je 1000 Lebendgeborene 1)		
1938	33 596	21,6	2 325	.	802	17 270	11,1	1 801	53,6	16 326	10,5
1947	44 973	17,3	5 680	.	933	31 321	12,0	3 700	82,3	13 652	5,2
1948	45 730	17,3	4 773	.	968	25 101	9,5	2 800	61,2	20 629	7,8
1949	44 486	16,8	4 751	.	980	23 935	9,0	2 242	50,4	20 551	7,8
1950	41 370	15,9	4 836	.	897	24 705	9,5	2 064	49,3	16 665	6,4
1951	38 044	15,2	4 480	29,1	812	25 363	10,1	1 762	45,7	12 681	5,1
1952	35 656	14,6	3 979	33,7	756	24 338	10,0	1 498	41,7	11 318	4,6
1953	33 724	14,3	3 641	37,1	713	23 979	10,1	1 387	40,8	9 745	4,1
1954	32 654	14,2	3 476	42,2	659	25 217	10,9	1 222	37,2	7 437	3,2
1955	31 878	14,0	3 202	44,0	634	24 478	10,8	1 229	38,4	7 400	3,2
1956	32 233	14,3	3 003	47,0	623	25 218	11,2	1 205	37,5	7 015	3,1
1957	33 788	15,0	2 950	51,6	566	26 398	11,7	1 103	32,8	7 390	3,3
1958	34 399	15,2	2 742	55,0	593	26 072	11,5	1 120	32,6	8 327	3,7
1959	36 710	16,1	2 797	57,5	577	26 079	11,4	1 164	32,0	10 631	4,7
1960	37 786	16,5	2 620	61,5	556	27 660	12,1	1 155	30,7	10 126	4,4
1961	40 258	17,4	2 455	65,3	584	27 482	11,9	1 145	28,7	12 776	5,5
1962	41 222	17,7	2 301	68,3	582	27 944	12,0	991	24,1	13 278	5,7
1963	43 596	18,6	2 267	72,2	559	29 048	12,4	957	22,1	14 548	6,2
1964	45 226	19,1	2 131	76,6	586	28 124	11,9	1 013	22,5	17 102	7,2
1965	44 708	18,7	1 961	80,4	555	29 941	12,5	903	20,2	14 767	6,2
1966	45 930	19,0	1 974	83,6	538	29 811	12,3	942	20,6	16 119	6,7
1967	45 351	18,6	1 926	86,1	488	29 556	12,1	850	18,7	15 795	6,5
1968	43 833	17,8	1 979	89,7	516	32 159	13,1	880	20,0	11 674	4,8
1969	40 381	16,3	1 972	91,6	436	32 468	13,1	895	22,0	7 913	3,2
1970	35 171	14,1	1 806	93,6	367	32 990	13,2	781	21,7	2 181	0,9
1971	33 523	13,3	1 842	95,0	341	31 951	12,6	687	20,4	1 572	0,6
1972	29 354	11,5	1 740	96,1	289	32 847	12,9	583	19,5	- 3 493	- 1,4
1973	26 398	10,3	1 689	97,2	255	32 319	12,6	573	21,5	- 5 921	- 2,3
1974	25 545	9,9	1 670	98,1	235	32 084	12,4	461	18,0	- 6 539	- 2,5
1975	24 282	9,4	1 604	98,6	174	32 993	12,8	460	18,8	- 8 711	- 3,4
1976	24 861	9,6	1 688	98,9	173	32 185	12,4	404	16,3	- 7 324	- 2,8

1) ab 1950 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A II 1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung)





Zur Methode

Erhebungsunterlagen sind Zählblätter, die der die Geburt oder den Sterbefall beurkundende Standesbeamte ausfüllt oder die er ergänzt, wenn der Personenstandsfall sich in einer Anstalt ereignete und von ihr statistisch festgehalten wurde. Die Geborenen werden dem Wohnort der Mutter zugeordnet, die Gestorbenen dem letzten Wohnort. Durch Austausch der Zählkarten unter den Statistischen Landesämtern werden auch diejenigen, die außerhalb der Landesgrenzen geboren werden oder sterben, ihrer Wohngemeinde zugezählt oder abgerechnet. Dieses Wohnortprinzip gilt für alle in der Tabelle ausgewiesenen Jahre. "Lebendgeborene" sind laut § 29 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Bis 1957 galten als "Lebendgeborene" nur Kinder, bei denen die natürliche Lungenatmung eingesetzt hatte. "Totgeborene" müssen mindestens 35 cm messen. Fehlgeburten sind kleiner als 35 cm und werden nicht in den Personenstandsbüchern registriert und auch nicht statistisch erfaßt. Die Unterscheidung der Kinder nach ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren, insbesondere Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen sind in den Zahlen nicht enthalten.

Bei der Errechnung der Säuglingssterblichkeit, dem Verhältnis der im ersten Lebensjahr Gestorbenen zu 1 000 Lebendgeborenen, wurden mit Ausnahme der Jahre bis einschließlich 1949 alle im Berichtsjahr gestorbenen Säuglinge auf die Lebendgeborenen ihres jeweiligen Geburtsmonats bezogen, der bis zu 12 Monate zurück, also auch im Vorjahr liegen kann.

Eheschließungen und Ehescheidungen

Während die Eheschließungen weitgehend vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängen, steht die Zahl der gerichtlichen Ehelösungen eng mit der Ausgestaltung des diesbezüglichen materiellen und formellen Rechts in Zusammenhang. Der vom geschichtlichen Auf und Ab der letzten Jahrzehnte geprägte Altersaufbau unserer Bevölkerung hat dazu geführt, daß die Eheschließungszahlen in den letzten 30 Jahren stark schwanken: 1947 heirateten 26 400 Paare, 1948 gar 27 700. Dann fielen diese Zahlen, bis 1954 nur noch 17 100 Heiraten registriert wurden. Nach diesem Tiefpunkt stiegen die Heiratszahlen kontinuierlich und um das Jahr 1962 wurden wieder die Werte von 1951 erreicht, als 22 500 standesamtliche Trauungen erfolgten. Dann begann ein erneuter und diesmal länger andauernder Abfall der Heiratszahlen. 1975 wurden nur noch 15 000 Paare getraut.

Für die gerichtliche Ehelösung bietet sich ein anderes Bild. Zwar brachte das Kriegsende nicht nur ein "Hochzeitshoch", sondern auch eine Welle von gerichtlichen Ehelösungen. In den fünf Jahren von 1946 bis 1950 wurden 29 400 Ehen vor dem Richter gelöst, im Durchschnitt jährlich 5 900. In fast allen Fällen handelte es sich um eine Scheidung. Aufhebungen der Ehe und Nichtigkeitsfeststellungen spielten damals wie heute nur eine untergeordnete Rolle: nur 440, also eineinhalb Prozent der 29 400 aufgelösten Ehen fielen unter diese beiden Arten. Heute ist ihr Anteil fast Null. Im Gegensatz zu den Eheschließungen zeigt die Kurve der gerichtlichen Ehelösungen jedoch keine Wellengestalt, sondern eine U-Form.

Zwischen 1956 und 1961 liegt das Tief; zum Teil wurden weniger als 2 000 Ehen gelöst. Langsam aber regelmäßig stiegen die Zahlen an. 1975 wurden 5 500 Ehen geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt. Den eigentlichen Ursachen der zunehmenden Scheidungszahlen läßt sich aufgrund der statistischen Zählblätter nicht nachgehen. Den Gründen, die den Gerichten zum Zweck der Scheidung vorgetragen werden und nach denen sie die Ehe scheiden, läßt sich nur entnehmen, daß sie vor allem auf das reibungslose Erreichen des Prozeßziels abgestellt sind. Fast alle Ehen werden heute nach § 43 EheG wegen einer ehezerrüttenden schweren Eheverfehlung oder eines ehezerrüttenden ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens eines oder beider Partner gelöst. Daß der Ehebruch häufiger als die acht Mal vorgekommen ist, in denen er 1975 der einzige vorgebrachte Scheidungsgrund war, dürfte wohl zu vermuten sein. Von der Scheidung mit betroffen waren 1975 7 300 Kinder, die meisten Minderjährige.

Jahr	Eheschließungen		Gerichtliche Ehelösungen							
			insgesamt	Aufhebungen	Nichtigkeitsfeststellung	Ehescheidungen				
	Anzahl	je 1 000 Einwohner				Anzahl	je 100 000 Einwohner	nach § 42 Ehegesetz 1)	nach § 43 Ehegesetz 1)	Kinder in den geschiedenen Ehen
								in %		
1946	21 604	8,4	4 897	39	21	4 837	188,5	12,8	79,4	.
1947	26 364	10,1	6 234	28	33	6 173	237,1	11,2	74,8	.
1948	27 734	10.5	6 393	28	75	6 290	238,2	10,0	76,7	.
1949	24 744	9,3	5 859	41	63	5 755	217,5	8,4	75,6	.
1950	24 937	9.6	6 004	54	62	5 888	226,7	7,9	75,5	.
1951	22 517	9,0	4 123	31	39	4 053	161,8	5,5	77,7	.
1952	19 608	8.0	3 378	12	28	3 338	136,8	5,9	79,8	.
1953	17 843	7.5	2 639	25	14	2 600	109,9	5,5	79,5	.
1954	17 072	7,4	2 325	15	20	2 290	99,3	3,9	81,5	3 050
1955	17 401	7,7	2 054	12	9	2 033	89,5	3,1	84,6	2 600
1956	18 019	8,0	1 931	16	16	1 899	84,3	3,1	86,7	2 500
1957	18 604	8,2	2 093	12	5	2 076	92,0	2,5	86,2	2 700
1958	19 853	8.8	1 933	9	9	1 915	84,5	2,5	86,4	2 400
1959	20 951	9,2	1 952	14	11	1 927	84,5	2,7	89,2	2 400
1960	21 804	9,5	1 987	17	6	1 964	85,6	2,3	89,4	2 400
1961	22 526	9,7	2 028	4	7	2 017	87,0	1,0	91,3	2 350
1962	22 651	9,7	2 092	10	9	2 073	88,9	1,4	92,3	2 500
1963	22 167	9,4	2 088	10	5	2 073	88,3	1,6	93,9	2 450
1964	21 893	9,2	2 357	9	5	2 343	99,0	1,3	93,6	2 850
1965	21 422	9,0	2 523	10	6	2 507	104,9	1,7	93,9	3 050
1966	20 750	8,6	2 624	4	3	2 617	108,3	1,1	94,6	3 200
1967	20 245	8,3	2 950	10	5	2 935	120,4	1,0	95,1	3 700
1968	19 845	8,1	3 052	6	2	3 044	123,9	0,5	93,5	3 900
1969	19 051	7,7	3 120	-	1	3 119	125,8	0,4	96,8	4 200
1970	18 591	7,5	3 519	2	4	3 513	140,9	0,3	97,4	4 700
1971	17 678	7,0	4 238	4	3	4 231	167,3	0,5	96,9	5 650
1972	16 481	6,5	4 309	2	4	4 303	168,5	0,4	97,4	5 600
1973	15 194	5,9	4 574	3	1	4 570	177,6	0,2	97,3	5 900
1974	14 979	5,8	4 610	-	1	4 609	178,5	0,4	97,7	6 000
1975	14 970	5,8	5 487	1	3	5 483	212,2	0,1	98,3	7 250

1) Das Ehegesetz (Gesetz Nr. 16 des Kontrollrats vom 20. 2. 1946) unterscheidet zwischen Scheidung wegen Verschuldens (Eheverfehlungen, §§ 42 und 43) und Scheidung aus anderen Gründen (§§ 44 bis 48). Dabei betrifft der § 42 den Ehebruch, der § 43 andere Eheverfehlungen, durch die ein Ehegatte die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet hat, daß die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A II 1 (Natürliche Bevölkerungsbewegung) und A II 2 (Gerichtliche Ehelösungen)

Zur Methode

Eheschließungen und Ehelösungen werden statistisch durch Zählblätter erfaßt. Die Eheschließungszählblätter werden vom Standesbeamten ausgefüllt, der die Heirat beurkundet; die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Registrierort. Nach jedem rechtskräftig abgeschlossenen Ehelösungsprozeß stellt die Geschäftsstelle des zuständigen Landgerichts ein Formblatt für das Statistische Landesamt aus.

Die Frau in der Gesellschaft

Zum Thema "Die Frau in der Gesellschaft" liegt eine Fülle von statistischen Daten vor, zumeist aber nicht in langen Zeitreihen. Die hier ausgewählten Daten vermitteln immerhin einen kleinen Einblick in das Leben und in die gesellschaftliche Stellung der Frau in den letzten 25 Jahren.

Da ist zunächst die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer, die angibt, wie viele Kinder je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren in jedem Jahr lebend geboren wurden. Es handelt sich dabei um ein grobes Maß, in dem sich nicht nur das generative Verhalten der Bevölkerung, sondern auch die jeweilige Altersstruktur der Frauen im gebärfähigen Alter niederschlägt. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer zeigt – von 1950 ausgehend – ein Minimum im Jahre 1955. Damals wurden 65 Kinder von 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter geboren. Danach stieg die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer von Jahr zu Jahr an und erreichte 1966 ihr Maximum mit 95 Lebendgeborenen. Im letzten Jahrzehnt wurde sie immer niedriger. 1975 wurden nur noch 47 Kinder von 1 000 15- bis 44jährigen Frauen lebend geboren, d. h. lediglich die Hälfte des Jahres 1966.

Aus dem weiten Bereich der Ausbildungsmöglichkeiten wurde der Anteil der Frauen an den Studierenden insgesamt herausgegriffen, um zu zeigen, daß die Frau in steigendem Maße um Ausbildung bemüht ist. 1950 waren 21 % der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen (Universität und pädagogische Hochschulen) Frauen. Dieser Anteil kletterte – mit nur geringfügigen Einbrüchen – bis 1975 auf 42 %.

Die Erwerbsstruktur der Frau hat sich, der allgemeinen Tendenz folgend, im Zeitablauf erheblich gewandelt. Von 279 000 erwerbstätigen Frauen im Jahre 1950 waren 35 % in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 19 % im produzierenden Gewerbe und 46 % im Sektor Dienstleistungen (einschl. Handel und Verkehr). Während der Anteil der Frauen im Sekundärbereich in den letzten 20 Jahren zwischen 20 % und 25 % pendelte, ging er im Primärbereich bis auf 7 % zurück und erhöhte sich im tertiären Bereich auf über 70 %.

Das Verdienstniveau der Frauen im Vergleich zu den Männern ist – zumindest in Industrie und Handel – offensichtlich auch in 25 Jahren trotz gesetzlicher Bestimmungen zur Gleichbehandlung der Frauen nicht entscheidend besser geworden. Bei aller Problematik und Grobheit dieser Zahlen – es müßten u. a. Alter, Qualifikation sowie Einsatzmöglichkeit der Frauen beachtet werden – ist doch festzustellen, daß die Bruttowochenverdienste der Arbeiterinnen und die Bruttomonatsverdienste der weiblichen Angestellten in Handel und Industrie im gesamten Beobachtungszeitraum 65 % der entsprechenden Verdienste der männlichen Kollegen nicht überschritten haben. Der Anteil der Verdienste der Frauen lag zwischen 56 % und 65 %. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Anteil der Frauen an allen Arbeitern in der Industrie niedrig ist (1975: 17 %). Bei den Angestellten betrug der weibliche Anteil in Industrie und Handel 1975 40 %.

Knapp ein Fünftel der Frauen, die zwischen 1950 und 1976 gestorben sind, starb an bösartigen Neubildungen. Dieser Anteil ist in den letzten 25 Jahren konstant gewesen. Anders ist es mit den Krankheiten des Kreislaufsystems. Sie wurden seit Ende der 60er Jahre bei über der Hälfte der verstorbenen Frauen als Todesursache festgestellt. Anfang der 50er Jahre ist nur ein Drittel der Frauen an einer solchen Krankheit gestorben.

Jahr	Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	Anteil der Frauen an den Studierenden[1] insgesamt in % (nur Wintersemester)	Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)				Weibliche Arbeiter in der Industrie		Weibliche Angestellte in Industrie und Handel		Sterbefälle durch	
			insgesamt in 1 000	davon im Bereich			Anteil an allen Arbeitern in %	Bruttowochenverdienst in % des Männerverdienstes	Anteil an allen Angestellten in %	Bruttomonatsverdienst in % des Männerverdienstes	bösartige Neubildungen	Krankheiten des Kreislaufsystems
				Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen					gemessen an allen gestorbenen Frauen in %	
				in %								
1950	71,5	20,9	279,0[a]	35[a]	19[a]	46[a]	.	60,0	.	.	18,0	32,4
1951	69,5	22,7	.	.	.	.	.	58,7	.	.	17,9	35,2
1952	67,4	22,9	.	.	.	.	.	56,6	.	.	18,9	35,5
1953	66,3	24,7	.	.	.	.	.	58,0	.	.	19,1	37,5
1954	65,6	25,6	.	.	.	.	.	57,1	.	.	18,8	43,3
1955	64,9	27,6	.	.	.	.	.	56,0	.	.	18,7	44,0
1956	67,8	29,2	.	.	.	.	.	59,8	.	.	18,8	44,3
1957	71,8	29,0	342,8	25	25	50	20	57,1	45	58,5	19,1	44,2
1958	73,5	29,5	344,7	22	24	54	20	58,8	46	59,3	19,2	45,5
1959	79,0	32,7	337,6	20	22	58	20	60,0	47	58,7	19,7	43,7
1960	81,7	33,0	353,2	18	23	59	20	60,9	49	57,5	18,2	44,2
1961	85,3	33,1	355,5	19	24	57	21	60,8	49	57,9	19,0	45,3
1962	86,2	32,6	353,0	16	24	60	19	60,5	49	59,1	19,2	45,3
1963	90,1	31,9	349,1	16	24	60	19	61,9	48	59,2	19,3	43,1
1964	92,7	33,8	363,8	14	25	61	20	58,8	48	59,3	20,0	44,9
1965	92,2	32,6	373,3	14	24	62	19	58,7	47	60,3	19,5	44,8
1966	94,8	34,8	359,9	13	23	64	19	59,6	47	60,4	19,5	43,9
1967	93,6	34,7	338,4	15	20	65	18	61,2	46	60,6	19,3	45,6
1968	90,3	33,7	334,6	14	23	63	19	61,1	46	61,3	17,5	51,0
1969	82,6	32,3	338,7	13	24	63	18	60,7	46	60,2	17,4	50,6
1970	73,3	33,7	343,4	13	24	63	19	58,0	47	60,5	16,4	52,6
1971	69,1	36,2	355,2	12	24	64	18	58,5	47	60,2	18,3	53,2
1972	59,5	38,9	368,2	9	24	67	18	58,7	46	59,6	17,4	52,8
1973	52,7	40,2	380,1	7	22	71	18	60,0	44	60,4	18,7	53,0
1974	50,4	41,3	373,1	7	22	71	18	64,1	42	60,9	18,4	55,2
1975	47,4	42,2	387,4	7	21	72	17	64,2	40	61,8	18,1	55,2
1976	...	41,0	391,5	8	21	71	17	64,7	40	62,8	18,8	54,5

1) an wissenschaftlichen Hochschulen (ohne Fachhochschulen)

a) Volkszählung 1950

Flüchtlinge

Als Folge des Ausgangs des 2. Weltkrieges strömten zwischen 1944 und 1949, einer Lawine gleich, rd. 900 000 geflüchtete oder ausgewiesene Deutsche aus den Gebieten des Deutschen Reichs östlich der Oder-Neiße-Linie und aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein und fanden hier Aufnahme. Zu diesen "Vertriebenen" kamen weitere 100 000 "Zugewanderte" aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone. Beide Personengruppen zusammen werden hier kurz als Flüchtlinge bezeichnet.

Obwohl es für diese Flüchtlinge keine brauchbaren Zahlen über den gesamten, in dieser Schrift dargestellten Zeitraum gibt, darüber hinaus wechselnde Flüchtlingsbegriffe den Vergleich bei den hier gebrachten Zahlen stören, kann auf die Darstellung des Flüchtlingsproblems in einer Schrift über die Nachkriegsentwicklung Schleswig-Holsteins nicht verzichtet werden. Die Flüchtlinge haben die Entwicklung auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens entscheidend beeinflußt.

Die vorhandenen Flüchtlingszahlen sind nicht problemlos. Die Flüchtlinge sind im Verlauf der Zeit durch zwei Zählmethoden mit verschiedener Ausgangsbasis erfaßt worden: "Wohnsitz am 1. 9. 1939" und "Inhaber eines Flüchtlingsausweises". Dies ergab für Personenkreise gleicher Herkunftsgebiete unterschiedliche Ergebnisse. Dennoch werden hierdurch die Größenordnungen des Flüchtlingsgeschehens nicht wesentlich verändert. Gravierender (weil die Substanz treffend) wirkt sich, mit zunehmendem Abstand vom eigentlichen Geschehen, die Einbeziehung der später im Aufnahmeland geborenen Kinder in die Flüchtlingszahlen aus. Bereits 1961 war jeder 5. Vertriebene in Schleswig-Holstein ein gar nicht unmittelbar betroffenes Kind im Alter von unter 15 Jahren.

Der Flüchtlingszustrom nach Schleswig-Holstein aus dem Osten kam zur Hauptsache in den Jahren 1945 und 1946; die zahlenmäßig stärksten Kontingente stellten Vertriebene aus Ostpreußen und Ost-Pommern. Alle späteren Phasen der Zuwanderung nach Schleswig-Holstein sind gegenüber 1945/46 nicht mehr von wesentlicher Bedeutung. Seinen Höhepunkt erreichte der Flüchtlingsbestand Anfang 1949. Schleswig-Holstein war das relativ am stärksten mit Flüchtlingen belegte Land im Bundesgebiet geworden. Die Not dieser Bevölkerungsgruppe war groß. Alle Aufgenommenen sinnvoll einzugliedern war wegen der wirtschaftlichen Struktur des Landes unmöglich. Da die Zuwanderungen durch die Flüchtlinge im Bundesgebiet regional sehr unterschiedlich verteilt waren, bemühte sich die Landesregierung schon frühzeitig um einen Ausgleich. Doch erst nach Bildung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 kam es zu durchgreifenden Maßnahmen in Form von behördlich gelenkten Umsiedlungsaktionen, in deren Rahmen über 400 000 Personen, überwiegend Vertriebene, aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer umgesiedelt wurden. Weitere Flüchtlinge wanderten aus eigenem Antrieb in die Ballungsgebiete des Bundesgebietes, um hier Arbeit oder bessere Arbeit zu finden. So ist der Zeitraum 1950/56 (trotz gleichzeitiger Zuwanderung) gekennzeichnet durch einen fühlbaren Rückgang der Zahl der Vertriebenen. Dennoch blieb Schleswig-Holstein das relativ am stärksten mit Vertriebenen belegte Bundesland. Dagegen hat sich die auch nach 1949 weiter andauernde Flucht und Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in die Bundesrepublik Deutschland – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – im mit Vertriebenen überfüllten Schleswig-Holstein nur wenig bemerkbar gemacht. Daß es gelang, bei zunehmendem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung den größeren Teil der zugewanderten Flüchtlinge einzugliedern, wird als hervorragende Leistung in die Geschichte des Landes eingehen. Hierbei stellten die Flüchtlinge nicht nur eine Belastung dar, sondern gleichzeitig auch ein Potential und einen Antriebsfaktor.

1. Flüchtlinge in Schleswig-Holstein infolge des 2. Weltkriegs

(ohne aus kriegsursächlichen Gründen Evakuierte aus Schleswig-Holstein und dem übrigen Bundesgebiet)

Stand	Vertriebene (einschließlich nachgeborener Kinder) hier: Deutsche mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 im deutschen Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße-Linie oder im Ausland (Grenzen des Deutschen Reichs vom 31. 12. 1937)				Zugewanderte (einschließlich nachgeborener Kinder) d.h. Deutsche mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Berlin oder der SBZ/DDR			
	männlich	weiblich	insgesamt	in % der Bevölkerung	männlich	weiblich	insgesamt	in % der Bevölkerung
29.10.1946[1]	370 784	472 911	843 695	32,6	63 047	64 096	127 143	4,9
1. 1.1948	.	.	s 877 000	s 33,3	.	.	s 133 000	s 5,1
1. 1.1949	.	.	s 887 000	s 33,4	.	.	s 137 000	s 5,2
1. 1.1950	.	.	s 881 000	s 33,4	.	.	s 136 000	s 5,2
13. 9.1950	388 635	467 496	856 131	33,0	66 075	67 843	133 918	5,2
1. 1.1951	.	.	827 300	32,3	.	.	133 100	5,2
1. 1.1952	348 500	426 100	774 600	31,1	64 600	66 400	131 000	5,3
1. 1.1953	326 200	402 100	728 300	30,0	64 700	66 800	131 500	5,4
1. 1.1954	297 100	370 100	667 200	28,5	63 900	66 500	130 400	5,6
1. 1.1955	284 300	354 200	638 600	27,7	64 000	66 700	130 700	5,7
1. 1.1956	277 300	344 900	622 200	27,3	64 900	67 700	132 600	5,8
25. 9.1956	.	.	617 300	27,2	.	.	136 000	6,0
	hier: Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A, Antragsteller auf die Bundesvertriebenenausweise A und B sowie übrige Deutsche mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in den Vertreibungsgebieten							
25. 9.1956	286 510	349 544	636 054	28,2				
1. 1.1958	288 800	349 100	637 900	28,2	69 500	71 900	141 400	6,2
1. 1.1959	290 900	349 800	640 700	28,2	71 500	74 000	145 500	6,4
1. 1.1960	291 700	349 800	641 500	28,0	73 900	76 200	150 100	6,6
	hier: Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A oder B				Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises C sowie Deutsche aus der SBZ/DDR und Berlin (Ost) ohne Ausweis			
6. 6.1961	287 797	342 310	630 107	27,2	56 038	58 222	114 260	4,9

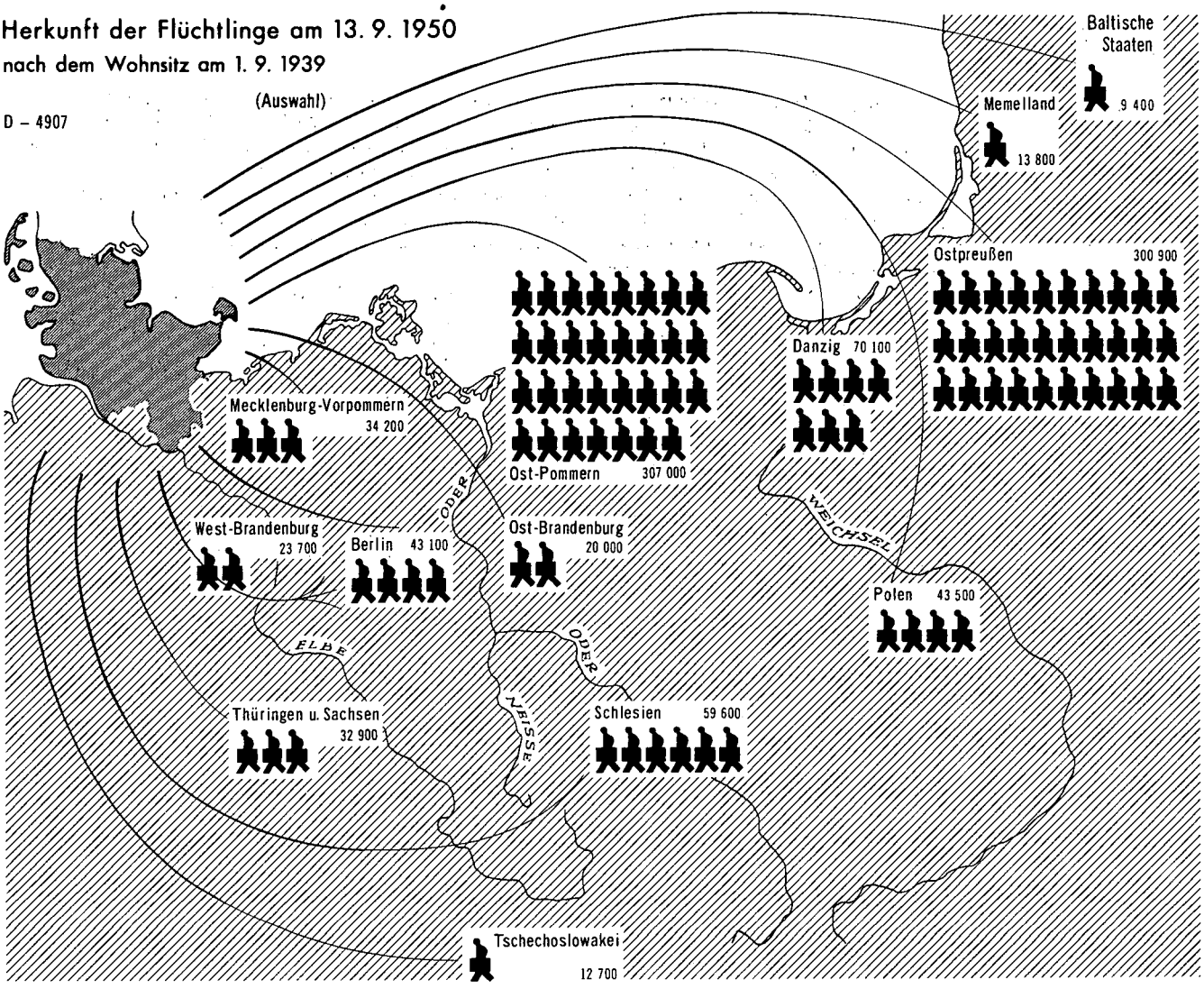
1) einschließlich Dienstgruppenangehörige in Lagern im Arbeitseinsatz für die Besatzungsmacht (rund 17 000)

Herkunft der Flüchtlinge am 13. 9. 1950

nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939

(Auswahl)

D – 4907



2. Wanderungsbewegung der Flüchtlinge 1950 - 1960

Jahr	Vertriebene								Zugewanderte		
	über die Landesgrenze Zugezogene			über die Landesgrenze Fortgezogene				Wanderungssaldo	über die Landesgrenze		Wanderungssaldo
	insgesamt	darunter aus		insgesamt	darunter				Zugezogene	Fortgezogene	
		anderen Bundesländern[1]	der SBZ/DDR und Berlin		in andere Bundesländer[1] zusammen	in andere Bundesländer[1] nach Nordrhein-Westfalen	über die Bundesgrenze[2]				
1950	26 071	13 248	6 708	115 947	110 812	23 270	3 864	- 89 876	.	.	.
1951	20 193	14 989	3 509	79 873	74 995	38 894	4 352	- 59 680	7 647	10 752	- 3 105
1952	19 610	15 577	2 565	71 837	67 345	36 703	3 966	- 52 227	7 408	8 317	- 909
1953	18 712	14 189	3 221	84 396	81 975	53 221	2 133	- 65 684	9 871	12 177	- 2 306
1954	18 426	13 632	3 850	50 576	48 225	28 593	2 299	- 32 150	10 112	10 972	- 860
1955	16 916	12 446	3 546	36 448	34 433	18 880	1 995	- 19 532	10 497	9 629	+ 868
1956	19 218	14 241	3 455	27 696	25 615	11 662	2 073	- 8 478	11 537	8 512	+ 3 025
1957	24 725	15 948	3 581	24 763	23 137	9 567	1 614	- 38	10 378	6 553	+ 3 825
1958	21 879	15 820	2 370	22 038	20 459	6 427	1 414	- 159	10 841	7 888	+ 2 953
1959	18 774	15 582	1 802	21 420	19 711	5 629	1 317	- 2 646	12 643	9 118	+ 3 525
1960	18 281	15 383	1 987	18 567	17 353	4 535	1 192	- 286	12 986	8 767	+ 4 219

1) einschließlich Saarland, ohne Berlin (West)
2) nach Berlin, der SBZ/DDR, dem ehemaligen deutschen Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße-Linie und dem Ausland (ohne die unbekannten Fälle)

Hinweis: Eine ausführliche Dokumentation bietet die Sonderschrift des Statistischen Landesamtes "Das Flüchtlingsgeschehen in Schleswig-Holstein infolge des 2. Weltkriegs im Spiegel der amtlichen Statistik" (Kiel, 1974)

Ausländer

Während und nach dem letzten Krieg strömten große Massen von Ausländern freiwillig und unfreiwillig nach Schleswig-Holstein. Im Herbst 1945 lebten in Lagern fast 100 000 sog. Displaced Persons, die zu einem großen Teil auf Rückkehr in die Heimat oder Ausreise nach Amerika oder einem anderen Land ihrer Wahl warteten. Diese "entwurzelten" Ausländer wurden von der United Nations Relief and Rehabilitation Association (UNRRA) und später von der IRO, der International Refugee Organization, betreut. Im April 1952 wurden die Lager in deutsche Hände übergeben. Mittlerweile war die ausländische Lagerbevölkerung erheblich gesunken; Anfang Oktober 1952 waren es noch knapp über 3 000 Personen. Ein Teil von ihnen ist im Lande geblieben. Immer noch leben hier Esten, Letten, Litauer und Polen und andere heimatlose Ausländer, die inzwischen Eingebürgerten nicht gerechnet.

Vom Herbst 1952 an läßt sich somit eine Konsolidierung feststellen. Anfang 1955 war die Ausländerzahl auf 12 400 gesunken. Wieweit dabei die umgestaltete Erfassungsweise mitspricht, läßt sich heute nur schwer abschätzen. Bis 1960 änderte sich kaum etwas. Dann freilich nahm die Ausländerzahl sprunghaft zu. Binnen weniger Jahre schnellte sie auf mehr als 30 000. Die Rezession der Jahre 1966/67 trieb die Zahl wieder unter die 30 000-Marke. Doch ab 1969 vollzog sich, mit dem wirtschaftlichen Aufschwung einhergehend, wieder ein äußerst rasches Anwachsen der Ausländerzahlen. Die Tabelle zeigt, wie stark der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit die Ausländerzahl beeinflußt hat. Dargestellt sind die sieben Ausländergruppen, die heute am häufigsten unter der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung anzutreffen sind. Ihr Heimatstaat ist die Türkei, Jugoslawien, Dänemark, Spanien, Griechenland, Italien und Portugal. Die sechs Länder außer Dänemark sind neben Tunesien und Marokko jene, in denen von der Bundesanstalt für Arbeit ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Die Zahl der Ausländer aus den in der Tabelle aufgeführten sechs Anwerbeländern stieg seit Anfang der sechziger Jahre gewaltig an, besonders die der Türken.

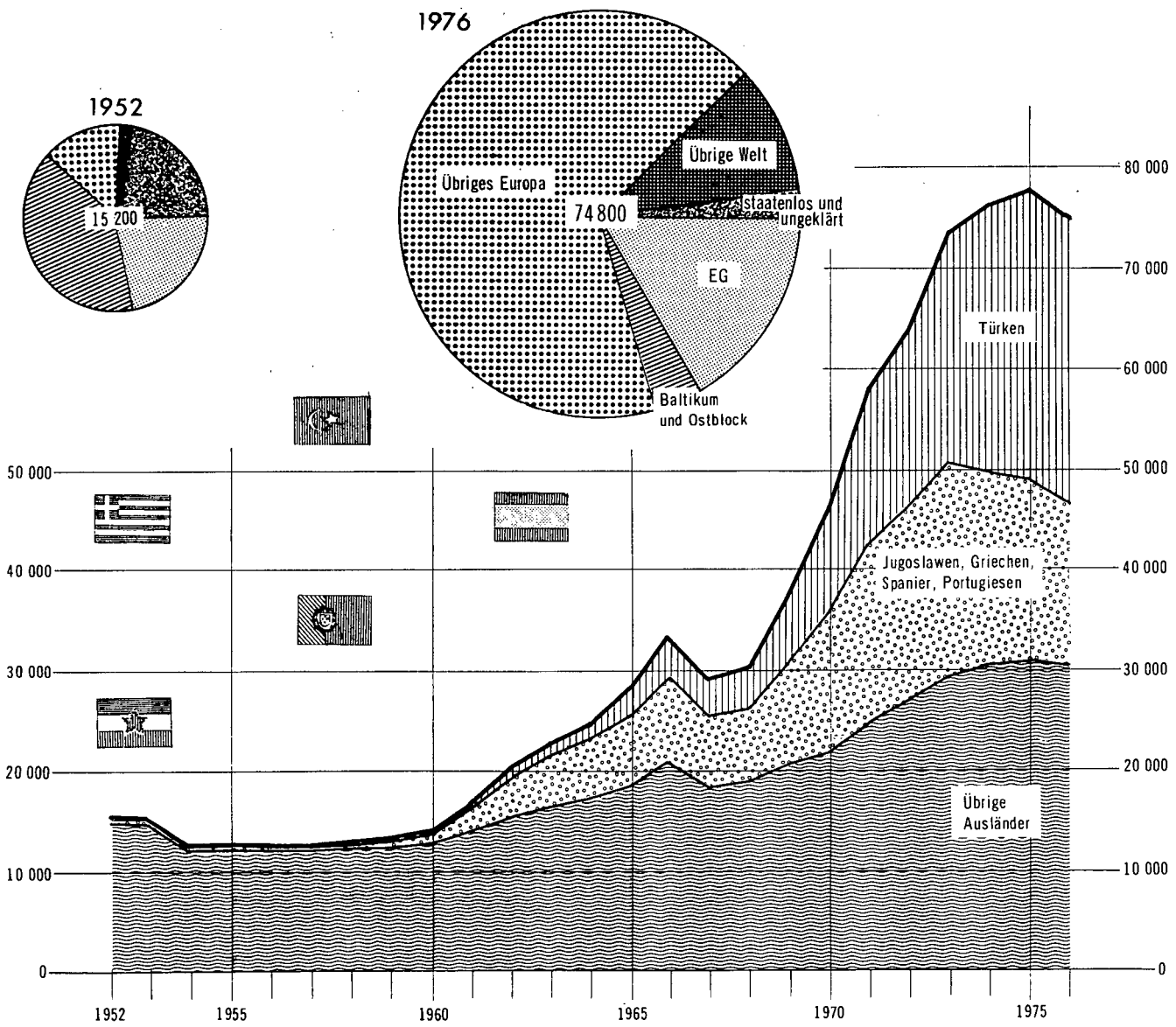
Im November 1973 wurden die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit angewiesen, die Anwerbetätigkeit einzustellen. Lediglich das EG-Land Italien war ausgenommen. Die Auswirkungen dieses Anwerbestopps sind deutlich: Die Zahl der Jugoslawen, Spanier, Griechen und Portugiesen ist seitdem gesunken. Lediglich die Türken und die Italiener konnten ihre Zahl von 1973 etwas erhöhen. Aber auch hier hat sich eine rückläufige Entwicklung angebahnt.

Die Grafik veranschaulicht das Ausmaß der Veränderungen an Zahl und Zusammensetzung der Ausländerpopulation. Die Balten und übrigen Osteuropäer sowie die Staatenlosen und Ausländer ungeklärter Staatsangehörigkeit machten 1952 noch weit mehr als die Hälfte der nichtdeutschen Bevölkerung aus. Heute dominieren andere Nationen. Die Ausländer, die heute in Schleswig-Holstein wohnen, leben hauptsächlich wegen ihrer Arbeit oder Ausbildung hier.

Stichtag	Ausländer insgesamt	Türken	Jugoslawen	Dänen	Spanier	Griechen	Italiener	Portugiesen	Übrige
1. 10. 1952	15 235	19	446	2 102	32	42	356	3	12 235
1. 10. 1953	15 067	26	425	2 147	32	48	352	3	12 034
31. 12. 1954	12 405	30	445	1 992	25	39	320	2	9 552
30. 9. 1955	12 433	26	390	1 923	28	38	365	3	9 660
31. 12. 1956	12 410	34	352	1 850	42	29	324	-	9 779
31. 12. 1957	12 298	54	342	1 815	47	55	361	-	9 624
31. 12. 1958	12 700	60	438	1 918	54	76	396	-	9 758
31. 12. 1959	12 972	70	455	1 868	66	120	452	-	9 941
31. 12. 1960	13 821	72	392	2 008	305	326	728	-	9 990
31. 12. 1961	16 344	276	422	2 302	1 014	628	1 237	39	10 426
31. 12. 1962	20 042	592	514	2 655	2 144	1 484	1 641	63	10 949
31. 12. 1963	22 371	834	521	3 076	2 758	1 930	1 540	108	11 604
30. 6. 1964	24 276	1 242	528	2 982	3 156	2 175	1 801	151	12 241
30. 6. 1965	27 945	2 502	605	3 237	3 661	2 363	2 138	463	12 976
30. 6. 1966	33 004	3 803	799	3 494	4 441	2 708	2 758	752	14 249
30. 9. 1967	29 121	3 691	1 008	2 653	3 357	2 163	2 130	704	13 415
30. 9. 1968	30 058	4 103	1 336	2 710	3 251	1 933	2 191	789	13 745
30. 9. 1969	37 167	6 591	2 661	2 861	3 854	2 733	2 674	1 062	14 731
30. 9. 1970	45 978	10 256	4 937	2 960	4 279	3 676	2 856	1 463	15 551
31. 12. 1971	57 682	15 375	6 206	3 328	5 396	4 370	2 999	1 954	18 054
30. 9. 1972	63 339	17 531	6 567	3 974	5 977	4 553	2 998	2 242	19 497
30. 9. 1973	73 203	22 909	7 485	3 924	6 473	4 418	3 279	2 845	21 870
30. 9. 1974	75 978	26 259	7 104	3 898	5 501	4 148	3 412	2 920	22 736
30. 9. 1975	77 275	28 368	6 868	4 108	4 736	3 806	3 371	2 868	23 150
30. 9. 1976	74 847	28 451	6 300	4 083	3 999	3 347	3 326	2 702	22 639

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A I 4 (Ausländer)

Ausländer in Schleswig-Holstein



Zur Methode

Als Ausländer sind jene gezählt, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sind. Ausländer sind auch die Staatenlosen und die Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Nicht mitgezählt sind die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik samt ihrer Familienangehörigen.

Die Zahlen für 1952 und 1953 entstammen Meldungen der Ausländerzentralkartei beim Landeskriminalamt in Kiel. Die Kartei wurde 1954 an das Büro für Aufenthaltsgenehmigungen beim Bundesminister des Innern überführt. Auf Grund eines Beschlusses der Kommission zur Rationalisierung der Statistik für Schleswig-Holstein befragte das Statistische Landesamt ab 1954 die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte. Nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des 1965 erlassenen Ausländergesetzes waren die Ausländerbehörden verpflichtet, einmal jährlich die Zahl der in ihrem Bereich wohnenden Ausländer auf einem bestimmten Formblatt zu melden. Diese Meldungen wurden von 1967 bis 1971 vom Statistischen Landesamt ausgewertet. Ab 1972 stammen die Zahlen aus dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister. Das Bundesverwaltungsamt überläßt dem Statistischen Bundesamt Individualsätze zur tabellarischen Auswertung, auch für die Länder.

Ärzte und Krankenhäuser

Die Anzahl der Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser und Betten darin gibt sicher keine erschöpfende Auskunft über die Qualität des Gesundheitswesens, gehört jedoch zu den grundlegenden Fakten. Die Reihen über die Ärzte, methodisch einheitlich, zeigen zwischen Anfang und Ende eine deutliche Zunahme, doch die Verläufe im einzelnen waren weder stetig noch bei den Gruppen gleich. Die Zahl der Ärzte insgesamt hielt sich lange mit leichten Schwankungen zwischen 3 000 und 3 200, bis sie Mitte der 60er Jahre erst langsam, dann schneller zu steigen begann und 1975 fast 4 600 erreichte. Im Vergleich zu dem kleinsten Bestand (1955) bedeutet das eine Zunahme um 51 %. Demgegenüber nahm die Zahl der frei praktizierenden Ärzte vom Minimum (1956) bis 1975 nur um 30 % zu, die der Krankenhausärzte jedoch seit 1960 (Minimum) um 89 %. Daraus folgt, daß der Anteil der Krankenhausärzte gestiegen ist: während er bis 1969 nur zwischen 29 % und 32 % schwankte, erreichte er 1973 39 % und blieb danach auf 38 %. Diese Zunahme vollzog sich zu Lasten der frei praktizierenden Ärzte, deren Anteil von 62 % anfangs der sechziger Jahre auf 50 % zurückging, während die restlichen Ärzte, in Forschung und Verwaltung, mit etwa 12 % den gleichen Anteil behielten. Die Zahl der Zahnärzte war 1965 am geringsten, nachdem sie 1955 ihren Höchststand gehabt hatte. Dieser wurde im Zuge der seit 1966 zu beobachtenden Zunahme 1971 wieder erreicht und überschritten, und 1975 gab es um knapp 20 % mehr Zahnärzte als 1950. Der Versorgungsgrad – Einwohner je Zahnarzt – verbesserte sich ungefähr entsprechend: die Zahl der Einwohner je Zahnarzt sank um 15 %. Bei den Ärzten war dieser Wert um 30 % gesunken.

Die Gesamtzahl der Krankenhäuser hat sich in den betrachteten 25 Jahren verringert, vom Höchststand 1955 (155) auf den Tiefststand 1971 (118) um 24 %. Die zugehörige Bettenzahl dieser Jahre sank nur um 7 %, zwischen den Jahren mit den extremen Bettenzahlen (1950 und 1963) jedoch um 18 %. Beide Aussagen beziehen sich auf die Gesamtzahl, also auf Krankenhäuser für Akutkranke und Sonderkrankenhäuser. Dies sind aber zwei ganz verschiedene Bereiche. Während die erste Gruppe das umfaßt, was üblicherweise in erster Linie unter "Krankenhaus" vorgestellt wird, gehören zur zweiten Gruppe in Schleswig-Holstein (1975) 10 für Psychiatrie und Neurologie (einschließlich Heilstätten), 11 Kurkrankenhäuser, je 3 für Suchtkranke und Tuberkulosekranke, 2 Rehabilitationskrankenhäuser und je eines für Versehrte, für Rheumakranke und für chronisch Kranke. Von diesen Untergruppen der Sonderkrankenhäuser beanspruchen zwar die psychiatrisch/neurologischen mit 31 % die weitaus meisten aller Betten (1975), für die Tabelle wurden jedoch die Betten in Tbk-Krankenhäusern ausgewählt, weil deren Anteil an allen Betten in dieser Periode rapide zurückgegangen ist. Daraus ist der Rückschluß erlaubt, daß die Tuberkulose, anders als in vielen Jahrzehnten vorher, als Volksseuche keine Rolle mehr spielt. Die übrigen Betten in Sonderkrankenhäusern sind dagegen fast stetig vermehrt worden: hatten sie 1950 einen Anteil von nur 12 % an allen Betten, so waren es 1975 43 %. Die wirtschaftlich maßgebliche Aussage über die in den Krankenhäusern erbrachte Leistung ist die Zahl der aufgewendeten Pflegetage, in der Tabelle in die beiden Komponenten "behandelte Kranke" und "Verweildauer" zerlegt, die sich gegenläufig entwickelt haben: eine Zunahme der Kranken von 1952 bis 1975 um 38 % steht neben einer Abnahme der Verweildauer um 35 %. Die – hier nicht ausgewiesene – Zahl der Pflegetage hat sich mit einer Abnahme um 8 % vergleichsweise wenig verändert, wohl aber ist die Umschichtung (mehr Patienten mit weniger Krankenhaustagen) charakteristisch.

Jahr	Berufstätige Ärzte und Zahnärzte[1]						Krankenhäuser					
	Ärzte insgesamt	darunter: in freier Praxis (ohne und mit Tätigkeit in einem Krankenhaus)	darunter: hauptamtlich in einem Krankenhaus tätig	Einwohner je Arzt	Zahnärzte (einschl. Dentisten u. sonst. Zahnbehandler)	Einwohner je Zahnarzt	Anzahl	planmäßige Betten insgesamt	darunter in Akut-Krankenhäusern in %	darunter in Tuberkulose-Krankenhäusern in %	stationär behandelte Kranke	durchschnittl. Verweildauer in Tagen
	am 31. 12.						am 31. 12.				im Jahr	
1950	3 149	.	.	808	1 237	2 056	152	30 796	74,0	13,8	.	.
1951	3 461	1 873	1 039	713	1 286	1 920	152	29 155	70,1	16,8	.	.
1952	3 477	1 837	1 096	692	1 313	1 832	153	27 881	68,6	17,6	266 162	37,2
1953	3 096	1 800	990	751	1 312	1 772	149	27 324	68,0	16,7	268 176	35,7
1954	3 102	1 825	986	736	1 341	1 703	154	28 378	67,3	16,0	267 931	34,5
1955	3 039	1 812	984	743	1 355	1 666	155	27 557	59,9	16,2	265 686	36,0
1956	3 062	1 756	984	735	1 321	1 704	149	26 283	61,1	15,3	262 299	34,2
1957	3 110	1 821	968	728	1 312	1 725	146	25 853	61,2	13,9	271 530	32,5
1958	3 117	1 903	946	729	1 313	1 731	142	25 598	61,5	13,4	272 103	32,3
1959	3 097	1 822	974	738	1 308	1 748	141	25 836	61,9	12,9	276 706	31,5
1960	3 135	1 938	925	735	1 315	1 752	132	25 441	62,5	11,6	279 220	31,0
1961	3 184	1 977	936	730	1 324	1 756	130	25 438	63,1	10,9	278 805	32,9
1962	3 228	2 014	940	725	1 282	1 824	129	25 481	63,4	10,6	282 154	32,5
1963	3 275	2 018	959	719	1 263	1 865	127	25 356	56,9	9,2	279 169	32,0
1964	3 223	1 966	952	737	1 245	1 909	128	25 596	53,8	8,6	267 849	31,0
1965	3 266	1 944	1 017	735	1 227	1 957	127	25 567	53,4	8,5	292 020	30,7
1966	3 302	1 960	1 036	735	1 228	1 977	127	25 430	53,6	8,1	299 283	29,8
1967	3 345	1 983	1 041	731	1 273	1 922	127	25 825	53,4	7,8	305 267	28,8
1968	3 431	2 031	1 090	719	1 260	1 958	124	25 894	53,8	7,6	316 748	28,2
1969	3 504	1 987	1 138	710	1 331	1 869	123	26 226	53,0	8,0	322 927	27,7
1970	3 826	2 045	1 321	656	1 346	1 865	121	26 089	53,5	6,9	323 125	27,1
1971	3 954	2 083	1 432	643	1 378	1 846	118	25 692	54,3	5,8	329 626	26,3
1972	4 105	2 073	1 549	625	1 397	1 835	118	25 802	55,3	4,5	334 835	25,8
1973	4 282	2 159	1 651	602	1 393	1 852	119	25 582	57,2	3,6	340 840	25,2
1974	4 462	2 267	1 702	579	1 396	1 851	120	26 441	56,6	2,9	352 648	24,5
1975	4 580	2 282	1 745	564	1 477	1 748	123	27 430	55,4	1,7	366 494	24,1

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei; bis 1968 ohne, danach einschließlich Bundeswehr

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A IV 1 (Im Gesundheitswesen tätige Personen) und A IV 2 (Krankenhäuser)

Unterhaltung und Information

Die folgenden Daten aus dem weiten Bereich der Unterhaltung und Information sind keine primärstatistischen Daten der amtlichen Statistik. Sie sind anderen Quellen entnommen und stammen aus den Unterlagen der Büchereizentralen Flensburg und Rendsburg, des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. sowie der Deutschen Bundespost.

Im Jahre 1950 sind in Schleswig-Holstein 1,5 Millionen Bücher aus öffentlichen Büchereien entliehen worden, 1975 waren es 7,7 Millionen Bücher. In diesen 25 Jahren hat sich die Zahl der ausgeliehenen Bücher mehr als verfünffacht. Dabei ist die Zunahme in diesem Zeitraum – von kleinen zwischenzeitlichen Einbrüchen abgesehen – nahezu kontinuierlich verlaufen. 1954 hat jeder Einwohner im Schnitt ein Buch entliehen, 1971 sind es zwei Bücher und 1975 sogar drei Bücher gewesen. Bei dieser Berechnung darf nicht übersehen werden, daß alle Einwohner einbezogen worden sind, so zum Beispiel der noch nicht lesefähige Säugling, aber auch die in bezug auf Bücherentleihungen unersättliche "Leseratte".

Unter einer Tageszeitung wird eine Zeitung verstanden, die mindestens zweimal wöchentlich erscheint. Dabei ist zwischen Haupt- und Nebenausgabe zu unterscheiden. Tageszeitungen, die regional weitverbreitet sind, bringen neben den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Informationen auf bestimmte Regionen zugeschnittene Lokalnachrichten. Diese Informationen unterscheiden sich in der Hauptausgabe und in den einzelnen Nebenausgaben. Die Ausgabe am Firmensitz der Zeitung wird im allgemeinen als Hauptausgabe bezeichnet, und die Regionalausgaben sind die Nebenausgaben. Die in der Zeitreihe aufgeführten Daten geben an, wie viele Tageszeitungen in Schleswig-Holstein hergestellt wurden und nicht, wie viele Zeitungen von der Bevölkerung in Schleswig-Holstein gelesen wurden. So werden vielleicht Einwohner, die im Ring um Hamburg wohnen, zum Teil vorzugsweise Hamburger Tageszeitungen lesen. Bis Anfang der 60er Jahre gab es in Schleswig-Holstein 46 Tageszeitungen, darunter 38 Hauptausgaben und 8 Nebenausgaben. Inzwischen hat sich die Struktur der Ausgaben – vermutlich aus Gründen der Konzentration und der Rationalisierung – erheblich verändert. Die Zahl der Hauptausgaben ist geschrumpft (1975: 27) und die der Nebenausgaben hat erheblich zugenommen (1975: 25). Die für den Verkauf vorgesehene Auflage der Tageszeitungen insgesamt hat sich in dem beobachteten Zeitraum – zwischen 1958 und 1975 – zwischen 433 000 und 602 000 bewegt. Nach dem Maximum im Jahre 1971 mit über 600 000 Zeitungen lag die Verkaufsauflage im Durchschnitt der Jahre 1972 bis 1975 bei etwa einer halben Million Zeitungen. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Verkaufsauflage der Tageszeitungen im Bundesgebiet machte im gesamten Beobachtungszeitraum lediglich 2 % bis 3 % aus.

Nahezu 90 % aller Haushalte in Schleswig-Holstein nehmen am Ton-Rundfunk teil. Die Veränderung der Teilnehmerzahl von Jahr zu Jahr ist nicht mehr erheblich. Ein langfristiger Vergleich der Zahl der Ton-Rundfunkteilnehmer wird durch einen methodischen Bruch in der Zeitreihe erschwert, und zwar dadurch, daß bis 1970 alle Genehmigungen gezählt wurden, auch die gebührenfreien und die für Zweitgeräte. Erst in den letzten Jahren werden nur die gebührenpflichtigen Teilnehmer statistisch ausgewiesen. Es läßt sich aber feststellen, daß zum Beispiel 1960 von 687 000 Ton-Rundfunkteilnehmern 26 000 (4 %) keine Gebühren zu zahlen brauchten, das heißt es gab damals etwa 661 000 gebührenpflichtige Teilnehmer. Diese Zahl ist mit den 817 000 Teilnehmern im Jahre 1975 vergleichbar und zeigt, daß sich die Zahl der Ton-Rundfunkteilnehmer in den letzten 15 Jahren in Schleswig-Holstein um ungefähr ein Viertel erhöht hat, obgleich in dieser Zeitspanne ein neues Medium, nämlich der Fernseh-Rundfunk, zunehmend an Bedeutung und Verbreitung gewonnen hat.

Im Jahre 1955 gab es in Schleswig-Holstein 8 000 Fernsehteilnehmer, das heißt nur 1 % der Haushalte hatte eine solche Genehmigung. Inzwischen übersteigt die Zahl der gebührenpflichtigen Teilnehmer am Fernseh-Rundfunk die Grenze von drei viertel Millionen. 1975 wurde in 80 % aller Haushalte ferngesehen, das ist eine Verbreitungsquote, die der Ton-Rundfunk als konkurrierendes oder ergänzendes Medium – wer kann das entscheiden – in den 50er Jahren erreicht hat.

Jahr	Bücher		Tageszeitungen [2]			Ton-Rundfunk			Fernseh-Rundfunk		
	Entleihungen aus öffentlichen Büchereien 1)		Haupt- / Nebenausgabe		Verkaufsauflage in 1000	Teilnehmer [3]					
	in 1000	je 1000 Einwohner	Anzahl			in 1000	je 1000 Einwohner	je 100 Haushaltungen	in 1000	je 1000 Einwohner	je 100 Haushaltungen
1950	1 477	581	.	.	.	461	181	.	.	.	.
1951	1 860	753	.	.	.	541	219	.	.	.	.
1952	2 104	875	.	.	.	591	246	.	.	.	.
1953	2 100	903	.	.	.	589	253	73	.	.	.
1954	2 470	1 082	.	.	.	597	261	76	.	.	.
1955	2 817	1 248	.	.	.	605	268	78	8	4	1
1956	3 078	1 367	.	.	.	613	272	80	21	9	3
1957	3 169	1 400	.	.	.	627	277	82	39	17	5
1958	3 106	1 366	38	8	433	667	293	86	80	35	10
1959	3 130	1 369	38	8	433	689	301	88	143	63	18
1960	2 730	1 185	38	8	446	687	298	87	200	87	25
1961	3 438	1 479	38	8	454	698	300	88	256	110	32
1962	3 629	1 552	40	21	467	716	306	88	322	138	39
1963	3 788	1 609	39	21	474	735	312	89	388	165	47
1964	4 044	1 702	38	15	500	756	318	90	454	191	54
1965	4 054	1 688	39	15	506	773	322	87	511	213	57
1966	4 175	1 720	38	24	509	790	325	87	570	235	63
1967	4 274	1 747	36	24	475	805	329	88	616	252	67
1968	4 353	1 764	36	13	480	826	335	88	669	271	71
1969	4 404	1 770	34	14	472	842	338	89	709	285	75
1970	4 695	1 870	33	24	479	850	339	93	735	293	80
1971	5 190	2 041	33	20	602	813	320	87	726	285	78
1972	5 736	2 237	32	24	509	814	318	87	737	287	79
1973	6 404	2 483	31	22	512	818	317	87	744	288	79
1974	7 136	2 761	29	25	513	813	315	86	747	289	79
1975	7 688	2 977	27	25	485	817	316	86	755	292	80

1) die den Büchereizentralen Flensburg und Rendsburg angeschlossen sind (also ohne die wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes, zum Beispiel Universitätsbibliotheken u. ä.)

2) Es handelt sich um Ergebnisse für einzelne Vierteljahre (1958 bis 1962: 2. Vierteljahr; 1963 bis 1972: 4. Vierteljahr; 1973 und 1974: 3. Vierteljahr)

3) am 1. 12. sowie in den 50er Jahren am 31. 12. - Bis 1970 wurden alle Genehmigungen gezählt, auch die gebührenfreien und die für Zweitgeräte; ab 1971 sind nur die gebührenpflichtigen Teilnehmer erfaßt

Schüler

Die folgende Tabelle weist für den Zeitraum 1951 bis 1976 eine jährliche Schülerzahl für öffentliche allgemeinbildende Schulen aus, deren Minimum bei 294 000 (1964) und deren Maximum bei 434 000 (1951) Schülern liegt. Die Schülerzahl hat sich im Zeitablauf ständig verändert. Diese Bewegung wurde durch zwei Faktoren ausgelöst. Der eine ist die Veränderung der Altersstruktur des betroffenen Bevölkerungsteils, nämlich der einzelnen Jahrgänge der Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 19 Jahren, der andere kann als Strukturwandel im Bildungsbereich bezeichnet werden. Hierunter sind alle schulorganisatorischen und bildungskonzeptionellen Maßnahmen der letzten 25 Jahre zu verstehen. In der Entwicklung der Zahl der Grundschüler – in der Tabelle ist lediglich die 4. Klassenstufe gesondert ausgewiesen – schlägt sich fast ausschließlich die demographische Komponente (z. B. durch die unterschiedliche Größe des einzelnen Geburtsjahrgangs) nieder. Die Entwicklung der Schülerzahl in den weiterführenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) wird dagegen durch die Übergänge aus der 4. Grundschulklasse entscheidend mitbestimmt. So wechselten 1952 lediglich knapp 11 % der Viertkläßler auf ein Gymnasium über, und 1976 waren es mehr als 28 %. Die Übergangsquote für die Realschule erhöhte sich – von kleinen Einbrüchen abgesehen – von fast 20 % auf über 34 %.

Schüler in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

Jahr	Schüler in öffentlichen						Schüler der 4. Grundschulklasse	Übergänge in die 5. Klassenstufe	
	Grund- und Hauptschulen	Realschulen		Sonderschulen für Lernbehinderte	Gymnasien			der Realschule	des Gymnasiums
		insgesamt	darunter Mädchen		insgesamt	darunter Mädchen		Übergangsquote in %	
1951	345 900	44 914	23 776	5 747	37 396	16 104	57 728	.	.
1952	309 282	51 264	27 292	5 812	38 898	16 655	49 360	19,5	10,8
1953	281 935	54 153	28 980	6 292	39 640	16 871	43 363	20,9	12,2
1954	258 011	52 947	28 390	6 006	39 673	16 847	35 275	20,7	13,2
1955	245 135	52 340	28 011	6 048	39 552	16 737	26 861	24,2	14,3
1956	236 011	47 680	25 319	6 052	38 013	15 916	31 553	25,4	13,4
1957	225 666	45 427	24 044	6 287	37 143	15 501	31 379	23,8	13,3
1958	219 478	43 474	22 856	6 735	36 328	15 113	32 505	24,1	13,5
1959	214 605	41 600	21 782	7 112	35 358	14 659	31 740	24,3	13,2
1960	213 227	40 311	21 083	7 498	34 201	14 052	31 061	23,7	13,3
1961	215 305	40 288	21 126	8 028	33 459	13 725	30 824	24,9	14,3
1962	214 361	40 918	21 531	8 532	32 656	13 425	29 796	24,0	13,8
1963	214 889	40 948	21 430	9 032	32 109	13 276	29 520	23,9	14,5
1964	210 971	40 924	21 239	9 488	32 617	13 670	29 589	24,9	16,3
1965	213 857	41 229	21 464	10 092	34 456	14 683	29 711	26,8	18,0
1966	219 745	41 479	21 659	10 496	36 727	15 845	30 602	26,7	19,0
1967 I	210 967	42 249	22 083	10 416	39 823	17 325	29 446	25,5	19,7
1967 II	209 204	43 603	22 760	10 821	42 659	18 674	34 288	28,3	22,3
1968	215 229	46 120	24 397	12 237	45 809	20 140	36 512	28,2	21,6
1969	221 833	49 349	26 270	13 772	48 626	21 577	26 987	27,7	21,8
1970	233 558	50 999	27 203	14 980	50 150	22 386	29 565	34,7	25,3
1971	239 536	55 914	29 671	15 965	54 378	24 684	38 138	(39,7)	(30,2)
1972	244 237	60 621	32 420	16 758	60 098	28 098	41 446	32,2	29,3
1973	248 044	66 142	35 225	17 376	65 296	31 194	42 921	32,6	29,3
1974	248 668	71 900	38 188	17 381	69 454	33 730	43 373	33,2	28,7
1975	250 288	77 032	40 783	17 874	72 679	35 727	42 970	33,1	28,4
1976	246 973	82 683	43 863	18 271	75 242	37 194	43 713	34,1	28,1

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte B I 1 (Allgemeinbildende Schulen)

Zur Methode

Im Herbst 1976/77 gab es in Schleswig-Holstein 532 600 Schüler in öffentlichen und privaten Schulen. Sie besuchten vorschulische Einrichtungen (8 300 Schüler), Schulen der allgemeinen Bildung (437 900 Schüler) sowie Schulen der beruflichen Bildung (86 400 Schüler). Von der Gesamtheit dieser Schüler enthält die hier veröffentlichte Tabelle nur die Schüler, die sich in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen befanden. Von diesen wurden wiederum die Schüler der Integrierten Gesamtschulversuche (2 100 Schüler), ein Teil der Sonderschüler (3 100 Schüler) und die Abendschüler (1 100 Schüler) nicht berücksichtigt. Für diese Schularten liegen zum Teil nur Angaben für wenige Jahre vor. Insgesamt sind in der Tabelle für das Schuljahr 1976/77 423 200 Schüler ausgewiesen, das heißt, 79% aller Schüler in Schleswig-Holstein.

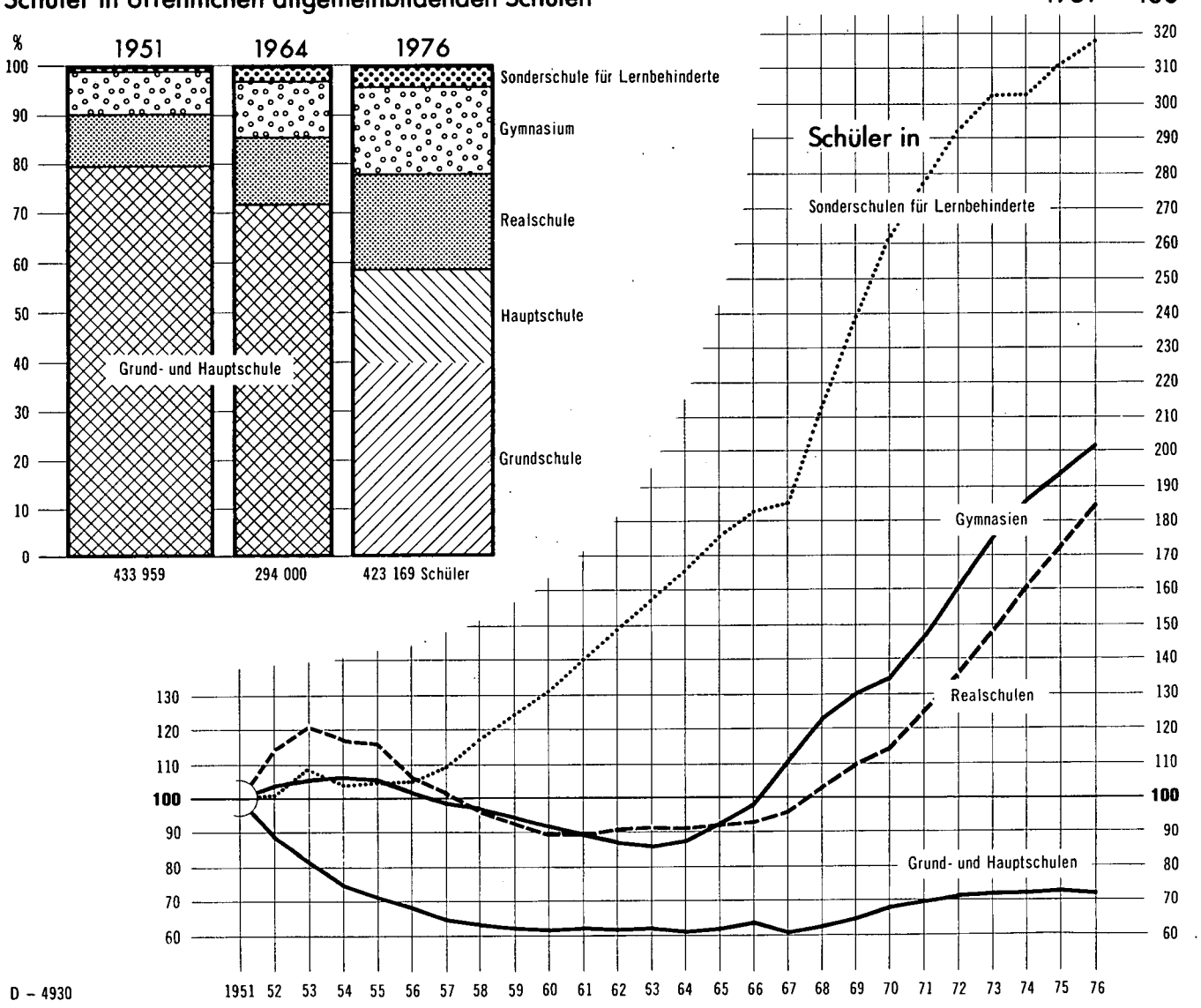
Die schulstatistischen Daten für die allgemeinbildenden Schulen werden einmal im Jahr, und zwar zu Beginn des Schuljahres (Vorspalte: Erhebungsstichtag 1. 9. 1976 = Schuljahr 1976/77) bei den Schulen erhoben. Der Erhebungsstichtag hängt vom Unterrichtsbeginn nach den Sommerferien ab und wird jedes Jahr neu festgesetzt. Dabei ist noch zu beachten, daß der Schuljahresbeginn 1966/67 vom 1. April auf den 1. August umgestellt wurde. In das Jahr 1966 fielen dadurch zwei Einschulungs- und Entlassungstermine. Der statistische Erhebungstermin folgte dieser Umstellung:

- 2. Mai 1966 = Erhebungstermin im 1. Kurzschuljahr (1. 4. bis 30. 11. 1966);
- 15. Februar 1967 (1967 I) = Erhebungsstichtag im 2. Kurzschuljahr (1. 12. 1966 bis 31. 7. 1967);
- 15. Oktober 1967 (1967 II) = Erhebungsstichtag im Normalschuljahr 1967/68 (1. 8. 1967 bis 31. 7. 1968).

Die in der Spalte 1 als Grund- und Hauptschulen bezeichneten Schulen hießen früher Volksschulen. Es handelte sich dabei um e i n e Schulart. Die heutigen Grund- und Hauptschulen, die zum Teil noch organisatorisch miteinander verbunden sind, bilden zwei Schularten, nämlich die Grundschule (1. bis 4. Klassenstufe) und die Hauptschule (5. bis 9. Klassenstufe). Die Realschule (Spalten 2 und 3) wurde früher Mittelschule genannt und das Gymnasium (Spalten 5 und 6) als höhere Schule bezeichnet. Die in der Spalte 4 erwähnten Sonderschulen für Lernbehinderte hießen in den 50er Jahren Hilfsschulen. Daneben gab es damals - und so ist es auch heute noch - Sonderschulen für andere Behinderungsarten (z. B. für Sprachbehinderte, Körperbehinderte, Geistigbehinderte, Hörgeschädigte, Verhaltensgestörte), deren Schülerzahlen in der Tabelle nicht ausgewiesen sind.

Eine organisatorisch selbständige Schule kann mehrere Schularten umfassen. So gab es z. B. bis zum Schuljahr 1975/76 Grund- und Hauptschulen mit Realschulklassen, die früher

Schüler in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen



Aufbauzüge genannt wurden. Diese Schulen sind inzwischen zum Teil in Realschulen mit Grund- und Hauptschulteilen umgewandelt worden. Es gibt auch andere Kombinationen, so z. B. eine Grund- und Hauptschule mit Sonderschulklassen. Bei der Zuordnung der Schülerzahl sind diese organisatorischen Bindungen nicht maßgeblich gewesen. In der Tabelle wurden die Schüler der Schulart zugeordnet, nach deren Stundenplan sie unterrichtet wurden, das heißt, Schüler der Realschulklassen wurden der Realschule, Schüler in Sonderschulklassen wurden der Sonderschule zugerechnet. Erwähnenswert ist ferner, daß es bis 1961 in der Stadt Preetz eine Volksoberschule gab, die einen Volksschul-, einen Mittelschul- sowie einen Gymnasialzug führte. Die Schüler dieser Schule wurden auf die einzelnen Schularten aufgeteilt. Diese Regelung gilt auch für die Schüler der heutigen kooperativen Gesamtschulen; sie wurden in der Tabelle auf die entsprechenden Schularten verteilt.

Die Grundschüler wechseln nach Beendigung der 4. Klassenstufe auf eine weiterführende Schule (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) über. Bis einschließlich 1970 mußten die Grundschüler eine Übergangsprüfung[1] ablegen, um ihre Befähigung für eine bestimmte Schulart nachzuweisen. Die Zahl der Grundschüler, die am Ende der 4. Grundschulklasse die Prüfung für die 5. Klassenstufe der Realschule oder des Gymnasiums bestanden hatten, wurde auf die Gesamtzahl der Viertkläßler (Spalte 7) zu deren Jahrgang sie gehörten, bezogen. Diese Relation wird Übergangsquote genannt (Spalten 8 und 9). Die Berechnungsweise dieser Quote - nämlich der Bezug auf die 4. Klassenstufe des Vorjahres - ist zwar für einen langfristigen Vergleich zweckmäßig, aber nicht ganz korrekt. Es war nämlich bis 1971 möglich, auch noch am Ende der 5. oder 6. Klassenstufe in die Realschule oder in das Gymnasium überzuwechseln. So ging z. B. ein nicht geringer Teil der Schüler - ungefähr 4 bis 5% eines Jahrgangs - erst am Ende der 6. Klassenstufe in die 7. Klassenstufe des Aufbauzugs über. Diese Schüler wurden in der Tabelle als Übergänge in die Realschule angesehen und auch in deren Übergangsquote einbezogen.

Der Übergang auf weiterführende Schulen wird vom Beginn des Schuljahres 1971/72 an nicht mehr vom Bestehen einer Übergangsprüfung abhängig gemacht. Nach dem erfolgreichen Besuch der Grundschule kann jeder Schüler in eine schulartabhängige Orientierungsstufe[2] - sie umfaßt die Klassenstufen 5 und 6 der allgemeinbildenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) - aufgenommen werden. Die Schulart wird von den Erziehungsberechtigten gewählt, die sich bei ihrer Entscheidung auf ein Gutachten der Grundschule stützen. Die Tabelle enthält in den Spalten 8 und 9 - in Form der Übergangsquote - die Übergänge aus der 4. Grundschulklasse[3] in die 5. Klassenstufe der Orientierungsstufe der Realschule und des Gymnasiums. Dabei wurde auf die Nennung der jährlichen Übergangsquote für die Orientierungsstufe der Hauptschule verzichtet. Sie lag im Zeitraum 1972 bis 1976 zwischen 32,6% (1975) und 34,1% (1973).

1) Ausführliche Ergebnisse der jährlichen Übergangsprüfungen sind im Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein 1958 bis 1970 veröffentlicht

2) Einzelheiten über die Orientierungsstufe und ihre Bedeutung sind im Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein ab 1971 veröffentlicht

3) Die Übergangsquoten des Jahres 1971 wurden in der Tabelle eingeklammert, weil sie letztmalig - von Ausnahmen abgesehen - Schüler enthalten, die aus einer höheren Klassenstufe in die 5. Klassenstufe der Orientierungsstufe übergewechselt sind. Diese Quoten sind mit denen der nachfolgenden Jahre nicht vergleichbar

Lehrer

In Schleswig-Holstein gibt es – am Beschäftigungsumfang gemessen – drei Arten von Lehrern (Beamte und Angestellte): vollbeschäftigte Lehrer, teilbeschäftigte Lehrer (mit 50 % und mehr Wochenstunden) sowie stundenweise beschäftigte Lehrer. Die folgende Tabelle enthält nur die vollbeschäftigten Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen. In den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden diese Lehrer als hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer bezeichnet. In älteren Landesveröffentlichungen, zum Beispiel in Statistischen Berichten, ist diese Bezeichnung gleichfalls zu finden.

Werden die in der Tabelle nach Schularten ausgewiesenen Lehrerzahlen zusammengezählt, so zeigt sich, daß es 1976 die höchste Lehrerzahl seit 1951 gegeben hat. Es waren 14 540 Lehrer, das heißt 4 342 (43 %) mehr als 1959. Damals waren 10 198 vollbeschäftigte Lehrer vorhanden. Das ist die niedrigste Lehrerzahl innerhalb des Zeitraumes 1951 bis 1976. Seitdem ist die Zahl der Lehrer – von geringfügigen Unterbrechungen abgesehen – von Jahr zu Jahr gestiegen.

Die Struktur der Lehrer in ihrer Verteilung auf die hier erfaßten Schularten hat sich jedoch im Zeitablauf erheblich verschoben. Der Anteil der vollbeschäftigten Lehrer an Grund- und Hauptschulen an allen vollbeschäftigten Lehrern ist von 72 % im Jahre 1951 um 24 Prozentpunkte auf 48 % im Jahre 1976 abgesunken. Dieser Rückgang führte zu einer Zunahme des Anteils bei allen anderen Schularten. Der Anteil der Realschullehrer erhöhte sich in dem genannten Zeitraum von 12 % auf 21 %, und der Anteil der Lehrer an Gymnasien stieg gleichfalls um 9 Prozentpunkte, nämlich von 15 % auf 24 %. 1951 arbeiteten lediglich 2 % der Lehrer an Sonderschulen für Lernbehinderte. Dieser Anteil kletterte bis 1976 auf über 7 %. Die vorstehend skizzierte Verschiebung in der Zusammensetzung der Lehrerzahl entspricht – zumindest im Hinblick auf die Richtung der Entwicklung – der langfristigen Strukturveränderung bei der Gesamtzahl der Schüler.

Die Zahl der Lehrer an Grund- und Hauptschulen hat seit 1951 abgenommen. Dennoch ist die Relation Schüler je Lehrer – es handelt sich hierbei um ein sehr grobes Maß – nicht ungünstiger geworden. So kamen 1951 im Landesdurchschnitt 43 Schüler auf einen Lehrer, 1976 sind es 35 Schüler gewesen. Die Zahl der Lehrer an Realschulen hat sich seit 1951 mehr als verdoppelt. Das gilt auch für die Zahl der Lehrer an Gymnasien. Die Zahl der Lehrer an Sonderschulen für Lernbehinderte hat sich in diesem Zeitraum sogar nahezu versechsfacht.

Der Anteil der Frauen an allen Lehrern an Gymnasien ist mit durchschnittlich 26 % bei einer geringfügigen Streuung um diesen Wert innerhalb eines Vierteljahrhunderts erstaunlich stabil geblieben. Der Frauenanteil bei den Lehrern an Grund- und Hauptschulen – er ist in der Tabelle nicht ausgewiesen – hat sich dagegen in dem beobachteten Zeitraum von 30 % auf über 60 % erhöht. Diese Entwicklung gilt annähernd auch für den Anteil der Frauen an Sonderschulen für Lernbehinderte. Der Anteil der Realschullehrerinnen hat von ungefähr 30 % auf 45 % zugenommen. Insgesamt gesehen ist heute fast jede zweite vollbeschäftigte Lehrkraft eine Frau.

Jahr	Vollbeschäftigte Lehrer an öffentlichen									
	Grund- und Hauptschulen		Realschulen[1]		Sonderschulen für Lernbehinderte[2]		Gymnasien			
	Anzahl	Meßzahl 1951 = 100	Anzahl	Meßzahl 1951 = 100	Anzahl	Meßzahl 1951 = 100	Anzahl	Meßzahl 1951 = 100	darunter Frauen	
									Anzahl	%
1951	7 953	100	1 306	100	188	100	1 670	100	427	25,6
1952	7 533	94,7	1 600	122,5	220	117,0	1 818	108,9	470	25,9
1953	7 061	88,8	1 876	143,6	263	139,9	1 879	112,5	512	27,2
1954	6 583	82,8	1 922	147,2	264	140,4	1 777	106,4	480	27,0
1955	6 275	78,9	1 940	148,5	274	145,7	1 893	113,4	509	26,9
1956	6 239	78,4	1 907	146,0	278	147,9	1 929	115,5	526	27,3
1957	6 167	77,5	1 899	145,4	282	150,0	1 961	117,4	530	27,0
1958	6 156	77,4	1 864	142,7	299	159,0	1 885	112,9	515	27,3
1959	6 142	77,2	1 823	139,6	327	173,9	1 906	114,1	528	27,7
1960	6 144	77,3	1 837	140,7	361	192,0	1 930	115,6	521	27,0
1961	6 293	79,1	1 801	137,9	361	192,0	1 930	115,6	509	26,4
1962	6 389	80,3	1 836	140,6	398	211,7	1 921	115,0	499	26,0
1963	6 484	81,5	1 883	144,2	435	231,4	1 954	117,0	503	25,7
1964	6 332	79,6	1 875	143,6	465	247,3	1 991	119,2	507	25,5
1965	6 279	79,0	1 916	146,7	483	256,9	2 040	122,2	530	26,0
1966	6 382	80,2	1 893	144,9	521	277,1	2 109	126,3	557	26,4
1967 I	6 393	80,4	1 861	142,5	507	269,7	2 207	132,2	578	26,2
1967 II	6 527	82,1	1 933	148,0	558	296,8	2 270	135,9	603	26,6
1968	6 622	83,3	2 011	154,0	615	327,1	2 397	143,5	635	26,5
1969	6 918	87,0	2 105	161,2	712	378,7	2 517	150,7	673	26,7
1970	7 033	88,4	2 218	169,8	818	435,1	2 592	155,2	697	26,9
1971	7 096	89,2	2 321	177,7	848	451,1	2 699	161,6	701	26,0
1972	7 059	88,8	2 449	187,5	913	485,6	2 762	165,4	705	25,5
1973	7 070	88,9	2 560	196,0	968	514,9	2 863	171,4	737	25,7
1974	7 117	89,5	2 711	207,6	1 016	540,4	3 108	186,1	819	26,4
1975	7 228	90,9	2 928	224,2	1 044	555,3	3 269	195,7	844	25,8
1976	7 047	88,6	3 010	230,5	1 063	565,4	3 420	204,8	904	26,4

Anmerkung: Die Angaben für die 50er und 60er Jahre können geringfügige Schätzfehler enthalten. Es gab Zuordnungsprobleme bei den Lehrerzahlen der Volksoberschule in Preetz bis einschließlich 1959. Bei den Realschulzügen mußte zum Teil auf Haushaltsunterlagen zurückgegriffen werden

1) einschließlich an Realschulzügen 2) einschließlich an Sonderschulklassen

Hinweis: Siehe auch den Abschnitt "Zur Methode" zum Beitrag "Schüler", Seite 28
Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte B I 1 (Allgemeinbildende Schulen)

Auszubildende

Die Zahl der Auszubildenden (früher Lehrlinge genannt) wird – abgesehen vom Bereich des öffentlichen Dienstes – von den Kammern registriert. Von den Industrie- und Handelskammern sowie von den Handwerkskammern wurden 1975 insgesamt 82 % aller Auszubildenden erfaßt. Werden noch die Angaben der Landwirtschaftskammer hinzugerechnet, so ergibt sich eine Erfassungsquote von 86 %. Für die Ausbildungsbereiche dieser drei Kammerarten konnten Zeitreihen für die letzten zwei Jahrzehnte aufgestellt werden. Für die übrigen Ausbildungsbereiche, nämlich im Bereich des öffentlichen Dienstes (4 %) und im Bereich der freien Berufe (10 %), zum Beispiel Arzt- und Apothekenhelferinnen, Rechtsanwalts- und Notargehilfen, liegen vollständige Zahlenangaben erst seit 1973 vor. Im Jahre 1975 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 52 300 Auszubildende, darunter 2 057 im öffentlichen Dienst und 5 495 im Bereich der freien Berufe.

Werden die Aussagen auf die Bereiche Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft beschränkt, so ist festzuhalten, daß die Zahl der Auszubildenden 1957 rund 64 500 und 1974 rund 45 400 betragen hat. Im Jahre 1974 standen somit in diesen vier Bereichen zusammen 19 100 Jugendliche (30 %) weniger in der beruflichen Ausbildung als 1957. Bemerkenswert ist, daß es zwischen 1966 und 1968 – in einer Zeit der wirtschaftlichen Flaute – mit 61 200 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt ein zwischenzeitliches Ausbildungshoch gegeben hat.

Von den Auszubildenden in Industrie und Handel waren 1975 knapp 50 % Frauen. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden ist in den letzten Jahren rückläufig gewesen. Im Beobachtungszeitraum 1956 bis 1974 hat er bei über 50 % gelegen, und zwar jeweils mit dem Maximum von 56 % in den Jahren 1960 und 1966. Der Rückgang des Frauenanteils ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Auszubildenden in kaufmännischen Berufen stärker abgenommen hat als die in gewerblichen Berufen. So wurden zum Beispiel 1967 rund 25 700 Jugendliche in kaufmännischen und 8 300 in gewerblichen Berufen ausgebildet. 1975 lagen die entsprechenden Zahlen bei 15 300 (– 40 %) und bei 6 700 (– 19 %).

Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk zeigt seit einigen Jahren einen leichten Aufwärtstrend. 1975 wurden 21 800 Jugendliche in handwerklichen Berufen ausgebildet, das sind fast 1 700 (+ 8 %) mehr als 1972. Damals erreichte das Handwerk mit 20 100 Auszubildenden den niedrigsten Stand im Beobachtungszeitraum 1956 bis 1975. Das Handwerk ist eine Domäne der Männer. Der Anteil der jungen Mädchen an allen Auszubildenden in handwerklichen Berufen lag in den letzten beiden Jahrzehnten lediglich zwischen 15 bis 19 %. Das hängt damit zusammen, daß viele Handwerksberufe "schwere" Berufe sind. So wurden zum Beispiel 1975 sieben Zehntel der Jugendlichen in Metall- (55 %) sowie in Bau- und Ausbauhandwerken (14 %) ausgebildet.

Die langfristige Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft folgte dem allgemeinen Strukturwandel im landwirtschaftlichen Bereich. Von 1956, dem Beginn der vorliegenden Zeitreihe, bis 1973 ist die Zahl der Auszubildenden – nur unterbrochen durch eine leichte Zunahme in den Jahren 1967/68 – rückläufig gewesen. 1956 wurden gut 4 300 Jugendliche für landwirtschaftliche Berufe ausgebildet, 1973 waren es knapp 1 500, das heißt zwei Drittel weniger als damals. In den letzten beiden Beobachtungsjahren 1974 und 1975 zeigte die Ausbildungszahl eine deutliche Aufwärtsentwicklung, wobei zu diesem Zeitpunkt die Frage offen bleiben muß, ob das lediglich eine vorübergehende Erscheinung im Zusammenhang mit der allgemeinen, zur Zeit immer größer werdenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist.

Jahresende	Auszubildende								
	in Industrie und Handel				im Handwerk				in der Landwirtschaft
	insgesamt	und zwar			insgesamt	und zwar			
		weiblich	in gewerblichen Berufen	in kaufmännischen Berufen		weiblich	in Metallhandwerken	in Bau- und Ausbauhandwerken	
1956	29 314	15 102	7 933	21 381	29 660	4 766	9 624	8 145	4 337
1957	31 592	16 530	9 068	22 524	28 852	4 780	10 085	7 472	4 091
1958	32 390	17 480	9 238	23 152	28 313	5 034	10 465	7 174	3 831
1959	31 957	17 543	8 457	23 500	27 542	4 973	10 560	6 840	3 461
1960	31 191	17 479	8 083	23 108	26 023	4 855	10 365	6 357	2 978
1961	28 887	15 804	7 609	21 278	23 563	4 433	9 711	5 786	2 481
1962	27 437	14 835	7 530	19 907	21 796	4 141	9 207	5 311	2 311
1963	26 517	14 238	7 342	19 175	21 307	4 088	9 308	4 980	2 491
1964	27 402	15 121	7 317	20 085	22 767	4 215	10 281	5 297	2 499
1965	27 617	15 312	7 167	20 450	23 046	4 225	10 585	5 268	2 486
1966	32 133	17 985	8 218	23 915	24 730	4 337	11 705	5 553	2 458
1967	34 010	18 718	8 278	25 732	26 343	4 850	12 267	5 483	2 624
1968	33 347	17 888	7 940	25 407	24 844	4 654	11 633	4 765	3 047
1969	27 477	14 377	7 202	20 275	21 250	3 678	11 127	3 228	2 613
1970	26 945	13 781	7 349	19 596	20 632	3 536	11 002	3 149	1 959
1971	26 625	13 738	7 383	19 242	20 153	3 303	11 148	3 097	1 667
1972	25 186	12 912	7 178	18 008	20 128	3 122	11 523	3 110	1 503
1973 [1]	22 991	11 745	6 825	16 166	20 623	3 053	12 018	3 242	1 475
außerdem [1]	860	615	-	860	-	-	-	-	-
1974 [1]	21 788	10 942	6 750	15 038	21 147	3 309	12 098	3 319	1 668
außerdem [1]	830	624	-	830	-	-	-	-	-
1975 [1]	21 016	10 237	6 732	14 284	21 783	3 704	12 068	3 137	1 922
außerdem [1]	1 042	751	-	1 042	-	-	-	-	-

1) Es handelt sich um die Zahl der Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen, die ab 1973 nicht mehr zum Bereich Industrie und Handel gezählt werden; im Zeitraum 1956 bis 1972 sind sie in diesen Zahlen enthalten. Sie gehören jetzt zu den übrigen Ausbildungsbereichen, und zwar zu den freien Berufen. Sie wurden hier aufgeführt, um einen langfristigen Zeitvergleich der Zahl der Auszubildenden zu ermöglichen

Studenten

Im Wintersemester 1946/47 studierten an der Universität Kiel rund 3 000 Studenten. Das sind mehr als viermal soviel als im letzten Wintersemester vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Mit 3 350 Studenten im Wintersemester 1948/49 erreichte die Zahl der Immatrikulationen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einen vorläufigen Höchststand. Diese Zunahme der Studentenzahlen hatte vor allem zwei Gründe: erhebliche Zunahme der Bevölkerung des Landes durch den Flüchtlingszustrom, und großer Nachholbedarf vieler Studienberechtigter, die das Studium wegen des Krieges lange zurückstellen mußten. Indem diese Jahrgänge dann ausschieden und auch infolge Abnahme der Bevölkerung durch Abwanderung und Umsiedlung entwickelte sich die Studentenzahl bis zum Wintersemester 1954/55 rückläufig. Seitdem ist ein stetiger Anstieg der Studentenzahlen zu registrieren, wenn man von zwei geringfügigen Einschnitten absieht. Von knapp 2 000 Studierenden im Wintersemester 1954/55 auf gut 12 000 Studierende im Wintersemester 1975/76 hat sich die Zahl der Studenten im Universitätsbereich innerhalb von 20 Jahren versechsfacht: nicht zuletzt wegen der Erweiterung des Hochschulzugangs und Verlängerung der Studiendauer. Bemerkenswert erscheint noch die kräftige Zunahme der Studierenden um 13 % im Wintersemester 1966/67. Das kann durch das Kurzschuljahr erklärt werden, das sich durch die Umstellung des Versetzungstermins ergab und innerhalb eines Halbjahres zwei Schuljahrgänge zur Hochschulreife brachte. Immer mehr Frauen studieren: der Anteil der Studentinnen ist von 21 % im Wintersemester 1945/46 auf 35 % im Wintersemester 1975/76 gestiegen.

Relativ noch stärker als bei der Universität war die Zunahme der Studierenden an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg; von knapp 500 Studenten im Wintersemester 1948/49 auf rund 4 200 im Wintersemester 1975/76, wobei nach einer Verdoppelung der Studentenzahlen nach jeweils 10 Jahren (1960, 1970) besonders der kräftige Anstieg seit 1970 auffällt. Dabei kehrte sich das Verhältnis der studierenden Männer zu den studierenden Frauen um. Machten die Frauen 1948/49 nur 40 % der Studierenden aus, erreichten die Männer 1975/76 knapp diesen Anteil. Die hohe Zuwachsrate der Studenten von 56 % im Wintersemester 1964/65 gegenüber dem Wintersemester 1963/64 erklärt sich daraus, daß ab 1. 4. 1962 die Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer von vier auf sechs Semester verlängert wurde. Die Quote von 29 % im Wintersemester 1966/67 ist auch hier sicherlich die Auswirkung des Kurzschuljahres. Die starken Zuwachsraten der Studentenzahl zu Beginn der 70er Jahre müssen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Studienangebots gesehen werden. Seit dem Wintersemester 1970/71 werden an den pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein neben dem Grund- und Hauptschullehrer und Sonderschullehrer auch der Diplom-Pädagoge und der Realschullehrer ausgebildet.

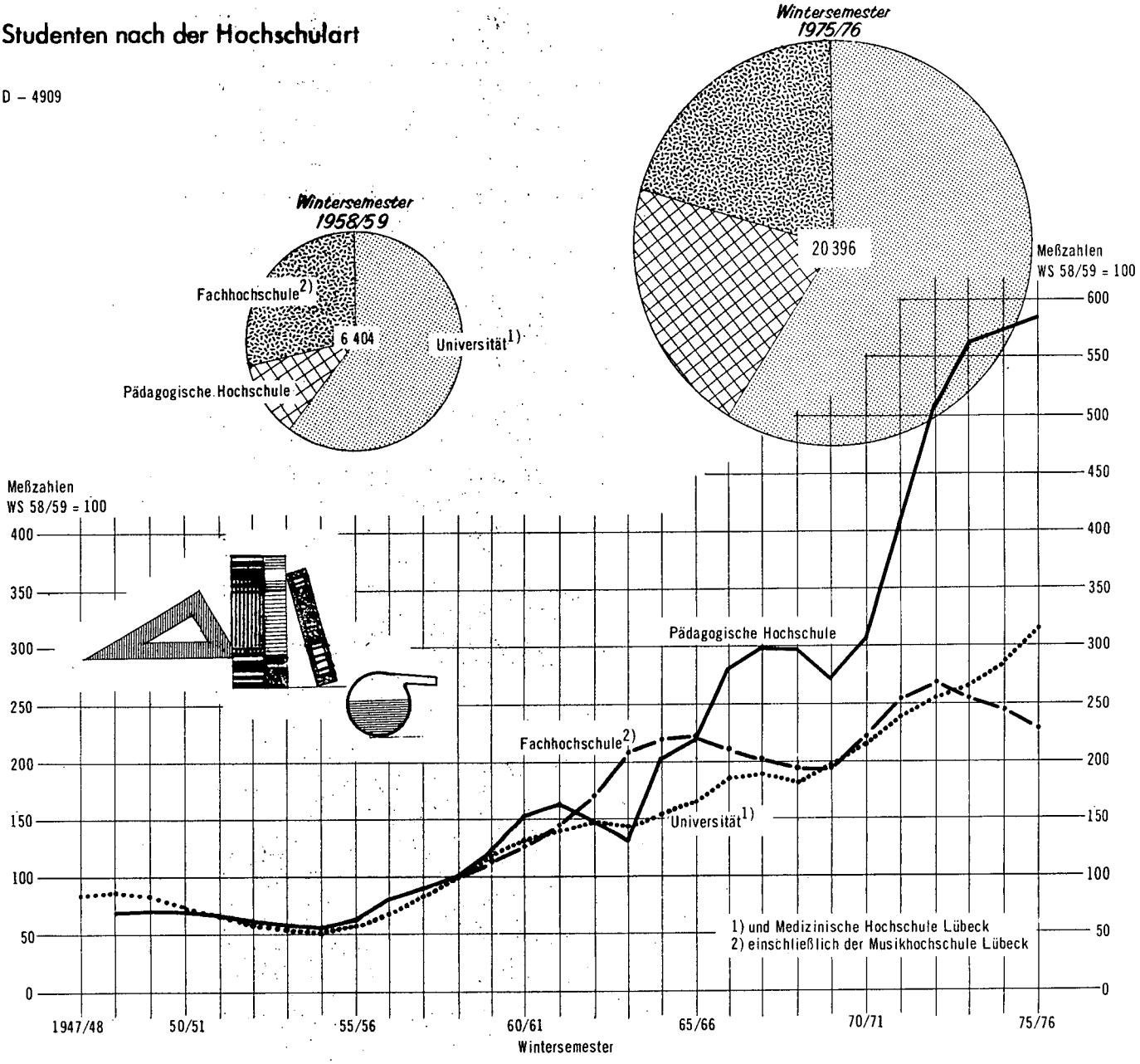
An den Fachhochschulen und ihren Vorläufern zeigt sich 1958/59 bis 1965/66 eine steigende Tendenz der Studentenzahlen. Hierbei muß beachtet werden, daß ab 1962 der Fachbereich Technik der Fachhochschule Lübeck, ab 1963 der Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel und seit 1965 auch die Studenten im Fachbereich Wirtschaft in die Erhebung einbezogen werden. Dennoch nahm in den folgenden Jahren die Zahl der Studierenden ab. Der relativ hohe Anstieg der Studentenzahlen im Wintersemester 1970/71 um 13 % auf 3 991 Studenten und ein Jahr später um 15 % auf 4 590 läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß die im Gesetz über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein von 1969 festgesetzten Studienvoraussetzungen erst mit Wirkung zum 1. 8. 1971 in Kraft traten. Sicher haben damals verstärkt viele die Möglichkeit genutzt, das Studium noch mit der mittleren Reife und einer praktischen Ausbildung aufzunehmen. Jetzt setzt das Studium an Fachhochschulen die Fachhochschulreife, die allgemeine Hochschulreife oder die fachgebundene Hochschulreife voraus. Das Studium an Fachhochschulen scheint auch für Frauen attraktiver geworden zu sein. Gehörten im Wintersemester 1969/70 nur 5 % der 3 533 Studenten an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein zum weiblichen Geschlecht, so waren es im Wintersemester 1975/76 bereits 21 % der 4 136 Studenten.

Wintersemester	Studenten der									
	Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck				pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg				Fachhochschulen (und ihren Vorläufern) und der Musikhochschule Lübeck	
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl	in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl	in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1938/39	695	.	110	15,8	.	.	.	.	.	.
1946/47	3 021	.	651	21,5	.	.	.	.	.	.
1947/48	3 200	+ 5,9	622	19,4	.	.	.	.	.	.
1948/49	3 310	+ 3,4	581	17,6	481	.	192	39,9	.	.
1949/50	3 230	- 3,6	537	16,6	489	+ 1,7	207	42,3	.	.
1950/51	2 857	- 11,5	471	16,5	486	- 0,6	229	47,1	.	.
1951/52	2 557	- 10,5	447	17,5	480	- 1,2	243	50,6	.	.
1952/53	2 281	- 10,8	402	17,6	439	- 8,5	220	50,1	.	.
1953/54	2 046	- 10,3	379	18,5	409	- 6,8	227	55,5	.	.
1954/55	1 952	- 4,6	359	18,4	383	- 6,4	239	62,4	.	.
1955/56	2 094	+ 7,3	396	18,9	452	+ 18,0	306	67,7	.	.
1956/57	2 558	+ 22,2	503	19,7	579	+ 28,1	413	71,3	.	.
1957/58	3 136	+ 22,6	643	20,5	646	+ 11,6	455	70,4	.	.
1958/59	3 878	+ 23,7	848	21,9	715	+ 10,7	507	70,9	1 811	.
1959/60	4 498	+ 16,0	1 113	24,7	867	+ 21,3	644	74,3	2 035	+ 12,4
1960/61	5 025	+ 11,7	1 235	24,6	1 081	+ 24,7	778	72,0	2 265	+ 11,3
1961/62	5 394	+ 7,3	1 387	25,7	1 174	+ 8,6	787	67,0	2 565	+ 13,2
1962/63	5 683	+ 5,4	1 465	25,8	1 054	- 10,2	728	69,1	3 059	+ 19,3
1963/64	5 556	- 2,2	1 405	25,3	920	- 12,7	661	71,8	3 741	+ 22,3
1964/65	5 846	+ 5,2	1 458	24,9	1 439	+ 56,4	1 004	69,8	3 921	+ 4,8
1965/66	6 308	+ 7,9	1 524	24,2	1 549	+ 7,6	1 039	67,1	3 964	+ 1,1
1966/67	7 126	+ 13,0	1 833	25,7	2 001	+ 29,2	1 344	67,2	3 797	- 4,1
1967/68	7 285	+ 2,2	1 840	25,3	2 139	+ 6,8	1 429	66,8	3 638	- 4,2
1968/69	7 101	- 2,5	1 706	24,0	2 121	- 0,8	1 403	66,1	3 541	- 2,7
1969/70	7 654	+ 7,8	1 848	24,1	1 949	- 8,1	1 257	64,5	3 533	- 0,2
1970/71	8 250	+ 7,8	2 122	25,7	2 189	+ 12,3	1 401	64,0	3 991	+ 13,0
1971/72	9 272	+ 12,4	2 554	27,5	2 909	+ 32,9	1 855	63,8	4 590	+ 15,0
1972/73	9 820	+ 5,9	2 931	29,8	3 623	+ 24,5	2 300	63,5	4 867	+ 6,0
1973/74	10 296	+ 4,8	3 235	31,4	4 019	+ 10,9	2 516	62,6	4 598	- 5,5
1974/75	10 894	+ 5,8	3 619	33,2	4 109	+ 2,2	2 575	62,7	4 422	- 3,8
1975/76	12 063	+ 10,2	4 203	34,8	4 197	+ 2,1	2 652	63,2	4 136	- 6,5

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte B III 1 (Studenten)

Studenten nach der Hochschulart

D – 4909



Zur Methode

Während die Universität Kiel (gegr. 1665) und die pädagogischen Hochschulen (Kiel 1926, Flensburg 1946) eine längere Tradition aufweisen, entstanden die übrigen Hochschulen Schleswig-Holsteins erst in jüngerer Zeit. 1964 wurde als zweite medizinische Fakultät der Universität Kiel die Medizinische Akademie Lübeck eingerichtet. Durch das Gesetz über die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein von 1973 wird sie zur selbständigen Medizinischen Hochschule Lübeck erhoben. Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1969 sind aus den früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen die Fachhochschulen gegründet worden. Aus der Fachhochschule für Musik entstand 1973 die Musikhochschule Lübeck. Die Studenten der Musikhochschule werden hier dem Fachhochschulbereich, die Studenten der Medizinischen Hochschule der Universität Kiel zugerechnet; an beiden Hochschulen schwankte die Studentenzahl zwischen 200 und 300.

Seit dem Wintersemester 1949/50 gibt es über die Studenten eine bundeseinheitliche Individualstatistik. Diese Form der Erhebung besagt, daß der Student selbst Angaben zu seiner Person und zu seinem Studium macht. Vor der Einführung der Individualstatistik meldeten ausschließlich die Hochschulverwaltungen Eckdaten über ihre Studenten.

In Schleswig-Holstein umfaßt die individuelle Studentenstatistik bis 1959 nur die Studenten der Universität Kiel. Erst ab Wintersemester 1959/60 werden auch die Studenten der beiden pädagogischen Hochschulen direkt befragt. Das im Jahre 1971 in Kraft getretene Hochschulstatistikgesetz machte es notwendig, zusätzlich die Studenten der Fachhochschulen in die Individualbefragung einzubeziehen, für die seit 1973 Ergebnisse vorliegen. Auf der Grundlage der Erhebung durch die Verwaltungen kann die Entwicklung der Studentenzahl im heutigen Fachhochschulbereich ab 1958 dargestellt werden. Eine weitergehende Darstellung verhindern Zuordnungsprobleme der früheren Ingenieur- und Fachschulen zu den jetzigen Fachhochschulen.

Die Entwicklung der Studentenzahl wird anhand der Statistiken der einzelnen Wintersemester dargestellt. Das erklärt sich daraus, daß die Studentenstatistik vor 1966 nur für die Wintersemester vorliegt. Die jährliche Betrachtungsweise berücksichtigt auch, daß in letzter Zeit die meisten Abiturienten das Studium zum Wintersemester aufnehmen. Beurlaubte Studenten sind in den Zahlen nicht enthalten.

Erwerbstätigkeit

Die äußerst niedrige Erwerbsquote des Volkszählungsjahres 1950 – nur jeder 3. Einwohner war damals erwerbstätig – ist auf die damalige hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen (siehe Seite 35). Im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs verbesserte sich dieses Verhältnis dann auch nachhaltig von 33 % auf 44 % im Jahre 1961. Die seither zu beobachtende Abnahme beruht vor allem auf folgenden Ursachen: Bis 1970 hat sich der Anteil der 15- bis 64jährigen, die sogenannte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, an der Gesamtbevölkerung von 66 % auf 62 % verringert und so auf natürliche Weise die Erwerbsquote gesenkt. Als weiterer Einfluß ist die Verlängerung der durchschnittlichen Ausbildungszeit zu erwähnen, die einen späteren Eintritt in das Berufsleben bewirkt. Für die Entwicklung 1970 – 76 dürften wiederum andere Faktoren dominant gewesen sein. Hier ist vor allem die inzwischen stark gestiegene Arbeitslosigkeit zu nennen, die die Teilarbeitsmärkte für Männer und Frauen schwer belastete. Im Mai 1976 waren je etwa 21 000 Männer und Frauen arbeitslos, die Frauen waren also relativ stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als die Männer. Während die Erwerbsquote der Männer seit 1970 jedoch wiederum deutlich zurückging, stieg die der Frauen. Es haben hier also unterschiedliche, geschlechtsspezifische Faktoren gewirkt. Vor allem die weiter gestiegene Ausbildungsdauer und das seit 1973 mögliche Vorziehen der Altersgrenze haben die Erwerbsbeteiligung der Männer gesenkt, während eine anteilig stärkere Erwerbstätigkeit der Frauen einerseits durch steigende Bereitschaft zur Berufstätigkeit und andererseits durch eine günstigere Altersstruktur eingetreten sein dürfte.

In den letzten 25 Jahren hat sich aber nicht nur die Gesamtzahl der Erwerbstätigen und ihr Größenverhältnis zur Wohnbevölkerung erheblich geändert, sondern auch ihre Zusammensetzung. 1950 verdiente noch mehr als jeder 4. Erwerbstätige sein Brot in der Land- und Forstwirtschaft, 1976 nur jeder 14. In absoluten Zahlen: Statt 232 000 im Jahre 1950 waren 1976 nur noch 76 000 in der Landwirtschaft beschäftigt. Daß diese 76 000 Personen 1976 wesentlich mehr produzierten als die dreifache Beschäftigtenzahl im Jahre 1950, sei hier nur am Rande vermerkt. Das Gegengewicht zur abnehmenden Beschäftigung in der Landwirtschaft bilden die Wirtschaftsbereiche Handel und Verkehr und übrige Dienstleistungen, also der tertiäre Sektor. Sein Anteil vergrößerte sich in diesem Zeitraum von 39 % auf 58 %. Diese Steigerung ist insbesondere auf die übrigen Dienstleistungen zurückzuführen, deren Beschäftigtenzahl sich in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt hat.

Auch die soziale Zugehörigkeit der Erwerbstätigen hat sich seit 1950 wesentlich geändert. Der erhebliche Rückgang der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist vor allem eine Folge der Veränderung in der Landwirtschaft, während die steigenden Anteile der Angestellten und Beamten mit der zunehmenden Bedeutung des tertiären Sektors einhergehen.

Stand	Erwerbstätige[1] insgesamt	Erwerbstätige[1] in % der Wohnbevölkerung	davon gehören zum Wirtschaftsbereich[2] Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	Produzierendes Gewerbe[3]	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	übrige Dienstleistungen	davon waren nach der Stellung im Beruf Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte und Angestellte[4]	Arbeiter[5]
					männlich					
13. 9. 1950	583 259	48,2	133 515	237 050	104 178	108 516	122 748	18 748	121 159	320 604
6. 6. 1961	669 242	61,2	92 795	298 826	121 856	155 765	106 026	16 405	200 361	346 450
27. 5. 1970	681 939	57,4	62 075	295 835	129 220	194 809	91 875	11 290	268 653	310 121
Mai 1976	667 600	53,9	46 800	281 000	124 500	215 300	86 500	5 700	290 400	285 000
	in %									
13. 9. 1950	100		22,9	40,6	17,9	18,6	21,0	3,2	20,8	55,0
6. 6. 1961	100		13,9	44,7	18,2	23,3	15,8	2,5	29,9	51,8
27. 5. 1970	100		9,1	43,4	18,9	28,6	13,5	1,7	39,4	45,5
Mai 1976	100		7,0	42,1	18,6	32,2	13,0	0,9	43,5	42,7
					weiblich					
13. 9. 1950	278 975	20,2	98 955	52 621	36 325	91 074	20 676	72 911	61 965	123 423
6. 6. 1961	348 276	28,5	64 747	83 731	78 203	121 595	20 046	74 717	131 992	121 521
27. 5. 1970	350 621	26,8	35 135	85 889	88 667	140 930	18 602	52 011	172 097	107 911
Mai 1976	391 500	29,2	29 500	83 300	97 900	180 800	16 000	38 100	225 000	112 400
	in %									
13. 9. 1950	100		35,5	18,9	13,0	32,6	7,4	26,1	22,2	44,2
6. 6. 1961	100		18,6	24,0	22,5	34,9	5,8	21,5	37,9	34,9
27. 5. 1970	100		10,0	24,5	25,3	40,2	5,3	14,8	49,1	30,8
Mai 1976	100		7,5	21,3	25,0	46,2	4,1	9,7	57,5	28,7
					insgesamt					
13. 9. 1950	862 234	33,2	232 470	289 671	140 503	199 590	143 424[a]	91 659	183 124	444 027[b]
6. 6. 1961	1 017 518	43,9	157 542	382 557	200 059	277 360	126 072	91 122	332 353	467 971
27. 5. 1970	1 032 560	41,4	97 210	381 724	217 887	335 739	110 477	63 301	440 750	418 032
Mai 1976	1 059 100	41,0	76 300	364 300	222 400	396 100	102 500	43 800	515 400	397 400
	in %									
13. 9. 1950	100		27,0	33,6	16,3	23,1	16,6	10,6	21,2	51,5
6. 6. 1961	100		15,5	37,6	19,7	27,3	12,4	9,0	32,7	46,0
27. 5. 1970	100		9,4	37,0	21,1	32,5	10,7	6,1	42,7	40,5
Mai 1976	100		7,2	34,4	21,0	37,4	9,7	4,1	48,7	37,5

1) einschließlich Soldaten (1961 ff.)
2) nach der Systematik der Wirtschaftszweige 1970
3) 1950/61 einschließlich Personen ohne Angaben des Geschäftszweiges
4) einschließlich kaufmännischer Auszubildender
5) einschließlich gewerblicher Auszubildender und 1950/61 einschließlich Personen ohne Angaben der Stellung im Beruf
a) ohne Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister
b) einschließlich Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister

Zur Methode

Die in dieser Tabelle wiedergegebenen Daten sind im wesentlichen vergleichbar; wegen unterschiedlichem Veröffentlichungskonzept und anderer Systematik für 1950 und 1961 mußten Umrechnungen vorgenommen oder auf nichtveröffentliches Material zurückgegriffen werden. Eine geringe Störung der Vergleichbarkeit enthalten die Daten für 1950 wegen des bei dieser Zählung anderen Erfassungsprinzips. 1950 zählten zu den Erwerbstätigen alle Personen, die am Stichtag einen Hauptberuf ausübten; 1961 ff. spielte der Umfang der Tätigkeit für die Zuordnung keine Rolle (Erwerbskonzept). Die nach dem letzteren Konzept gegenüber 1950 mehr erfaßten Personen dürften im Durchschnitt auf ca. 2% zu veranschlagen sein. Die Abweichung ist bei den Frauen größer als bei den Männern; sie ist auch größer bei den mithelfenden Familienangehörigen und in der Landwirtschaft. Beim Zeitvergleich ist ferner zu beachten, daß die Soldaten im Grundwehrdienst bzw. auf Wehrübung 1961 unter ihrem früheren Wirtschaftsbereich nachgewiesen wurden, während sie 1970 geschlossen unter "übrige Dienstleistungen" erscheinen. Die Zahlen für 1976 entstammen einer 1%-Stichprobe des Mikrozensus und sind deshalb nur gerundet in vollen Hundert wiedergegeben.

Arbeitslose und Kurzarbeiter

Der Arbeitsmarkt der frühen Nachkriegszeit wurde in unerträglichem Ausmaß von zwei Seiten belastet: Kriegszerstörungen, Demontage und Verlust von Auslandsmärkten führten zu einer stark geschrumpften Nachfrage nach Arbeitskräften, die durch Flucht und Vertreibung stark gestiegene erwerbsfähige Bevölkerung zu einem extrem hohen Arbeitskräfteangebot. Diese exogene strukturelle Arbeitslosigkeit bewirkte, daß 1950 im Jahresdurchschnitt jede 4. Erwerbsperson beschäftigungslos war. Auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, im Februar 1950, war es sogar jede dritte. Diese Zahlen sind aber nur Landesdurchschnitte. Die Quoten auf den regionalen Arbeitsmärkten lagen teilweise erheblich höher. Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet war die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein in den ersten Nachkriegsjahren überdurchschnittlich hoch. Das lag außer an der ungünstigeren Wirtschaftsstruktur vor allem an der durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen besonders hohen Nachfrage nach Arbeitsplätzen.

Wenn die Arbeitslosenquote seit 1950 regelmäßig absank, so ist das nicht nur durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg in der Bundesrepublik zu erklären, sondern für die Periode 1950 – 56, die durch einen besonders schnellen Abbau der Arbeitslosen (um 137 000) gekennzeichnet ist, vor allem auch durch die Umsiedlung von Vertriebenen und sonstige Abwanderungen in andere Bundesländer, die natürlich den heimischen Arbeitsmarkt erheblich entlastete.

Auch nach 1956 wurde der Weg zur Vollbeschäftigung konsequent fortgesetzt und schließlich zu Beginn der 60er Jahre erreicht. Abgesehen von der Rezession um 1967, die verglichen mit der heutigen Lage am Arbeitsmarkt von weit geringerem Gewicht war, wurde die Vollbeschäftigung bis 1972/73 gehalten. Erst danach steigt die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft an und erreicht mit 60 000 Arbeitslosen im Februar 1976 eine seit 1960 nicht gekannte Höhe.

In näherer Zeit ist hier voraussichtlich auch nicht mit einer entscheidenden Verbesserung zu rechnen; denn starke ins Erwerbsleben tretende Geburtsjahrgänge – deren erster schon 1977 auf den Arbeitsmarkt drängt – verhindern einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahl, wenn es nicht gelingt, über mehrere Jahre hinweg hohe Wachstumsraten zu erreichen.

Jahr	Arbeitslose						Kurzarbeiter		
	Jahresdurchschnitt			höchster Monats-Stand im Laufe des Jahres[1]	niedrigster Monats-Stand im Laufe des Jahres[1]	Arbeitslosenquote 2) Jahresdurchschnitt	Jahresdurchschnitt	höchster Monats-Stand im Laufe des Jahres[3]	niedrigster Monats-Stand im Laufe des Jahres[3]
	Männer	Frauen	zusammen						
1949	129 520	49 952	179 472	(12) 221 184	(1) 140 609	21,5	s 2 710	(4) 5 400	(11) 1 341
1950	145 501	64 494	209 995	(2) 246 352	(9) 178 082	25,2	1 346	(2) 3 652	(9) 309
1951	127 113	56 830	183 943	(1) 223 777	(10) 156 388	22,9	1 866	(8) 3 195	(12) 1 078
1952	106 069	46 455	152 524	(1) 194 593	(9) 118 854	19,7	1 276	(1) 2 153	(10) 338
1953	83 469	37 148	120 617	(1) 166 801	(9) 89 910	15,7	844	(4) 1 897	(8) 250
1954	70 117	33 897	104 014	(2) 156 076	(9) 75 038	13,7	727	(1) 1 838	(10) 112
1955	55 267	32 544	87 811	(2) 141 102	(8) 54 991	11,5	178	(1) 471	(12) 3
1956	44 470	28 244	72 714	(2) 132 937	(8) 44 496	9,3	394	(3) 1 789	(7) -
1957	34 527	21 468	55 995	(1) 102 123	(8) 32 575	7,1	86	(10) 144	(7,9) -
1958	31 403	18 601	50 004	(1) 93 419	(8) 25 086	6,3	369	(4) 967	(1) 76
1959	23 911	13 644	37 555	(1) 90 613	(8) 17 167	4,8	158	(2) 610	(10-12) -
1960	12 617	8 309	20 926	(1) 44 221	(8) 10 722	2,6	48	(1) 213	(5-12) -
1961	7 381	5 076	12 457	(1) 26 776	(8) 6 637	1,5	37	(1) 123	(5-8) -
1962	5 072	3 851	8 923	(1) 15 868	(7) 5 325	1,1	27	(10) 75	(3,4,6-8) -
1963	6 705	4 096	10 801	(2) 22 206	(8) 5 795	1,3	262	(3) 943	(7-9,11) -
1964	6 521	4 046	10 567	(1) 19 225	(8) 6 002	1,3	77	(4) 248	(7) -
1965	5 631	2 737	8 368	(1) 16 051	(8) 4 377	1,0	15	(3) 77	(4,7-12) -
1966	5 885	2 466	8 351	(12) 18 346	(8) 4 592	1,0	141	(12) 723	(4-8,10) -
1967	15 926	5 838	21 764	(2) 33 735	(8) 14 603	2,7	1 645	(2) 4 497	(8) 554
1968	11 193	5 120	16 313	(1) 32 388	(9) 8 317	2,1	198	(2) 532	(11) -
1969	6 196	3 658	9 854	(1) 19 531	(8) 5 060	1,2	83	(1) 292	(6,8) -
1970	4 719	3 407	8 126	(1) 15 398	(8) 4 789	1,0	85	(3) 169	(6,8,9) -
1971	4 820	4 222	9 042	(12) 14 440	(6) 5 693	1,1	869	(12) 3 377	(1) 104
1972	6 694	5 747	12 441	(1) 19 525	(6) 8 627	1,5	1 256	(1) 4 097	(11) 46
1973	7 528	6 703	14 231	(12) 26 982	(6) 9 534	1,7	504	(12) 1 965	(3) 43
1974	16 822	12 021	28 843	(12) 45 077	(6) 21 182	3,2	3 078	(12) 7 110	(7) 1 038
1975	27 152	19 342	46 494	(2) 55 478	(9) 39 780	5,2	11 822	(4) 15 173	(8) 6 630
1976	24 095	22 903	46 998	(2) 59 786	(9) 38 316	5,2	4 434	(1) 12 717	(7) 972

1) Die Ziffern in Klammern vor den Zahlennachweisen geben den jeweiligen Monat an (Stand Ende des Monats), zum Beispiel (8) = 31. August

2) Arbeitslose je 100 unselbständige Erwerbspersonen (das sind beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie Arbeitslose). Die angegebenen Quoten sind zumindest in der Stelle hinter dem Komma als unsicher anzusehen, da die zur Berechnung benötigten Daten für die beschäftigten Arbeitnehmer teilweise auf Schätzungen beruhen und zudem im Laufe des Berichtszeitraums methodisch unterschiedlich erfaßt wurden

3) Die Ziffern in Klammern vor den Zahlennachweisen geben den jeweiligen Monat an (Stand: vor August 1952 = Ende des Monats, August 1952 - 1954 = 10. des Monats, 1955 - 1958 = 7. des Monats, 1959 - 1976 = 15. des Monats)

Erläuterung:

Arbeitslose = bei den Arbeitsämtern registrierte arbeitsfähige und arbeitssuchende Personen, die aus unselbständiger, selbständiger oder mithelfender Tätigkeit ausgeschieden sind oder die bisher nicht erwerbstätig waren. Nicht als arbeitslos werden Arbeitssuchende gezählt, die noch in Beschäftigung stehen, aber mit Hilfe des Arbeitsamtes ihren Arbeitsplatz wechseln wollen

Kurzarbeiter = Personen, die im Abrechnungszeitraum, auf den der Stichtag fällt, Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten. Kurzarbeitergeld wird Arbeitnehmern bei vorübergehendem Arbeitsausfall (nicht bei Streik) in Betrieben gewährt, in denen regelmäßig mindestens 1 Arbeitnehmer beschäftigt ist, wenn zu erwarten ist, daß durch die Gewährung von Kurzarbeitergeld den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze und dem Betrieb die eingearbeiteten Arbeitnehmer erhalten werden

Personal im öffentlichen Dienst

Im staatlichen und kommunalen Bereich wird zwischen der Verwaltung im engeren Sinne und den Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand unterschieden. Aus Vergleichsgründen ist hier nur das Personal der Verwaltung dargestellt; ferner beschränken sich die Daten auf die hauptberuflich Vollbeschäftigten nach dem Dienstverhältnis.

Am 30.6.1976 waren in der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein 145 500 Personen hauptberuflich vollbeschäftigt. Hiervon waren für den Bund (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) 60 000 Personen oder vier Zehntel, für das Land 54 500 oder knapp vier Zehntel und für die Gemeinden, Kreise und Ämter 31 000 oder zwei Zehntel tätig. Die Beamten stellen von der Gesamtzahl 62 000 oder gut vier Zehntel, die Angestellten 46 000 oder drei Zehntel und die Arbeiter 37 500 oder ein Viertel. Die Gesamtzahl der Vollbeschäftigten hat sich seit 1960 um 36 500 oder ein Drittel erhöht. Sie stieg bis 1975 ziemlich stetig an und ging erstmals 1976 deutlich zurück. Untersucht man die einzelnen Verwaltungsebenen, so ist die Zahl der Beschäftigten des Bundes seit 1960 um ein Viertel angestiegen, die des Landes um die Hälfte und die der Kommunen um drei Zehntel. Der überdurchschnittliche Anstieg des Landespersonals ist vor allem auf das Bildungswesen zurückzuführen. In diesem Bereich sind 25 000 Personen tätig und damit beinahe doppelt soviele wie 1960 (13 300). Während die Zahl der Beamten insgesamt durchschnittlich (+ 33 %) zugenommen hat, ist die der Angestellten überdurchschnittlich angestiegen (+ 47 %); bei den Arbeitern lag die Zuwachsrate nur bei +20%.

Für die Landes- und Kommunalverwaltung ist auch ein Vergleich mit 1950 möglich. Dabei zeigt sich, daß das Landespersonal im Vergleich zu 1976 um zwei Drittel zugenommen hat und das Personal der Kommunen um gut vier Zehntel. Obwohl die Entwicklung auf die Dienstverhältnisse bezogen unterschiedlich verlief, hat sich die Struktur kaum verändert. In der Landesverwaltung waren 1976 gut sechs Zehntel der hauptberuflich Vollbeschäftigten Beamte, drei Zehntel Angestellte und knapp ein Zehntel Arbeiter. In der Kommunalverwaltung waren ein Sechstel der Vollbeschäftigten Beamte, 56 % waren Angestellte und 27 % Arbeiter.

Jahr[2]	Hauptberuflich Vollbeschäftigte der Landes- und Kommunalverwaltung[1]				davon bei Land				davon bei Gemeinden und Gemeindeverbänden			
	insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1950	54 192	22 586	21 980	9 626	32 664	19 442	10 070	3 152	21 528	3 144	11 910	6 474
1952	51 498	24 325	18 689	8 484	30 264	20 880	7 236	2 148	21 234	3 445	11 453	6 336
1953	54 206	24 817	19 056	10 333	32 420	21 384	7 639	3 397	21 786	3 433	11 417	6 936
1954	54 275	25 045	19 300	9 930	32 419	21 394	7 623	3 402	21 856	3 651	11 677	6 528
1955	54 243	24 922	19 248	10 073	32 678	21 324	7 934	3 420	21 565	3 598	11 314	6 653
1960	60 564	26 917	22 294	11 353	36 652	22 622	10 032	3 998	23 912	4 295	12 262	7 355
1961	63 100	27 702	23 887	11 511	38 472	23 270	11 100	4 102	24 628	4 432	12 787	7 409
1962	64 151	28 507	23 888	11 756	39 405	23 912	11 350	4 143	24 746	4 595	12 538	7 613
1963	65 831	29 217	24 471	12 143	40 051	24 559	11 426	4 066	25 780	4 658	13 045	8 077
1964	66 829	29 334	24 943	12 552	40 677	24 569	11 699	4 409	26 152	4 765	13 244	8 143
1965	68 278	29 793	25 460	13 025	41 371	24 860	12 127	4 384	26 907	4 933	13 333	8 641
1966	69 068	30 616	26 041	12 411	41 699	25 382	12 264	4 053	27 369	5 234	13 777	8 358
1967	70 997	31 500	26 578	12 919	43 422	26 368	12 537	4 517	27 575	5 132	14 041	8 402
1968[3]	69 764	31 429	26 324	12 011	43 365	26 478	12 557	4 330	26 399	4 951	13 767	7 681
1969	72 632	32 791	27 817	12 024	45 156	27 694	13 376	4 086	27 476	5 097	14 441	7 938
1970	74 000	33 616	28 389	11 995	46 911	28 979	13 791	4 141	27 089	4 637	14 598	7 854
1971[4]	77 737	34 575	30 495	12 667	48 471	29 853	14 581	4 037	29 266	4 722	15 914	8 630
1972	79 415	35 311	31 476	12 628	51 069	30 542	15 853	4 674	28 346	4 769	15 623	7 954
1973	83 407	37 233	33 171	13 003	53 425	32 334	16 274	4 817	29 982	4 899	16 897	8 186
1974	84 778	37 308	33 678	13 792	53 658	32 347	16 480	4 831	31 120	4 961	17 198	8 961
1975	87 110	38 465	34 846	13 799	54 463	33 339	16 367	4 757	32 647	5 126	18 479	9 042
1976	85 260	38 415	33 589	13 256	54 466	33 291	16 344	4 831	30 794	5 124	17 245	8 425

Jahr	Hauptberuflich Vollbeschäftigte in der gesamten öffentlichen Verwaltung 1) in Schleswig-Holstein				darunter Personal des Bundes			
	insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter
1960	109 019	46 626	31 155	31 238	48 455	19 709	8 861	19 885
1961	113 842	47 518	33 793	32 531	50 742	19 816	9 906	21 020
1962	116 479	48 843	34 471	33 165	52 328	20 336	10 583	21 409
1963	119 756	49 826	35 514	34 416	53 925	20 609	11 043	22 273
1964	123 432	50 624	36 540	36 268	56 603	21 290	11 597	23 716
1965	125 824	51 551	37 518	36 755	57 546	21 758	12 058	23 730
1966	125 874	52 448	38 686	34 740	56 806	21 832	12 645	22 329
1967	127 798	54 377	39 399	34 022	56 801	22 877	12 821	21 103
1968[3]	126 582	53 309	38 930	34 343	56 818	21 880	12 606	22 332
1969	130 230	54 535	40 426	35 269	57 598	21 744	12 609	23 245
1970	133 019	55 275	41 540	36 204	59 019	21 659	13 151	24 209
1971[4]	138 471	56 459	44 044	37 968	60 734	21 884	13 549	25 301
1972	141 816	58 186	45 269	38 361	62 401	22 875	13 793	25 733
1973	145 817	60 497	46 809	38 511	62 410	23 264	13 638	25 508
1974	146 818	61 093	46 748	38 977	62 040	23 785	13 070	25 185
1975	149 488	62 558	48 093	38 837	62 378	24 093	13 247	25 038
1976	145 491	62 209	45 766	37 516	60 231	23 794	12 177	24 260

1) ohne Wirtschaftsunternehmen, Sparkassen und Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern
2) Stand bis 1973 = 2.10., ab 1974 = 30.6. - In den Jahren 1951 und 1956 bis einschließlich 1959 wurden keine Erhebungen durchgeführt
3) Das Ergebnis wird durch die andersartige Erhebungsform (Individualbefragung) der in diesem Jahr durchgeführten Personalstrukturerhebung beeinflußt
4) Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 wurde die Medizinische Akademie Lübeck in die alleinige Trägerschaft des Landes übernommen; beim Personalstand 1972 wurde der Wechsel von Stadt Lübeck zum Land deshalb schon berücksichtigt

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L III 2 (Personalstand im öffentlichen Dienst)

Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer

Seit 1954 ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein etwa auf das Zwanzigfache gestiegen. Während unsere Wirtschaft bis zur ersten Hochkonjunktur der Nachkriegszeit Ende der 50er Jahre – nicht zuletzt wegen des Arbeitskraftpotentials der Flüchtlinge – noch ohne ausländische Arbeitnehmer auskam, stieg ab 1960 die Beschäftigung von Ausländern sprunghaft an und erreichte 1966 einen ersten Höhepunkt. Der Ende 1966 einsetzende konjunkturelle Rückschlag bremst diese Aufwärtsentwicklung und leitet eine Abnahme der Ausländerbeschäftigung ein, die bis einschließlich 1968 dauert. Ab 1969 klettert der Beschäftigtenstand mit dem neuen Boom auf nie vorher gekannte Rekordmarken. Diese Entwicklung kam 1974 zum Stillstand. Die seit Ende 1973 steigende Arbeitslosigkeit wirkte sich direkt (Entlassungen) und indirekt (Anwerbungsstopp) auf den Beschäftigtenstand aus und führte zu einem Absinken auf einen Stand von knapp 31 000 beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern.

Innerhalb des gut 20jährigen Beobachtungszeitraumes hat sich nicht nur der Bestand, sondern auch die Struktur dieser Bevölkerungsgruppe erheblich geändert. Bis zum Ende der 50er Jahre waren die Dänen unter den ausländischen Arbeitnehmern dominant. Danach ändert sich das Bild. Insbesondere aus Italien, aber auch aus Spanien und Griechenland finden in den frühen 60er Jahren zunehmend Gastarbeiter Beschäftigung in unserer Wirtschaft. Während sich die Zahl der Beschäftigten aus diesen Anwerbungsländern nur noch wenig veränderte, steigt die der Türken – abgesehen von der rezessionsbedingten Unterbrechung 1967/68 – ständig an und beträgt 1974 schließlich fast 15 000. Damit sind die Türken zur weitaus stärksten nichtdeutschen Nationalität in Schleswig-Holstein geworden. 1976 sind 43 % aller beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer Türken, erst mit einem Anteil von 11 % folgen als zweitgrößte Gruppe die Jugoslawen, dann mit gut 7 % die Spanier und mit je 5 % Griechen, Italiener und Portugiesen. Die ehemals größte Ausländergruppe, die Dänen, kommt nur auf einen Anteil von 3 %. Auf die in der Tabelle aufgeführten sieben Nationalitäten entfallen rund 80 % aller beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer.

Dreiviertel aller männlichen Gastarbeiter in Schleswig-Holstein waren 1975 im produzierenden Gewerbe beschäftigt, nur etwa 20 % im tertiären Sektor. Damit hat sich gegenüber 1961 keine wesentliche Änderung vollzogen. Bei den Frauen jedoch ist der Anteil des produzierenden Gewerbes von knapp 40 % auf 60 % gestiegen, während der des tertiären Sektors umgekehrt von knapp 60 % auf knapp 40 % fiel.

Stand	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer			darunter nach der Staatsangehörigkeit						
	Männer	Frauen	zusammen	Dänemark	Italien	Spanien	Portugal	Jugoslawien	Griechenland	Türkei
31. Juli 1954	.	.	1 553	522	80	10	.	21	3	.
1955	.	.	1 778	488	112	9	.	18	3	.
1956	.	.	1 726	496	117	9	.	21	5	.
1957	.	.	1 777	407	124	11	.	26	8	.
1958	.	.	2 193	583	186	16	.	50	12	.
1959	1 841	580	2 421	581	222	21	.	74	34	.
1960	2 159	648	2 807	420	440	55	-	64	88	30
30. Juni 1961	3 741	904	4 645	579	1 046	622	7	79	293	66
1962	5 784	1 665	7 449	762	1 523	1 445	39	121	856	315
1963	7 391	2 618	10 009	989	1 405	2 227	55	188	1 604	612
1964	7 949	3 134	11 083	1 047	1 242	2 428	101	179	1 799	1 025
1965	10 005	3 727	13 732	1 201	1 539	2 870	354	234	2 000	2 071
1966	12 680	4 922	17 602	1 306	1 944	3 480	615	438	2 254	3 320
1967	9 821	4 296	14 117	1 078	1 295	2 626	609	519	1 614	2 908
1968	9 216	4 382	13 598	1 040	1 300	2 398	624	570	1 382	2 658
1969	11 182	5 606	16 788	1 031	1 457	2 541	695	1 511	1 803	3 827
1970	16 963	7 497	24 460	1 186	1 644	3 315	1 080	3 226	2 690	6 820
1971	22 430	9 346	31 776	1 280	1 835	4 173	1 524	4 627	3 035	9 851
1972	25 128	10 701	35 829	1 447	1 937	4 483	1 812	4 651	3 012	11 284
1973	keine Angaben wegen Umstellung der Statistik									
1974	23 924	11 507	35 431	913	1 671	3 423	1 960	3 975	2 297	14 736
1975	21 691	10 535	32 226	895	1 558	2 694	1 677	3 650	1 937	13 731
1976	20 632	10 112	30 744	882	1 532	2 292	1 503	3 297	1 667	13 347

Stand	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer insgesamt		davon in den wirtschaftlichen Bereichen							
			Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei		Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe		Handel, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		übrige Bereiche (Dienstleistungen)	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
30. Juni 1961	3 741	904	504	23	2 543	344	322	108	372	429
30. Sept. 1968	9 269	4 604	700	105	6 713	2 750	889	398	967	1 351
30. Juni 1975	21 691	10 535	964	245	16 375	6 302	1 893	858	2 459[a]	3 130

a) einschließlich 2 Personen ohne Angabe

Zur Methode

Nach den gesetzlichen Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland bedürfen nichtdeutsche Arbeitnehmer der Arbeitserlaubnis durch die Arbeitsverwaltung. Die Entscheidung über die Arbeitserlaubnis wird grundsätzlich nach der Lage des Arbeitsmarktes getroffen. Für Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten ist ab 1964 der Vorrang des inländischen Arbeitsmarktes im Grundsatz aufgehoben.

Bis 1972 wurden die beschäftigten nichtdeutschen Arbeitnehmer, einschließlich der Einpendler an den Grenzen, von der Arbeitsverwaltung nach dem Wohnortprinzip erfaßt. 1973 wurde die Statistik umgestellt. Der betreffende Personenkreis wird ab 1974 im Rahmen der neuen Beschäftigtenstatistik über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte nach dem Beschäftigungsortprinzip erfaßt. Diese Erhebung basiert auf der Versichertendatei der Träger der Sozialversicherung. Auch die wirtschaftssystematische Aufgliederung wurde geändert. Der Vergleich zu den Daten für 1972 und früher ist deshalb etwas gestört.

Strafverfolgung

Von den schleswig-holsteinischen Gerichten wurden 1955 18 700 Personen rechtskräftig abgeurteilt. 1974, rund zwanzig Jahre später, waren es bereits 32 600: also 13 900 oder 74 % mehr. Die meisten wurden damals wie heute nach den Bestimmungen des allgemeinen Strafrechts abgeurteilt (1955: 88 %, 1974: 83 %), der Rest nach den Vorschriften des Jugendstrafrechts. Eine nicht kleine Zahl der Abgeurteilten wird freigesprochen, oder das gegen sie eröffnete Verfahren wird eingestellt. 1955 wurden daher nur 85 % verurteilt, 1974 86 %. Diese Verurteiltenquote überschritt in keinem der Berichtsjahre 90 %.

Daß die Zahl der Abgeurteilten und Verurteilten stieg, ist nur zu einem geringen Teil auf die wachsende Bevölkerung zurückzuführen. In erster Linie liegt es daran, daß die Straffälligkeit sich erhöhte. 1955 kamen auf 100 000 strafmündige Einwohner im Alter von 14 und mehr Jahren 861 Verurteilungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen Bundesgesetze, 1974 dagegen 1 386. Die entsprechend berechnete Verurteiltenziffer für Straßenverkehrsdelikte stieg von 328 auf 575, die für die übrigen Delikte von 532 auf 811. Die Straßenverkehrsdelikte nahmen also relativ wesentlich stärker zu, und dies trotz der 1969 erfolgten Umwandlung bestimmter Vergehen des Straßenverkehrsrechts in Ordnungswidrigkeiten und trotz des veränderten Vorgehens der Justiz beim § 230 StGB, soweit es sich um eine fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr ohne Trunkenheit handelt (1969 wurden wegen eines Straßenverkehrsdelikts 28 % weniger als im Jahr davor verurteilt, wegen fahrlässiger Körperverletzung ohne Trunkenheit nach § 230 StGB sogar 49 % weniger).

Frauen werden lange nicht so häufig straffällig wie Männer. Im Durchschnitt sind 11 von 100 Verurteilten Frauen, oder anders ausgedrückt: Auf 8 verurteilte Männer kommt statistisch eine verurteilte Frau. Noch erheblich niedriger ist der Anteil der Frauen unter den wegen eines Straßenverkehrsdelikts Verurteilten. Er schwankt um 5 %, was einem Neunzehntel des Anteils der Männer entspricht. Erst 1975 überschritt er geringfügig 6 %. Entsprechend häufiger wird eine Frau eines der übrigen Delikte wegen verurteilt. Hier sind im Durchschnitt 15 von 100 Verurteilten weiblichen Geschlechts, was einer Relation zu den Männern von etwa 1 zu 6 entspricht.

Die auf 100 000 Strafmündige bezogenen Verurteiltenziffern bewegen sich in einem ähnlichen Verhältnis: Auf 100 000 strafmündige Frauen kamen zum Beispiel 1974 282 Verurteilte, auf 100 000 strafmündige Männer 2 630 Verurteilte, eine Relation von 1 : 9. Bei den Straßenverkehrsdelikten lauten die Werte 1 : 18 und bei den sonstigen Delikten 1 : 7.

Mit steigendem Alter geht die Häufigkeit der Gesetzesverstöße, von den Jugendlichen unter 18 Jahren einmal abgesehen, zurück. Die höchste Straffälligkeit haben die jungen Leute der Altersgruppen 18 bis 20 und 21 bis 24 Jahre, für die sich 1974 3 965 und 3 717 Verurteilte auf 100 000 Strafmündige gleichen Alters errechnen. Dann kommen die 25- bis 29jährigen mit einer Verurteiltenziffer von 2 622 vor den 16- bis 17jährigen Jugendlichen mit einer solchen von 2 106, dicht auf folgen die 30- bis 39jährigen mit einer von 1 772. Schon deutlich niedriger ist die Straffälligkeit der 40- bis 49jährigen. Von 100 000 Personen dieses Alters wurden 1 049 verurteilt, von den 14- bis 15jährigen noch 886, und den Schluß bilden die 50- bis 59jährigen mit einer Verurteiltenziffer von 593. Daß von den Einwohnern im höheren Alter noch erheblich weniger verurteilt werden, versteht sich. Die zeitliche Entwicklung der Straffälligkeit zeigt für die genannten Altersgruppen kaum Unterschiede, wenn die Jahre nach 1960 zugrunde gelegt werden, für die detaillierteres Material vorliegt. Die Straffälligkeit im Straßenverkehr steigt im großen und ganzen bis 1968 an, fällt dann der obengenannten Gründe wegen 1969 steil ab und nimmt anschließend wieder kräftig zu. Die Straffälligkeit wegen der übrigen Delikte steigt dagegen ab 1965/66 nahezu regelmäßig an.

Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte

Jahr	Insgesamt		Nach allgemeinem Strafrecht				Nach Jugendstrafrecht			
			Abgeurteilte		Verurteilte		Abgeurteilte		Verurteilte	
	Abgeurteilte	Verurteilte	Erwachsene	Heranwachsene	Erwachsene	Heranwachsene	Jugendliche	Heranwachsende	Jugendliche	Heranwachsende
1954	18 661	14 832	15 653	1 350	12 179	1 152	893	765	853	648
1955	18 729	15 837	15 212	1 344	12 740	1 179	1 181	992	1 019	899
1956	19 501	16 570	15 471	1 225	12 995	1 086	1 563	1 242	1 354	1 135
1957	22 300	18 940	17 607	1 336	14 785	1 179	1 759	1 598	1 531	1 445
1958	20 353	17 648	15 623	1 320	13 347	1 166	1 595	1 815	1 461	1 674
1959	22 250	19 675	16 485	1 485	14 436	1 299	1 971	2 309	1 794	2 146
1960	23 045	20 391	17 377	1 515	15 257	1 348	1 753	2 400	1 575	2 211
1961	24 253	21 601	18 207	1 808	16 040	1 665	1 901	2 337	1 745	2 151
1962	25 308	22 650	19 340	1 652	17 210	1 486	1 964	2 352	1 801	2 153
1963	24 514	21 984	19 506	1 295	17 354	1 189	1 652	2 061	1 530	1 911
1964	25 422	22 694	20 596	1 222	18 222	1 112	1 712	1 892	1 608	1 752
1965	24 029	21 268	19 787	1 192	17 332	1 089	1 463	1 587	1 380	1 467
1966	24 510	21 748	20 282	1 069	17 846	974	1 406	1 753	1 326	1 602
1967	27 629	24 670	22 786	1 360	20 219	1 258	1 563	1 920	1 454	1 739
1968	29 009	25 887	23 721	1 362	21 030	1 245	1 906	2 020	1 777	1 835
1969	25 698	22 494	20 207	1 097	17 606	957	2 026	2 368	1 825	2 106
1970	26 245	22 862	20 524	1 075	17 811	927	2 067	2 579	1 850	2 274
1971	27 316	23 628	21 270	1 026	18 283	899	2 056	2 964	1 819	2 627
1972	30 782	27 039	24 400	1 262	21 421	1 110	1 976	3 144	1 727	2 781
1973	33 332	29 191	26 147	1 273	22 936	1 131	2 480	3 432	2 121	3 003
1974	32 581	28 036	25 624	1 276	22 103	1 109	2 476	3 205	2 056	2 768
1975	30 466	25 958	23 908	1 245	20 431	1 066	2 297	3 016	1 875	2 586

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte B VI 1 (Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte)

Verurteilte wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Bundesgesetze

Zur Methode

Rechtskräftig Abgeurteilte sind solche Personen, die nach Abschluß des Verfahrens entweder verurteilt oder freigesprochen wurden, oder bei denen das Verfahren eingestellt oder von Strafe abgesehen wurde.

Erwachsene, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, werden nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt. Heranwachsende im Alter von 18 bis 20 Jahren können nach allgemeinem oder nach Jugendstrafrecht (JGG), und Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren dürfen nur nach dem Jugendgerichtsgesetz abgeurteilt werden.

Verurteilte sind diejenigen Personen, gegen die eine Freiheitsstrafe, Geldstrafe, Jugendstrafe, ein Zuchtmittel oder eine Erziehungsmaßregel verhängt wurde.

Die Zeitreihe beginnt nach Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes vom 4. 8. 1953. Eine Darstellung der Straftaten und Straffolgen unterbleibt wegen der vielen Strafrechtsänderungen der letzten Jahre. Das Ergebnis des Jahres 1975 ist durch Umstellung des Erfassungszeitraumes nur eingeschränkt mit dem der Vorjahre vergleichbar.

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten

Im Rahmen der in größeren Abständen durchzuführenden Bestandsaufnahmen von Bevölkerung und Wirtschaft sind seit Kriegsende in den Jahren 1950, 1961 und 1970 Zählungen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt worden. Als Arbeitsstätte gilt jede "örtliche Einheit", in der Personen regelmäßig erwerbstätig sind, also z. B. auch Zweigniederlassungen, Verkaufsfilialen oder örtlich getrennte Werkstätten eines Unternehmens, nicht aber Schiffe und Baustellen. Zu den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten gehören auch die im steuerlichen Sinne als Gewerbebetriebe geltenden Betriebsteile der Land- und Forstwirtschaft. Auch selbständig und freiberuflich allein (ohne Arbeitnehmer) Tätige zählen dazu. Die Einordnung der Arbeitsstätten in die zehn in der Systematik vorgesehenen Wirtschaftsabteilungen erfolgt nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit.

Die drei Zählungen zeigen sehr deutlich einen Konzentrationsprozeß: Von 1950 bis 1970 wurden per Saldo etwa 17 % der Arbeitsstätten aufgegeben, obwohl gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um fast die Hälfte zunahm. Der durchschnittliche Personalbestand je Arbeitsstätte erhöhte sich in diesen beiden Jahrzehnten von 5,4 auf 9,4.

In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen war die Entwicklung allerdings uneinheitlich: Im verarbeitenden Gewerbe, das an den drei Erhebungsstichtagen jeweils etwa ein Drittel aller tätigen Personen beschäftigte, hat sich in der zwanzigjährigen Zeitspanne die Personalkonzentration je Arbeitsstätte am stärksten vollzogen. Im Jahre 1950, als die allgemeine Vollbeschäftigung noch nicht erreicht war, hatte das Baugewerbe die Zäsur der Währungsreform bereits relativ gut überstanden und einen Beschäftigungsstand erreicht, der 1961 und 1970 gegenüber der jeweils vorigen Zählung und der gesamten Wirtschaft nur unterdurchschnittlich stieg.

Die Expansion des Handels äußerte sich in den fünfziger Jahren in einer erheblichen Zunahme sowohl der Beschäftigten – als auch der Arbeitsstättenzahl. Im folgenden Jahrzehnt hat die Konzentration im Einzelhandel auf Supermärkte und Warenhäuser sehr viele Handelsbetriebe verdrängt und in Verbindung mit den Rationalisierungseffekten der Selbstbedienung auch zu einer leichten Personalreduzierung geführt. Die Beschäftigtenzahl im gesamten tertiären Bereich (Wirtschaftsabteilungen 4 bis 9) ist trotz des Rückgangs im Handel von 1961 bis 1970 um 8,5 % und damit überdurchschnittlich gestiegen. Die Wirtschaftsabteilungen 6 (Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) und 7 (Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen) hatten entgegen dem allgemeinen Trend sowohl 1961 als auch 1970 eine vermehrte Anzahl an Arbeitsstätten aufzuweisen. Die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors kommt darin zum Ausdruck, daß trotz dieser räumlichen Differenzierung des Leistungsangebots auch das Personal je Betrieb fast dem allgemeinen Durchschnitt entsprechend vermehrt wurde.

Stand	Alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten				Aus 0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[1]				1 Energie, Wasserversorgung, Bergbau			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte		
		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte
13.9.1950	103 550	562 452	154 812	5,4	1 853	4 154	311	2,2	206	7 865	448	38,2
6.6.1961	100 334	760 728[a]	.	7,6	2 843	7 718	1 600	2,7	247	8 683	775	35,2
27.5.1970	86 422	813 384[a]	291 481	9,4	2 015	7 840	1 972	3,9	250	8 167	1 021	32,7

Stand	2 Verarbeitendes Gewerbe				3 Baugewerbe				4 Handel			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte		
		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte
13.9.1950	27 443	195 017	52 780	7,1	8 113	68 848	1 804	8,5	31 818	98 384	37 585	3,1
6.6.1961	17 845	247 021	75 425	13,8	6 563	87 975	3 649	13,4	35 805	143 957	70 725	4,0
27.5.1970	14 290	265 138	76 482	18,6	6 368	88 254	5 432	13,9	28 079	138 641	72 212	4,9

Stand	5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung				6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe				7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte		
		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte
13.9.1950	6 407	47 625	5 119	7,4	1 670	8 051	2 290	4,8	18 986	52 718	25 102	2,8
6.6.1961	6 398	52 493	7 275	8,2	2 406	14 964	6 628	6,2	21 663	84 553	50 217	3,9
27.5.1970	5 145	49 991	8 125	9,7	2 741	20 483	9 595	7,5	21 705	92 774	56 562	4,3

Stand	8 Organisationen ohne Erwerbscharakter				9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung			
	Arbeitsstätten	Beschäftigte			Arbeitsstätten	Beschäftigte		
		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte		insgesamt	weiblich	je Arbeitsstätte
13.9.1950	1 589	9 376	4 745	5,9	5 465	70 414[a]	24 628	12,9
6.6.1961	1 975	14 740	9 012	7,5	4 589	98 624[a]	.	21,5
27.5.1970	1 778	17 260	11 604	9,7	4 051	124 836[a]	48 476	30,8

1) Hier sind nicht die eigentlichen Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei nachgewiesen, sondern nur die im steuerlichen Sinne als Gewerbebetriebe veranlagten gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebsteile der (oder für die) Land- und Forstwirtschaft (z. B. gewerbliche Betriebe der Gärtnereien, Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Lohndreschereien, Betriebe der Getreidetrocknung und Saatgutbeizung sowie Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei)

a) einschließlich der Zivilbediensteten im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes

Kapitalgesellschaften

Die Statistik erfaßt Kapitalgesellschaften, die im Handelsregister der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte eingetragen sind. Es handelt sich um Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Kommanditgesellschaften a. A. gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Die Statistik wird seit 1952 durchgeführt. Die Fortschreibung wird durch Mitteilungen der Amtsgerichte ermöglicht, die Zu- und Abgänge, Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen sowie sonstige Veränderungen (z. B. Errichtung von Zweigniederlassungen, Sitzverlegungen innerhalb des Landes) melden. Wird die Eröffnung eines Liquidations- oder Konkursverfahrens gemeldet, so wird dieses Unternehmen vom jeweiligen Bestand abgesetzt.

Die Zahl der Kapitalgesellschaften hat sich von 1952 bis 1975 vervierfacht. Im Jahre 1952 waren 1 000 Kapitalgesellschaften bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten eingetragen und 1975 fast 4 000. Die Entwicklung verlief jedoch bei den beiden Gesellschaftsarten unterschiedlich. Die Zahl der Aktiengesellschaften ging um ein Drittel (von 74 auf 48) zurück und die der Gesellschaften m.b.H. vervierfachte sich (von 926 auf 3 939). Das Übergewicht der Gesellschaften m.b.H. hat sich also weiterhin verstärkt. Im Jahre 1952 hatten knapp 93 % der Kapitalgesellschaften diese Rechtsform und 1975 sind es fast 99 % gewesen. Das liegt daran, daß in Schleswig-Holstein Großbetriebe mit hoher Kapitalintensität, für die die Rechtsform der Aktiengesellschaft vorteilhafter ist, fehlen. Ein Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt, daß es in Schleswig-Holstein nur relativ kleine Kapitalgesellschaften gibt. Die drei jeweils größten Kapitalgesellschaften wiesen im Jahre 1975 im Bundesgebiet ein Kapital zwischen 1,7 und 1,9 Mrd. DM auf, in Schleswig-Holstein dagegen nur zwischen 100 und 140 Millionen DM. Nur knapp 1 % der schleswig-holsteinischen Kapitalgesellschaften haben 1975 ein höheres Kapital als 10 Mill. DM. Im Durchschnitt hat sich die Kapitalausstattung der Aktiengesellschaften seit 1952 von 2,2 Mill. DM auf 12,6 Mill. DM und die der Gesellschaften m.b.H. von 133 000 DM auf 340 000 DM erhöht. Insgesamt war das Kapital der Aktiengesellschaften 1975 fast viermal und das der Gesellschaften m.b.H. zehnmal höher als 1952.

Das wirtschaftliche Schwergewicht der Aktiengesellschaften liegt vom Kapital her gesehen im Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Schiffbau. Bei den Gesellschaften m.b.H. ist kein eindeutiger Schwerpunkt vorhanden. Über die Hälfte des Kapitals lag 1975 bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Stand am 31. 12.	Aktiengesellschaften					Gesellschaften mit beschränkter Haftung				
	Anzahl	1952 = 100	Kapital			Anzahl	1952 = 100	Kapital		
			1 000 DM	1952 = 100	je Gesellschaft in 1 000 DM			1 000 DM	1952 = 100	je Gesellschaft in 1 000 DM
1952	74[a]	100	159 301	100	2 153	926[b]	100	122 753	100	133
1953	72[a]	97	172 260	108	2 393	950[b]	103	134 731	110	142
1954	74[a]	100	180 060	113	2 433	930[b]	100	129 677	106	139
1955	72[a]	97	188 314	118	2 615	939[b]	101	139 604	114	149
1956	71[a]	96	192 112	121	2 706	939	101	147 727	120	157
1957	72[a]	97	210 985	132	2 930	940	102	170 360	139	181
1958	70[a]	95	210 551	132	3 008	964	104	182 060	148	189
1959	64[a]	86	166 658	105	2 604	977	106	237 182	193	243
1960	67[a]	91	216 696	136	3 234	990	107	277 825	226	281
1961	69[a]	93	242 636	152	3 516	1 056	114	324 733	265	308
1962	68[a]	92	245 675	154	3 613	1 128	122	371 289	302	329
1963	69[a]	93	250 143	157	3 625	1 229	133	408 232	333	332
1964	71	96	259 880	163	3 660	1 324	143	469 494	382	355
1965	69	93	331 339	208	4 802	1 426	154	497 407	405	349
1966	66	89	354 906	223	5 377	1 525	165	594 398	484	390
1967	65	88	364 966	229	5 615	1 687	182	662 177	539	393
1968	66	89	413 341	259	6 263	1 863	201	720 330	587	387
1969	63	85	432 455	271	6 864	2 074	224	740 015	603	357
1970	62	84	448 479	282	7 234	2 284	247	840 386	685	368
1971	61	82	476 380	299	7 810	2 519	272	959 635	782	381
1972	55	74	499 185	313	9 076	3 024	327	1 004 693	818	332
1973	55	74	551 075	346	10 020	3 286	355	1 108 693	903	337
1974	47	64	555 637	349	11 822	3 601	389	1 277 177	1 040	355
1975	48	65	603 795	379	12 579	3 939	425	1 340 879	1 092	340

a) einschließlich RM-Gesellschaften: 1952 = 8; 1953 = 7; 1954 = 5; 1955 = 4; 1956 bis 1963 je 1
b) einschließlich RM-Gesellschaften: 1952 = 31; 1953 = 18; 1954 = 12; 1955 = 10

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte D I 1 (Kapitalgesellschaften)

Konkurse und Vergleichsverfahren

Im Jahre 1976 ist mit 419 Konkurs- und Vergleichsverfahren der seit 1950 höchste Stand erreicht worden. Dies ist aber, wenn man die Zahl der Insolvenzen im Verhältnis zur Menge der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen betrachtet, weiterhin ein geringer Prozentsatz (0,7 %). Ein Teil des ab 1974 deutlich zu vermerkenden Anstiegs der Insolvenzhäufigkeit dürfte auf die veränderte Rechtslage (Gesetz über das Konkursausfallgeld vom 17. 7. 1974, BGBl I, S. 1481) zurückzuführen sein. Die Kranken- und Rentenversicherungen haben seit Mitte 1974 die Möglichkeit, bei Unternehmen, die ohne Abwicklung beim Amtsgericht in Konkurs gegangen waren, eine Konkurseröffnung beim Gericht zu beantragen. Sie erhalten dann über das Arbeitsamt zumindest für 3 Monate vor Stillegung des Betriebes nichtbezahlte Beiträge zur Sozialversicherung.

Gegenüber 1950 hat sich die Zahl der jährlichen Konkursverfahren um 49 % (von 280 auf 416) erhöht, dagegen ist die Zahl der Vergleichsverfahren von 101 auf 3 oder um 97 % zurückgegangen. Gemessen an der Gesamtzahl der Insolvenzen macht der Anteil der Vergleiche im Jahre 1976 nicht einmal 1 % aus, während es 1950 über ein Viertel gewesen sind.

Besonders auffällig ist der starke Anstieg (um 256 oder über 300 % auf 337) von mangels Masse abgelehnten Verfahren, bei denen die Konkursmasse nicht einmal zur Begleichung der Verfahrenskosten ausreichte. Da ab 1974 in diesem Bereich eine sprunghafte Erhöhung zu verzeichnen ist, liegt die Vermutung nahe, daß die zusätzliche Verfahrensantragsstellung durch die Sozialversicherungsträger eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Die mangels Masse abgelehnten Verfahren stellten mit 337 oder 81 % im Jahre 1976 den Hauptanteil an der Gesamtzahl der Konkursverfahren. Im Vergleich dazu lag der Anteil dieser Verfahren während der Jahre 1950 bis 1974 zwischen 26 % und 46 % und im Jahre 1975 stieg er auf 70 % an.

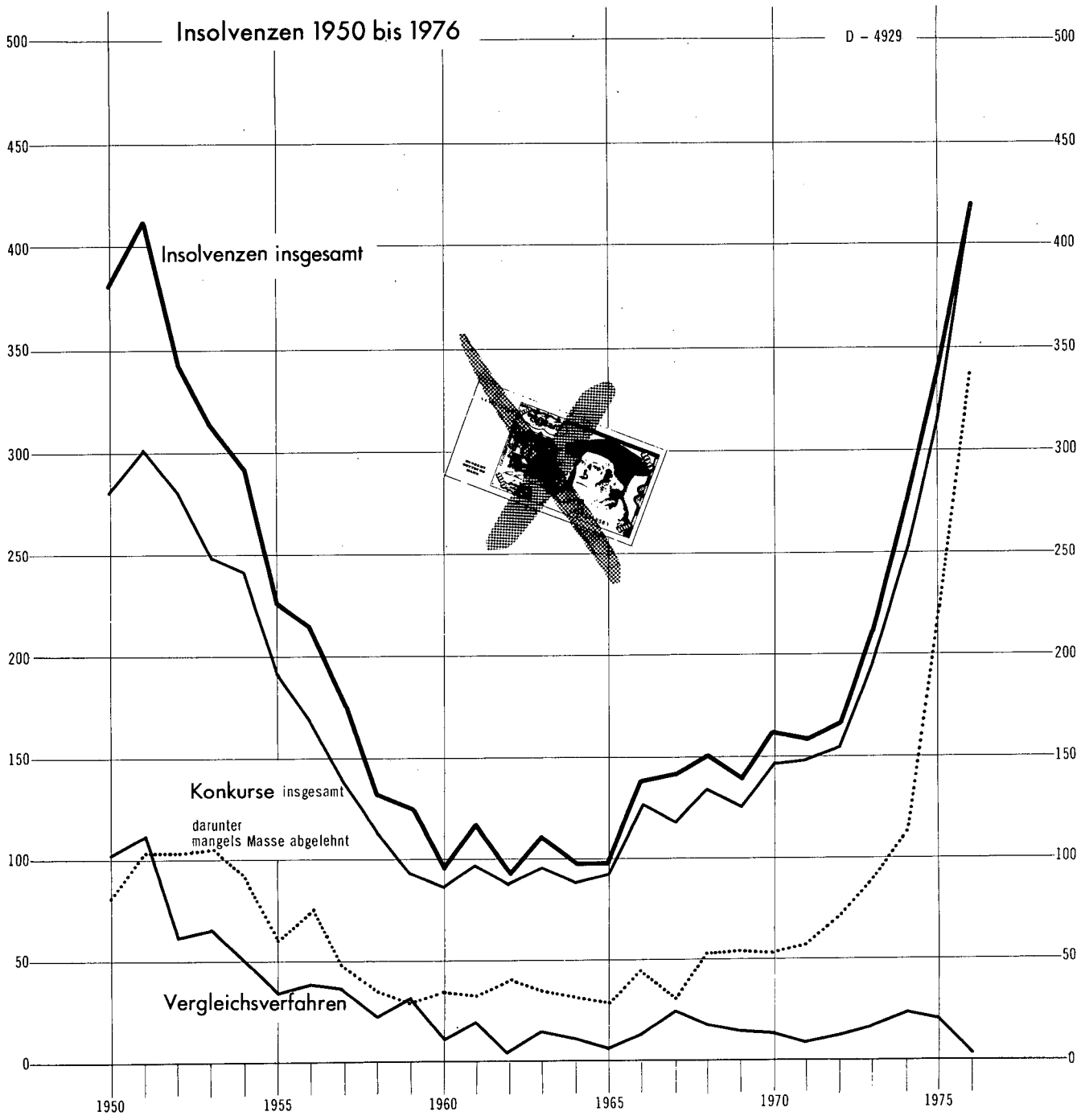
Betrachtet man die Entwicklung der Insolvenzhäufigkeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so zeigt sich, daß die Zahl der Verfahren im produzierenden Gewerbe 1976 erstmalig seit 1955 wieder sehr hoch liegt. In den Jahren 1950 bis 1954 gab es im Durchschnitt jährlich 71 Konkurse und in den folgenden Jahren bis 1975 nur noch 26. Anders sieht die Entwicklung im Baugewerbe aus. Mit 68 Verfahren wurde hier 1976 die größte Zahl festgestellt. Im Vergleich zu 1950 ist sie gut fünfmal und im Verhältnis zum Durchschnitt 1950/1975 gut dreieinhalbmal so hoch. Wieder anders haben sich die Insolvenzen in den Bereichen Groß- und Einzelhandel entwickelt. Waren dort im Jahre 1950 sehr hohe Zahlen von 40 und 100 Verfahren zu verzeichnen, so sind es im Jahre 1976 nur noch 18 und 40 Insolvenzen. Die jährlichen Durchschnittszahlen von 1950 bis 1976 betrugen hier 16 und 35.

Insgesamt gesehen fällt auf, daß sich die Zeitspanne von 1960 bis 1965 deutlich durch geringere Verfahrenshäufigkeit auszeichnet. Dies dürfte auf die damalige günstige wirtschaftliche Lage zurückzuführen sein.

Die finanziellen Ergebnisse der eröffneten Konkurse geben nicht in jedem Jahr die vollständige Summe der Verluste wieder, da nur solche Verfahren erfaßt werden, die in einem bestimmten Zeitraum abgewickelt worden sind. Die Erfassungsquote schwankt zwischen 49 % und 100 %. Die festgestellten Verluste beliefen sich 1950 auf 6 Millionen DM und 1975 auf 109 Millionen DM. Sie erhöhten sich also um 103 Millionen DM oder um das Siebzehnfache. Im Durchschnitt machte der Verlust 1950 45 000 DM aus und 1975 1,6 Millionen DM. Herausragend in der Höhe der Verluste sind die Jahre 1970 und 1973 bis 1975. Das ist auf die zahlreichen Millionenkonkurse mit hohen Forderungen und niedrigen Deckungsquoten zurückzuführen. Besonders erwähnt werden muß, daß die Verluste zumeist durch die minimale Deckungsquote der nichtbevorrechtigten Forderungen beeinflußt wird.

Jahr	Insolvenzen insgesamt	Vergleichsverfahren	Konkursverfahren										
			insgesamt	und zwar						eröffnete Konkurse mit Angabe der voraussichtlichen finanziellen Ergebnisse			
				mangels Masse abgelehnt	Anschlußkonkurse	von Erwerbsunternehmen im Wirtschaftsbereich				Anzahl	festgestellte Verluste Mill. DM	Deckungsquote in % der Forderungen bei	
						Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	Baugewerbe	Großhandel	Einzelhandel			bevorrechtigten	nicht bevorrechtigten
												Forderungen	
1950	381	101	280	81	50	79	13	40	100	137	6,1	38	6
1951	412	111	301	103	36	71	26	37	118	107	4,8	27	9
1952	342	61	281	103	29	68	17	38	88	101	6,6	43	6
1953	313	65	248	104	15	66	13	31	71	70	6,8	47	4
1954	291	50	241	91	18	71	13	21	70	91	5,8	50	14
1955	225	34	191	61	15	42	13	23	54	67	1,9	60	12
1956	213	38	175	75	13	41	12	15	48	51	6,4	30	2
1957	175	35	140	48	7	39	6	16	26	71	9,8	53	6
1958	132	21	111	35	6	17	8	12	19	45	3,9	54	21
1959	124	30	94	29	6	19	8	5	27	50	5,7	68	8
1960	96	10	86	35	4	15	8	7	10	43	9,3	61	7
1961	116	19	97	33	2	15	7	9	19	62	7,3	66	9
1962	92	4	88	40	1	20	11	7	15	44	9,9	41	8
1963	110	14	96	35	2	16	6	6	14	50	11,1	50	4
1964	98	10	88	32	2	18	8	6	10	44	13,1	34	3
1965	98	7	91	29	-	18	11	5	13	57	12,7	42	4
1966	138	12	126	44	3	16	27	9	17	62	48,7	78	2
1967	141	24	117	31	4	26	24	6	15	70	16,5	40	8
1968	150	17	133	52	5	23	22	13	15	69	17,5	49	11
1969	139	14	125	54	3	20	17	12	16	63	23,9	65	15
1970	160	14	146	53	4	17	19	14	25	76	115,8	21	4
1971	157	8	149	57	5	16	28	15	18	75	39,7	24	6
1972	165	11	154	70	2	40	15	8	18	64	35,9	27	4
1973	210	15	195	89	6	34	36	20	29	106	107,5	34	3
1974	274	23	251	111	6	45	58	16	28	116	311,7	53	3
1975	335	20	315	220	9	50	57	19	33	68	108,7	28	1
1976	419	3	416	337	4	70	68	18	40	...	...	...	...

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte J I 1 (Zahlungsschwierigkeiten)



Zur Methode

Die Statistik erfaßt Konkursverfahren, unterschieden nach eröffneten, mangels Masse abgelehnten und Anschlußkonkursen, und Vergleichsverfahren. Erhebungsgrundlage bilden die monatlichen Meldungen der Amtsgerichte über die von ihnen bearbeiteten Verfahren.

Auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers beim zuständigen Amtsgericht wird das Konkursverfahren eröffnet. Eine Abweisung des Konkursantrages mangels Masse erfolgt, wenn eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist. Das gerichtliche Vergleichsverfahren dient dem Zweck, einen zahlungsunfähigen aber vergleichswürdigen Schuldner zu einem Gesamtvergleich mit seinen Gläubigern zu verhelfen und ein drohendes Konkursverfahren zu vermeiden. Die Hauptvoraussetzung dafür ist, daß mindestens 35% der Forderungen (Vergleichsquote) der Gläubiger gedeckt werden können. Bei Ablehnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens von Amts wegen wird das anschließende Konkursverfahren als Anschlußkonkurs bezeichnet. In diesem Bereich der Statistik kommt es zu Doppelzählungen, da zunächst die Vergleichsverfahren erfaßt werden und später nochmals die Anschlußkonkurse. Die Anschlußkonkurse können aber nicht ohne weiteres von den Vergleichsverfahren eines Jahres abgesetzt werden, weil das dazugehörige Vergleichsverfahren in einem anderen Jahr eröffnet worden sein kann.

Die finanziellen Ergebnisse erfassen die Verluste der Konkurse, die bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgewickelt worden sind. Da die Abwicklung aber häufig langwierig ist, stellen sie in der Regel nicht das Gesamtergebnis dar. Bei der Berechnung der festgestellten Verluste der eröffneten Konkurse mit Angabe der voraussichtlichen finanziellen Ergebnisse wurden die Forderungen bei den Verfahren ohne Masse und die nichtgedeckten Summen der bevorrechtigten und nichtbevorrechtigten Forderungen zusammengefaßt.

Landwirtschaftliche Betriebe

Der geläufigste und für einen langen Zeitraum vorhandene und vergleichbare Maßstab für die Größe landwirtschaftlicher Betriebe ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), vor 1970 die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN). Betrachtet man nun die Betriebe mit mindestens 2 ha LN/LF, so ergibt sich eine erhebliche Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von gut 54 000 im Jahre 1949 auf gut 32 000 im Jahre 1976 (– 40 %). Gleichzeitig nahm die Fläche in den Betrieben nur um 2 % ab. Es hat also während der vergangenen fast 30 Jahre ein starker Umschichtungsprozeß, eine Netto-Flächenwanderung, stattgefunden, die sich insgesamt günstig auf die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ausgewirkt hat. Viele kleinere Betriebe stellten die Produktion ein und gaben ihre Flächen auf dem Wege der Verpachtung oder des Verkaufs an andere Betriebe ab, die damit ihre Produktionsgrundlage mit dem Ziel einer Einkommenssteigerung erweiterten. Per Saldo nahm die Zahl der Betriebe der Größenklasse 10 bis 20 ha bereits seit 1949 ab, während die Zahl der Betriebe zwischen 20 bis 30 ha bis 1965 noch zunahm; danach ging sie jedoch bis 1976 um 40 % zurück. Seit einigen Jahren ist auch die Zahl der Betriebe zwischen 30 und 40 ha (die hier nicht getrennt dargestellt werden konnte) bereits wieder rückläufig.

Die Anteile der einzelnen Betriebsgrößenklassen an der Gesamtfläche machen die Strukturveränderungen noch deutlicher. Hieran wird sichtbar, daß die Flächenumschichtungen insbesondere den Größenklassen von 30 bis unter 100 ha zugute kamen, die ihren Anteil von 41 % im Jahre 1949 auf 61 % im Jahre 1976 vergrößern konnten. Der Flächenanteil der Betriebe mit 100 und mehr ha stieg in der gleichen Zeit nur von 12,1 auf 15,2 %.

Jahr	Betriebe mit 2 und mehr ha LF[1] zusammen	davon mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)[1]									
		2 - 10		10 - 30		30 - 50		50 - 100		100 und mehr	
		Betriebe / Fläche	%	Betriebe / Fläche	%	Betriebe / Fläche	%	Betriebe / Fläche	%	Betriebe / Fläche	%
	Betriebe										
1939	54 253	20 209	37,2	(13 637)[a]	(25,1)[a]	(16 456)[a]	(30,3)[a]	3 297	6;1	654	1,2
1949	54 226	20 744	38,3	22 612	41,7	7 398	13,6	2 884	5,3	588	1,1
1960	49 365	14 829	30,0	22 941	46,5	7 947	16,1	3 077	6,2	571	1,2
1965	46 020	12 261	26,6	21 721	47,2	8 316	18,1	3 145	6,8	577	1,3
1966	45 520	12 043	26,5	21 350	46,9	8 376	18,4	3 167	7,0	584	1,3
1967	44 834	11 734	26,2	20 794	46,4	8 507	19,0	3 209	7,2	590	1,3
1968	43 898	11 282	25,7	20 172	46,0	8 607	19,6	3 248	7,4	589	1,3
1969	42 694	10 693	25,0	19 181	44,9	8 818	20,7	3 386	7,9	616	1,4
1970	39 603	8 987	22,7	17 060	43,1	9 210	23,3	3 666	9,3	680	1,7
1971	37 600	8 074	21,5	15 266	40,6	9 440	25,1	4 086	10,9	734	2,0
1972	36 086	7 455	20,7	14 065	39,0	9 428	26,1	4 347	12,0	791	2,2
1973	34 783	6 954	20,0	12 961	37,3	9 516	27,4	4 511	13,0	841	2,4
1974	33 752	6 587	19,5	12 151	36,0	9 473	28,1	4 668	13,8	873	2,6
1975	32 963	6 407	19,4	11 537	35,0	9 335	28,3	4 769	14,5	915	2,8
1976	32 299	6 215	19,2	11 013	34,1	9 236	28,6	4 880	15,1	955	3,0
	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)[1] der Betriebe in ha										
1939	1 179 003	102 842	8,7	(200 118)[a]	(17,0)[a]	(508 953)[a]	(43,2)[a]	211 808	18,0	155 282	13,2
1949	1 125 810	104 166	9,3	419 182	37,2	282 232	25,1	183 977	16,3	136 253	12,1
1960	1 130 775	75 717	6,7	438 195	38,8	302 493	26,8	197 984	17,5	116 386	10,3
1965	1 125 891	62 163	5,5	426 889	37,9	315 708	28,0	202 745	18,0	118 386	10,5
1966	1 122 113	60 807	5,4	421 842	37,6	317 814	28,3	204 069	18,2	117 581	10,5
1967	1 120 691	58 986	5,3	413 667	36,9	322 346	28,8	206 635	18,4	119 057	10,6
1968	1 114 073	56 474	5,1	404 218	36,3	326 040	29,3	209 629	18,8	117 712	10,6
1969	1 113 974	53 384	4,8	386 876	34,7	333 964	30,0	218 100	19,6	121 650	10,9
1970	1 114 928	44 836	4,0	348 174	31,2	350 097	31,4	236 068	21,2	135 753	12,2
1971	1 116 213	40 602	3,6	314 528	28,2	360 310	32,3	263 971	23,6	136 802	12,3
1972	1 115 320	37 661	3,4	290 553	26,1	360 992	32,4	281 325	25,2	144 789	13,0
1973	1 112 997	34 947	3,1	268 448	24,1	365 057	32,8	292 455	26,3	152 090	13,7
1974	1 109 114	33 211	3,0	251 863	22,7	364 277	32,8	303 171	27,3	156 592	14,1
1975	1 105 885	32 391	2,9	239 911	21,7	360 429	32,6	310 758	28,1	162 396	14,7
1976	1 104 240	31 212	2,8	229 164	20,8	357 318	32,4	318 439	28,8	168 107	15,2

1) 1939 bis 1969 landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) a) für 1939 Größenklassen 10 - 20 und 20 - 50 ha

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C IV 7 (Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe)

Zur Methode

Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der LN/LF stammen aus den Landwirtschaftszählungen 1939, 1949 und 1960 und seit 1965 aus den Bodennutzungsvorerhebungen, die 1965 und 1970 als Grunderhebungen, in den Folgejahren lediglich als Fortschreibungen durchgeführt wurden. Durch das Fortschreibungsverfahren dürften von 1965 bis 1969 nicht alle Betriebsgrößenveränderungen erfaßt worden sein, so daß durch die Grunderhebung 1970 gegenüber 1969 stärkere Veränderungen nachgewiesen werden.

Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wird ab 1970 nicht mehr verwendet. An seine Stelle ist der Begriff "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF) getreten, in der die aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen "Nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen" sowie die "Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Durch diesen Übergang wird die Vergleichbarkeit in Schleswig-Holstein nur unwesentlich beeinträchtigt.

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Durch Rationalisierung der in den landwirtschaftlichen Betrieben anfallenden Arbeiten mit Hilfe des technischen Fortschritts im weitesten Sinne sowie durch Verlagerung von Arbeiten in Bereiche außerhalb der Landwirtschaft konnte die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt beschäftigten wie auch der vollbeschäftigten Personen innerhalb der vergangenen 25 Jahre auf weniger als die Hälfte reduziert werden. Während von 1949 bis 1960 teilweise noch ein Abbau des kriegs- und nachkriegsbedingten Überbesatzes an Arbeitskräften, insbesondere an familienfremden Arbeitskräften (Flüchtlinge!), stattfand, ist der Rückgang während der letzten 15 Jahre allein aufgrund des oben genannten technischen Fortschritts möglich geworden. Von 1960 bis 1974/75 nahm die Zahl der mit betrieblichen und Haushaltstätigkeiten vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte um fast 50 % ab, die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte sogar um mehr als 70 %. Allein während der letzten zehn Jahre, von 1964/65 bis 1974/75 wurde der betriebliche Arbeitsaufwand – gemessen in AK-Einheiten – von 8 auf 5 AK je 100 ha LF, d. h. um 40 % reduziert.

Berücksichtigt man die von Jahr zu Jahr gesteigerten Produktionsmengen an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, so ergibt sich daraus eine sehr beachtliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität der in der Landwirtschaft verbleibenden Personen. Nach dem Agrarbericht 1977 der Bundesregierung wurde die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Bundesgebiet – dargestellt als Bruttoinlandprodukt zu Preisen von 1962 je Erwerbstätigen – von 1965/66 bis 1975/76 um durchschnittlich 7,8 % pro Jahr gesteigert, die der übrigen Wirtschaft um 3,6 % pro Jahr.

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha LF (LN) insgesamt	LF (LN) der Betriebe in ha		Im Betrieb einschließlich Haushalt beschäftigte				Ständige familienfremde Arbeitskräfte zusammen	AK-Einheiten	
				Betriebsinhaber		Familienangehörige				
		insgesamt	je Betrieb	zusammen	darunter vollbeschäftigt	zusammen	darunter vollbeschäftigt		insgesamt	je 100 ha LF (LN)
1949	54 226	1 125 810	20,8	s 54 018[a]	s 48 500[a]	s 102 901	s 95 625	103 386	.	.
1956	.	.	.	52 397	43 772	86 798	76 441	.	.	.
1960	49 365	1 130 775	22,9	48 944	39 100	83 018	71 345	39 118	.	.
1964/65	46 020	1 125 891	24,5	45 817	36 397	74 187	60 490	27 622	89 242	7,9
1966/67	44 834	1 120 691	25,0	44 302	35 051	71 370	55 647	21 865	81 321	7,3
1968/69	42 694	1 113 974	26,1	41 587	31 517	66 358	49 058	19 284	73 735	6,6
1970/71	37 600	1 116 213	29,7	36 607	28 368	59 935	44 229	16 539	67 370	6,2
1972/73	34 783	1 112 997	32,0	34 103	25 842	52 020	37 006	13 330	57 611	5,1
1974/75	32 963	1 105 885	33,5	32 739	24 701	49 777	34 234	10 959	54 151	4,9

Anmerkung: LF = landwirtschaftlich genutzte Fläche, LN = landwirtschaftliche Nutzfläche (vor 1970);
AK-Einheit = Maßeinheit für die betriebliche Arbeitsleistung einer ganzjährig vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft (einschließlich des Arbeitsaufwandes für die Betreuung der familienfremden Arbeitskräfte in Kost und Wohnung)

a) einschließlich (wenige) Betriebsinhaber unter 14 Jahren

Zur Methode

Die Darstellung beschränkt sich auf die Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), vor 1970 landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN); ferner sind nur natürliche Personen berücksichtigt im Alter von 14 und mehr Jahren.

Die Zahlen für 1949 und 1960 entstammen den jeweils im Mai durchgeführten Landwirtschaftszählungen. Die übrigen Zahlen den Betriebsgrößenauszählungen aus den Bodennutzungsvorerhebungen (Betriebe, LF) und den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen (Beschäftigte, AK), die aus jeweils vier bzw. zwei Monatsbefragungen errechnet worden sind. Die Methoden der Zuordnung zu den Vollbeschäftigten und der Errechnung der AK-Einheiten haben sich innerhalb der Vergleichszeit mehrfach geändert; es muß hier auf die Spezialveröffentlichungen des Statistischen Landesamtes (Statistische Berichte) verwiesen werden. Die hier veröffentlichten Zahlen dürften jedoch in der Größenordnung ausreichend vergleichbar sein.

Bodennutzung

Von 1949 bis 1976 nahm die landwirtschaftlich genutzte Fläche um mehr als 40 000 ha (– 3,6 %) ab, insbesondere zugunsten der Gebäude- und Straßenflächen, die um knapp 30 000 ha (+ 28 %) wuchsen. Die Waldfläche wurde während der Vergleichszeit um gut 12 000 ha vergrößert (+ 10 %).

Während das Acker-Grünlandverhältnis von 1950 bis 1976 annähernd unverändert blieb (rd. 56 % Ackerland und 39 – 42 % Dauergrünland), änderte sich der Anbau auf dem Ackerland beträchtlich. Hier wurden insbesondere die arbeitsextensiven Fruchtarten Getreide und Raps im Anbau ausgedehnt, daneben auch der Zuckerrübenanbau. Dabei änderten sich die Anbauflächen auch der einzelnen Getreidearten recht erheblich, auch wenn bei einigen Arten im Berichtszeitraum keine stetige Entwicklung zu beobachten war. Während 1950 noch ein Drittel der Getreidefläche auf Roggen entfiel, waren es 1976 nur noch 21 %. Dagegen wurde der Weizenanbau seit 1950 von 48 000 ha auf gut 126 000 ha 1976 ausgedehnt und nimmt damit bereits 30 % der Getreidefläche ein. Ebenfalls erheblich zugenommen – und zwar auf mehr als das Vierfache – hat in der Vergleichszeit der Gerstenanbau. Dabei ist der Sommergerstenanbau während der letzten Jahre zugunsten des Wintergerstenanbaus rückläufig. Der Haferanbau wurde bis zum Ende der 60er Jahre laufend gesteigert und erreichte 1969 mit fast 116 000 ha seinen Höhepunkt. Von da an ist er allerdings wieder leicht rückläufig wie auch der Anbau der übrigen Sommergetreidearten.

Erheblich ausgedehnt wurde der Rapsanbau (einschließlich Rübsen). Während der letzten Jahre wurde stets etwa das Vierfache der Fläche von 1949 mit Raps bestellt. Seit 1962 entfallen mehr als die Hälfte der gesamten Anbaufläche von Raps in der Bundesrepublik auf Schleswig-Holstein.

Demgegenüber ging der Anbau von Kartoffeln und Futterhackfrüchten seit dem Kriege ständig zurück. Während 1950 noch über 72 000 ha Kartoffeln gepflanzt wurden, waren es 1976 nur noch 7 700 ha. Dagegen wurde die Zuckerrübenfläche im gleichen Zeitraum von gut 7 000 ha auf über 24 000 ha ausgedehnt.

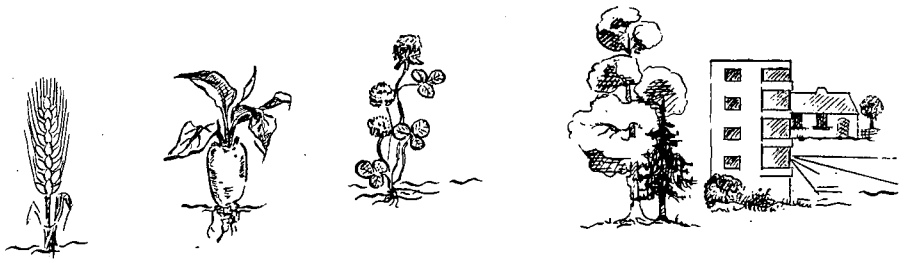
Der Ackerfutterbau (ohne Futterhackfrüchte) wurde von 1949 bis 1976 in der Fläche um ein Drittel eingeschränkt, was vornehmlich durch höhere Erträge auf den verbliebenen Flächen und auf dem Dauergrünland sowie durch verstärkten Kraftfuttereinsatz in der Rindviehfütterung möglich geworden ist. Allerdings verlief auch hier die Entwicklung nicht bei allen Fruchtarten gleichförmig. Während Gras- und Kleegrasanbau auf dem Ackerland zurückgingen, wurde der Grünmaisanbau insbesondere nach 1969 sehr stark ausgedehnt. So wuchs die Maisanbaufläche im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1976 um fast 3 000 ha pro Jahr auf rd. 24 300 ha im Jahre 1976.

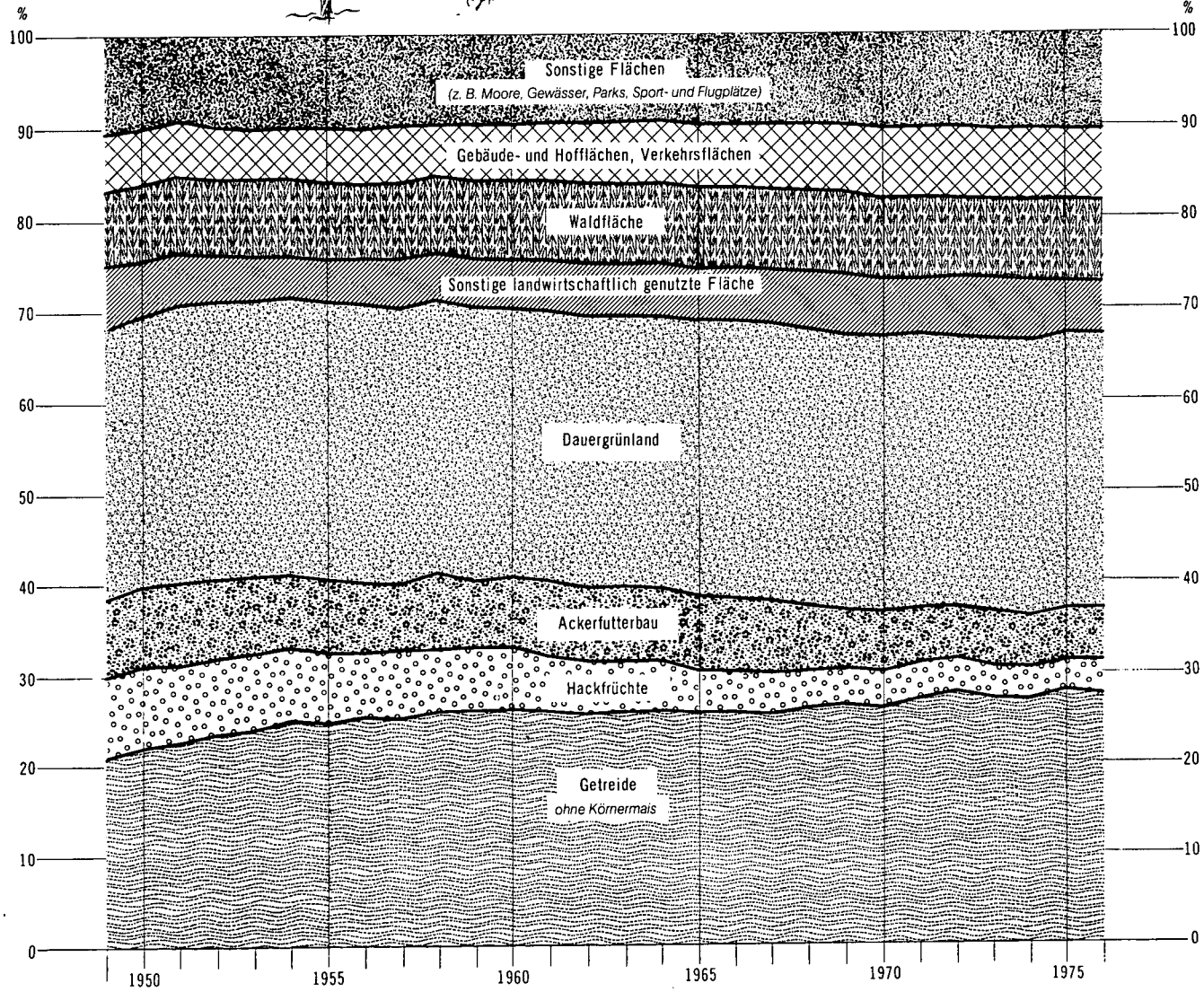
Jahr	Getreide ohne Körnermais	davon				Raps und Rübsen	Kartoffeln	Zuckerrüben 1)	Futterhackfrüchte 1)	Ackerfutterbau	Dauergrünland	Sonstige landwirtschaftlich genutzte Flächen	Landwirtschaftlich genutzte Flächen insgesamt
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer und Sommermenggetreide								
	1 000 ha												
1949	326	35	123	20	148	13	73	5	62	136	462	101	1 178
1950	347	48	118	27	154	13	72	8	61	136	467	82	1 186
1951	345	50	102	28	166	13	65	10	63	142	470	80	1 188
1952	368	62	114	32	160	9	61	11	61	139	477	69	1 195
1953	373	62	117	34	160	6	61	11	62	134	477	71	1 195
1954	392	74	136	33	149	4	56	14	57	126	478	67	1 194
1955	386	59	120	36	171	6	54	13	59	124	477	70	1 189
1956	397	75	133	42	147	9	50	13	55	121	481	65	1 191
1957	395	75	130	50	141	17	53	13	54	116	473	68	1 189
1958	405	83	124	62	136	15	44	16	53	118	472	66	1 189
1959	408	86	112	71	139	13	43	14	53	116	473	67	1 187
1960	408	88	115	75	130	18	42	14	55	121	463	66	1 187
1961	406	82	94	86	144	17	34	12	51	129	469	67	1 185
1962	401	91	92	75	143	26	32	15	48	126	470	66	1 184
1963	406	87	92	85	141	23	29	15	47	127	468	65	1 180
1964	408	87	90	87	143	26	23	17	45	126	470	65	1 180
1965	403	84	87	99	133	28	18	14	41	128	478	61	1 171
1966	403	81	70	109	142	26	19	15	39	127	478	63	1 170
1967	400	83	73	106	138	28	18	14	41	126	478	63	1 168
1968	409	86	74	104	145	39	14	14	42	108	478	60	1 164
1969	414	95	74	98	147	46	12	14	39	102	475	59	1 161
1970	410	94	76	114	126	49	14	15	37	101	478	49	1 153
1971	428	101	86	115	126	51	12	15	36	96	469	45	1 152
1972	437	118	94	117	109	55	10	16	33	88	466	48	1 153
1973	426	107	90	124	106	58	10	16	31	95	469	45	1 150
1974	420	109	85	122	104	60	10	17	28	89	468	45	1 137
1975	434	114	76	126	118	44	8	21	27	87	473	44	1 138
1976	428	126	88	124	89	49	8	24	26	90	470	41	1 136

1) ohne Rüben zur Samengewinnung

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C I 1 (Bodennutzung)

Bodennutzung





Zur Methode

Ausgangspunkt für die Wirtschaftsfläche nach der Bodennutzungserhebung ist die Katasterfläche der Gemeinden bzw. der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe. Hinzu kommen - von Jahr zu Jahr unterschiedlich - einige tausend Hektar nichtvermessenes, aber landwirtschaftlich genutztes Vorland an der Westküste sowie Flächen, die außerhalb des Landes liegen und von Betrieben mit Sitz in Schleswig-Holstein bewirtschaftet werden; umgekehrt zählen Flächen, die in Schleswig-Holstein liegen und von Betrieben außerhalb des Landes bewirtschaftet werden, nicht zur Wirtschaftsfläche (Betriebsprinzip).

Die Bodennutzungserhebung wird bisher zweistufig durchgeführt. In der ersten Stufe, der Bodennutzungsvorerhebung, wird die Wirtschaftsfläche und deren Nutzung nach Hauptnutzungs- und Kulturarten einzeln in den landwirtschaftlichen Betrieben und pauschal für die Restflächen außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinde erhoben. 1949, 1952, 1959, 1965 und 1970 wurde die Bodennutzungsvorerhebung von Grund auf unter Heranziehung von Katasterunterlagen durchgeführt. In den Zwischenjahren wurden die Daten der einzelnen Betriebe bzw. der Gemeinde fortgeschrieben. In der zweiten Stufe, der Bodennutzungshaupterhebung, wird - teils in allen Betrieben, teils in repräsentativen Stichprobenbetrieben - der Anbau auf dem Ackerland und, soweit nicht bei der Bodennutzungsvorerhebung bereits erfaßt, auch die Flächen der Hauptnutzungs- und Kulturarten ermittelt.

1970 wurde in Anpassung an EG-einheitliche Definitionen der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) abgelöst. An seine Stelle trat die Bezeichnung "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF), in der "nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen" sowie "private Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Dadurch sind die Ergebnisse einiger Positionen der Bodennutzungserhebung vor 1970 nicht voll mit denen ab 1970 vergleichbar.

Ernten landwirtschaftlicher Feldfrüchte

Pflanzenzüchtung und veränderte Anbautechniken haben sich auf die hier dargestellten Erträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte sehr positiv, wenn auch in unterschiedlicher Stärke ausgewirkt.

Vergleicht man, um die witterungsbedingten jährlichen Schwankungen abzumildern, die Durchschnittsergebnisse der Jahre 1950 bis 1955 mit denen der Jahre 1970 bis 1975, so ergibt sich die höchste Steigerungsrate von 2,0 % durchschnittlichem jährlichen Zuwachs* bei Winterweizen. Ähnliche Erfolge wurden bei Hafer (+ 1,8 % p. a.), Wintergerste (+ 1,8 % p. a.) und Winterroggen (+ 1,7 % p. a.) erzielt. Am niedrigsten lagen die durchschnittlichen Zuwachsraten bei der Sommergerste, deren Hektarerträge während der Vergleichszeit durchschnittlich nur um 0,6 % p. a. gesteigert werden konnten.

Beachtlich sind auch die Erfolge des technischen Fortschritts bei den Zuckerrüben. Die Durchschnittserträge wurden hier während des 20jährigen Vergleichszeitraumes um 1,3 % pro Jahr angehoben. Bei Spätkartoffeln lag dieser Wert mit + 1,0 % p. a. etwas niedriger.

*) errechnet über Zinseszins-Formel

Winterraps erreichte eine ähnliche relative Ertragssteigerung von 1,0 % p. a. während der Vergleichszeit.

Stärker noch als die Hektarerträge änderten sich während der Vergleichszeit die Gesamternten der landwirtschaftlichen Feldfrüchte, da sich hier neben den Ertragsveränderungen auch die Veränderungen der Anbauflächen auswirkten. Hervorzuheben sind die Steigerung der Getreideernte auf mehr als das Doppelte innerhalb von 25 Jahren, wobei die Weizenernte von 1950/51 bis 1975/76 auf mehr als das Vierfache, die Gerstenernte sogar auf mehr als das Siebenfache wuchsen. Auch die Rapsernten stiegen innerhalb der letzten 25 Jahre annähernd auf das Fünffache, wobei hier die Witterungsabhängigkeit stärker ist als bei den Getreidearten.

Sehr unterschiedlich veränderten sich die Hackfruchternten seit 1950. Während die Zuckerrübenernte auf das Dreifache gesteigert wurde, fiel die Kartoffelernte bis 1975 bereits auf ein Zehntel der Ernte von 1950; 1976 führte die extreme Trockenheit nochmals zu einem erheblichen Ernterückgang. Auch die Ernten an Futterhackfrüchten waren – insbesondere während der letzten zehn Jahre – stark rückläufig.

Ernten ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte

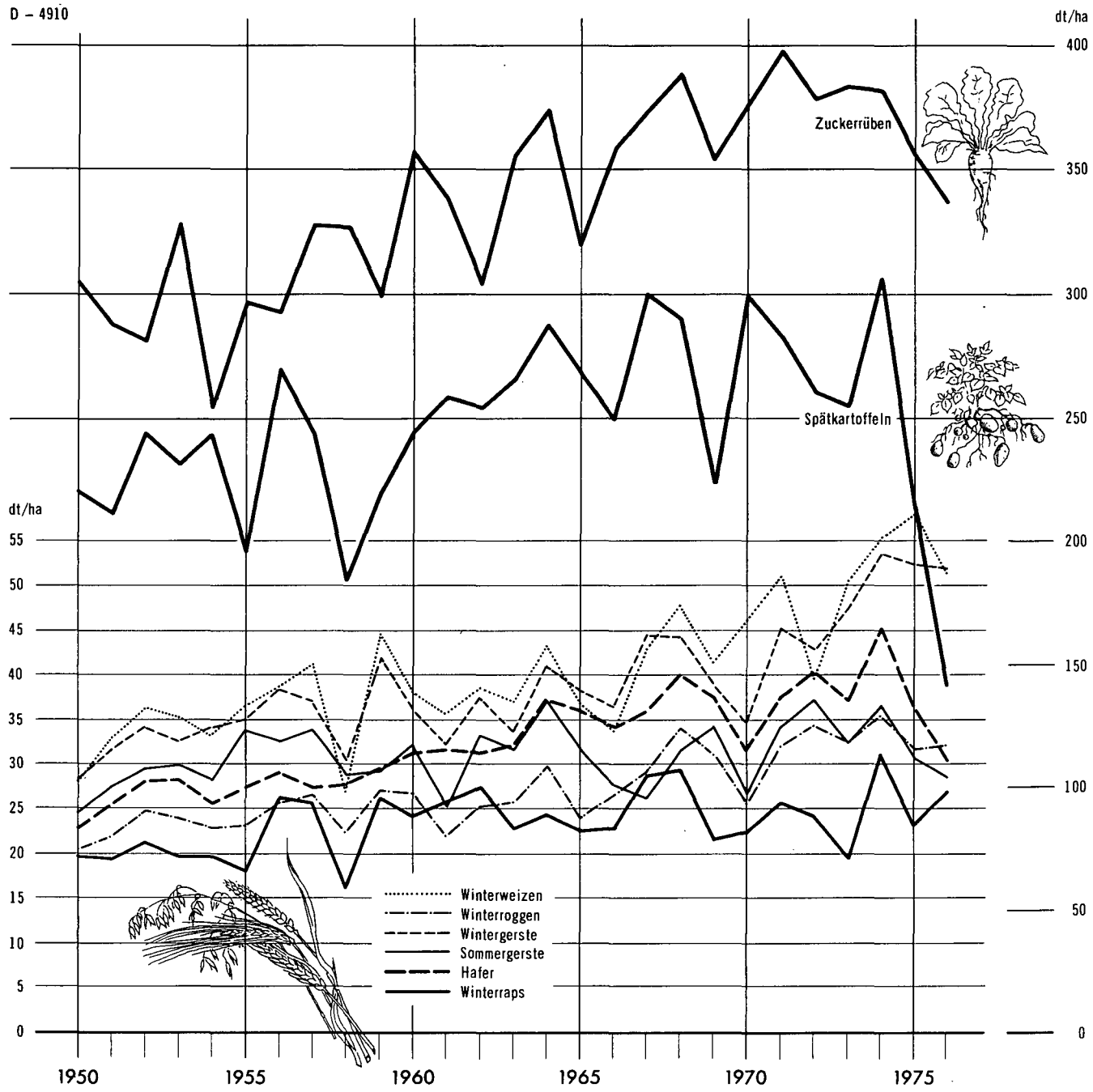
in t

Jahr	Getreide					Ackerbohnen	Raps und Rübsen	Kartoffeln	Zuckerrüben	Futterrüben und Kohlrüben
	insgesamt 1)	darunter								
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer					
D 1938/39	965 902	195 542	238 215	104 516	302 590	13 361	13 298	699 315	59 852	2 257 045
1950	784 140	132 485	238 697	71 748	200 956	6 648	24 613	1 562 290	230 548	4 373 821
1951	874 896	162 028	220 783	82 619	224 305	6 078	24 479	1 344 238	282 917	4 504 621
1952	1 036 521	223 158	279 250	104 387	233 349	6 322	17 657	1 448 440	298 800	4 257 023
1953	1 032 115	211 455	277 423	107 417	206 831	7 882	11 618	1 380 620	363 603	5 265 819
1954	1 019 661	238 009	309 604	104 920	166 152	5 136	7 402	1 325 694	343 813	3 470 436
1955	1 064 913	211 551	273 272	124 925	210 674	5 613	9 918	1 044 181	390 591	4 186 775
1956	1 190 933	285 929	338 450	148 673	191 390	5 005	21 667	1 307 744	389 064	3 933 720
1957	1 188 290	286 977	343 418	175 513	171 905	3 012	39 948	1 261 686	437 383	4 139 284
1958	1 045 331	221 364	273 947	181 039	162 195	2 191	22 994	793 739	516 347	4 102 026
1959	1 304 188	370 654	299 305	237 646	186 307	2 003	30 284	928 745	423 176	3 183 087
1960	1 283 812	331 680	305 888	253 532	191 437	1 933	40 230	1 003 728	489 743	3 987 498
1961	1 144 509	279 834	203 536	237 333	219 706	2 384	40 716	833 957	407 313	4 451 685
1962	1 263 297	343 766	228 378	262 772	223 576	2 466	68 602	767 659	447 719	3 466 307
1963	1 251 617	316 019	235 750	274 967	245 850	1 538	49 978	732 061	536 013	4 046 746
1964	1 476 516	369 016	264 106	339 092	308 413	3 241	60 651	637 478	636 274	4 083 102
1965	1 311 178	306 207	207 695	342 352	296 334	3 414	60 637	465 972	451 559	3 163 067
1966	1 264 137	269 993	184 698	344 644	332 572	2 768	58 855	459 295	521 125	3 399 937
1967	1 407 298	350 192	209 837	372 083	360 604	5 294	78 132	515 024	532 699	3 671 327
1968	1 608 492	398 898	249 820	403 966	430 393	5 364	110 867	395 915	534 555	3 423 460
1969	1 510 637	382 699	227 028	362 666	437 499	5 439	97 559	260 163	486 698	2 570 501
1970	1 349 796	423 916	190 990	351 250	327 669	4 353	106 619	414 365	565 321	2 842 916
1971	1 697 522	495 770	273 528	466 759	405 144	4 108	126 805	322 026	596 124	3 167 229
1972	1 678 622	459 259	319 749	471 201	382 091	4 223	133 879	264 124	610 550	2 634 985
1973	1 709 595	528 862	286 299	508 649	357 321	4 037	113 816	241 541	627 648	2 556 468
1974	1 928 672	591 368	299 320	573 361	434 660	6 584	185 350	298 041	637 019	2 539 898
1975	1 852 709	636 797	236 875	557 971	402 381	4 468	102 488	159 115	734 866	2 014 726
1976	1 737 407	638 289	277 261	558 988	250 709	1 833	132 445	109 103	813 109	1 659 197

1) ohne Körnermais

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C II 1 (Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland)

Die Hektarerträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in dt/ha



Zur Methode

Es wurden nur die wichtigsten landwirtschaftlichen Feldfrüchte dargestellt, für die über den gesamten Zeitraum seit 1950 gesicherte und vergleichbare Hektarerträge und Gesamternten ermittelt wurden. So wurde auf eine Darstellung des gesamten Futterbaus verzichtet, weil die Ertrags- und Ernteberechnungen recht unsicher sind und weil sich andererseits die Leistungen des Futterbaus zumindest teilweise in den Viehbeständen und den tierischen Leistungen widerspiegeln.

Die Erträge der Getreidearten und der Spätkartoffeln wurden mit Hilfe repräsentativer Ertragsmessungen festgestellt, bei Winterweizen und Winterroggen bereits seit 1950, bei den übrigen Getreidearten seit 1966 - 1972. Davor wurden die Schätzungen der amtlichen Ernteberichterstatter mit den Messungsergebnissen anderer Getreidearten verknüpft. Die Erträge des Winterraps und der Zuckerrüben beruhen allein auf Schätzungen der Ernteberichterstatter. Vergleichsrechnungen mit den vom Handel bzw. von den verarbeitenden Fabriken aufgenommenen Mengen haben ergeben, daß die Ertragsschätzungen hier recht zutreffend sind, da den Berichterstattern zum Zeitpunkt der endgültigen Schätzungen bereits die Ablieferungsmengen an den Handel und an die Fabriken bekannt sind.

Die Erträge wurden über die Gesamternten der einzelnen Regionen (Naturraumkreisteile bzw. Kreise) im jeweiligen Jahr und der einzelnen Jahre für mehrjährige Durchschnitte als "gewogene arithmetische Mittel" errechnet.

Die Gesamternten errechnen sich als Produkt der Anbauflächen nach den Bodennutzungserhebungen und der Hektarerträge der einzelnen Fruchtarten.

Gemüseanbau und Baumschulproduktion

Von der Vielzahl an Gemüsearten haben die Feldgemüsearten flächenmäßig in Schleswig-Holstein besondere Bedeutung. Das gilt insbesondere für den Kopfkohl (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl). Die Anbauflächen des Kopfkohls sind allerdings seit 1950 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Hierbei wurden der Wirsingkohlanbau relativ am stärksten (von 1 215 ha im Jahre 1950 auf 124 ha 1976), der traditionelle Weißkohlanbau am wenigsten eingeschränkt. Die ausgesprochenen Industriegemüsearten Möhren, grüne Pflückerbsen und Buschbohnen wurden nach Höhepunkten im Anbau (Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre) im Verlaufe der letzten zehn Jahre sehr stark im Anbau eingeschränkt, eine Folge der ruinösen Preise am Gemüsekonservenmarkt der EG.

Schleswig-Holstein besitzt die größte Baumschulfläche unter den Bundesländern. Im langfristigen Verlauf der Bestände einiger ausgewählter Baumschulerzeugnisse wird die Anpassung der Produktion an die Nachfrage deutlich. Die Produktion an Obstgehölzen ging nach einem Höhepunkt um 1960 sehr stark zurück, da die Neupflanzungen im Erwerbsobstbau ebenso wie im privaten Bereich Haus- und Kleingärten stark rückläufig waren. Diesem rückläufigen Trend stand eine wachsende Nachfrage an Ziergehölzen gegenüber, der sich die Baumschulen in ihrer Produktion anpaßten. Ob die Zahlen von 1976 eine Wende dieser Entwicklungen ankündigen oder nur zufällig sind, muß abgewartet werden. Bemerkenswert erscheint auch der starke Rückgang der Bestände an Rosen 1975 und 1976. Forstgehölze wurden erstmalig 1964 im Rahmen der Baumschulerhebungen erfaßt. Da die jeweiligen Sämlingsbestände häufig von Witterung, Saatgutangebot u. a. abhängig waren, wurden hier nur die Bestände an verschulten Forstpflanzen dargestellt. Dabei zeigt sich, daß die Gesamtbestände nach einer rückläufigen Entwicklung bis etwa 1970 seither vergleichsweise konstant geblieben sind, wobei sich die teilweise erheblichen Schwankungen bei den einzelnen Arten und Altersgruppen insgesamt weitgehend ausgeglichen haben.

Jahr	Anbauflächen von Gemüse[1] in ha						Pflanzenbestände in den Baumschulen in 1 000 Stück					
	Gemüse insgesamt 1)	darunter					veredelte Obstgehölze mit Krone 2)	Beerenobststräucher	verkaufsfertige		Forstpflanzen ohne Sämlinge	
		Weißkohl	Rotkohl	Möhren und Karotten	Grüne Pflückerbsen	Buschbohnen			Ziergehölze und Bäume 3)	Rosen (vorjährige Veredelungen)	Laubgehölze	Nadelgehölze
1938	8 778	3 458	1 738	293	893	249	.	.	.	.		
1950	10 244	3 405	1 624	414	489	433	.	.	.	.		
1951	7 247	2 266	1 277	247	797	361	.	.	.	.		
1952	8 815	2 638	1 426	336	1 122	770	.	.	.	.		
1953	10 147	2 607	1 444	479	1 778	1 120	.	.	.	.		
1954	7 918	1 928	929	377	1 432	1 136	1 378	1 248	14 007	7 802		
1955	10 389	2 604	1 314	461	2 225	1 427	.	.	.	.		
1956	9 358	2 283	1 086	492	1 716	1 603	828	1 177	15 865	10 848		
1957	11 581	2 263	1 308	725	2 286	2 319	.	.	.	.		
1958	10 193	1 869	1 068	698	1 871	2 353	661	3 522	26 108	10 944		
1959	9 296	2 125	1 098	718	1 664	1 797	754	3 607	24 813	12 351		
1960	11 568	2 416	1 454	1 272	1 985	2 023	968	3 623	23 411	11 756		
1961	10 410	2 290	1 187	852	1 909	1 996	1 070	3 018	32 424	15 088		
1962	9 852	1 761	1 177	1 078	1 832	2 058	1 035	2 971	27 153	11 891		
1963	12 632	2 739	1 312	1 610	2 224	2 460	998	2 963	22 959	12 108		
1964	11 575	2 486	1 358	1 069	2 184	2 418	660	2 536	29 307	15 603	58 764	285 634
1965	8 923	2 191	1 216	780	1 553	1 318	588	2 463	33 970	17 452	53 114	257 654
1966	10 087	2 451	1 464	795	1 845	1 593	501	2 045	37 334	17 602	56 875	242 977
1967	10 304	2 599	1 277	785	2 237	1 525	490	1 886	37 843	17 110	56 027	257 402
1968	8 924	2 198	993	1 132	1 818	960	497	1 660	30 204	17 646	44 365	227 027
1969	8 392	2 002	1 032	862	1 674	1 081	466	1 573	30 388	19 099	35 903	184 609
1970	8 692	2 207	1 237	1 079	1 465	1 062	451	1 321	33 124	17 725	37 650	159 371
1971	7 832	2 221	984	815	1 325	1 036	359	1 107	32 822	18 053	41 910	141 761
1972	6 688	2 014	961	660	835	910	345	1 077	42 386	18 226	42 563	141 047
1973	6 064	1 953	866	581	600	635	273	1 199	45 990	18 764	47 057	166 432
1974	4 979	1 820	669	486	355	580	248	1 298	53 275	17 182	39 252	177 881
1975	4 874	1 793	744	526	349	531	200	1 412	53 191	14 937	41 036	184 924
1976	4 870	1 896	787	549	300	537	269	1 394	50 560	12 767	43 381	172 067

1) "Erwerbsmäßiger Anbau", ab 1969 "Anbau zum Verkauf", ohne Unterglasanlagen und ohne Anbau in den Haus- und Kleingärten. Flächen, auf denen innerhalb eines Jahres mehrere Kulturen nacheinander angebaut wurden, sind entsprechend mehrfach gezählt

2) bis 1956 "verkaufsfertige Obstgehölze"

3) für Straßen, Parks und Gärten (ohne Forstgehölze)

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C I 3 (Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf) und C II 5 (Pflanzenbestände und Flächen der Baumschulen)

Zur Methode

Die Gemüseanbauflächen wurden mit den im Juli durchgeführten Gemüsehaupterhebungen festgestellt, wobei nur alle drei Jahre in allen Gemeinden und Betrieben, dazwischen in Stichprobenbetrieben erhoben wurde.

Auf eine Darstellung der Erträge und Ernten von Gemüse wurde wegen der erheblichen methodischen Änderungen in der Ermittlung der Erträge und der damit gestörten Vergleichbarkeit verzichtet.

Die Pflanzenbestände in den Baumschulen wurden mit den jährlich im August stattfindenden (seit 1960 totalen) Baumschulerhebungen festgestellt.

Viehbestände

Die schleswig-holsteinische Rinderhaltung ist von einem erheblichen Strukturwandel gekennzeichnet. Insgesamt hat sich seit 1950 die Zahl der Rinderhalter um mehr als die Hälfte reduziert, wobei die jährlichen Abnahmeraten recht konstant waren. Lediglich in den Jahren 1969 – 1972 gaben überdurchschnittlich viele Betriebe die Rindviehhaltung auf, wobei die EG-Aktion zur Abschlachtung von Kühen (1969 – 1970) von besonderem Einfluß gewesen sein dürfte. Demgegenüber nahmen die Rinderbestände kräftig zu. So wurden 1976 insgesamt 56 % mehr Rinder gezählt als 26 Jahre zuvor, auch wenn hier ebenfalls die Jahre 1970 und 1971 durch größere Bestandsrückgänge aus dem Rahmen fallen. Gegenüber der Entwicklung der Rinderbestände insgesamt nahm von 1950 bis 1976 die Zahl der Milch- und Mutterkühe mit + 13 % weniger stark zu. Die Differenz erklärt sich vornehmlich aus überproportionalen Zunahmen bei den – im Dezember gezählten – Kälbern, was auf die vermehrten Herbstkalbungen zurückzuführen sein dürfte, als auch bei den Mastbullen und -ochsen. So wuchsen beispielsweise die Bestände der ein- bis zweijährigen Bullen und Ochsen von 1950 bis 1976 um mehr als das Dreifache, während die Zahl der älteren Tiere lediglich um 30 % zunahm. Dies ist im Zusammenhang mit einem starken Rückgang der Kälberschlachtungen zu sehen: Wurde stets der überwiegende Teil der weiblichen Kälber zur Nachzucht bestimmt, so wurde ein immer größerer Anteil der männlichen ausgemästet, statt bereits als Kälber geschlachtet zu werden. Die Entwicklung der Bestände an weiblichen Rindern über 1 Jahr verlief in etwa wie die der Rinder insgesamt.

Noch stärker als die Zahl der Rinderhalter nahm die der Schweinehalter ab. 1950 gab es noch gut sechsmal soviel Halter wie 1976. Demgegenüber nahm die Zahl der Schweine – wenn auch mit einigen Auf- und Abbewegungen – zunächst bis 1970 kräftig zu. In jenem Jahr wurden 70 % mehr Jung- und Mastschweine (ab acht Wochen alt) und 71 % mehr Sauen gezählt als 20 Jahre zuvor. In den Folgejahren gingen die Schweinebestände merklich zurück, was sich auch auf die Marktanteile Schleswig-Holsteins negativ auswirkte. Seit 1975 sind wieder Zunahmen zu beobachten, die 1976 insbesondere bei den Sauen ein bedeutendes Ausmaß angenommen haben.

Anders als bei den Rindern und Schweinen nahm bei Pferden und Schafen nicht nur die Zahl der Halter, sondern bis 1968 bzw. 1971 auch die der Tiere ab. Bei den Pferden ist diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Nutzungsänderung vom Zug- zum Reittier zu sehen, was ebenfalls durch die seit 1971 steigenden Halterzahlen unterstrichen wird. Bei den Schafen dürften nicht nur betriebswirtschaftliche Gründe für die Aufstockung der Bestände seit 1972 verantwortlich sein. Die leichte Zunahme der Schafhalter deutet auch hier auf eine wachsende Zahl von Kleinhaltungen hin.

Anfang Dezember	Viehhalter				Viehbestände							
					Rinder (einschließlich Kälber)			Schweine			Schafe insgesamt	Pferde insgesamt
						darunter			darunter			
	Rinderhalter	Schweinehalter	Schafhalter	Pferdehalter	insgesamt	Milchkühe 1)	Bullen und Ochsen 2)	insgesamt	Zuchtsauen 3)	Jung-, Schlacht- und Mastschweine 4)		
1939	.	.	.	.	1 066 793	453 361	.	979 984	84 904	675 238	194 450	146 945
1946	64 740	93 930	28 850	47 629	928 861	407 000	55 842	329 094	52 066	203 991	173 490	180 002
1947	62 619	101 644	30 310	49 078	869 834	375 850	40 038	339 002	43 659	214 887	163 792	180 433
1948	63 939	119 775	35 749	49 016	914 222	387 415	47 975	460 188	60 103	277 760	182 507	181 087
1949	60 960	133 103	25 653	46 774	950 080	423 083	52 499	774 489	72 908	507 708	154 220	180 306
1950	60 755	130 473	15 968	46 301	998 595	458 399	51 068	1 031 449	106 700	642 469	129 366	167 343
1951	59 509	134 543	14 948	45 007	993 901	454 120	49 646	1 122 305	94 476	729 034	130 432	147 734
1952	59 084	126 536	13 942	44 013	1 044 957	453 361	59 327	1 121 800	99 256	719 485	128 977	134 163
1953	58 301	116 611	12 143	43 062	1 052 811	461 624	58 314	1 036 164	102 622	648 757	122 665	122 060
1954	56 908	113 819	10 463	41 033	1 060 808	451 063	58 841	1 196 373	118 203	718 080	113 751	107 484
1955	55 412	108 999	9 549	39 545	1 040 466	429 286	57 629	1 183 851	110 101	734 687	111 789	98 685
1956	54 375	102 505	8 711	36 995	1 071 508	430 787	59 159	1 210 031	121 876	727 547	112 087	87 388
1957	53 777	98 537	8 359	34 965	1 093 766	430 533	63 788	1 298 172	134 882	762 378	115 770	80 243
1958	52 063	91 550	7 894	32 565	1 128 546	425 650	67 768	1 279 228	126 137	757 718	118 691	71 847
1959	51 391	87 230	7 017	28 410	1 195 737	441 467	78 786	1 327 968	135 373	783 718	112 809	57 539
1960	49 833	84 299	6 142	24 175	1 219 122	460 020	83 859	1 414 243	153 818	813 675	104 729	46 055
1961	48 913	82 056	5 814	20 647	1 251 293	466 628	87 797	1 635 849	171 413	956 204	109 282	37 878
1962	47 645	77 720	5 676	17 102	1 306 412	477 890	96 226	1 654 862	168 325	969 413	112 775	31 130
1963	45 892	71 600	5 378	14 151	1 272 790	472 373	98 313	1 601 382	165 308	933 713	115 307	26 177
1964	44 569	69 412	5 152	11 325	1 291 174	479 245	96 691	1 715 905	174 230	1 005 882	107 341	21 952
1965	43 362	63 226	4 932	9 076	1 378 841	504 975	103 036	1 700 816	168 599	1 001 686	104 859	18 989
1966	42 158	59 512	4 838	7 673	1 392 946	510 706	101 950	1 688 757	168 707	1 019 621	102 898	17 034
1967	41 147	56 815	4 759	6 655	1 394 799	512 674	99 141	1 751 947	179 682	1 045 358	100 856	16 265
1968	39 773	50 742	4 784	6 260	1 409 967	518 713	99 136	1 668 407	166 674	1 013 391	100 344	16 235
1969	38 285	45 856	4 670	5 986	1 430 487	517 927	102 239	1 679 725	172 337	1 021 123	106 450	16 645
1970	35 759	42 984	4 464	5 893	1 407 146	496 159	109 230	1 774 007	182 679	1 092 286	96 968	17 904
1971	33 691	37 147	4 469	6 348	1 363 815	481 585	110 538	1 667 223	169 430	1 056 094	92 825	20 391
1972	32 215	32 991	4 455	6 781	1 421 061	503 420	115 152	1 598 057	160 606	1 006 424	95 848	23 463
1973	31 138	29 060	4 600	7 757	1 496 251	514 327	123 768	1 659 014	167 829	1 011 514	108 499	28 068
1974	29 866	24 508	4 390	7 544	1 507 002	505 391	128 782	1 567 299	167 903	933 464	113 164	28 641
1975	28 758	22 344	4 469	8 059	1 525 406	509 860	135 085	1 619 555	169 610	973 061	121 078	30 568
1976	27 830	21 330	4 541	8 493	1 559 835	518 619	139 142	1 695 584	181 226	1 026 123	124 205	32 143

1) einschließlich Ammen- und Mutterkühe 2) 1 Jahr alt und älter 3) 1/2 Jahr alt und älter, ab 1973: 50 kg und mehr Lebendgewicht
4) 8 Wochen alt und älter, ab 1973: 20 kg und mehr Lebendgewicht

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C III 1 (Viehbestände)

Zur Methode

Die allgemeine Viehzählung erfaßt jährlich Anfang Dezember sämtliche Bestände an Pferden, Rindern, Schafen und Geflügel. Ziegen und Bienenvölker werden seit 1973 nur noch in vierjährigem Rhythmus gezählt. Die gleiche Einschränkung gilt auch bei Schweine- und Geflügelhaltern, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) unter 1 ha liegt und die weniger als 3 Schweine - mit Ausnahme von Sauen und Ebern - bzw. weniger als 20 Stück Geflügel besitzen. Daneben sind im Laufe der Jahre verschiedene Änderungen in den Alters- und Gewichtsabgrenzungen erfolgt.

Schlachtungen und Milcherzeugung

Während 1975 fast viermal so viel inländische Rinder gewerblich geschlachtet wurden wie 1950, verringerten sich die gewerblichen Kälberschlachtungen im gleichen Zeitraum um 91 %, so daß sich zusammen eine Steigerung von 68 % ergibt.

Für die starke Abnahme der Kälberschlachtungen sind vornehmlich betriebswirtschaftliche Gründe verantwortlich; bei den enormen Steigerungen der Rinderschlachtungen ist insbesondere der Anstieg der Bullenschlachtungen hervorzuheben. Die EG-Aktion zur Abschlachtung von Kühen in den Jahren 1969 und 1970 hat sich nicht unerheblich auf die Höhe der Rinderschlachtungen ausgewirkt. Stiegen 1970 insbesondere die Kuhschlachtungen (+ 27 % gegenüber 1969) stark an, so setzte bereits in den Folgejahren eine entgegengesetzte Entwicklung ein. Färsen wurden vermehrt der Nachzucht zugeführt, und auch die Bullenschlachtungen nahmen 1972 ab, da infolge des verminderten Kuhbestandes Kälber fehlten. Seit 1973 stiegen die Rinderschlachtungen jedoch wieder an und erreichten 1974 einen neuen Höhepunkt.

Die Entwicklung der Schweineschlachtungen nahm in Schleswig-Holstein nach dem Kriege einen stürmischen Verlauf. So nahm die Zahl der gewerblich geschlachteten inländischen Schweine von 1950 bis 1975 um 664 % und die Gesamtschlachtmenge um 561 % zu. Die Differenz erklärt sich aus dem gesunkenen durchschnittlichen Schlachtgewicht, das insbesondere mit geänderten Zuchtzielen im Zusammenhang steht. Gegenüber der starken Steigerung von gewerblichen Schlachtungen wuchsen die Mastschweinebestände* von 1950 bis 1975 mit 51 % nur bescheiden. Der Grund für das Auseinanderklaffen ist in der Tatsache zu sehen, daß sich in diesem Zeitraum der übergebietliche Lebendviehversand beträchtlich verringert hat. Während die Bedeutung des Schlachthofs Hamburg für Schleswig-Holstein ständig abnahm, sicherten sich die heimischen Versandschlachtereien immer größere Marktanteile. Diese Entwicklung fand 1970 ihren vorläufigen Höhepunkt, so daß in den vergangenen 5 Jahren stagnierende bzw. leicht sinkende gewerbliche Schlachtungen zu beobachten waren. Im Gegensatz zu den Rinderschlachtungen nahmen die Hausschlachtungen bei Schweinen kontinuierlich ab (von 1950 bis 1975: – 67 %). Machten sie 1950 noch 40 % von den gesamten Schweineschlachtungen aus, so waren es 1975 nur noch knapp 3 %.

Die große Bedeutung der Milchviehhaltung in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zeigt sich in der beträchtlichen Steigerung der Milcherzeugung nach dem 2. Weltkrieg, die 1975 um 43 % über dem Ergebnis des Jahres 1950 lag. Diese Entwicklung ist jedoch nicht allein durch die Zunahme der Milchkuhbestände (+ 10 %) zu erklären. Im gleichen Zeitraum stieg nämlich der durchschnittliche Milchertrag je Kuh und Jahr von 3 610 kg auf 4 477 kg (+ 24 %). Auch in der Milchverwendung zeigten sich in den letzten 25 Jahren beträchtliche Veränderungen. Verblieben 1950 noch knapp 14 % der Milch im Erzeugerbetrieb, so waren es 1975 lediglich noch 6,6 %. Während zu Beginn des Betrachtungszeitraumes noch 6,4 % der erzeugten Vollmilch insbesondere an Kälber verfüttert wurden, waren es zum Schluß nur noch 3 %. Die Ablieferungsmenge an Meiereien und Händler stieg nach 1950 kontinuierlich bis 1969 an. Diese Entwicklung wurde durch die EG-Abschlachtaktion (1969 und 1970) unterbrochen. Jedoch stieg die abgelieferte Milchmenge schon nach Auslaufen dieser Maßnahme erneut an, so daß der bisherige Höchststand von 1969 im Jahre 1975 bereits wieder um 3,3 % übertroffen wurde.

*) bis Dezember 1972 8 Wochen und älter, ab Dezember 1973 20 kg und schwerer

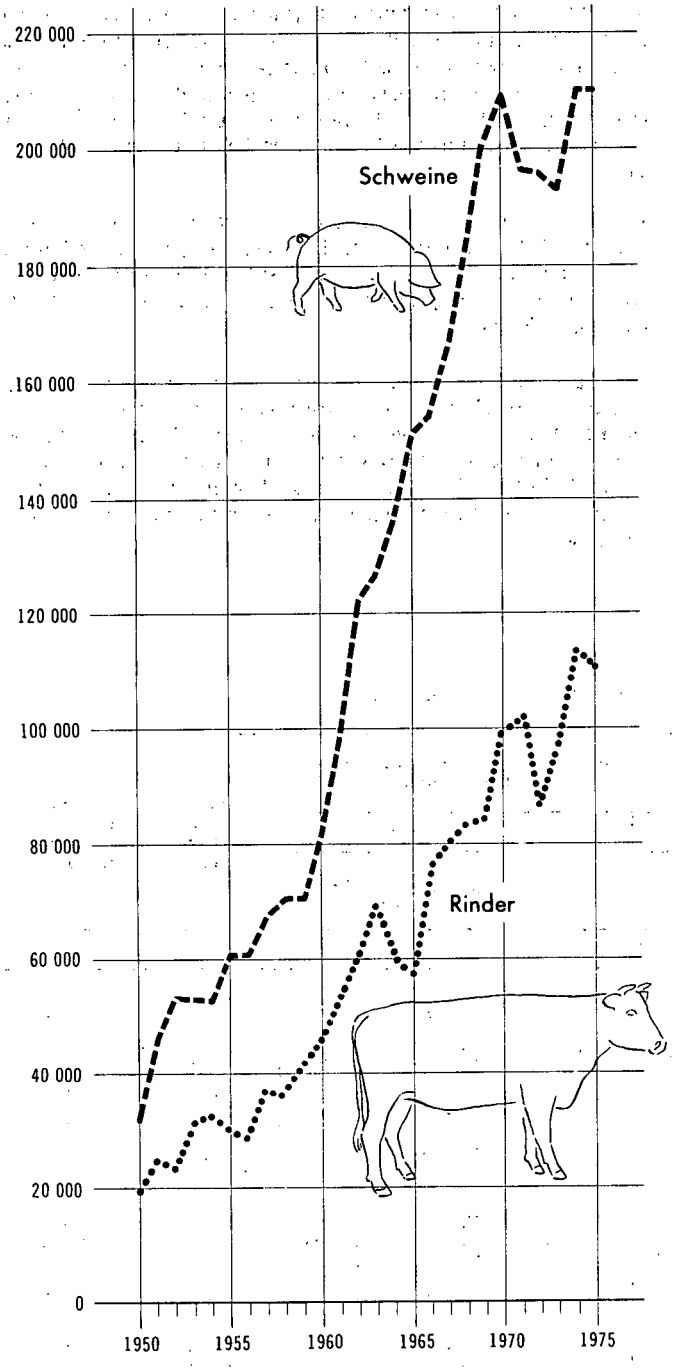
Jahr	Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft									Milcherzeugung		
	Rinder (ohne Kälber)				Kälberschlachtungen 2)	Schweine				je Kuh und Jahr	insgesamt	darunter an Meiereien und Händler geliefert
	gewerbliche Schlachtungen	Hausschlachtungen	D.-Schlachtgewicht	Gesamtschlachtmenge 1)		gewerbliche Schlachtungen	Hausschlachtungen	D.-Schlachtgewicht 1)	Gesamtschlachtmenge 1)			
	Anzahl		kg/Stück	t	Anzahl			kg/Stück	t	kg	t	in %
1950	85 360	3 786	226	19 306	169 855	323 586	218 436	98	31 721	3 610	1 562 329	86,3
1951	110 080	3 695	227	25 184	166 417	485 984	240 951	94	45 765	3 546	1 606 741	86,9
1952	100 436	4 304	235	23 624	135 643	548 902	244 544	97	53 170	3 468	1 543 768	86,0
1953	136 301	4 406	231	31 460	148 217	561 387	208 362	94	52 854	3 712	1 673 112	87,2
1954	140 547	4 555	229	32 223	136 004	554 882	193 880	95	52 559	3 634	1 648 195	86,5
1955	133 593	4 478	223	29 774	115 783	664 407	200 756	91	60 567	3 554	1 576 559	85,8
1956	125 295	4 558	225	28 249	89 725	651 005	185 060	93	60 801	3 711	1 586 117	86,0
1957	166 203	4 618	226	37 546	84 673	739 590	182 044	91	67 349	3 857	1 661 709	86,7
1958	162 146	4 754	223	36 222	64 756	790 225	176 140	89	70 204	3 946	1 698 877	87,4
1959	184 929	5 379	223	41 263	58 316	787 258	159 083	89	70 211	3 951	1 681 762	87,8
1960	210 432	5 977	217	45 648	66 605	929 030	151 397	87	81 214	3 965	1 750 232	88,7
1961	234 202	6 353	227	53 160	56 512	1 137 276	148 257	86	98 033	3 980	1 830 723	89,1
1962	255 414	7 007	235	60 054	48 021	1 391 203	147 345	88	122 079	4 076	1 901 931	89,3
1963	298 523	7 468	230	68 655	60 427	1 438 369	133 451	88	126 354	3 982	1 903 074	89,5
1964	258 188	6 815	232	59 978	49 710	1 535 868	140 915	88	135 797	4 084	1 929 090	89,5
1965	240 736	7 358	238	57 305	41 906	1 731 261	135 153	87	151 162	4 220	2 022 573	90,0
1966	324 477	8 657	236	76 547	47 220	1 758 319	124 343	88	153 967	4 183	2 112 287	90,3
1967	340 953	7 985	235	80 237	46 963	1 870 796	129 146	89	165 596	4 188	2 139 015	90,4
1968	348 166	7 362	240	83 405	43 194	2 054 545	129 506	89	182 773	4 256	2 182 663	91,1
1969	352 393	7 518	240	84 444	39 144	2 188 131	103 068	92	200 266	4 262	2 210 029	91,4
1970	412 709	9 166	241	99 415	35 431	2 293 789	108 248	91	208 878	4 232	2 139 003	91,7
1971	418 912	9 551	243	101 722	29 119	2 393 512	109 210	82	196 336	4 297	2 084 779	91,9
1972	335 996	8 481	257	86 220	24 382	2 361 255	93 327	83	195 855	4 381	2 136 549	92,4
1973	361 694	10 724	264	95 615	15 574	2 321 851	80 956	83	193 148	4 323	2 166 029	93,3
1974	420 501	10 491	270	113 704	18 539	2 479 692	88 700	85	209 867	4 397	2 196 324	93,5
1975	409 114	9 984	271	110 714	15 738	2 471 867	73 130	85	209 774	4 477	2 233 961	93,4

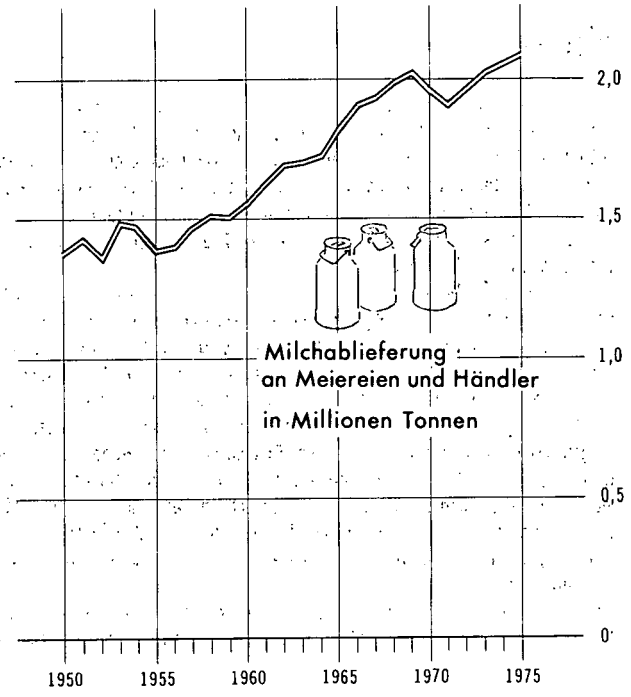
1) nur gewerbliche Schlachtungen

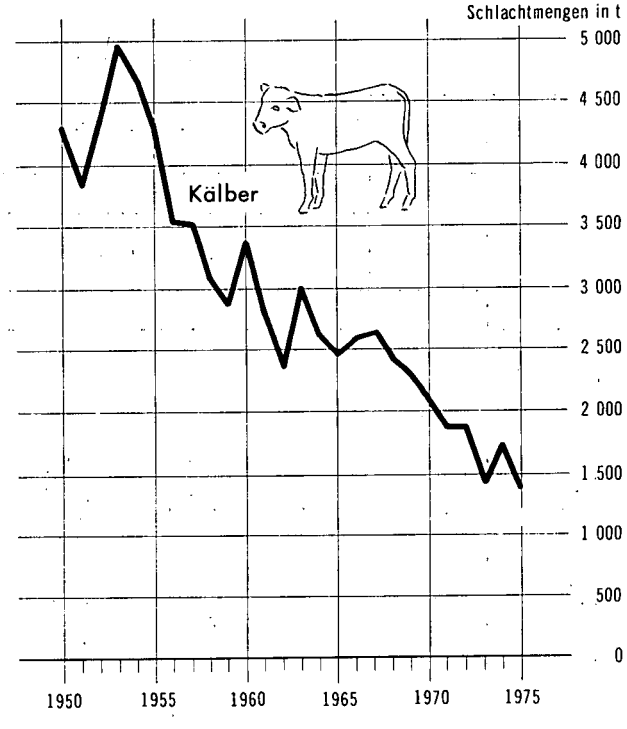
2) gewerbliche und Hausschlachtungen

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C III 2 (Schlachtungen) und C III 3 (Milcherzeugung und -verwendung)

Schlachtmengen in Tonnen
(Gewerbliche Schlachtungen)







Zur Methode

Schlachtungen

Während die Anzahl der geschlachteten Tiere im gesamten Betrachtungszeitraum monatlich über Fleischbeschaukarten erfaßt wurde, ergaben sich bei der Ermittlung der durchschnittlichen Schlachtgewichte im Laufe der Zeit mehrere Änderungen: 1950 wurden die Nachweisungen der Schlachthöfe Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Schleswig und Itzehoe repräsentativ ausgewertet. Dagegen werden ab 1951 die Schlachtgewichte lediglich über die Schlachthöfe Kiel, Lübeck und Hamburg erfaßt, wobei die ermittelten Lebendgewichte über feste Schlachtausbeutesätze umgerechnet werden. Zusätzlich werden bei den Schweinen seit 1971 und bei den Rindern seit 1973 die Nachweisungen der wichtigsten Versandschlachtereien zur Ermittlung der Schlachtgewichte hinzugezogen.

Milcherzeugung

Bis 1971 wurden die Ablieferungsmengen an Meiereien und Händler monatlich von "Kreiskommissionen" ermittelt. Seitdem wird die Ablieferungsmenge von der "Überwachungsstelle für Milcherzeugnisse und Handelsklassen" wöchentlich über die Meiereien kreisweise erfaßt. Zusätzlich wird seit 1976 der Milchertrag der unter Milchkontrolle stehenden Kühe vom "Landeskontrollverband Schleswig-Holstein e. V." gemeldet. Dem Milchertrag je Kuh und Jahr liegt der Durchschnitt der Kuhbestände bei den Dezember-Zählungen des Berichts- und Vorjahres zu Grunde.

Fischerei

Die Fangmengen der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Schleswig-Holsteins schwankten – insbesondere an der Westküste – je nach Witterung, Fangerfolgen und teilweise auch der Marktlage erheblich. Die Steigerung der Fangleistungen an der Ostseeküste im Vergleich zur Vorkriegszeit war im wesentlichen durch Umstellung der küstengebundenen Kutterfischerei auf die Hochseekutterfischerei begründet, wegen des Zuzugs vieler heimatvertriebener Fischer aus Ostdeutschland.

An der Westküste lieferten die Muscheln 1974 und 1975 den größten Gewichtsanteil an der Gesamtfangmenge der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei. In den Jahren davor brachten die Krabben den größten Anteil. Die Gesamtanlandungen an Krabben schwankten von Jahr zu Jahr sehr stark. Dabei konnte eine recht stetige Menge als Speisekrabben abgesetzt werden, so daß in den Jahren mit hohen Fangergebnissen ein sehr großer Anteil von der Futtermittelindustrie aufgenommen werden mußte. Von den Fischarten waren Kabeljau und Hering noch die wichtigsten, obwohl die absoluten Mengen der Anlandungen an der Westküste nicht bedeutend waren. Wesentlich größer waren die Anlandungsmengen dieser beiden Fischarten an der Ostküste. Langfristig waren hier die Fangmengen an Heringen rückläufig, während sich bei Kabeljau keine eindeutige Tendenz abzeichnet.

Während die kleine Hochseefischerei in der Nord- und Ostsee durch Fischkutter betrieben wird, fischen die Fangfahrzeuge der großen Hochseefischerei (Fischdampfer, Motortrawler) mittels Schleppnetzen u. a. vor Island, Grönland und der norwegischen Küste. Vor dem Kriege hatte Schleswig-Holstein keinen Anteil an den Fängen dieser Fischereibetriebsart. Von 1949 bis 1971 landeten Fahrzeuge der großen Hochseefischerei am Seefischmarkt Kiel an. Die Fänge bestanden im wesentlichen aus Heringen, Kabeljau und Rotbarsch. 1971 stellte die große Hochseefischerei ihre Anlandungen in Kiel aus ökonomischen Gründen ein.

An der großen Heringsfischerei mit Loggern war Schleswig-Holstein durch die Glückstädter Heringsfischerei beteiligt. Fanggebiet ist die Nordsee. Das Erzeugnis der Loggerfischerei ist der gleich nach dem Fang gekehlte und auf See gesalzene Hering. 1969 wurden letztmalig Löschungen der Logger in Glückstadt registriert.

Neben der Hochsee- und Küstenfischerei kommt auch der Binnenfischerei auf Seen, Flüssen und Teichen in Schleswig-Holstein eine gewisse Bedeutung zu. 1972 wurden 82 Betriebe der Seen- und Flußfischerei und 121 Betriebe mit Teichwirtschaft und Fischzucht mit Fangmengen von 263 t bzw. 668 t Speisefischen im Jahre 1971 erfaßt und zwar nur Betriebe, die diese Betriebszweige zu Erwerbszwecken betrieben. Die nicht unbedeutende Hobby- und Sportfischerei blieb dabei unberücksichtigt.

Anlandungen der See- und Küstenfischerei in Schleswig-Holstein

Jahr	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei der Westküste					Kleine Hochsee- und Küstenfischerei der Ostküste			Große Hochseefischerei zusammen	Große Heringsfischerei zusammen 2)
	zusammen	davon				zusammen	darunter			
		Speisefische	Speisekrabben	Muscheln	Sonstiges 1)		Hering	Kabeljau (Dorsch)		
	Anlandungen in t									
D 1937/38	14 344	1 648	.	601	12 095	6 618	3 944	.	-	5 088
1950	22 057	48	1 719	2 598	17 692	38 381	18 638	6 674	10 985	3 914
1955	30 428	11	3 674	5 800	20 943	38 585	12 858	7 718	29 085	4 181
1956	22 592	67	3 495	2 279	16 751	41 281	16 824	8 036	31 500	4 906
1957	29 492	1 228	3 523	2 594	22 147	43 266	11 293	13 396	26 166	5 929
1958	30 027	686	3 968	6 822	18 551	40 409	13 780	11 342	20 710	5 909
1959	30 950	247	2 607	10 722	17 374	33 698	8 210	9 878	24 469	6 093
1960	24 752	733	1 903	10 879	11 237	36 384	11 126	11 872	23 027	4 901
1961	25 074	1 407	2 234	9 171	12 262	35 680	10 140	14 095	21 233	4 938
1962	15 033	713	2 198	3 163	8 959	39 127	14 550	11 672	20 918	4 051
1963	16 786	519	3 602	1 934	10 731	30 678	13 436	8 431	20 884	5 507
1964	13 683	303	3 197	1 309	8 874	33 891	10 976	11 109	23 632	3 844
1965	20 070	1 412	3 041	3 537	12 080	32 070	9 533	10 875	22 435	3 248
1966	34 294	1 679	3 937	6 878	21 800	30 457	9 885	8 574	23 209	2 452
1967	24 755	2 292	2 613	6 938	12 912	36 813	11 138	9 258	28 825	2 213
1968	29 534	1 421	4 864	6 951	16 298	35 227	9 601	12 150	29 126	4 043
1969	27 472	547	5 105	1 909	19 911	32 786	8 890	11 730	29 066	2 255
1970	33 914	846	5 635	5 266	22 167	34 227	8 177	13 972	25 979	-
1971	20 867	1 442	4 135	1 519	13 771	31 176	7 743	11 339	4 252[a]	-
1972	12 813	1 258	4 285	2 766	4 504	25 979	6 279	10 670	-	-
1973	23 555	674	3 669	6 102	13 110	28 054	5 224	15 981	-	-
1974	32 255	1 014	5 183	11 476	14 582	25 959	6 326	11 850	-	-
1975	21 299	1 169	5 126	12 014	2 990	27 540	7 729	10 325	-	-

1) überwiegend Fischmehlware

2) ohne Anlandungen aus Frischheringsfang; Angaben geschätzt; die Mengen sind umgerechnet in Frischhering: 1 Kantje = ca. 70 kg Salzhering, entspricht 1 dz Frischhering

a) bis einschließlich April, ab Mai 1971 in Kiel keine Anlandungen mehr, nur noch Einsendungen per LKW

Quelle: Landesfischereiamt des Landes Schleswig-Holstein (Meldungen der Fischer und Erzeugergemeinschaften)

Handwerk

Über das schleswig-holsteinische Handwerk liegt detailliertes Zahlenmaterial nur aus den in mehrjährigen Abständen durchgeführten Handwerkszählungen vor. Diese Erhebungen wurden bundeseinheitlich nach dem letzten Weltkrieg bisher nur viermal durchgeführt, und zwar in den Jahren 1949, 1956, 1963 und 1968. Eine weitere Befragung der Handwerksunternehmen läuft für das Jahr 1977. Daneben gibt es seit 1961 eine vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Stichprobenbasis, deren Ergebnisse aber wegen zu geringer Repräsentation der Stichprobe auf Landesebene nicht für die Erzeugung aussagefähiger absoluter Zahlen ausreichen.

Die Entwicklung des Handwerks im Berichtszeitraum zeigt bei einem im allgemeinen aufwärts gerichteten wirtschaftlichen Trend erhebliche Veränderungen in der Struktur einzelner Wirtschaftsbereiche. Die Zahl der Betriebe – sie hat sich bis 1968 um 40 % vermindert – ist in fast allen handwerklichen Gruppen seit 1949 rückläufig, wovon in den unten dargestellten Branchen nur das Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk ausgenommen ist. Besonders stark war die Veränderung im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe mit einer Abnahme um über zwei Drittel und in den holzverarbeitenden Betrieben um fast die Hälfte. In beiden Handwerksgruppen verminderte sich auch die Zahl der Beschäftigten. Von den Beschäftigten her gesehen wuchs dagegen das Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk besonders stark, und zwar um 130 %, gefolgt von den Gewerben für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische Reinigung. Insgesamt erhöhte sich der Beschäftigtenstand im Handwerk von 1949 bis 1967 um 18 % auf rund 160 000 tätige Personen, die in 21 519 Unternehmen arbeiteten. Je Unternehmen waren damit im Jahre 1967 im Durchschnitt 7,4 Personen tätig gegenüber 3,8 Personen im Jahre 1949. Von der Beschäftigtenzahl her gesehen hat sich also im Berichtszeitraum die Unternehmensgröße im Handwerk fast verdoppelt. In der Umsatzentwicklung seit 1949 schlagen sich neben einer erheblichen Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität auch beträchtliche Preissteigerungen nieder. Dies trifft insbesondere für die Handwerksgruppe mit der höchsten nominellen Steigerung der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen zu, nämlich das Bauhandwerk. Dieser Bereich konnte seine Umsätze auf knapp das Zehnfache ausweiten. Die Umsätze der zahlenmäßig rückläufigen Gruppen Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe sowie Holzgewerbe stiegen dagegen mit 86 % und 317 % weit weniger stark. Auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnte nicht mit der durchschnittlichen Entwicklung Schritt halten. Insgesamt ergibt sich für das Handwerk in den betrachteten 18 Jahren eine Erlössteigerung um 472 % auf 5,6 Mrd. DM, was etwa der prozentualen Zunahme der Umsätze im gleichen Zeitraum im Industriebereich entspricht.

Jahr	Alle Handwerksgruppen	darunter (nach der branchenmäßigen Unterteilung gemäß Anlage A der Handwerksordnung)										
		Bau- und Ausbaugewerbe	darunter		Metallgewerbe	darunter Kraftfahrzeugmechaniker	Holzgewerbe	darunter Tischler	Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	darunter Herren- u. Damenschneider	Nahrungsmittelgewerbe	Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege usw.
			Maurer[1]	Maler und Lackierer								
		Unternehmen (einschließlich Nebenbetriebe)										
1949	35 884	6 474	1 889	2 343	7 130	629	3 311	1 986	10 933	5 854	4 199	2 871
1956	27 711	5 316	1 418	1 999	5 997	626	2 421	1 555	6 372	3 008	4 191	2 678
1963	23 198	4 811	1 332	1 773	5 495	662	1 825	1 314	4 273	1 754	3 611	2 487
1968	21 519	4 722	1 320	1 748	5 443	857	1 724	1 342	3 117	1 164	3 446	2 404
		1949 = 100										
1956	77	82	75	85	84	100	73	78	58	51	100	93
1963	65	74	71	76	77	105	55	66	39	30	86	87
1968	60	73	70	75	76	136	52	68	29	20	82	84
		Beschäftigte (einschließlich tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige)										
1949	135 200	40 048	22 745	7 445	29 651	5 395	12 539	8 482	22 420	11 004	18 787	8 560
1956	144 077	53 176	30 701	8 261	31 924	6 593	10 290	7 670	13 564	5 533	21 555	10 802
1963	158 881	62 198	37 480	8 465	41 607	10 703	8 643	7 059	9 379	3 284	19 582	14 330
1967	159 744	62 082	34 666	9 440	43 235	12 411	8 634	7 672	7 224	2 197	20 205	15 115
		1949 = 100										
1956	107	133	135	111	108	122	82	90	60	50	115	126
1963	118	155	165	114	140	198	69	83	42	30	104	167
1967	118	155	152	127	146	230	69	90	32	20	108	177
		Gesamtumsatz in Millionen DM (einschließlich Umsatzsteuer)										
1949	985	204	111	30	224	53	65	45	90	29	339	35
1955	1 992	458	258	49	507	179	115	93	109	23	707	61
1962	4 196	1 199	699	114	1 256	432	198	176	152	26	1 175	135
1967	5 631	1 978	1 114	189	1 511	497	271	228	167	24	1 393	191
		1949 = 100										
1955	202	225	232	163	226	338	177	207	121	79	209	174
1962	426	588	630	380	561	815	305	391	169	90	347	386
1967	572	970	1 004	630	675	938	417	507	186	83	411	546

1) mit Beton- und Stahlbetonbau, Hochbau und Zimmerei

Zur Methode

Nach den Gesetzen über die Handwerkszählungen waren alle Unternehmen (Betriebe) statistisch zu erfassen, deren Inhaber zum jeweiligen Erhebungsstichtag in die Handwerksrolle eingetragen waren. Das gilt sowohl für die Unternehmen selbständiger Handwerker als auch für die handwerklichen Nebenbetriebe. Nicht einzubeziehen waren dagegen die handwerksähnlichen Betriebe im Sinne der Anlage B der Handwerksordnung.

Erhebungseinheit war grundsätzlich für die selbständigen Handwerker das Unternehmen als wirtschaftliche Einheit. Die Angaben für Zweigbetriebe, Filialen etc. sind nicht getrennt nachgewiesen, sondern stets zusammen mit dem Hauptbetrieb zu einer Summe erfaßt. Abweichend hiervon war jedoch eine etwa vorhandene Landwirtschaft nicht in die Erhebung einzubeziehen. Bei handwerklichen Nebenbetrieben waren die Fragen nur für den Nebenbetrieb zu beantworten, sofern dieser nicht mit einem selbständigen Handwerksbetrieb verbunden war. Bestand eine derartige Verbindung, so waren die Nebenbetriebsangaben in die Angaben für den selbständigen Handwerksbetrieb einzubeziehen. Ruhende Betriebe sind nicht einbezogen, obwohl sie noch in der Handwerksrolle eingetragen waren. Zählungsstichtage waren der 30. 9. 1949, der 31. 5. 1956, der 31. 5. 1963 und der 31. 3. 1968.

Die Darstellung oben enthält zwei nicht voll vergleichbare Firmenkreise. Während sich die Ergebnisse der Jahre 1949 und 1956 auf alle erfaßten Erhebungseinheiten beziehen, sind zu den Zählungen der Jahre 1963 und 1968 nur die sogenannten Volljahresmelder dargestellt. Hierunter sind solche Unternehmen zu verstehen, die während des ganzen Jahres 1962 bzw. 1967 ununterbrochen bestanden haben und wirtschaftlich tätig gewesen sind. Die Darstellung nur der Fälle mit Umsatz für das volle Geschäftsjahr ermöglicht die Berechnung besserer Beziehungszahlen. Aus den Handwerkszählungen 1949 und 1956 lassen sich die Fälle mit Rumpfgeschäftsjahr nicht herauslösen. Die Vergleichsstörungen durch unterschiedliche Firmenkreise sind zumindest bei Beschäftigten und Umsatz nicht allzu gravierend: nach den Ergebnissen der Handwerkszählung 1963 entfielen auf die Nicht-Volljahresmelder rund 4 % der Fälle mit 2,2 % der tätigen Personen und 0,6 % des Gesamtumsatzes.

Industriebetriebe

Die Veränderung der Zahl der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten seit 1950 sagt über die industrielle Entwicklung in Schleswig-Holstein nur wenig aus. Das Produktionspotential je Betrieb hat sich nämlich im Berichtszeitraum erheblich gewandelt. So stieg die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb von 50 im Jahre 1950 auf 123 Personen im Jahre 1970 an; seitdem ist sie bis 1976 wieder auf 114 gesunken. Auch der Umfang der Kapitalausstattung und die Entwicklung des technischen Wissens in den letzten 25 Jahren haben maßgeblich dazu beigetragen, daß ein Industriebetrieb von 1950 mit einem solchen von 1975 hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht mehr zu vergleichen ist. In den ersten 3 Jahren nach 1950 ist eine rasche Abnahme der erfaßten Erhebungseinheiten von etwa 2 200 um 600 auf rund 1 600 Betriebe zu beobachten, was einer Verminderung um reichlich ein Viertel entspricht. Seit 1954 wird die industrielle Produktion im nördlichsten Bundesland von ca. 1 500 bis 1 600 Betrieben getragen. Hinter dieser zahlenmäßigen Konstanz verbirgt sich im Zeitablauf eine erhebliche Umschichtung, die unter anderem durch Schrumpfen von Industriezweigen einerseits und durch Expandieren anderer Zweige andererseits verursacht worden ist.

Aus dem jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenstand läßt sich die Veränderung der industriellen Aktivität wesentlich besser ablesen. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich zunächst in den ersten zwei Dritteln der 50er Jahre sehr rasch von 109 000 auf über 160 000, um dann langsamer und mit periodischen Unterbrechungen weiter zu steigen. Im Jahre 1970 erreichte sie ihren Höchststand: es wurden über 191 000 Industriebeschäftigte gezählt. Seitdem ist bis zum Ende des Berichtszeitraumes ein ständiger Rückgang zu beobachten. 1976 wurden nur noch 171 000 Personen in der Industrie beschäftigt, was etwa dem Beschäftigtenstand des Jahres 1960 entspricht. Die periodischen Unterbrechungen der Beschäftigtenentwicklung spiegeln recht deutlich die konjunkturellen Einbrüche im wirtschaftlichen Geschehen der Bundesrepublik wider. So lassen sich aus der nebenstehenden Grafik die Abnahmen im Beschäftigtenstand in den drei rezessiven Perioden 1958/59, 1967/68 und insbesondere nach 1974 unschwer ablesen. Die jüngste Abschwungphase fällt mit einer erheblichen strukturellen Veränderung in den Industriebetrieben zusammen, in deren Verlauf die Beschäftigtenzahl teilweise bereits während der Hochkonjunktur (seit 1970) rückläufig war. Unter den Angestellten machen sich die konjunktur- und strukturbedingten Veränderungen im Beschäftigtenstand nicht so stark bemerkbar wie unter den Arbeitern.

Die Abnahme der je Arbeiter geleisteten Stunden und die gleichzeitige Zunahme der Löhne und Gehälter geben ein deutliches Zeugnis über die Verbesserung der sozialen Verhältnisse seit 1950 ab. Nach den Berechnungen der Industriestatistik, in die auch die geleisteten Arbeiterstunden von nicht ganztätig Beschäftigten einbezogen sind, mußte ein Arbeiter im Jahre 1950 durchschnittlich pro Woche 46 Stunden arbeiten. Im Jahre 1976 waren es dagegen nur noch 36 Stunden, was einer Abnahme der Arbeitszeit um etwa 20 % entspricht. Gleichzeitig stieg die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter je Beschäftigten nominell um knapp das Neunfache von 2 874 DM jährlich auf 25 400 DM. Diese stürmische Entwicklung hatte zur Folge, daß sich der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz bis zum Anfang der 1970er Jahre ständig erhöhte. Seitdem ist aber wieder eine langsame Abnahme zu beobachten.

Das Umsatzvolumen hat sich seit 1950 ähnlich entwickelt wie die Löhne und Gehälter. Es wurde in 26 Jahren eine nominelle Steigerung der Erlöse aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen um gut das Neunfache auf 22,3 Milliarden DM im Jahre 1976 erzielt. Der Exportanteil am Umsatz hat dabei ständig zugenommen. Er belief sich im Jahre 1950 nur auf 5 % und erhöhte sich – mit periodischen Unterbrechungen – auf 21 % im Jahre 1975, was nicht zuletzt auf die große Bedeutung der wachsenden Schiffsexporte aus Schleswig-Holstein zurückzuführen ist.

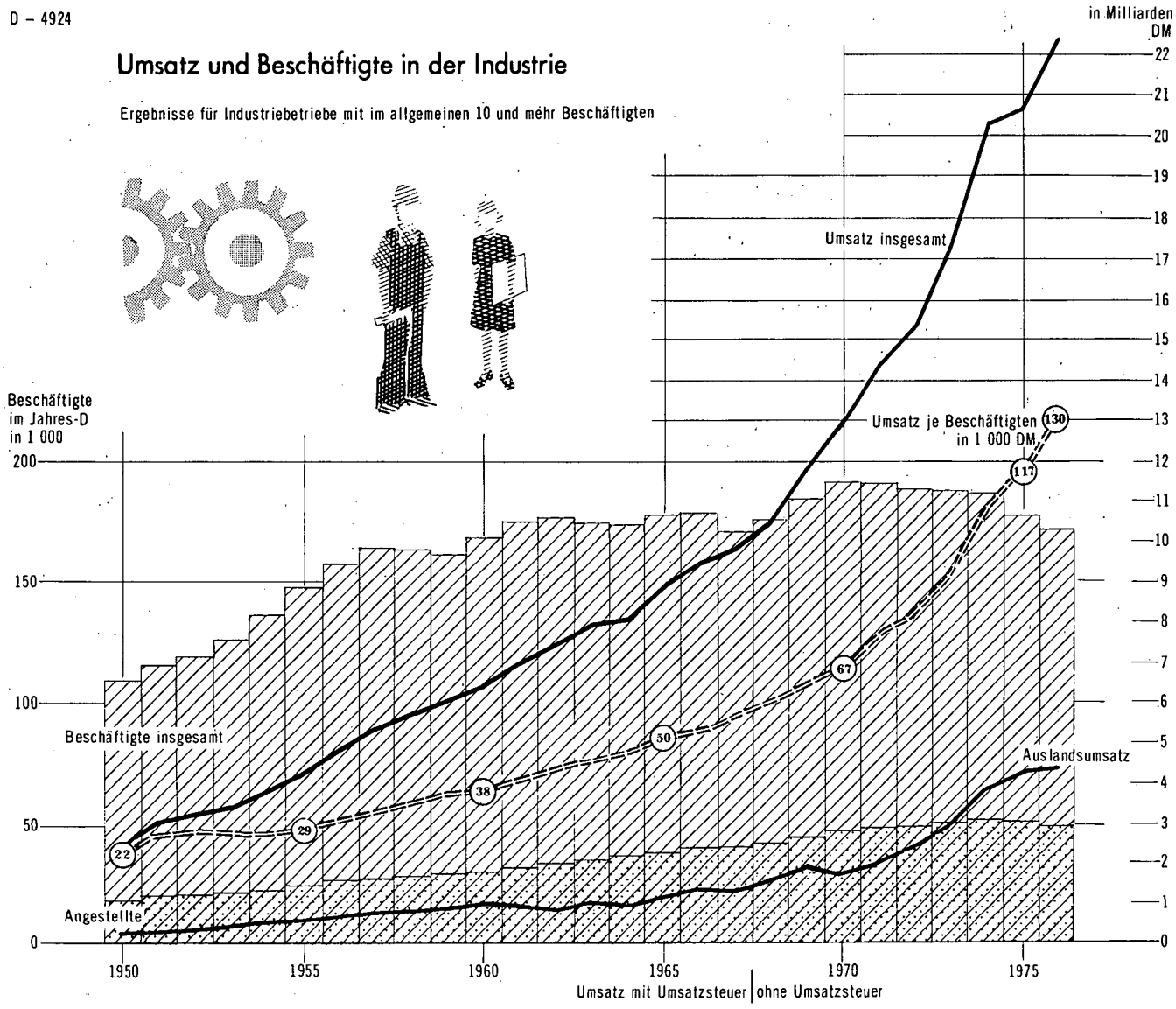
Verarbeitende Industrie
Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
ohne Bauindustrie und ohne Energie- und Wasserversorgung

Jahr	Betriebe	Beschäftigte		Geleistete Arbeiterstunden		Löhne und Gehälter				Umsatz [2]			
	Jahresdurchschnitt	insgesamt	darunter Arbeiter [1]	insgesamt	Stunden je Arbeiter	insgesamt	Löhne	Gehälter	Anteil am Umsatz in %	insgesamt	Inlandsumsatz	Auslandsumsatz	Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes
		Jahres-D in 1 000		in Mill.Std.		Mill. DM				Mill. DM			
1950	2 179	108,9	90,9	217	2 383	313	245	68	13	2 416	2 301	115	5
1951	1 807	115,2	96,4	229	2 376	381	301	80	12	3 054	2 797	258	8
1952	1 785	118,5	99,0	236	2 385	426	334	92	13	3 212	2 890	322	10
1953	1 563	125,7	105,6	252	2 385	481	378	103	14	3 371	3 009	363	11
1954	1 608	135,8	114,1	271	2 371	541	424	117	14	3 747	3 196	551	15
1955	1 610	147,6	123,9	295	2 380	622	488	134	15	4 223	3 641	581	14
1956	1 599	157,8	132,3	296	2 235	690	534	156	14	4 843	4 214	628	13
1957	1 581	164,2	137,3	294	2 140	755	581	173	14	5 363	4 597	766	14
1958	1 541	163,6	135,6	293	2 163	835	638	197	15	5 744	4 962	782	14
1959	1 507	161,7	133,2	287	2 151	869	659	210	14	6 053	5 214	840	14
1960	1 489	168,2	138,4	294	2 128	985	747	238	15	6 394	5 434	960	15
1961	1 508	173,9	142,4	297	2 087	1 110	835	275	16	7 011	6 066	945	13
1962	1 551	176,1	142,9	290	2 032	1 249	934	315	17	7 446	6 577	868	12
1963	1 544	173,7	139,3	278	1 995	1 312	966	347	16	7 966	6 965	1 000	13
1964	1 540	173,5	138,0	276	2 002	1 439	1 053	386	18	8 078	7 157	921	11
1965	1 565	177,8	140,0	278	1 987	1 635	1 185	450	18	8 954	7 852	1 101	12
1966	1 589	178,2	139,1	273	1 964	1 770	1 266	504	19	9 485	8 154	1 331	14
1967	1 592	171,0	131,6	253	1 925	1 754	1 230	524	18	9 850	8 561	1 289	13
1968	1 561	175,1	133,9	264	1 974	1 927	1 344	583	18	10 418	8 869	1 549	15
1969	1 569	184,4	141,1	278	1 968	2 224	1 550	674	19	11 797	9 914	1 883	16
1970	1 560	191,3	145,0	289	1 996	2 685	1 887	799	21	12 840	11 115	1 725	13
1971	1 557	190,7	143,2	279	1 947	2 994	2 084	909	21	14 365	12 390	1 975	14
1972	1 574	187,6	139,4	267	1 915	3 251	2 231	1 020	21	15 275	12 876	2 399	16
1973	1 581	187,4	138,3	267	1 930	3 673	2 503	1 170	21	17 234	14 331	2 904	17
1974	1 596	186,7	135,9	256	1 885	4 097	2 738	1 359	20	20 285	16 473	3 811	19
1975	1 549	176,9	126,6	232	1 828	4 168	2 704	1 464	20	20 608	16 365	4 243	21
1976	1 503	171,4	122,8	228	1 861	4 354	2 822	1 532	19	22 331	17 995	4 336	19

1) einschließlich gewerblich Auszubildender 2) bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer

Umsatz und Beschäftigte in der Industrie

Ergebnisse für Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Zur Methode

Die Zahlen stammen aus der monatlichen Industrieberichterstattung. Meldepflichtig hierzu sind alle Industriebetriebe, deren Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im verarbeitenden Gewerbe oder im Bergbau liegt, sofern in ihnen im allgemeinen mindestens 10 Personen beschäftigt werden. Abweichend hiervon sind Meiereien sowie Betriebe der Spirituosen- und Futtermittelindustrie schon ab 6 Beschäftigte enthalten, ebenfalls Sägewerke ohne Rücksicht auf ihre Beschäftigtenzahl, sofern sie jährlich mindestens 1 000 fm Rundholz einschneiden. Nicht enthalten sind also die industriellen Kleinbetriebe mit im allgemeinen weniger als 10 Beschäftigten. Im Durchschnitt entfielen im Jahre 1975 in Schleswig-Holstein auf diese Kleinbetriebe jedoch nur 3% des gesamten industriellen Umsatzes und 2% der Beschäftigten. Betriebe des Baugewerbes sowie der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung sind überhaupt nicht an der Berichterstattung beteiligt. Erhebungs- und Darstellungseinheit ist der industrielle Betrieb als örtliche Einheit. Das Betriebskonzept wird jedoch in der Industrieberichterstattung insofern nicht konsequent eingehalten, als nichtindustrielle Betriebsteile (z. B. Handelsabteilungen) unberücksichtigt bleiben.

Beim Umsatz ist nur der Umsatz aus eigenen industriellen Erzeugnissen und Leistungen dargestellt. Nicht enthalten sind die Umsätze in Handelsware sowie aus anderen nichtindustriellen Lieferungen und Leistungen. Die Umsätze beruhen nicht auf vereinnahmten Entgelten, sondern auf Rechnungswerten (Fakturenwerten). Bis einschließlich Kalenderjahr 1967 ist die Umsatzsteuer in die Angaben einbezogen; ab 1968 (mit Inkrafttreten der Mehrwertbesteuerung) verstehen sich die Zahlen ohne Umsatzsteuer. Dagegen sind etwa anfallende Verbrauchsteuern und Kosten für Fracht, Verpackung, Porto und Spesen in jedem Falle enthalten, auch wenn sie gesondert berechnet worden sind. Da es sich grundsätzlich um Fakturenwerte handelt, ist in den Umsätzen der Wert von Lieferungen und Leistungen von Werk zu Werk innerhalb ein und desselben Unternehmens nicht enthalten. Zu den Beschäftigten werden nur die in industriellen Betriebsteilen tätigen Personen gerechnet; prinzipiell einbezogen sind tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige, nicht jedoch Heimarbeiter und Strafgefangene. Als Arbeiter im Sinne der Erhebung gelten alle Personen mit Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung, also auch gewerblich Auszubildende. Unter Löhne und Gehälter wird die Bruttosumme aller in abhängiger Stellung Beschäftigten einschließlich Vergütung für Auszubildende, Gratifikationen, Deputate u. ä. ausgewiesen. Der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung ist nicht einbezogen. Als Arbeiterstunden zählen alle von Arbeitern und gewerblich Auszubildenden tatsächlich geleisteten Stunden. Ihre Zahl weicht von den bezahlten Stunden in der Regel ab (Urlaub, Krankheit u. a.).

Die Statistik wurde bis Ende 1976 nach der oben erläuterten Methode aufbereitet. Vom 1. 1. 1977 an gilt ein methodisch erheblich verändertes neues Konzept, das unter anderem die Einbeziehung des Handwerks in die Statistik des verarbeitenden Gewerbes vorsieht.

Ausgewählte Branchen der Industrie

Die von der monatlichen Industrieberichterstattung erhobenen zwei wichtigsten Merkmale, die Beschäftigten und der Umsatz, sind beide nur bedingt geeignet, exakte Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Bereichen über einen längeren Zeitraum hinweg zu machen. Die wirtschaftliche Produktivität, die durch einen Industriebeschäftigten des Jahres 1950 repräsentiert wurde, hat im Verlaufe der vergangenen 25 Jahre einen erheblichen Zuwachs erfahren, was im wesentlichen auf die Entwicklung neuer technischer Fertigungsmethoden und einen ungleich stärkeren Kapitaleinsatz zurückzuführen ist. Ein Industriearbeiter aus dem Jahre 1950 ist insofern mit demjenigen des Jahres 1976 nur noch bedingt vergleichbar. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn man die industriellen Umsätze zugrunde legt. Durch die jährlichen Veränderungen des Erzeugerpreisniveaus für industrielle Produkte weichen die in Nominalwerten dargestellten Umsatzreihen erheblich von der realen Entwicklung ab. Die jährlichen Preisveränderungen waren in den vergangenen 25 Jahren fast ausschließlich positiv und betrugen maximal bis zu + 13 % p. a. In der nachstehenden Tabelle ist dieser Mangel bewußt in Kauf genommen worden, insbesondere weil eine Umrechnung auf preisbereinigte Werte im Verlaufe einer derartig langen Reihe erhebliche Schwierigkeiten aufgeworfen hätte. Im übrigen ist trotz der genannten Verzerrung aus den Nominalwerten die unterschiedliche Tendenz der Entwicklung in den einzelnen Industriegruppen gut zu erkennen. Die Zahlen vermitteln also keine exakte Darstellung der real erbrachten Leistungen; sie geben aber eine gute Vorstellung über die Veränderungen der Größenordnung. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die kaufmännische Buchhaltung, der die oben dargestellten Umsatzzahlen entstammen, eine Preisbereinigung der Nominalwerte nicht kennt. Hier gilt also – wie auch bei der Steuerberechnung – der Grundsatz: Mark ist gleich Mark.

Die Umsätze der schleswig-holsteinischen Industrie stiegen insgesamt zwischen 1950 und 1976 von 2,4 Mrd. DM auf 22,3 Mrd. DM; sie haben sich damit mehr als verneunfacht. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Sie streut zwischen Rückgang und Verhundertfachung des Umsatzes. In der Tabelle sind die einzelnen Wirtschaftsgruppen der Höhe ihrer Umsatzveränderung entsprechend geordnet worden, d. h., in den ersten Spalten stehen die Gruppen mit einer unterdurchschnittlichen Entwicklung und in den letzten solche mit einer überdurchschnittlichen. In den Bereichen Leder-, Bekleidungs- und Textilindustrie wurde der durchschnittliche Zuwachs bei weitem nicht erreicht. Demgegenüber zählen insbesondere die kunststoff-, gummi- und asbestverarbeitende Industrie, aber auch die elektrotechnische sowie die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie zu den Branchen mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs. Fast ein Drittel des industriellen Umsatzes in Schleswig-Holstein, nämlich über 7 Mrd. DM, entfiel im Jahre 1976 auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Vom Geschäftsverlauf in dieser umsatzmäßig bedeutendsten Industriegruppe hängt das Ergebnis der industriellen Gesamtentwicklung maßgeblich ab.

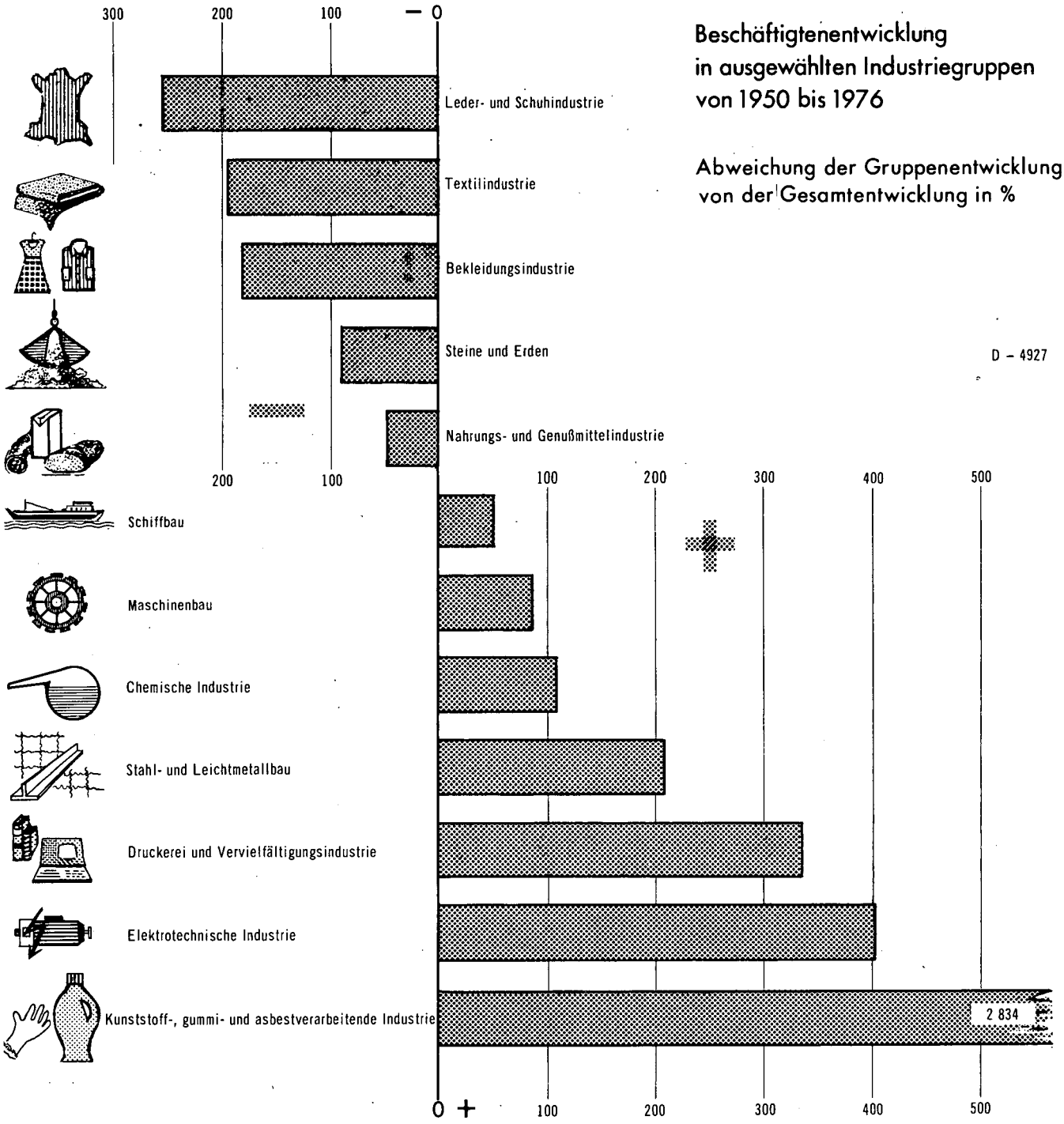
Die Beschäftigtenveränderung seit 1950 ist in der Grafik dargestellt. Auch hier zeigen die Abweichungen von der durchschnittlichen Gesamtveränderung aller in der Industrie Beschäftigten ein ähnliches Bild wie beim Umsatz. Die Reihenfolge der in der Grafik von oben nach unten angeordneten Industriegruppen ist derjenigen der in der Tabelle von links nach rechts aufgeführten sehr ähnlich. Für die Entwicklung von Industrieumsatz und -beschäftigten in der Vergangenheit (und in der Zukunft) sind mehrere Ursachen von ausschlaggebender Bedeutung. Einmal spielt die Stagnation und der zu erwartende Rückgang der deutschen Wohnbevölkerung eine erhebliche Rolle. Hierdurch wird automatisch die Nachfrage gebremst. Zum zweiten erschwerte die Freigabe der Wechselkursparitäten zunehmend den Wettbewerbsvorteil deutscher Produkte im Ausland, wodurch die Exportchancen ungünstig beeinflußt werden können. Außerdem drängen seit längerer Zeit mehr und mehr Industriewaren aus den sogenannten "Billigländern" auf den deutschen Markt, wodurch Branchen mit arbeitsintensiver Massenfertigung und herkömmlichen Produktionsverfahren verstärkt in Schwierigkeiten geraten sind. Weiterhin gute Aussichten haben diejenigen Industriegruppen, die insbesondere Anlage- und Investitionsgüter herstellen, deren Produktion ein spezielles Wissen voraussetzt, durch dessen Anwendung ein erheblicher Wettbewerbsvorteil und damit gute Absatzchancen erreicht werden.

Industrieller Umsatz[1] in ausgewählten Industriegruppen

- Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten -

Jahr	Leder- und Schuhindustrie	Bekleidungsindustrie	Textilindustrie	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	Steine und Erden	Chemische Industrie	Schiffbau	Maschinenbau	Stahl- und Leichtmetallbau	Druckerei und Vervielfältigungsindustrie	Elektrotechn. Industrie	Kunststoff-, gummi- und asbestverarbeitende Industrie	Industrie insgesamt
	Millionen DM												
1950	117,8	74,4	125,9	826,4	82,2	98,1	135,3	132,7	22,1	38,9	37,4	6,2	2 416,0
1951	120,8	98,1	169,8	981,2	117,0	121,6	182,7	180,8	21,4	54,3	55,1	11,3	3 054,3
1952	105,2	93,4	144,1	1 003,8	127,4	124,5	296,7	199,5	19,8	62,1	44,8	9,2	3 212,3
1953	103,7	99,5	166,4	1 262,5	150,5	139,8	403,6	209,6	29,0	73,1	46,1	10,3	3 371,3
1954	101,1	108,5	181,9	1 318,1	156,4	150,6	554,4	219,3	30,5	82,8	63,4	11,5	3 747,0
1955	108,1	115,0	198,7	1 467,3	190,4	154,3	593,0	271,2	39,9	92,4	78,4	13,3	4 222,8
1956	117,0	130,0	205,3	1 851,1	203,5	160,9	571,1	291,4	42,7	102,3	92,8	36,4	4 842,6
1957	130,4	150,9	216,3	2 063,3	218,0	175,9	652,0	320,7	48,6	114,4	144,2	44,1	5 363,0
1958	115,5	137,1	192,0	2 188,3	241,0	194,6	847,4	335,4	58,3	119,0	162,8	51,6	5 743,9
1959	128,7	127,6	194,8	2 373,8	280,0	212,3	735,4	326,5	60,3	119,6	194,8	61,7	6 053,4
1960	114,4	143,5	226,1	2 381,0	306,0	207,1	738,7	411,1	72,3	133,9	250,1	76,0	6 394,0
1961	129,8	166,3	235,5	2 454,6	338,7	270,5	840,8	504,1	97,7	157,9	277,9	85,7	7 010,7
1962	116,9	201,9	232,3	2 701,9	364,4	269,3	706,7	561,8	115,9	181,0	323,5	102,0	7 445,6
1963	115,0	214,7	238,9	2 785,0	345,6	296,4	889,1	564,5	121,0	193,8	337,3	120,3	7 965,5
1964	115,6	213,8	237,4	2 899,0	410,5	332,1	644,2	643,4	138,6	211,9	350,7	143,2	8 077,9
1965	103,6	239,0	253,1	3 114,0	433,1	371,3	750,3	844,4	155,2	245,6	356,9	170,4	8 953,7
1966	93,8	219,1	242,1	3 237,7	459,9	394,6	914,8	936,9	190,3	281,3	349,5	169,3	9 484,9
1967	49,5	196,1	225,1	3 341,8	462,2	419,6	878,1	1 015,0	188,3	390,2	363,4	179,7	9 849,9
1968	36,9	189,4	246,4	3 614,1	426,9	451,4	911,3	985,1	190,0	443,9	436,3	141,5	10 418,4
1969	45,3	237,5	277,3	3 921,1	461,3	553,5	947,5	1 247,6	211,2	518,5	548,8	296,7	11 797,4
1970	49,4	229,2	265,4	4 167,7	552,1	618,7	945,1	1 327,2	270,0	586,8	655,4	333,1	12 839,9
1971	47,2	230,5	263,1	4 672,4	667,9	688,6	1 120,7	1 535,0	314,7	711,1	712,1	352,1	14 365,4
1972	52,0	227,5	277,4	4 781,4	754,6	745,7	1 175,1	1 836,7	315,4	793,1	770,8	372,3	15 275,0
1973	53,6	202,4	316,8	5 526,6	772,7	857,8	1 345,9	1 887,0	361,8	868,6	892,4	449,9	17 234,5
1974	41,4	179,9	324,5	5 987,9	758,6	1 128,9	2 117,0	2 169,2	417,7	904,0	1 024,5	531,4	20 284,6
1975	37,5	172,1	313,5	6 276,1	710,9	1 095,4	2 206,0	2 268,7	388,4	961,9	1 034,2	540,0	20 608,2
1976	28,3	137,7	326,2	7 021,7	787,5	1 213,1	2 160,6	2 382,1	428,0	1 109,7	1 071,9	652,3	22 331,0
	Veränderung von 1950 auf 1976 in %												
	- 76	85	159	750	958	1 137	1 497	1 695	1 837	2 753	2 766	10 421	824

1) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer



Zur Methode

Der wirtschaftlichen Gliederung der Betriebe liegt das "Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht" zugrunde. Es gliedert (in seiner Fassung für das Jahr 1975) die gesamte industrielle Tätigkeit in 160 Industriezweige, die ihrerseits in 34 Industriegruppen zusammengefaßt sind. Es ist vom Warenverzeichnis für die Industriestatistik abgeleitet und in seinen vier- oder zweistelligen Systematiknummern den entsprechenden Meldenummern für Warengruppen und Warenklassen dieses Warenverzeichnisses angenähert. Die Darstellung der Ergebnisse hier richtet sich nach den sogenannten "hauptbeteiligten" Industriegruppen. Dies bedeutet, in ihr werden Betriebe, die in mehreren Industriegruppen tätig sind (z. B. im Schiffbau und im Maschinenbau), mit ihren gesamten industriellen Umsätzen nur einmal wirtschaftlich zugeordnet, und zwar derjenigen Gruppe, in der der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt. Maßgebend für die Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunktes ist in diesem Falle die Zahl der in den einzelnen fachlichen Betriebsteilen tätigen Personen.

Im übrigen gelten die methodischen Erläuterungen zum vorigen Beitrag (Industrie-Gesamtüberblick) entsprechend.

Industrieproduktion

Gemessen am Index der industriellen Produktion auf der Basis 1970 = 100 hat sich der mengenmäßige Güterausstoß in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1976 etwa versechsfacht. Die Produktionszunahme in der Verarbeitenden Industrie (ohne Bauindustrie und Energiewirtschaft) verteilte sich – mit unterschiedlicher Intensität – über die gesamte Breite aller Erzeugnisse, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht (zum Beispiel Bekleidungsindustrie). Besonders augenfällig ist die Produktionsbelebung in den Industriezweigen Chemische Erzeugnisse, Mineralölverarbeitung und Elektrotechnische Erzeugnisse. Die Ausweitung des Warenausstoßes betrug in diesen Branchen fast das Zwanzigfache, in der Chemischen Industrie war sie sogar noch größer. Die Zahlen weisen auf einen ausgeprägten Strukturwandel zugunsten dieser Erzeugnisse hin. Auch die Druckereiindustrie, deren mengenmäßige Warenherstellung sich im Berichtszeitraum etwa verzehnfachte, war an der Entwicklung mit einer überdurchschnittlichen Zuwachsrate beteiligt. Dagegen konnte die vom Gewicht her in Schleswig-Holstein sehr bedeutende Ernährungsindustrie die erzeugte Warenmenge nur auf gut das Dreifache erhöhen.

Indizes der industriellen Nettoproduktion (ohne Bauindustrie und Energiewirtschaft) für ausgewählte Warenbereiche

1970 = 100

Gewicht 1970 / Jahr	Grundstoff- und Produktionsgüter	darunter		Investitionsgüter	darunter			Verbrauchsgüter	darunter		Nahrungs- und Genußmittel	Verarbeitende Industrie und Bergbau insgesamt
		Mineralölverarbeitung	Chemische Erzeugnisse		Maschinenbauerzeugnisse	Wasserfahrzeuge	Elektrotechnische Erzeugnisse		Druckereierzeugnisse	Bekleidung		
Gewicht	21,4	5,3	5,3	30,2	10,7	6,3	5,2	16,3	6,7	1,4	21,0	89,4
1950	13	6	6	17	20	31	6	24	13	63	36	21
1951	15	7	7	22	27	39	8	27	15	72	40	25
1952	17	13	8	24	31	44	8	28	17	68	41	27
1953	21	25	8	27	30	59	9	32	21	70	45	31
1954	24	26	10	36	38	76	15	37	24	75	48	36
1955	27	30	11	41	44	89	17	42	26	78	51	40
1956	30	36	11	41	48	78	19	45	28	84	58	43
1957	31	37	13	46	55	80	25	47	30	92	65	47
1958	34	42	14	51	55	95	29	46	32	80	68	49
1959	38	55	15	50	52	91	28	47	31	77	74	52
1960	43	63	16	54	58	85	32	51	32	80	75	56
1961	47	70	19	63	75	87	37	56	37	92	77	61
1962	50	83	21	56	67	66	36	58	40	98	82	61
1963	57	99	31	62	70	84	36	60	40	95	83	66
1964	60	92	33	58	68	58	41	62	42	96	82	66
1965	66	89	44	64	72	72	43	68	46	99	86	71
1966	69	87	51	74	74	91	54	71	51	101	86	75
1967	70	88	53	77	71	89	64	76	71	90	88	78
1968	84	95	75	81	76	91	70	88	85	100	92	86
1969	95	95	94	91	91	91	92	99	96	101	99	96
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	100	113	99	93	104	93	108	113	88	106	103
1972	108	104	122	106	102	110	96	117	124	86	106	108
1973	120	129	138	114	104	113	107	123	131	79	109	116
1974	120	131	143	126	114	133	114	115	119	67	111	119
1975	106	115	134	124	106	131	112	107	114	58	107	112
1976	115	110	153	125	113	125	109	115	126	42	117	119

Zur Methode

Der Index der industriellen Nettoproduktion zeigt die Veränderung des mengenmäßigen Produktionsausstoßes an. Die Preiskomponente ist also ausgeschaltet. Die Produktionsmengen werden am Monatsdurchschnitt des Basisjahres 1970 (= 100) gemessen. Dem Wägungsschema liegen die Nettoproduktionswerte (Bruttoproduktionswert abzüglich Vorleistungen) der einzelnen Industriezweige zugrunde. Da die letztverfügbaren Nettoproduktionswerte aus dem Industriezensus 1967 stammen, mußten diese für das Basisjahr 1970 nach einer Schätzmethode des Statistischen Bundesamts ermittelt werden[1]. In die Gewichtung sind auch die Bauindustrie und die Energiewirtschaft einbezogen. Für beide Bereiche werden in Schleswig-Holstein zur Zeit keine Indexziffern berechnet. Diese Bereiche gehören nicht zum verarbeitenden Gewerbe und werden daher in der Tabelle nicht dargestellt. Die Indexberechnung beruht auf den Produktionsergebnissen für rund 180 ausgewählte Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen. Diese repräsentieren in der Regel mindestens 80% des Produktionsvolumens der jeweiligen Warengruppe.

Während des Berichtszeitraumes von 1950 bis 1976 sind die Produktionsindizes viermal auf eine neue Basis gestellt worden, und zwar in den Jahren 1950, 1958, 1962 und 1970. Die Berechnung neuer Basiswerte in gewissen Zeitabständen ist notwendig, um Abweichungen von der tatsächlichen Entwicklung zu bereinigen, die sich zwangsläufig mit zunehmender Entfernung vom Basisjahr durch Qualitätsveränderungen der Erzeugnisse infolge des technischen Fortschritts, durch eine Änderung der Marktverhältnisse, insbesondere der Preisrelationen der verschiedenen Waren zueinander usw., in der Produktionsstruktur ergeben. Eine neu berechnete Basis bringt daher auch immer ein neues Wägungsschema mit sich, in dem sich die genannten Veränderungen widerspiegeln.

Die Produktionsindizes sind primär zur kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsbeobachtung geeignet. Um für diese Veröffentlichung einen langfristigen Zahlenvergleich mit fortlaufenden Zahlenreihen zu ermöglichen, sind die auf unterschiedlichen Basiszahlen beruhenden Indizes rechnerisch verkettet und auf die gemeinsame Basis 1970 = 100 gestellt worden. Verkettungszeitpunkte sind hierbei stets diejenigen Jahre gewesen, in denen die Indizes auf eine neue Basis gestellt wurden. Die vor dem Basisjahr 1970 liegenden Werte in der Tabelle sind daher in ihrer Aussagefähigkeit eingeschränkt; ihre Verzerrung ist um so größer, je weiter sie vom Jahr 1970 entfernt sind. Insbesondere in den 50er Jahren sind sie recht ungenau; sie geben für dieses Jahrzehnt nur eine gewisse Vorstellung über die Größenordnung des mengenmäßigen Produktionsausstoßes im Vergleich zu 1970 ab, aber nicht mehr.

1) siehe hierzu "Index der industriellen Nettoproduktion auf Basis 1970" in Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1974, S. 811

Energieverbrauch der Industrie

Eine kostengünstige Energieversorgung ist für die Industrie seit jeher ein wichtiges Entscheidungskriterium bei der Standortwahl. Noch vor weniger als zwei Jahrzehnten war die Kohle der Energieträger Nummer eins. Da der Transport des "schwarzen Goldes" über große Entfernungen sich natürlich in seinem Preis niederschlägt und damit die Produktionskosten erhöht werden, war die "Revierferne" des Landes Schleswig-Holstein eine der Ursachen für seinen geringen Industriebesatz. Der mit dem wirtschaftlichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg aufkommende Einsatz von Heizöl und Naturgas dürfte diesen Standortnachteil erheblich gemildert haben.

Im Rahmen der monatlichen Berichterstattung melden die Betriebe der verarbeitenden Industrie auch ihren Verbrauch an Strom und Brennstoffen. Die Angaben schließen die als Rohstoff für die Produktion verwendeten Mengen mit ein. Zu Beginn der Berichtsperiode beschränkte sich die Fragestellung auf Kohle und Strom, 1953 wurde sie auf Kokereigas – auch als Orts- oder Stadtgas bekannt – ausgeweitet, ein Jahr später trat Heizöl hinzu und 1969 schließlich Erd- und Erdölgas. Tatsächlich wurden die neu einbezogenen Energieträger schon einige Jahre vor ihrer erstmaligen statistischen Erfassung von der Industrie eingesetzt, Kokereigas sehr wahrscheinlich erheblich früher. Das Gesamtbild wird dadurch aber nur wenig verzerrt.

Der Heizölverbrauch stieg in den letzten 20 Jahren auf mehr als das Dreifache. Aus dem zunehmenden Anteil leichten Öls (von anfangs weniger als 10 % auf mehr als 20 %) kann gefolgert werden, daß selbst Betriebe mit einem relativ geringen Energiebedarf, für die sich die technisch erheblich aufwendigeren Anlagen zum Verbrennen schwerer, aber billigerer Sorten nicht rentieren, dennoch auf Heizöl umgestellt haben. Im gleichen Zeitraum wurde der Gasverbrauch vervierfacht, eine Folge der ständig verbesserten Versorgung mit Erdgas, dessen Anteil am Gesamtgasverbrauch heute bereits 80 % ausmacht. Der Stromverbrauch stieg seit 1956 auf die dreifache Menge; von betriebseigenen Anlagen wurde demgegenüber nur knapp doppelt soviel Strom erzeugt. Nur die Kohle hat an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit nicht teilgenommen und damit auch ihre ehemalige Monopolstellung in der Energieversorgung der Industrie gründlich eingebüßt. Nahmen die Industriebetriebe in Schleswig-Holstein um 1950 jährlich fast 1 Mill. t (SKE) Kohle ab, so waren es 1976 nur noch rund 240 000 t (– 75 %).

Wie rasant der Verdrängungsprozeß verlaufen ist, wird aber erst richtig sichtbar, wenn man – was im rechten Teil der Tabelle geschehen ist – die natürlichen Mengen der Energiearten nach Maßgabe ihres Wärmeinhalts auf einen Nenner bringt und damit addierbar macht. 1950, am Anfang der Reindustrialisierung, war die Kohle mit einem Anteil von mehr als 90 % noch absoluter Spitzenreiter. Das änderte sich mit dem Vordringen des Heizöls auf dem Energiemarkt sehr rasch: schon 1961 hatte das Heizöl sich den ersten Platz (46 %) erobert und die Kohle auf weniger als die Hälfte ihres früheren Anteils (44 %) reduziert. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre setzte mit dem Beginn der überregionalen Erdgasversorgung Schleswig-Holsteins ein erneuter Wandel der Energie-Verbrauchsstruktur der Industrie ein. Der Gasverbrauch, bis dahin in seiner absoluten Größe ziemlich konstant, schnellte innerhalb eines Jahrzehnts (von 1966 bis 1976) auf die vierfache Menge hoch. Die elektrische Energie konnte ihre Stellung in der Versorgung der Industrie – im Gegensatz zum anderen konventionellen Wärmelieferanten, der Kohle – kontinuierlich ausbauen. Dabei ist ihr sicherlich auch ihre Umweltfreundlichkeit zugute gekommen. Trotzdem nahm sie 1976 in der Rangliste der Energieträger mit 10 % – nach der Kohle (11 %) – noch den letzten Platz ein. Als absoluter Sieger ist also das Heizöl aus dem Wettbewerb der konkurrierenden Energiearten hervorgegangen; es deckt heute zwei Drittel der gesamten industriellen Energienachfrage ab.

1976 verbrauchte die verarbeitende Industrie in Schleswig-Holstein "nur" etwa doppelt soviel Energie wie 1950; gleichzeitig stieg die erzeugte Gütermenge um das Fünffache an. Diese unterschiedliche Entwicklung dürfte unter anderem mit darauf zurückzuführen sein, daß sich die Produktionsstruktur in dem langen Zeitraum gewandelt hat.

Jahr	Energieverbrauch der verarbeitenden Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten)												
	Natürliche Mengen							Wärmeäquivalent in Steinkohle-Einheiten					
	Heizöl		Gas		Kohle	Strom		ins-gesamt	Heizöl	Gas	Kohle	Strom[2]
	ins-gesamt	schwer	ins-gesamt	Erdgas		ins-gesamt	aus Eigenerzeugung 1)					
	1 000 t		Mill. m^3 (H_o=8 400 kcal/m^3)		1 000 t SKE	Mill. kWh		1 000 t SKE				
1950	.	.	.	-	969	358	136	(997)	.	.	969	27
1951	.	.	.	-	955	415	149	(988)	.	.	955	33
1952	.	.	.	-	940	455	150	(978)	.	.	940	37
1953	.	.	49	-	885	546	180	(988)	.	58	885	45
1954	157	.	52	-	937	612	191	1 271	219	62	937	52
1955	238	.	62	-	969	702	218	1 436	333	74	969	60
1956	309	.	68	-	931	736	222	1 509	433	81	931	63
1957	321	.	73	-	948	793	236	1 552	449	87	948	68
1958	378	.	73	-	892	864	250	1 584	529	87	892	76
1959	488	.	62	-	722	907	243	1 562	684	75	722	82
1960	546	507	71	-	787	997	261	1 727	765	85	787	91
1961	602	545	69	-	816	1 054	266	1 839	843	83	816	97
1962	670	593	60	-	733	1 107	291	1 843	938	72	733	100
1963	789	695	55	-	649	1 169	367	1 919	1 105	66	649	99
1964	840	733	57	-	669	1 288	404	2 022	1 176	68	669	109
1965	920	792	54	-	644	1 422	436	2 119	1 288	65	644	121
1966	937	787	60	-	576	1 481	451	2 086	1 312	72	576	127
1967	952	791	67	.	507	1 531	474	(2 050)	1 333	(80)	507	130
1968	968	780	65	.	482	1 636	489	(2 056)	1 355	(78)	482	141
1969	1 058	842	117	50	490	1 749	465	2 269	1 481	140	490	158
1970	1 130	906	145	76	400	1 871	442	2 331	1 582	174	400	176
1971	1 124	895	154	103	312	1 920	408	2 256	1 574	184	312	186
1972	1 142	897	160	112	245	1 983	412	2 229	1 598	192	245	193
1973	1 201	952	165	124	332	2 120	436	2 419	1 681	199	332	207
1974	1 152	932	160	123	380	2 140	442	2 393	1 612	192	380	209
1975	978	768	190	133	249	2 004	389	2 046	1 369	228	249	199
1976	1 006	791	263	211	238	2 197	421	2 181	1 408	316	238	218

1) Diese Mengen sind auch mit ihren Einsatzstoffen (Kohle, Heizöl), also doppelt, nachgewiesen

2) ohne in betriebseigenen Anlagen erzeugte elektrische Energie, die über ihre Einsatzstoffe (Kohle, Heizöl) nachgewiesen ist

Bauhauptgewerbe

Von 1950 bis etwa 1960 sank die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes und insbesondere derjenigen mit weniger als 20 Beschäftigten kontinuierlich, während sich gleichzeitig die Zahl der tätigen Personen auf etwa 64 000 erhöhte. In den folgenden Jahren blieb die Betriebszahl relativ konstant bei knapp 2 500. Noch bis zur Mitte der sechziger Jahre steigerten die Betriebe ihre Mitarbeiterzahl auf den Nachkriegshöchststand von über 70 000, bauten aber in der Rezession von 1967 das Personal rapide bis auf 62 000 ab. Von 1968 bis 1971 nahm der Beschäftigtenstand zwar ständig, aber nur leicht wieder zu. Die zur Zeit noch andauernde Krisensituation im Bauhauptgewerbe führte in den Jahren 1974 und 1975 zu einem abermaligen Einbruch des Personalstandes um jeweils etwa ein Zehntel. Die kleineren Betriebe haben sich dabei noch am ehesten behaupten können. In den letzten Jahren ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe auf mittlerweile wieder über 70 % und an der der Beschäftigten auf knapp ein Viertel gestiegen.

Die Personalstruktur hat sich etwa seit 1956 kontinuierlich zugunsten der qualifizierten Kräfte gewandelt. Der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten nahm auf heute etwa ein Zehntel und der der Poliere und Facharbeiter von 50 bis auf über 60 % zu. Neben der entsprechenden langfristigen Tendenz zum Abbau des ungelernten Personals zeigt sich deutlich, daß die Fachwerker und Werker (früher "Hilfsarbeiter") in starkem Maße je nach der momentanen Beschäftigungssituation eingestellt oder entlassen werden und so unfreiwillig als Konjunkturpuffer wirken.

Stundenlöhne und Umsätze haben sich seit 1950 in gewissen Grenzen proportional entwickelt. Der Umsatz je Beschäftigten war 1976 gut neunmal so hoch wie 1950, die Stundenlöhne (hier als Durchschnittssatz aller auf Baustellen tätigen Poliere, Meister, Facharbeiter und Werker) haben sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz ist während der fünfziger Jahre bis auf ein Drittel gesunken, konnte dann im Verteilungskampf bis 1970 auf über 41 % gesteigert werden, ist aber seitdem wieder abnehmend.

Die an der Zahl der für die unterschiedlichen Auftragsarten und -geber geleisteten Stunden differenzierter zu erkennende Beschäftigungsentwicklung ist vor allem durch den Wohnungsbau geprägt worden, dessen Anteil sich zwischen 40 und 50 % bewegte. Für Auftraggeber aus Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft (ohne Wohnungsbauprojekte) wurde im langfristigen Trend etwa gleichmäßig viel gearbeitet, wobei auch die kurzfristige Entwicklung relativ stetig verlief. Dasselbe gilt für den öffentlichen Hochbau. Im öffentlichen Tiefbau sind die zyklischen Schwankungen der Stundenzahl größer. Es zeigt sich außerdem eine bis 1964 zu- und danach abnehmende Tendenz in der Tiefbautätigkeit. Ob die von 1967 bis 1971 gegenüber den anderen Bauten antizyklisch verlaufende Tiefbauentwicklung ein Effekt der Konjunktursteuerung ist oder aber durch die Olympischen Spiele 1972 ausgelöst wurde, sei dahingestellt. Die an den insgesamt geleisteten Stunden gemessene Baukonjunktur folgte wegen der branchenspezifisch langfristigen Auftragsabwicklung dem allgemeinen Wirtschaftszyklus mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren. Die aktuelle Krise im Bauhauptgewerbe ist allerdings eher struktureller Natur. Es scheint so, daß zumindest im Hochbau die Talsohle durchschritten ist, zumal 1976 auch die Gesamtzahl der Beschäftigten wieder leicht gestiegen ist.

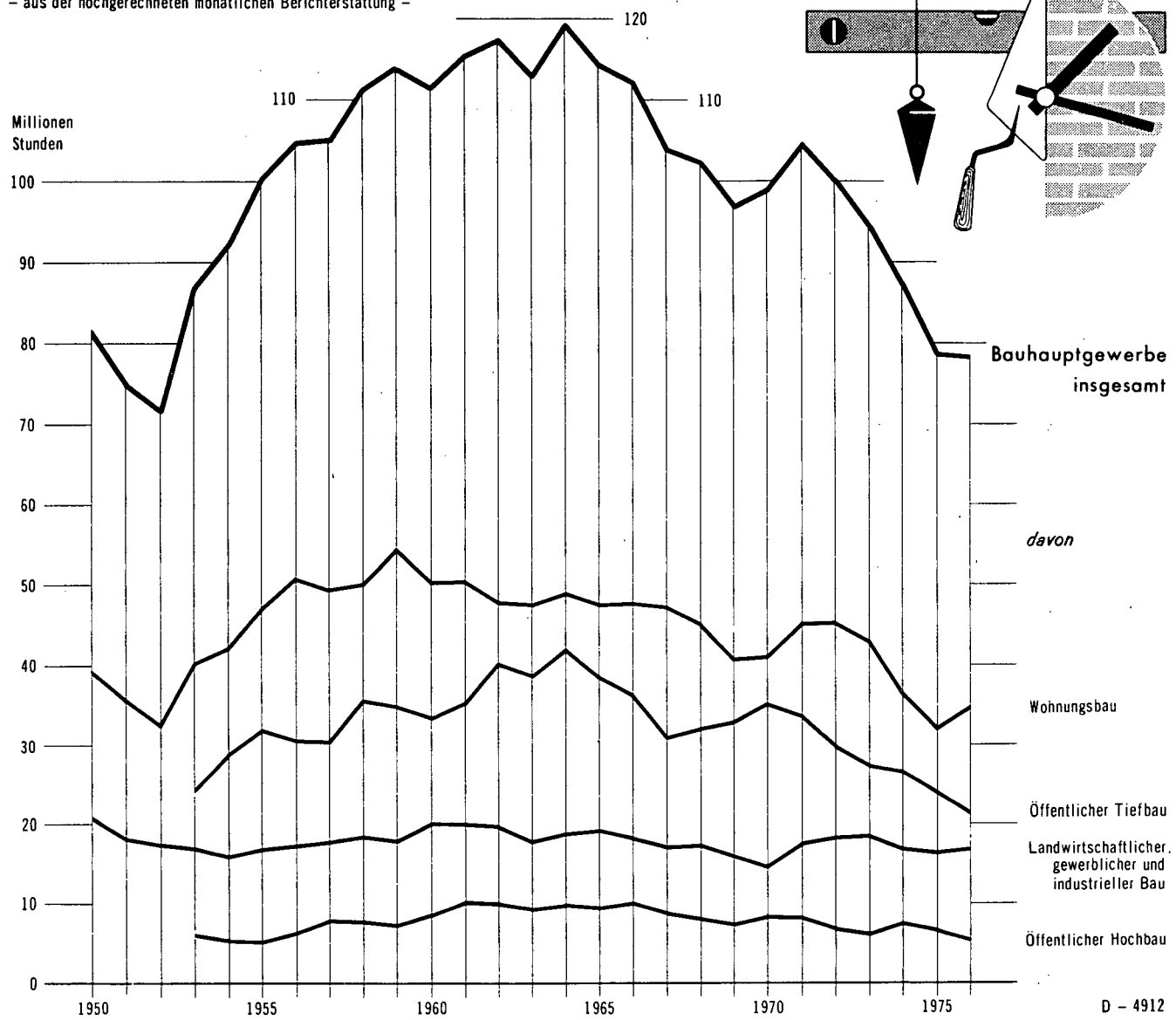
Jahr[1]	Betriebe[2]		Beschäftigte[2]						Löhne[3] je Arbeitsstunde	Umsatz[3][4] je Beschäftigten	Löhne und Gehälter in % des Umsatzes[3]
					davon nach der Stellung im Betrieb						
	insgesamt	darunter Betriebe mit 1-19 Beschäftigten	insgesamt	darunter in Betrieben mit 1-19 Beschäftigten	tätige Inhaber, unbezahlte mithelfende Familienangehörige	kaufmännische und technische Angestellte einschließlich Auszubildender	Poliere, Facharbeiter	Fachwerker, Werker			
		%		%	%				DM	DM	
1950	3 347	83,8	46 825	29,3	7,8	3,5	53,6	35,1	1,25	7 333	36,8
1951	3 260	85,5	42 393	32,0	8,3	3,8	52,5	35,4	1,34	7 724	37,9
1952	3 104	84,2	41 751	30,5	8,0	3,6	50,5	37,8	1,51	8 679	37,2
1953	2 974	80,2	47 805	26,3	6,8	3,4	52,5	37,3	1,61	9 434	37,7
1954	2 907	77,9	53 394	23,3	5,9	3,4	50,0	40,7	1,69	10 245	36,7
1955	2 774	74,9	58 547	20,5	5,2	3,3	50,0	41,6	1,86	11 531	35,9
1956	2 820	74,5	58 422	20,8	5,3	3,7	53,9	37,1	1,97	13 215	34,1
1957	2 708	73,6	57 752	20,5	5,1	3,9	55,9	35,0	2,20	13 365	35,3
1958	2 655	70,8	64 755	17,5	4,4	4,0	52,9	38,7	2,41	15 268	34,0
1959	2 532	69,2	63 369	18,0	4,4	4,2	54,3	37,1	2,62	16 386	33,3
1960	2 485	67,9	63 935	17,9	4,2	4,4	56,8	34,6	2,96	17 331	33,3
1961	2 443	67,1	63 588	17,6	4,1	4,7	57,3	33,9	3,34	19 679	33,9
1962	2 474	66,7	67 565	17,5	4,2	5,0	56,6	34,2	3,89	22 815	33,1
1963	2 479	65,3	70 728	17,0	4,0	5,1	56,0	34,9	4,32	22 547	34,6
1964	2 529	66,4	70 651	17,6	4,0	5,5	56,9	33,5	4,80	25 033	35,9
1965	2 492	64,9	70 015	17,3	4,6	5,9	58,6	31,5	5,24	26 065	36,7
1966	2 472	65,8	68 410	18,0	4,1	6,3	58,8	30,8	5,52	28 081	36,3
1967	2 480	67,4	61 711	20,8	4,6	6,8	61,5	27,1	5,42	30 208	.
1968	2 459	67,8	62 579	20,5	4,6	6,9	60,8	27,8	5,85	23 469	.
1969	2 476	66,6	63 469	19,5	4,6	7,1	59,9	28,4	6,48	27 898	40,1
1970	2 436	66,2	63 778	19,4	4,5	7,5	60,9	27,1	8,02	33 942	41,4
1971	2 415	66,2	64 161	19,6	4,5	7,9	61,1	26,5	8,98	41 354	39,9
1972	2 379	65,8	62 777	19,6	4,5	8,2	61,8	25,5	9,97	49 713	36,2
1973	2 526	67,3	62 792	20,2	4,8	9,0	62,6	23,6	11,41	55 254	36,0
1974	2 473	69,8	56 886	22,5	5,1	9,8	62,6	22,4	12,16	59 033	36,7
1975[5]	2 450	71,8	51 972	24,3	5,6	10,0	63,1	21,3	12,81	63 470	35,8
1976[5]	2 587	73,7	53 461	25,4	5,4	9,9	64,4	20,3	13,38	68 289	34,0

1) Stichtag bis 1962: Ende Juli, ab 1963: Ende Juni
2) aus der Totalerhebung
3) aus dem hochgerechneten monatlichen Berichtskreis
4) bis 1968 einschließlich Umsatzsteuer
5) nach alter Berichtskreisabgrenzung

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe nach Bauarten

– aus der hochgerechneten monatlichen Berichterstattung –



Zur Methode

Die Bedeutung des Bauhauptgewerbes für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung kommt in einem eigenständigen kurzfristigen Berichtssystem für diesen Bereich zum Ausdruck. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten melden monatlich u. a. ihren Personalbestand, Umsatz, Löhne und Gehälter sowie, nach Auftraggebern und -arten gegliedert, die geleisteten Arbeitsstunden. Außerdem werden einmal jährlich in der Totalerhebung zusätzlich auch die kleineren Betriebe nach diesen Merkmalen befragt. Damit wird zum einen eine Aktualisierung des Monatsberichtskreises erreicht, indem neue oder gewachsene Betriebe in die Berichtspflicht genommen oder aber andere aus ihr entlassen werden. Zum anderen ergeben sich aus der Totalerhebung für die einzelnen Merkmalswerte die Relationen zu den Monatsmeldern und damit die Faktoren, mit Hilfe derer beispielsweise der aggregierte Umsatz und die Lohnsumme der monatlich meldenden Betriebe auf die Gesamtwerte des Bauhauptgewerbes hochgerechnet werden können. Ab 1971 werden von den Monatsmeldern auch die Auftragseingänge und -bestände erfragt und im Statistischen Bericht (ohne Hochrechnung) ausgewiesen.

Die in der Tabelle enthaltenen Betriebs- und Beschäftigtenzahlen sind Ergebnisse der jeweiligen Totalerhebungen, die geleisteten Stunden (Grafik) sowie die Löhne und Umsätze sind aus der monatlichen Berichterstattung als Jahreswerte ermittelt worden. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit sind die Zahlen aus der Totalerhebung 1976, bei der erstmalig auch u. a. der Fertigbau und der Gerüstbau zum Bauhauptgewerbe zählten und meldepflichtig waren, noch auf den alten Berichtskreis umgerechnet worden. Zum Bauhauptgewerbe gehörten bis Ende 1976 die folgenden Wirtschaftszweige:

Hoch- und Ingenieurhochbau,
Tief- und Ingenieurtiefbau,
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau,
Straßenbau,
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau,
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau),
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung,
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe,
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei,
Zimmerei und Ingenieurholzbau,
Dachdeckerei.

Wohnungen

1950 gab es in Schleswig-Holstein rund 454 000 Wohnungen. Hiervon lagen 99 % in Wohngebäuden. Gegenüber 1939 war die Versorgungsrate von 274 auf 175 Wohnungen je 1 000 Einwohner gesunken. Das entspricht einer Steigerung der Belegungsdichte von 3,7 auf 5,7 Personen je Wohnung. Diese verminderte Wohnungsversorgung, die in Schleswig-Holstein hauptsächlich auf den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen zurückzuführen ist, zwang zu intensiven Bemühungen auf dem Wohnungsbausektor. So wurden bereits 1950 17 300 Wohnungen gebaut. Bis 1958 kamen durchschnittlich 20 000 Wohnungen im Jahr hinzu. Dieser Schnitt stieg in den Folgejahren auf 26 600 Wohnungen. 1972 und 1973 kletterte die jährliche Bauleistung sogar auf über 30 000 Wohnungen. Der Rückgang in den Jahren danach hatte mehrere Ursachen. Zunächst war ein gewisser Sättigungsgrad vom Bedarf her erreicht. Darüber hinaus beeinträchtigten die vorübergehende Aussetzung der Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b EStG zwischen Mai und Dezember 1973, die Hochzinspolitik der Bundesbank, die unsichere Lage im Kostenbereich und die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Wohnbauleistungen, was mit entsprechender zeitlicher Verzögerung zu geringeren Produktionsziffern führte. Davon wurde besonders der Mietwohnungsbau betroffen.

Zwischen 1952 und 1955 lag der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen) an den Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden insgesamt bei 45 %. Dieser Anteil stieg auf durchschnittlich 50 % in den Jahren 1956 bis 1963, etwa 57 % zwischen 1964 und 1970 und erreichte schließlich seinen höchsten Wert in den Jahren 1971 bis 1974 mit 62 %. Der Abfall auf 36 % im Jahre 1976 ist abrupt. Wenn der Wohnungsbau in den letzten Jahren nicht völlig zum Erliegen kam, so auch deshalb, weil inzwischen breite Bevölkerungsschichten in Einkommensgruppen hineingewachsen sind, die den Erwerb eines "Häuschens im Grünen" ermöglichen. So wird heute der Wohnungsbau überwiegend vom Eigenheimbau getragen, allerdings auf wesentlich niedrigerem Niveau.

Für die Beurteilung der Wohnverhältnisse ist neben der Anzahl auch die Qualität der Wohnungen entscheidend. Von den zahlreichen erhobenen Ausstattungsmerkmalen, die erst in ihrer Gesamtheit ein genaues Bild vermitteln, können hier nur wenige aufgezeigt werden. Lange Zeit wurde der Nutzwert einer Wohnung am Vorhandensein einer Badeeinrichtung (Bad/Dusche) und/oder einer Zentralheizung (einschließlich Etagen- und Fernheizung) gemessen. 1950 noch eine Seltenheit (15 % bzw. 11 % des Bestandes), sind sie heute selbstverständlicher Bestandteil einer Neubauwohnung. Die Entwicklung war sprunghaft. In den ersten Nachkriegsjahren, als es darauf ankam schnell und billig zu bauen, wurde oft auf diesen "Komfort" verzichtet. So hatten 1953 nur 47 % der neugebauten Wohnungen ein Bad und sogar nur 5 % eine zentrale Heizversorgung. Aber schon in den sechziger Jahren überschritten die Anteile der Neubauwohnungen mit diesen Einrichtungen die 90 %-Grenze, so daß bei der Bestandsaufnahme durch die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 von 100 Wohnungen 65 ein Bad und 41 Zentralheizung hatten. Zwischen den Wohnungszählungen 1950 und 1968 nahm der Anteil der Wohnungen mit Anschluß an das Wassernetz von 55 % auf 85 % zu.

Das Ergebnis der Bautätigkeit nach dem Kriege spiegelt sich in der Zunahme des Bestandes an Neubauwohnungen wider: bereits 1968 entfiel fast die Hälfte des Bestandes an Wohngebäuden auf solche, die nach 1948 gebaut worden waren. Erheblichen Anteil an der günstigen Gesamtentwicklung im Wohnungsbau hatte die Einrichtung des sozialen Wohnungsbaues. Danach betrug der Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen bis 1961 über 50 %. Ab 1962 war ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. 1976 erhielt nur noch jede neunte Wohnung Finanzierungshilfe im Sinne des § 6 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

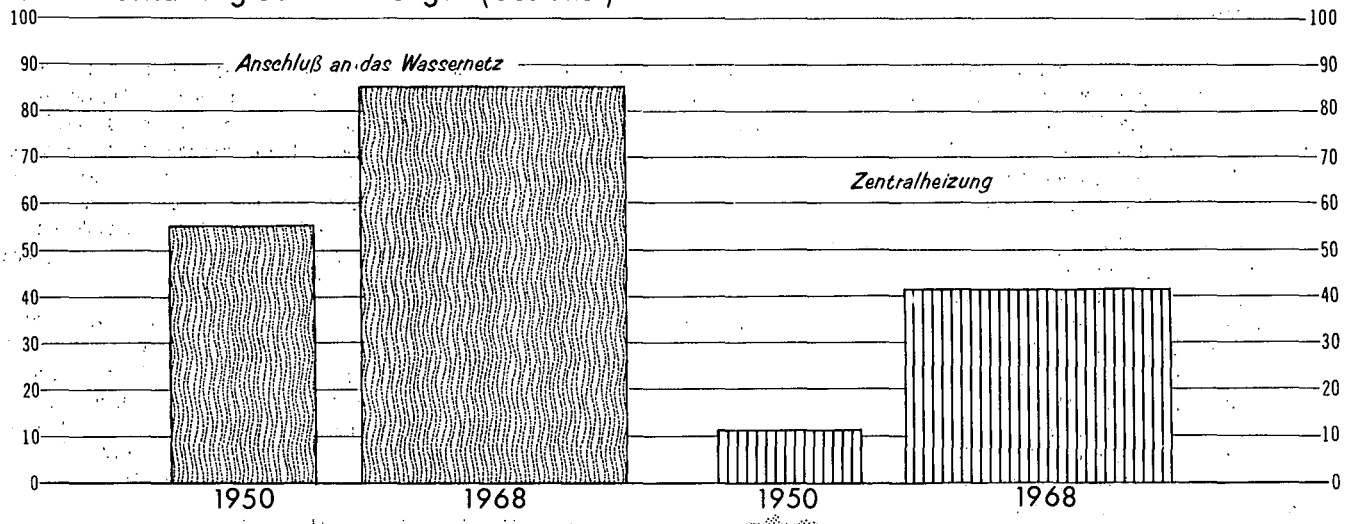
Stand / Jahr	Wohngebäude					Wohnungen					
	insgesamt 1)	davon mit ... Wohnungen: 1	2	3 und mehr: Gebäude	3 und mehr: Wohnungen	in Wohngebäuden 1)	mit: Bad in % 2)	mit: Zentralheizung in % 2)	in Wohn- und Nichtwohngebäuden: insgesamt	darunter öffentlich gefördert	je 1 000 Einwohner (Sp. 9)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	Bestand										
13. 9.1950	253 302	161 942	54 017	37 343	178 136	448 112	15	11	454 199	.	175
6. 6.1961	345 752	211 612	76 729	57 411	296 485	661 555	.	.	674 783	.	291
25.10.1968	423 757	279 743	80 464	63 550	372 451	813 122	65	41	836 027	.	339
31.12.1976	503 129	432 265		70 864	.	.	.	.	1 039 868	.	403
	Fertigstellungen (Rohzugang)										
1950	5 669	2 931	1 423	1 315	.	.	.	.	17 301	.	7
1951	6 088	2 800	1 522	1 766	11 953	17 797	.	.	20 232	.	8
1952	6 727	3 038	2 638	1 051	7 549	15 863	.	.	17 888	.	7
1953	8 472	4 505	2 783	1 184	8 517	18 588	47	5	20 693	14 654	9
1954	8 337	4 869	2 302	1 166	8 465	17 938	61	10	19 933	13 375	9
1955	8 961	6 426	1 597	938	6 557	16 177	65	21	18 322	10 433	8
1956	10 034	6 620	2 022	1 392	9 947	20 611	73	20	23 029	13 544	10
1957	8 992	5 791	1 808	1 393	10 030	19 437	73	25	21 822	13 801	10
1958	8 521	6 132	1 282	1 107	7 380	16 076	82	26	18 392	9 099	8
1959	10 824	7 596	1 564	1 664	12 026	22 750	89	33	25 278	13 446	11
1960	11 962	8 847	1 501	1 614	11 446	23 295	93	42	25 865	13 170	11
1961	11 853	8 845	1 426	1 583	11 640	23 337	94	48	25 949	13 203	11
1962	11 409	8 451	1 346	1 612	12 548	23 691	96	51	26 281	12 578	11
1963	11 718	8 992	1 257	1 469	11 305	22 811	97	61	25 570	11 778	11
1964	12 397	9 305	1 246	1 846	14 473	26 270	96	66	29 855	14 793	13
1965	11 978	9 289	1 095	1 594	14 843	26 322	96	74	29 363	13 710	12
1966	11 555	9 133	1 019	1 403	14 665	25 836	97	85	28 619	12 391	12
1967	11 924	9 572	1 018	1 334	13 867	25 475	98	91	28 694	10 326	12
1968	9 893	7 811	877	1 205	14 288	23 853	99	94	25 771	7 137	10
1969	9 407	7 446	889	1 072	13 047	22 271	98	96	24 110	5 417	10
1970	8 966	7 093	855	1 018	11 747	20 550	99	98	22 039	4 127	9
1971	10 675	8 327	1 111	1 237	15 694	26 243	100	98	28 276	4 590	11
1972	11 603	9 191	1 045	1 367	18 160	29 441	99	99	31 546	4 523	12
1973	12 071	9 574	1 209	1 288	21 048	33 040	99	99	35 246	4 211	14
1974	10 261	8 244	983	1 034	15 699	25 909	100	99	27 543	3 371	11
1975	8 618	7 192	738	688	9 726	18 394	100	100	19 609	2 443	8
1976	9 129	7 984	682	463	5 243	14 591	100	99	15 857	1 780	6

1) für den Abschnitt Fertigstellungen: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude
2) für den Abschnitt Bestand: Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Sp. 9)
für den Abschnitt Fertigstellungen: Wohnungen in Wohngebäuden (Sp. 6)

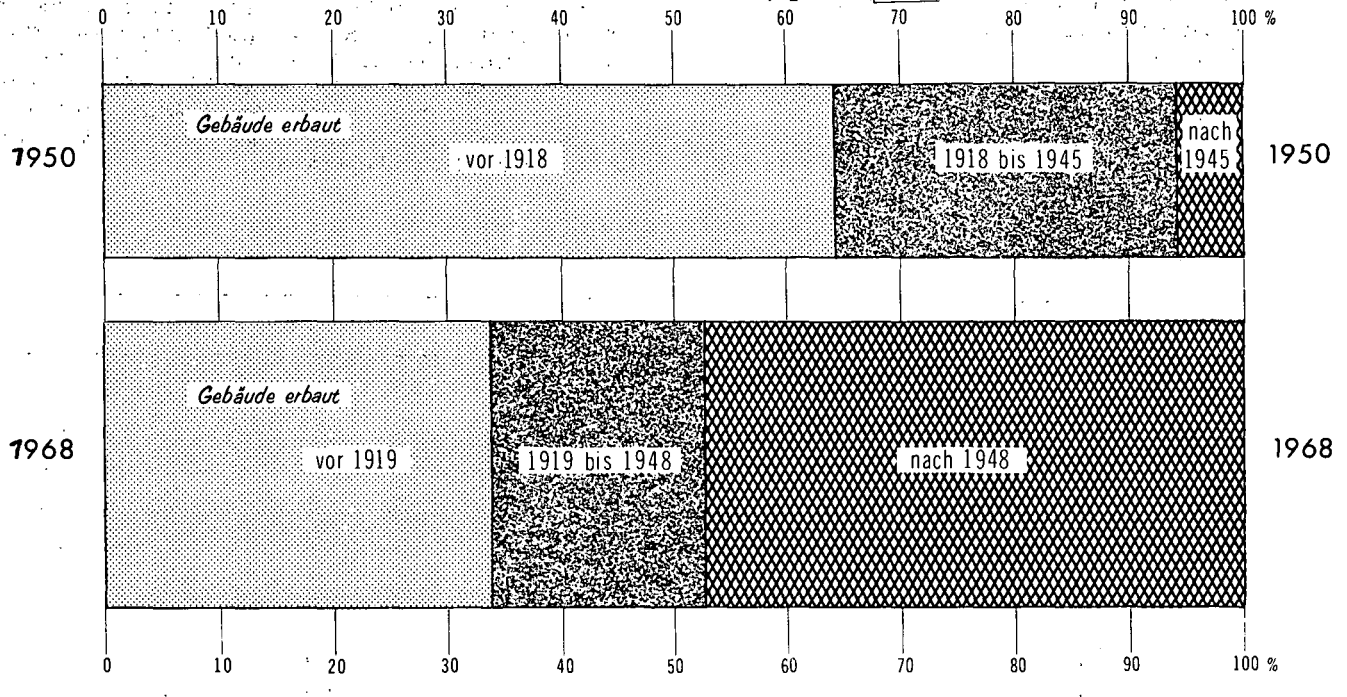
Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte F II 2 (Baufertigstellungen)

Ausstattung der Wohnungen (Bestand)

D – 4925



Baualter der Wohngebäude



Zur Methode

Der Bestand an Gebäuden und Wohnungen wird in mehrjährigen Abständen durch Totalzählungen ermittelt. Nach dem Kriege wurden derartige Bestandsaufnahmen in den Jahren 1950, 1956, 1961 und 1968 durchgeführt. Ab 1956 wurden mit diesen Zählungen nur Bauten erfaßt, in denen Raum zu Wohnzwecken genutzt wurde. Zwischen zwei Totalzählungen werden die wichtigsten Bestandszahlen auf der Basis der jeweils letzten Zählung mit den Nettoergebnissen (Reinzugang) der Bautätigkeitsstatistik jährlich fortgeschrieben. Der derzeitigen Fortschreibung liegen die Zahlen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 zugrunde. Der Reinzugang ergibt sich aus dem Saldo der Zu- und Abgänge. Die Zugänge allein werden als Rohzugang bezeichnet. In der Tabelle wird der jährliche Rohzugang nachgewiesen, da dieser ein Maß für die Bauleistung ist.

Bei der Darstellung der gebäudestatistischen Ergebnisse wird im allgemeinen unterschieden zwischen Wohngebäuden, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sonstigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden), in denen die Wohnungen von untergeordneter Bedeutung sind und Unterkünften mit mangelhafter oder behelfsmäßiger Wohnmöglichkeit (Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben usw.). Zu den Wohngebäuden zählen auch die landwirtschaftlichen Wohngebäude und bis 1960 die Behelfsheime mit mehr als 30 m^2 Wohnfläche sowie ab 1958 Wochenend- und Ferienhäuser mit mehr als 50 m^2 Wohnfläche. Die Wohnungsstatistik gliedert in Wohnungen und behelfsmäßige Wohngelegenheiten. Im Zweifelsfalle ist für die Zuordnung von Wohnraum zu den Wohnungen das Vorhandensein einer Küche oder vollausgebauten Kochnische maßgebend. Zu den Wohngelegenheiten (früher Notwohnungen) zählt der Wohnraum in Kellergeschossen, nicht vollausgebauten Dachgeschossen, in Unterkünften und Wohnraum mit behelfsmäßigen Kochnischen. In dieser Übersicht wurde behelfsmäßiger Wohnraum nicht berücksichtigt.

Ausfuhr

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich seit Kriegsende erheblich ausgeweitet. Betrug der Wert der ausgeführten Waren im Jahre 1950 insgesamt noch 87 Mill. DM, so ist er 1975 auf 4,9 Mrd. DM gestiegen. Die Milliardengrenze wurde 1960 überschritten, 1969 die 2-Milliardengrenze erreicht. Bereits 1972 wurden Ausfuhrerlöse von über 3 Mrd. DM erzielt. Für die Steigerung auf 4 Mrd. DM benötigte die Wirtschaft des Landes schließlich nur noch 2 Jahre.

Der Schwerpunkt der Ausfuhr liegt bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft. Sie kamen 1975 auf einen Wert von 4,3 Mrd. DM, also sieben Achtel der Gesamtausfuhr. Seit dem Beitritt Dänemarks, Großbritanniens und der Republik Irland zum Gemeinsamen Markt hat sich der Anteil der gewerblichen Wirtschaft jedoch etwas verringert. Dafür hat die Ausfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft an Bedeutung gewonnen. An der Spitze aller Warengruppen stehen die Fertigwaren. Auf sie entfielen in dem betrachteten Zeitraum etwa 70 bis 80 % der jährlichen Ausfuhrerlöse. Im Vergleich zu den Fertigwaren spielen die Halbwaren und die Rohstoffe nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen 1954 und 1975 schwankte der Exportanteil von Halbwaren zwischen 3,9 % und 12,9 %, der Anteil der Rohstoffe bewegte sich zwischen 2 % und 3 %.

Die führenden Exportindustrien sind Schiffbau und Maschinenbau. Lange Zeit hatten die Schiffe sogar an erster Stelle der Exportgüterskala gestanden. Zeitweilig betrug ihr Anteil an der Gesamtausfuhr mehr als 40 %. Durch die wachsende ausländische Konkurrenz, insbesondere der Japaner, ging die Schiffsausfuhr nach nach 1960 jedoch sowohl relativ als auch absolut zurück. 1970 betrug der Anteil der Schiffsexporte nur noch 10 %. Danach sind infolge des Booms im Tankerbau die Schiffsexporte wieder kräftig gestiegen. 1975 kletterten sie auf die Rekordhöhe von 932 Mill. DM.

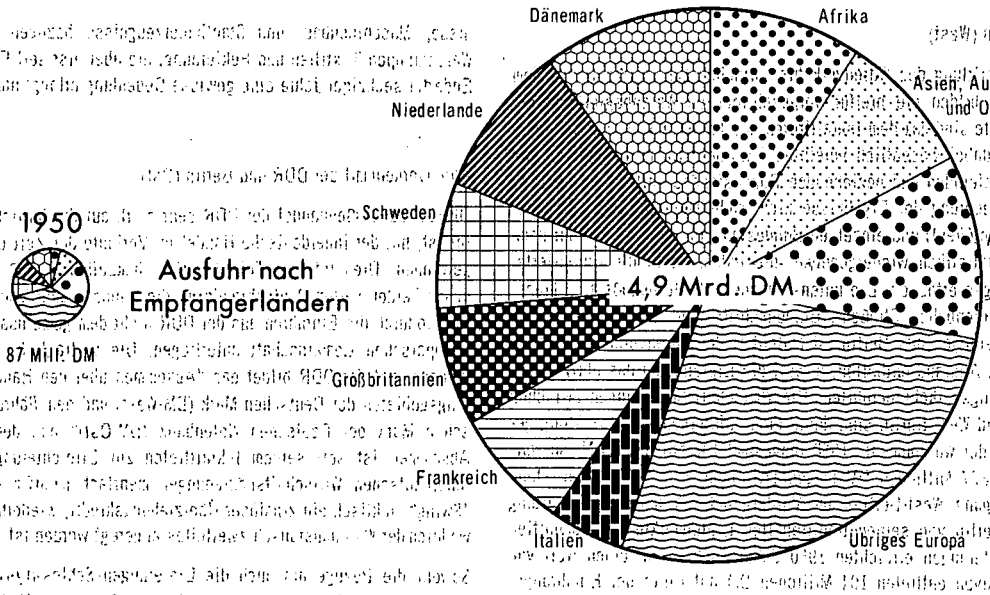
Anfang der 60er Jahre rückte der Maschinenbau an die erste Stelle der Exportwirtschaft. 1975 trug er mit 1,1 Mrd. DM mehr als 20 % zur Gesamtausfuhr bei. Ausgeführt werden die verschiedensten Maschinenarten. Die wichtigsten sind: Pumpen und Druckluftmaschinen, Kraftmaschinen, Papier- und Druckmaschinen, Werkzeugmaschinen und Fördermittel. Eine bedeutende Rolle spielen auch die elektrotechnischen sowie die feinmechanischen und optischen Erzeugnisse. Ihre Werte beliefen sich 1975 auf 303 Mill. DM und 185 Mill. DM. Die Ausfuhr von Rohstoffen ist für das rohstoffarme Land Schleswig-Holstein ohne Bedeutung. Es handelt sich vorwiegend um Exporte von Baumwolle, Reißbaumwolle und Abfällen sowie um Felle und Häute (ohne Pelze). Bei den Halbwaren hat sich in den beiden letzten Jahren eine starke Zunahme der Exporte durch die erheblich gesteigerte Ausfuhr von Kraftstoffen und Schmierölen ergeben. Eine gewisse Bedeutung hatte auch der Export von Roheisen und Zement.

Wichtigste Exportgüter aus dem Bereich der Ernährungswirtschaft waren tierische und pflanzliche Erzeugnisse, wobei die exportierten Warenarten (z. B. Getreide) oft erheblichen Schwankungen unterlagen. Eine bedeutende Rolle spielten auch noch Müllereierzeugnisse, Fleisch und Fleischwaren sowie Fische und Fischzubereitungen. An Bedeutung gewonnen hat in den letzten Jahren die Ausfuhr von Getreide, Milch und Butter. Hieran hatte Großbritannien wesentlichen Anteil. Es war 1975 der bedeutendste Abnehmer ernährungswirtschaftlicher Güter.

Rund 70 bis 80 % des gesamten schleswig-holsteinischen Exports wird von europäischen Ländern aufgenommen. Hauptabnehmer sind die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Zusammen bezogen sie 1975 Waren im Werte von 2 Mrd. DM, das sind 40,5 % der gesamten Ausfuhr. Danach folgte die EFTA-Gruppe mit 823 Mill. DM. Welche Bedeutung die einzelnen Verbrauchsländer für Schleswig-Holsteins Wirtschaft in der Vergangenheit hatten, wird sichtbar, wenn man die Jahresausfuhr ab 1950 länderweise aufrechnet. Es zeigt sich dann, daß bisher Holland mit 3,8 Mrd. DM der wichtigste Abnehmer schleswig-holsteinischer Waren überhaupt war. Dahinter folgten Dänemark (3,2 Mrd. DM), Großbritannien und Nordirland (3,1 Mrd. DM), Norwegen (3,0 Mrd. DM), Schweden und Italien (je 2,5 Mrd. DM) sowie Frankreich (2,4 Mrd. DM). Außerhalb Europas waren die Länder des amerikanischen Kontinents – hier besonders die USA – in der Vergangenheit die wichtigsten Handelspartner.

Jahr	Ausfuhr insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft			Güter der gewerblichen Wirtschaft					
		zusammen	darunter		zusammen	davon				
			Nahrungsmittel	Genußmittel		Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren zusammen	darunter Enderzeugnisse	darunter Wasserfahrzeuge
	Wert in 1 000 DM									
1950	86 850	8 869	5 488	4	77 981	1 858	28 142	47 981	41 584	3 101
1951	232 627	37 706	34 970	2	194 921	9 509	47 280	138 132	110 304	11 358
1952	314 155	31 199	29 241	17	282 956	8 003	57 937	217 016	200 145	83 400
1953	374 571	32 367	30 918	36	342 204	11 642	50 639	279 923	262 050	126 743
1954	509 528	34 187	32 816	42	475 341	13 288	47 971	414 082	388 223	209 427
1955	580 922	47 146	42 710	34	533 776	18 225	50 839	464 712	436 530	238 017
1956	719 309	67 079	61 935	1 081	652 230	21 779	54 261	576 190	540 955	309 980
1957	775 494	52 298	47 995	1 334	723 196	20 957	62 579	639 660	605 270	324 082
1958	811 972	60 945	48 737	8 084	751 027	24 072	57 218	669 736	635 836	302 114
1959	915 463	80 630	59 412	11 396	834 833	30 260	69 369	735 204	699 971	402 382
1960	1 194 015	93 111	71 557	12 854	1 100 904	33 592	93 197	974 114	937 386	565 511
1961	1 074 129	78 880	64 547	9 388	995 249	36 983	101 840	856 427	816 185	393 892
1962	979 974	65 606	53 380	5 812	914 368	37 739	100 627	776 002	732 968	286 847
1963	1 151 219	68 309	54 957	6 512	1 082 911	34 532	133 027	915 352	867 022	363 817
1964	1 153 399	92 498	75 140	9 475	1 060 901	35 537	117 246	908 118	849 850	270 666
1965	1 359 957	146 278	128 383	10 620	1 213 679	35 356	111 816	1 066 506	995 264	307 445
1966	1 645 202	128 268	111 459	10 994	1 516 934	41 698	138 465	1 336 770	1 256 744	485 090
1967	1 540 781	155 427	134 129	13 459	1 385 354	45 186	121 583	1 218 584	1 110 577	196 086
1968	1 904 644	183 154	150 685	25 731	1 721 490	44 984	132 537	1 543 969	1 415 594	457 355
1969	2 159 314	258 032	217 368	32 109	1 901 282	44 910	132 054	1 724 317	1 548 933	379 429
1970	2 165 671	285 307	238 478	41 719	1 880 364	46 204	153 428	1 680 731	1 509 509	214 485
1971	2 576 200	350 631	288 245	55 688	2 225 569	44 081	138 372	2 043 116	1 854 652	453 264
1972	3 012 248	326 642	233 185	76 642	2 685 607	57 177	118 359	2 510 072	2 312 811	600 841
1973	3 357 952	389 882	311 595	68 817	2 968 069	71 222	235 984	2 660 864	2 408 813	586 692
1974	4 410 420	564 453	491 567	64 871	3 845 967	98 852	569 474	3 177 641	2 830 534	588 626
1975	4 940 695	628 863	557 150	60 660	4 311 832	101 978	406 387	3 803 467	3 527 562	931 883

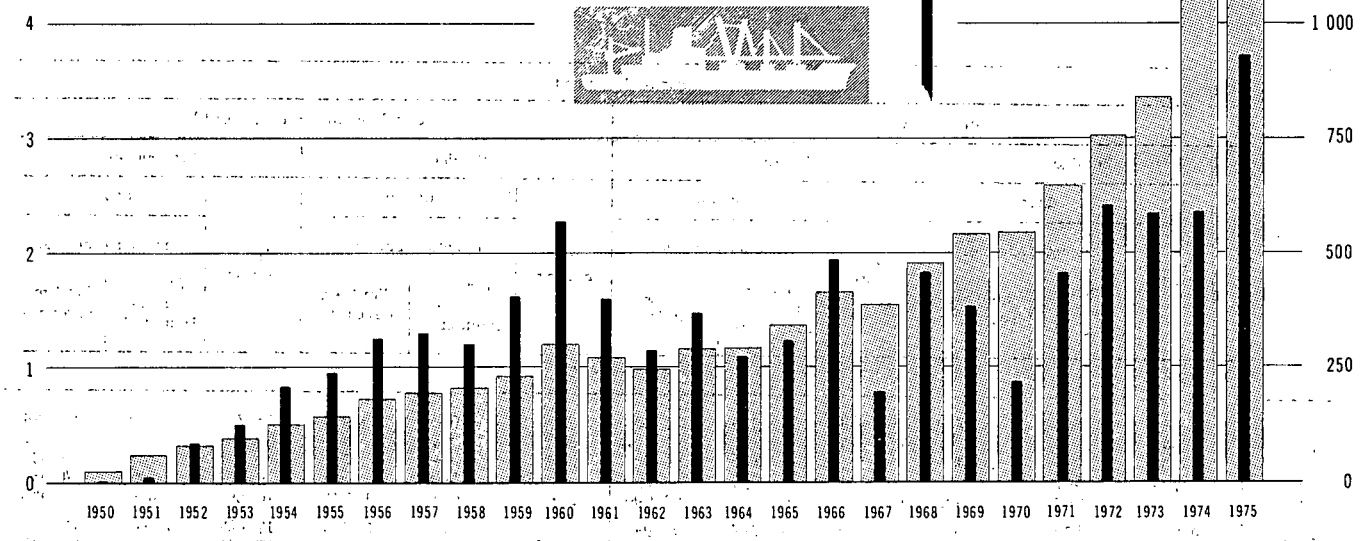
Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte G III 1 (Ausfuhr)



1950
Ausfuhr nach Empfängerländern
87 Mill. DM

Gesamtausfuhr in Mrd. DM

darunter Wasserfahrzeuge in Millionen DM



Zur Methode

Die Außenhandelsstatistik stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr der Bundesrepublik mit der Gesamtheit aller ausländischen Staaten dar. Da die DDR einschließlich Berlin-Ost für die Bundesrepublik kein Ausland ist, wird der Warenverkehr mit diesen Gebieten von der Außenhandelsstatistik nicht erfaßt.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik resultieren aus den Angaben der Ex- und Importeure, wobei jeweils besondere, durch die Grenzzollstellen beglaubigte Anmeldescheine dem Statistischen Bundesamt zur zentralen Aufbereitung übersandt werden. Maßgebend für die zeitliche Abgrenzung ist der Zeitpunkt des Grenzübergangs der Waren.

Für die Aufteilung der Ausfuhrwerte des Bundesgebietes nach Bundesländern ist jeweils das Herstellungsland maßgebend, d. h. das Bundesland, in dem die betreffende Ware geerntet, gefördert, gewonnen oder hergestellt worden ist. Wenn mehrere Bundesländer an der Herstellung beteiligt sind, ist stets das Bundesland maßgebend, wo die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattfand. Als Ziel- oder Verbrauchsland wird dasjenige Land nachgewiesen, in dem die Ware verbraucht oder weiter verarbeitet werden soll. Falls das Verbrauchsland unbekannt ist, tritt an seine Stelle das Empfangsland.

Die Ergebnisse der Ausfuhrstatistik beziehen sich auf den Spezialhandel. Dieser umfaßt die Ausfuhr von Waren (aus dem freien Verkehr, nach aktiver oder passiver Veredelung und Ausbesserung, ferner für den Bedarf fremder Seeschiffe und Luftfahrzeuge), die die Zollgrenze der Bundesrepublik, auch zum Zollgutlager, überschreiten. Die Ausfuhr vom Zollgutlager gehört zum Generalhandel.

Warenverkehr mit Berlin (West) und mit der DDR

Warenverkehr mit Berlin (West)

Grundlage für die Ermittlung des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet bilden die hierfür vorgeschriebenen Warenbegleitscheine. Diese Begleitdokumente sind mit dem Inkrafttreten des Transitabkommens im Jahre 1972 neu gefaßt und dabei wesentlich vereinfacht worden. Da unter anderem die Kennzeichnung des liefernden und beziehenden Bundeslandes entfiel, ist ab 1972 eine regionale Aufgliederung der Ergebnisse nicht mehr möglich. Der Warenaustausch zwischen Berlin (West) und einzelnen Bundesländern wird ab 1972 nur noch durch die Transportstatistiken wiedergegeben, die jedoch nicht die Warenwerte, sondern die Gütermengen erfassen. Die untenstehende Tabelle umfaßt alle Transporte von Waren im Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehr. In den Zahlen über die Lieferungen aus Berlin ist außerdem der Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem Ausland enthalten, soweit die Lieferungen das übrige Bundesgebiet im Durchgangsverkehr berührten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Schleswig-Holstein und West-Berlin sind durch eine aufsteigende Entwicklung gekennzeichnet. Betrug der Warenumsatz 1950 insgesamt 180 Millionen DM, so wurden 25 Jahre später 827 Millionen DM umgesetzt. Nach dem 2. Weltkrieg stand zunächst die Versorgung West-Berlins im Vordergrund, da durch die Spaltung Deutschlands West-Berlin von seinen traditionellen Liefermärkten abgeschnitten worden war. Die Lieferungen erreichten 1950 daher auch schon einen Wert von 156 Millionen DM. Davon entfielen 104 Millionen DM auf Güter der Ernährungsindustrie. Bis 1971 waren die Lieferungen auf 443 Millionen DM geklettert. Die Ernährungsindustrie konnte ihre Lieferungen auf 245 Millionen DM erhöhen. Langfristig ist ihr Anteil jedoch zurückgegangen. Die Bezüge Schleswig-Holsteins aus West-Berlin hatten zunächst nur einen verhältnismäßig geringen Umfang. 1950 lag ihr Wert bei 22 Millionen DM. Nach und nach haben die Bezüge gegenüber den Lieferungen aber aufgeholt. 1971 bezog Schleswig-Holstein schließlich Waren im Werte von 384 Millionen DM. Damit lagen die Bezüge nur noch um rund 60 Millionen DM unter den Lieferungen. Aus Berlin wurden vor allem elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinenbau- und Stahlbauerzeugnisse bezogen. Dahinter folgten die Warengruppen Textilien und Bekleidung, die aber erst seit Ende der fünfziger bzw. Ende der sechziger Jahre eine gewisse Bedeutung erlangt haben.

Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)

Obwohl der Außenhandel der DDR sehr stark auf die östlichen Partner ausgerichtet ist, hat der innerdeutsche Handel im Verlaufe der Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Warenverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands für die Bundesrepublik formal kein Außenhandel ist, wodurch die Einfuhren aus der DDR nicht dem gemeinsamen Außenzolltarif der Europäischen Gemeinschaft unterliegen. Die vertragliche Grundlage des Warenverkehrs mit der DDR bildet das "Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)" aus dem Jahre 1951. Dieses Abkommen ist seit seinem Inkrafttreten zur Erleichterung und Ausweitung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen mehrfach modifiziert worden. So ist der "Swing", faktisch ein zinsloser Überziehungskredit, wiederholt angehoben worden, wodurch der Warenaustausch zweifellos angeregt worden ist.

Sowohl die Bezüge als auch die Lieferungen Schleswig-Holsteins aus der DDR sind – langfristig gesehen – angestiegen. Gegenüber 1950 waren die Bezüge im Jahre 1975 etwa sechsmal so hoch, die Lieferungen sind auf mehr als das Dreifache angewachsen. Der starke Anstieg der Umsätze im Jahre 1970 gegenüber 1969 ist allerdings darauf zurückzuführen, daß die Zuordnung des Warenverkehrs nach Bundesländern sich ab 1970 wieder nach dem Land richtete, wo der Lieferer oder Bezieher seinen Sitz hat. Zwischen 1963 und 1969 war der Warenverkehr vorübergehend nach dem Genehmigungsland, das heißt dem Land, das die Bezugs- oder Liefergenehmigung ausstellte, aufgegliedert worden.

Jahr	Warenverkehr mit Berlin (West)						Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)					
	Bezüge			Lieferungen			Bezüge			Lieferungen		
	insgesamt	davon Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	davon Erzeugnisse der übrigen Bereiche	insgesamt	davon Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	davon Erzeugnisse der übrigen Bereiche	insgesamt	davon Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	davon Erzeugnisse der übrigen Bereiche	insgesamt	davon Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	davon Erzeugnisse der übrigen Bereiche
	Wert in 1 000 DM											
1950	22 335	1 606	20 729	156 544	103 939	52 605	9 942	3 973	5 969	15 713	2 889	12 824
1951	20 947	.	.	180 514	.	.	2 657	.	.	9 402	.	.
1952	23 297	2 892	20 405	151 338	87 196	64 142	1 080	-	1 080	6 338	3 807	2 531
1953	27 704	1 491	26 213	187 193	116 399	70 794	2 078	469	1 609	5 555	622	4 933
1954	35 653	2 745	32 908	190 301	109 702	80 599	2 622	1 051	1 571	10 852	906	9 946
1955	59 053	8 403	50 650	237 719	146 777	90 942	3 963	1 200	2 763	17 447	3 964	13 483
1956	70 292	5 044	65 248	289 407	159 247	130 160	4 766	14	4 752	17 065	6 361	10 704
1957	79 673	2 326	77 347	336 592	183 021	153 571	3 744	250	3 494	15 344	1 263	14 081
1958	97 506	4 538	92 968	337 048	162 950	174 098	3 692	749	2 943	14 537	397	14 140
1959	140 903	8 126	132 777	408 726	212 929	195 797	18 459	1 006	17 453	18 316	5 790	12 526
1960	166 376	18 540	147 826	381 584	213 242	168 342	6 728	509	6 219	14 569	465	14 104
1961	171 647	18 300	153 347	404 786	235 129	169 657	6 097	174	5 923	16 517	4 191	12 326
1962	190 796	20 378	170 418	413 052	247 616	165 436	6 101	214	5 887	19 801	8 806	10 995
1963	203 552	28 637	174 915	420 919	253 971	166 948	5 550	140	5 410	8 181	873	7 308
1964	229 293	37 647	191 646	400 938	240 714	160 224	6 069	556	5 513	13 997	4 902	9 095
1965	239 408	44 231	195 177	438 116	259 260	178 856	15 195	7 645	7 550	8 333	2 484	5 849
1966	264 944	42 134	222 810	411 450	252 982	158 468	21 567	11 896	9 671	15 159	742	14 417
1967	290 333	44 652	245 681	389 582	241 000	148 582	10 201	1 568	8 633	12 769	873	11 896
1968	291 183	37 263	253 920	455 336	298 636	156 700	14 670	244	14 426	9 947	718	9 229
1969	360 158	38 904	321 254	437 987	272 141	165 846	19 150	298	18 852	12 487	1 755	10 732
1970	384 862	45 285	339 577	440 073	262 718	177 355	64 522	2 118	62 404	56 985	12 380	44 605
1971	384 175	59 056	325 119	443 213	245 026	198 187	79 648	3 689	75 959	51 205	14 785	36 420
1972	.	.	.	.	.	.	44 008	4 324	39 684	52 888	6 823	46 065
1973	.	.	.	.	.	.	60 533	4 585	55 948	50 650	4 626	46 024
1974	.	.	.	.	.	.	91 513	3 909	87 604	63 175	4 422	58 753
1975	.	.	.	.	.	.	64 033	3 031	61 002	50 287	5 813	44 474

Anmerkung: In den Jahren von 1950 bis 1957 wurde Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) nach Verrechnungseinheiten (VE) abgerechnet. Praktisch bedeutet jedoch eine Verrechnungseinheit 1 DM-West, so daß die Werte hier in DM angegeben wurden

Straßen

Das Straßennetz wird in Straßen des überörtlichen Verkehrs (klassifizierte Straßen), in Gemeindestraßen und in Privatstraßen aufgeteilt. Zur ersten Gruppe zählen Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die Längen dieser Straßenarten werden jährlich ermittelt. Demgegenüber werden die Gemeinde- und Privatstraßen nur alle 5 Jahre, zuletzt 1976, erhoben. Daher gibt es keine durchgehende Reihe für das gesamte Straßennetz.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Straßenbestandserhebungen von 1956 und 1976 zeigt, daß das Straßennetz (ohne Privatstraßen) in Schleswig-Holstein beträchtlich erweitert worden ist: seine Gesamtlänge ist von 20 895 km auf 28 001 km gestiegen. Damit ist das Straßennetz in diesen 20 Jahren um rund 7 000 km oder 34 % gewachsen. Von dem Zuwachs entfielen 4 488 km auf die Gemeindestraßen (+ 31 %) und 2 619 km auf die Straßen des überörtlichen Verkehrs (+ 40 %).

Das Straßennetz für den überörtlichen Verkehr bestand im Jahre 1976 aus 258 km Autobahn, 1 912 km Bundesstraße, 3 522 km Landesstraße und 3 435 km Kreisstraße. Dazu kommen noch 357 km Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen in der Baulast der Gemeinden. Insgesamt stand dem überörtlichen Verkehr 1976 also eine Straßenlänge von 9 485 km zur Verfügung, das ist etwa ein Drittel des gesamten Straßennetzes für den öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr.

An dem Wachstum des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr ab 1951 war jede der vier Straßenklassen beteiligt, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Am stärksten, nämlich um rund 1 500 km, ist das Kreisstraßennetz erweitert worden. Dahinter folgen die Landesstraßen mit einem Zuwachs von rund 900 km, die Bundesstraßen mit rund 700 km und die Autobahnen mit einem Zuwachs von knapp 200 km. Während Bundes-, Landes- und Kreisstraßen kontinuierlich ausgebaut worden sind, dauerte es bis zum Jahre 1970, ehe sich zur Autobahn Hamburg – Lübeck weitere Autobahnstrecken gesellten. Am 1. Januar 1976 bestanden neben der A 1 zwischen Hamburg und Lübeck die Bundesautobahn Hamburg – Flensburg bis Jagel mit der Abzweigung nach Kiel sowie eine Reihe von Autobahn-Teilstücken.

Zur Bewältigung des ständig steigenden Verkehrsaufkommens wurden in dem betrachteten Zeitraum neben der Verlängerung des Straßennetzes auch viele Straßen verbreitert und mit besseren Decken versehen. Eine leichte Decke tragen heute nur noch einige km der klassifizierten Straßen, 1951 waren es noch 36 % des Straßennetzes gewesen. Auch die durch eine Oberflächenschutzschicht schon etwas widerstandsfähigeren Decken haben an Bedeutung verloren. Während 1951 noch 33 % der Verkehrswege solche mit einer Oberflächenschutzschicht waren, machten diese Straßen 1976 nur 8 % des Straßennetzes aus. Die mittelschweren Decken, hauptsächlich bituminöse Decken unter 6 cm, bilden heute den vorherrschenden Deckentyp. Ihr Anteil ist von 13 % auf 61 % gestiegen. Die Länge der mit einer mittelschweren Decke versehenen Straßen des überörtlichen Verkehrs betrug 1976 5 600 km. Auch die mit schweren Decken versehenen Verkehrswege nahmen zu. Ihr Anteil betrug 1976 27 % gegenüber 18 % im Jahre 1951.

Die Ausführungen zu den Deckenarten beziehen sich nur auf die von Bund, Land, Kreisen und kreisfreien Städten unterhaltenen Straßen des überörtlichen Verkehrs. Welche Decken die in der Baulast der Gemeinden liegenden Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen tragen, konnte nicht festgestellt werden. Die Gesamtlänge dieser Ortsdurchfahrten ergibt sich als Differenz zwischen den Angaben in den Spalten 1 und 6 der folgenden Tabelle.

Straßen des überörtlichen Verkehrs

- Länge in km -

Jahr[1]	Gesamtlänge	davon				Von Bund, Land, Kreisen und kreisfreien Städten unterhaltene Straßen					
							davon				
		Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	insgesamt	leichte Decken[2]	Oberflächenschutzschichten	mittelschwere Decken[3]	schwere Decken[4]	sonstige Decken
1951	6 217	64	1 322	2 690	2 141	5 942	2 139	1 969	780	1 051	2
1952	6 224	64	1 321	2 694	2 144	5 948	2 023	2 005	844	1 074	2
1953	6 257	64	1 322	2 714	2 157	5 980	1 908	2 041	951	1 073	6
1954	6 423	64	1 366	2 788	2 204	6 145	1 849	2 104	1 064	1 122	6
1955	6 523	64	1 366	3 110	1 984	6 247	1 710	2 203	1 195	1 127	12
1956	6 769	64	1 365	3 349	1 991	6 493	1 478	2 294	1 574	1 133	14
1957	6 875	64	1 366	3 425	2 020	6 599	1 313	2 311	1 817	1 144	14
1958	7 026	64	1 408	3 454	2 100	6 748	1 135	2 317	2 113	1 165	19
1959	7 056	64	1 438	3 450	2 104	6 773	903	2 283	2 375	1 192	19
1960	7 054	64	1 440	3 449	2 100	6 747	680	2 250	2 675	1 124	18
1961	7 288	64	1 626	3 332	2 265	6 998	548	2 208	3 098	1 087	57
1962	7 349	64	1 797	3 496	1 990	7 143	347	2 151	3 383	1 147	114
1963	7 926	64	1 799	3 549	2 514	7 745	323	2 181	3 953	1 137	152
1964	8 071	65	1 797	3 599	2 610	7 872	247	1 986	4 396	1 088	155
1965	8 268	65	1 812	3 704	2 686	8 058	210	1 792	4 767	1 128	161
1966	8 381	65	1 809	3 723	2 783	8 167	151	1 691	4 978	1 172	174
1967	8 525	65	2 009	3 556	2 895	8 303	150	1 514	5 180	1 254	204
1968	8 711	65	2 006	3 566	3 073	8 460	125	1 351	5 407	1 370	206
1969	8 860	67	2 009	3 576	3 208	8 584	132	1 231	5 452	1 574	195
1970	8 980	76	2 003	3 594	3 306	8 690	114	1 139	5 453	1 788	196
1971	9 145	113	2 006	3 623	3 403	8 827	91	1 083	5 500	1 956	196
1972	9 214	157	1 997	3 608	3 452	8 896	83	1 003	5 531	2 099	179
1973	9 308	223	1 984	3 621	3 480	8 985	78	948	5 537	2 251	171
1974	9 329	223	1 987	3 613	3 505	8 986	84	893	5 544	2 294	171
1975	9 372	222	1 984	3 614	3 552	9 018	69	854	5 492	2 337	266
1976	9 485	258	1 987	3 616	3 623	9 119	56	768	5 595	2 462	236

1) bis 1960 Stand: 1. 4.; ab 1961 Stand: 1. 1.

2) kiesgebundene Decken und Klinker

3) bituminöse Decken unter 6 cm, einschließlich Tränk-, Streu- und Mischmakadam

4) bituminöse Decken über 6 cm, altes Kopfsteinpflaster, Groß- und Kleinpflaster und Zementbetondecken

Quelle: Landesamt für Straßenbau und Straßenverkehr Schleswig-Holstein

Kraftfahrzeuge

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Schleswig-Holstein ist durch einen steilen, kontinuierlichen Anstieg gekennzeichnet. Waren 1950 erst 66 000 Kraftfahrzeuge registriert, betrug ihre Zahl 1975 über 875 000. Zu diesem Anstieg trugen in erster Linie die Personenkraftwagen bei. Ihre Zahl ist in dem betrachteten Zeitraum von 20 000 auf 742 000 angewachsen. Damit entfielen 1975 auf 1 000 Einwohner 287 Personenkraftwagen. 1950 lag die PKW-Dichte bei 8 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner. Wenn auch der PKW-Bestand ständig zugenommen hat, so ist doch eine Änderung im Wachstumstempo eingetreten. Während nämlich bis 1966 der PKW-Bestand um eine von Jahr zu Jahr steigende Zahl von Fahrzeugen aufgestockt wurde, ist der Bestandszuwachs in der nachfolgenden Zeit immer geringer geworden. Die Wachstumsabschwächung wurde dabei von heftigen jährlichen Schwankungen begleitet, deren Ursache die beiden Rezessionen in den Jahren 1966/67 und 1974/75 waren.

Gleichzeitig mit dem Anwachsen des PKW-Bestandes sind die Fahrzeuge größer und schneller geworden. 1955 gab es in Schleswig-Holstein noch 16 000 Kleinwagen, also Wagen mit Motoren unter 1 l Hubraum. Das war ein Viertel des gesamten PKW-Bestandes. Mitte 1960 gab es insgesamt 53 000 (33 %) und Mitte 1966 92 000 (24 %) Kleinwagen. Danach ist der Bestand an kleineren PKWs kontinuierlich auf 69 000 (10 %) im Jahre 1975 zurückgegangen. Die Zahl der PKW mit Motoren von 1 l und mehr Hubraum hat sich dagegen stetig ausgeweitet. Während es am 1. Juli 1955 46 000 Personenkraftwagen ab 1 l Hubraum gab, waren es 20 Jahre später 612 000. Seit 1969 geht auch der Anteil der Mittelklassewagen zugunsten noch größerer Wagen zurück. Mitte 1975 gehörte bereits jeder dritte PKW der Wagenklasse ab 1,5 l Hubraum an. Betrachtet man den Anteil der Hubraumklasse am jährlichen Zuwachs des PKW-Bestandes, zeichnen sich die strukturellen Verschiebungen noch schärfer ab. Hauptträger der Motorisierung zwischen 1955 und 1970 waren die Personenwagen mit Motoren zwischen 1 und 1,5 l Hubraum. Ihr Anteil am jährlichen Zuwachs schwankte zwischen 49 und 64 %. 1971 übernahmen dann die nächstgrößeren Wagen die führende Rolle. 1975 entfielen auf sie 69 % des Bestandszuwachses.

Im Vergleich zum PKW hat das motorisierte Zweirad (ohne Kleinkrafträder) nur eine untergeordnete Bedeutung für den Individualverkehr. Zu Beginn der Motorisierungswelle war es jedoch zahlreicher vertreten als der PKW. Erst 1956 gab es mehr Personenkraftwagen als Motorräder in Schleswig-Holstein. Seitdem ist aber auch die Zahl der Motorräder bis 1972 kontinuierlich zurückgegangen. Ab 1973 hat sich der Bestand an zulassungspflichtigen Motorrädern mit amtlichem Kennzeichen wieder etwas erhöht. Dies ist in erster Linie den japanischen Herstellern zu verdanken, die mit attraktiven Modellen auf dem Markt vorgedrungen sind. Der Anteil der japanischen Hersteller machte 1975 mehr als ein Drittel des Motorradbestandes aus. Neben diesen modernen Maschinen gibt es noch eine stattliche Zahl von Motorrädern, die schon seit längerem nicht mehr gebaut werden. Dazu zählen die Marken Adler, Auto-Union/DKW, Expreß, Heinkel Horex, NSU und Triumpf. Zusammen vereinigten sie 1975 16,3 % des Bestandes auf sich. Im Unterschied zu den schwereren Maschinen haben die in der Tabelle nicht aufgeführten Kleinkrafträder (unter 50 cm^3) in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Hiervon sind die Mopeds, Mofas und Mokicks besonders stark hervorgetreten. Ihre Zahl ist von 39 000 im Jahre 1968 auf 63 000 im Jahre 1975 angestiegen. Die Zahl der übrigen Kleinkrafträder betrug 1975 etwas mehr als 9 000.

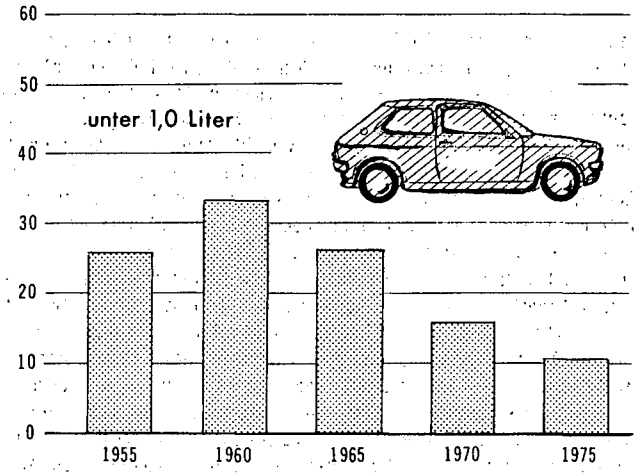
Betrachtet man die Entwicklung bei den Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibussen und Sonderkraftfahrzeugen, so ist festzustellen, daß sich der Bestand dieser Kraftfahrzeuggruppe seit 1950 ständig erhöht hat. Während 1950 über 24 000 schwere Kraftfahrzeuge registriert waren, betrug ihre Zahl 1975 fast 126 000, also das Fünffache. Dennoch ist der Anteil der schweren Kraftfahrzeuge am gesamten Kraftfahrzeugbestand von 36,9 % im Jahre 1950 auf 14,4 % im Jahre 1975 zurückgegangen, da der Bestand an Personenkraftwagen weit stärker angestiegen ist. Von den 126 000 schweren Kraftfahrzeugen waren 1975 56,4 % Zugmaschinen, hauptsächlich Traktoren, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden, 34,9 % Lastkraftwagen, 7,1 % Sonderkraftfahrzeuge – hier handelt es sich vor allem um Krankenkraftwagen, Feuerwehrfahrzeuge und Wohnmobile – und 1,7 % Kraftomnibusse.

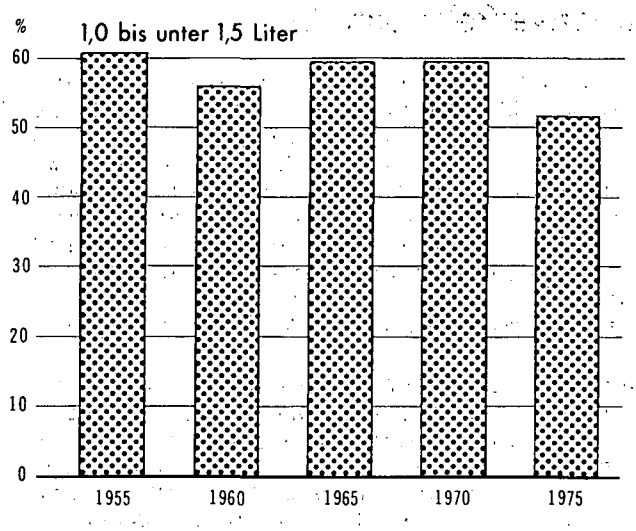
Stand: 1. 7.	Kraftfahrzeuge insgesamt	davon							
		Personen- und Kombinationskraftwagen			Kraftomnibusse	Lastkraftwagen	Zugmaschinen	Sonderkraftfahrzeuge	Krafträder (ohne Kleinkrafträder)
		insgesamt	darunter Kombinationskraftwagen	je 1 000 Einwohner					
		Anzahl							
1950	66 243	19 802	.	8	553	15 758	7 147	995	22 151
1951	88 050	26 529	.	11	642	19 279	9 258	1 135	31 381
1952	111 893	33 942	.	14	755	22 672	12 787	1 300	40 614
1953	139 028	42 443	.	18	833	25 636	16 580	1 558	52 144
1954	166 865	53 763	1 322	23	935	27 755	19 932	1 709	62 938
1955	188 427	64 576	2 446	28	947	27 862	23 539	1 838	69 830
1956	203 539	75 433	3 669	33	979	27 181	26 033	1 902	72 145
1957	224 602	91 663	4 924	41	1 034	27 712	28 958	2 088	73 284
1958	245 769	112 951	6 630	50	1 062	27 947	33 209	2 202	68 544
1959	272 540	139 897	8 645	61	1 083	28 205	37 426	2 249	63 812
1960	306 921	172 098	10 636	75	1 155	29 190	42 034	2 372	60 210
1961	341 217	205 659	12 645	89	1 186	30 769	45 873	2 574	55 306
1962	378 944	244 897	15 218	105	1 249	32 625	49 616	2 860	47 697
1963	418 859	287 816	18 179	123	1 308	34 345	53 153	3 213	39 024
1964	457 557	330 817	22 429	140	1 315	35 847	55 857	3 607	30 114
1965	497 802	374 354	26 349	157	1 329	36 721	57 928	4 070	23 400
1966	543 440	421 266	30 362	174	1 366	37 618	60 585	4 641	17 964
1967	569 058	451 062	33 062	185	1 444	37 075	62 050	5 044	12 383
1968	596 496	478 484	35 696	195	1 504	37 982	63 352	5 449	9 725
1969	636 127	515 512	38 799	208	1 558	39 277	65 667	5 901	8 212
1970	697 894	572 856	44 191	228	1 695	41 849	67 816	6 422	7 256
1971	753 703	625 736	48 965	246	1 759	43 569	69 208	7 052	6 379
1972	796 213	666 099	52 978	260	1 860	44 260	70 305	7 569	6 120
1973	836 723	704 090	56 732	273	1 947	45 130	71 035	8 072	6 449
1974	850 560	717 576	57 847	278	2 051	44 720	70 676	8 492	7 045
1975	875 473	741 865	59 858	287	2 128	43 967	71 003	8 886	7 624

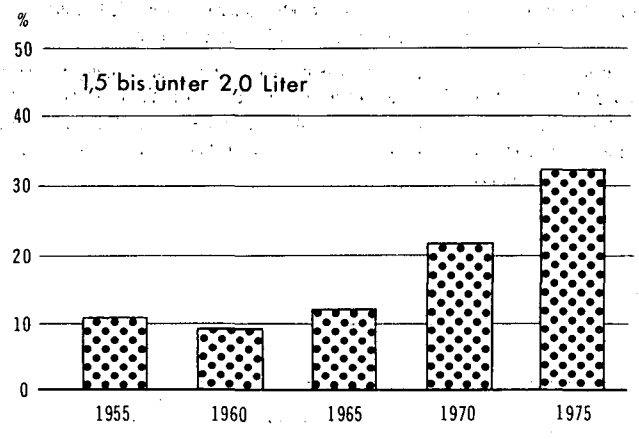
Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

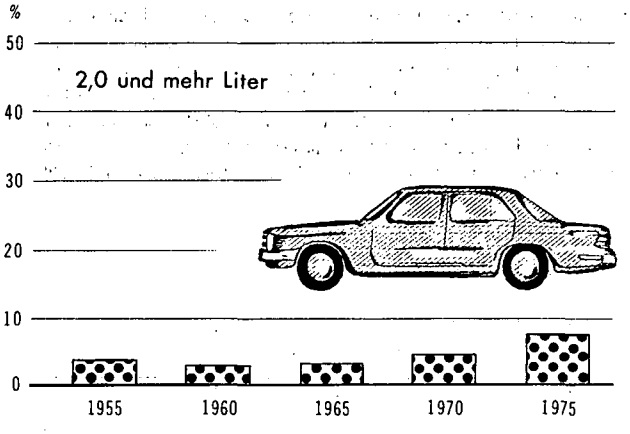
Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte H I 2 (Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern)

Anteile der Hubraumklassen unter den Pkw *

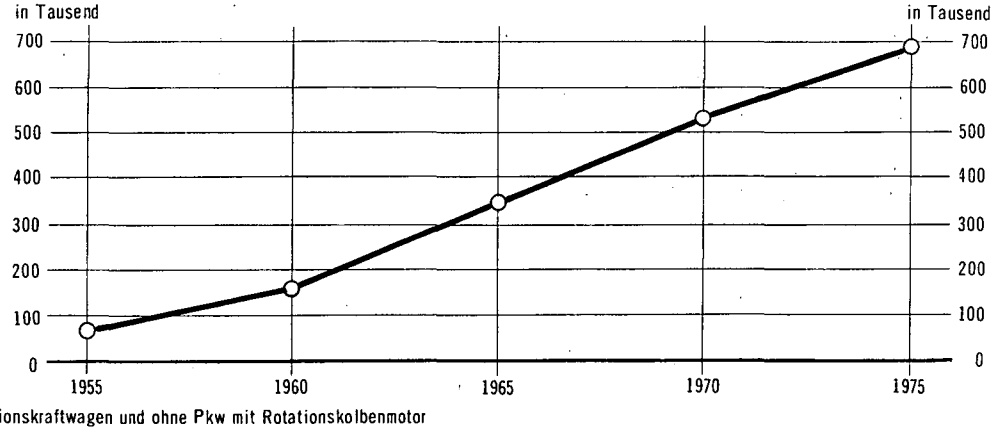








Gesamtbestand an Pkw *



*Ohne Kombinationskraftwagen und ohne Pkw mit Rotationskolbenmotor

D – 4901

Zur Methode

Die vorliegenden Zahlen sind den Veröffentlichungen des Kraftfahrt-Bundesamtes entnommen. Die Tabelle enthält alle nach der Straßenverkehrszulassungsordnung zugelassenen Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, für die ein Fahrzeugbrief ausgestellt worden ist, einschließlich der vorübergehend stillgelegten Kraftfahrzeuge. Da die Arbeitsmaschinen, wie Straßenreinigungsfahrzeuge oder Bagger, sowohl ohne als auch mit Fahrzeugbrief vorkommen können, wird diese Kraftfahrzeugart nicht vollständig wiedergegeben. Zu den Kombinationskraftwagen ist zu bemerken, daß sie bis 1953 teilweise zu den Lastkraftwagen gezählt wurden.

Kleinkrafträder sind motorisierte Zweiräder mit einem Hubraum bis 50 cm^3. Wenn sie Pedale aufweisen, heißen sie Mofas (bis 25 km/h) oder Mopeds (bis 40 km/h), haben sie dagegen einen Kickstarter und sind sie nicht schneller als 40 km/h, bezeichnet man sie als Mokicks. Die Kleinkrafträder mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h haben keine besondere Bezeichnung.

Straßenverkehrsunfälle

Mit dem wachsenden Straßenverkehr hat sich auch die Zahl der Unfälle merklich erhöht. Ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins im Jahre 1950 knapp 10 000 Personen- und Sachschadensunfälle, so waren es 1975 insgesamt 63 000 Unfälle. Allerdings hat sich die Zahl der Unfälle langfristig nicht so stark wie der Kraftfahrzeugbestand erhöht. Dies liegt u. a. daran, daß die Fahrleistungen je Kraftfahrzeug – bei starker Zunahme der Gesamtfahrleistungen aller Kraftfahrzeuge infolge der Bestandserhöhung – zurückgegangen sind. Darüber hinaus ist der geringere Anstieg der Unfälle vor allem auf den Ausbau des Straßennetzes, auf Maßnahmen zur Unfallverhütung, auf die abnehmende Verkehrsbedeutung des Kraftrades und auf die Fortschritte in der Kraftfahrzeugtechnik zurückzuführen.

Das Unfallgeschehen auf den Straßen Schleswig-Holsteins hat sich seit 1950 nicht kontinuierlich verschlechtert. Vielmehr wird die langfristige Entwicklung von zyklischen Bewegungen überlagert. Die Entwicklung der Unfälle mit Personenschaden läßt sich in mehrere Abschnitte aufteilen. Der erste Abschnitt erstreckt sich bis zum Jahre 1961. Er ist durch eine ständige Zunahme der Unfallzahlen gekennzeichnet. Es schließt sich dann eine rückläufige Entwicklung an, die bis zum Jahre 1965 reicht. Bei näherer Betrachtung der Unfallzahlen zeigt sich, daß sich das Unfallgeschehen in jener Periode nur innerhalb von Ortschaften entspannt hat. Außerhalb von Ortschaften nahm die Zahl der Unfälle auch weiterhin zu. Der Rückgang der Unfälle innerhalb von Ortschaften ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Pkw an die Stelle des weniger sicheren Motorrades als Verkehrsmittel trat. Da die Unfallbeteiligung der Motorräder innerhalb der Ortschaften wesentlich höher war als auf der freien Strecke, wirkte sich der Strukturwandel im Kraftfahrzeugbestand insbesondere auf das Unfallgeschehen innerhalb der geschlossenen Ortslage aus. Sicherlich haben aber auch die 1961 herausgegebenen Richtlinien für die Behandlung von Mehrfachtätern eine dämpfende Wirkung gehabt. Durch die sog. "Zebranovelle", durch die die Fußgänger stärker geschützt werden sollten, und die schärferen Sanktionen für Verkehrsdelikte konnte die Zahl der Unfälle innerorts 1965 noch weiter herabgedrückt werden. 1966 stieg dann auch innerhalb von Ortschaften die Zahl der Unfälle im Zuge der allgemeinen Entwicklung des Verkehrs wieder an, so daß auch die Gesamtzahl der Unfälle wieder zunahm. Dieser Trend setzte sich bis zum Jahre 1972, dem bisherigen Höhepunkt der Unfallentwicklung in Schleswig-Holstein, fort. Damals ereigneten sich rund 18 000 Unfälle mit Personenschaden. Die besorgniserregende Unfallentwicklung nach 1965 veranlaßte den Gesetzgeber zu einschneidenden Maßnahmen. So wurde die zulässige Geschwindigkeit auf Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) zum 1. Oktober 1972 auf 100 km/h begrenzt. Weiter wurde Mitte 1973 das sog. 0,8-Promille-Gesetz verabschiedet. Danach begeht ein Kraftfahrzeugführer schon mit einem Blutalkoholwert von 0,8 ‰ eine Ordnungswidrigkeit. Eine dämpfende Wirkung hatte auch die Ölkrise im Herbst 1973. Sie führte zu vier Sonntagsfahrverboten am Ende des Jahres 1973 sowie zu weiteren, auf 6 Monate befristeten Geschwindigkeitsbegrenzungen (Autobahnen: 100 km/h, übrige Außerortsstrecken: 80 km/h). Um Benzin zu sparen, fuhren die meisten Autofahrer weniger und langsamer. All dies bewirkte, daß die Zahl der Unfälle und Verunglückten erheblich zurückging. Die Schockwirkung hielt jedoch nicht lange vor, denn bereits 1975 stiegen die Unfallzahlen wieder an.

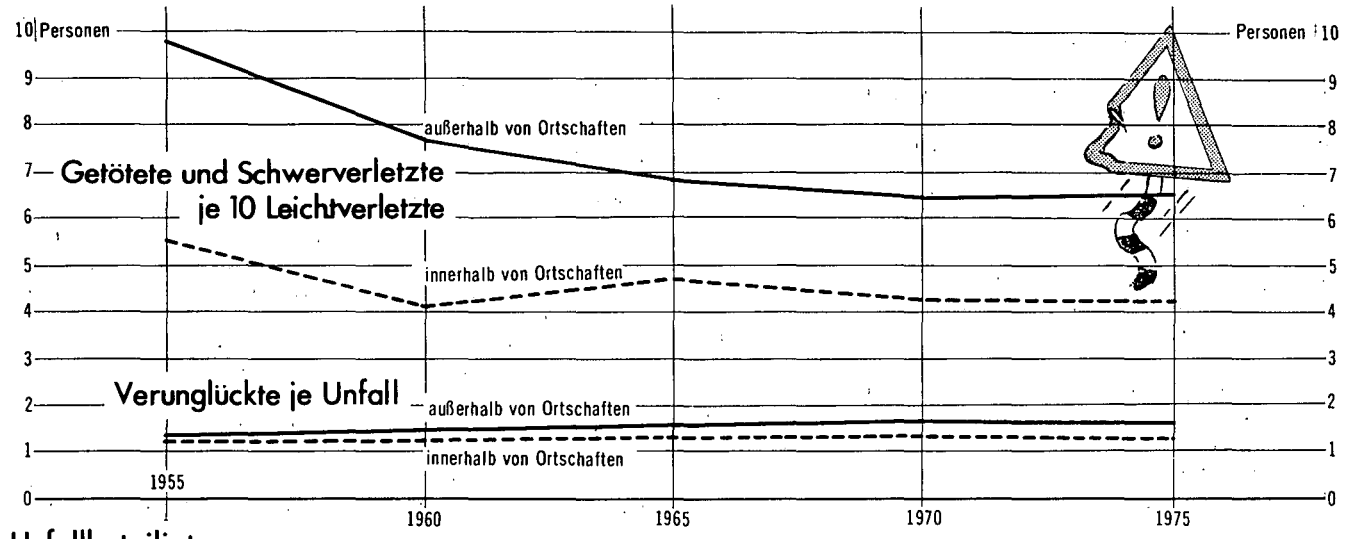
In den letzten Jahren hat das Moped erheblich an Verkehrsbedeutung gewonnen. Dadurch hat auch die Zahl der verunglückten Führer und Mitfahrer von Mopeds (einschl. Mofas und Mokicks) stark zugenommen. Demgegenüber war die Zahl der in einem Pkw verunglückten Personen – trotz einer Zunahme des Pkw-Bestandes um 30 % – 1975 niedriger als 1970.

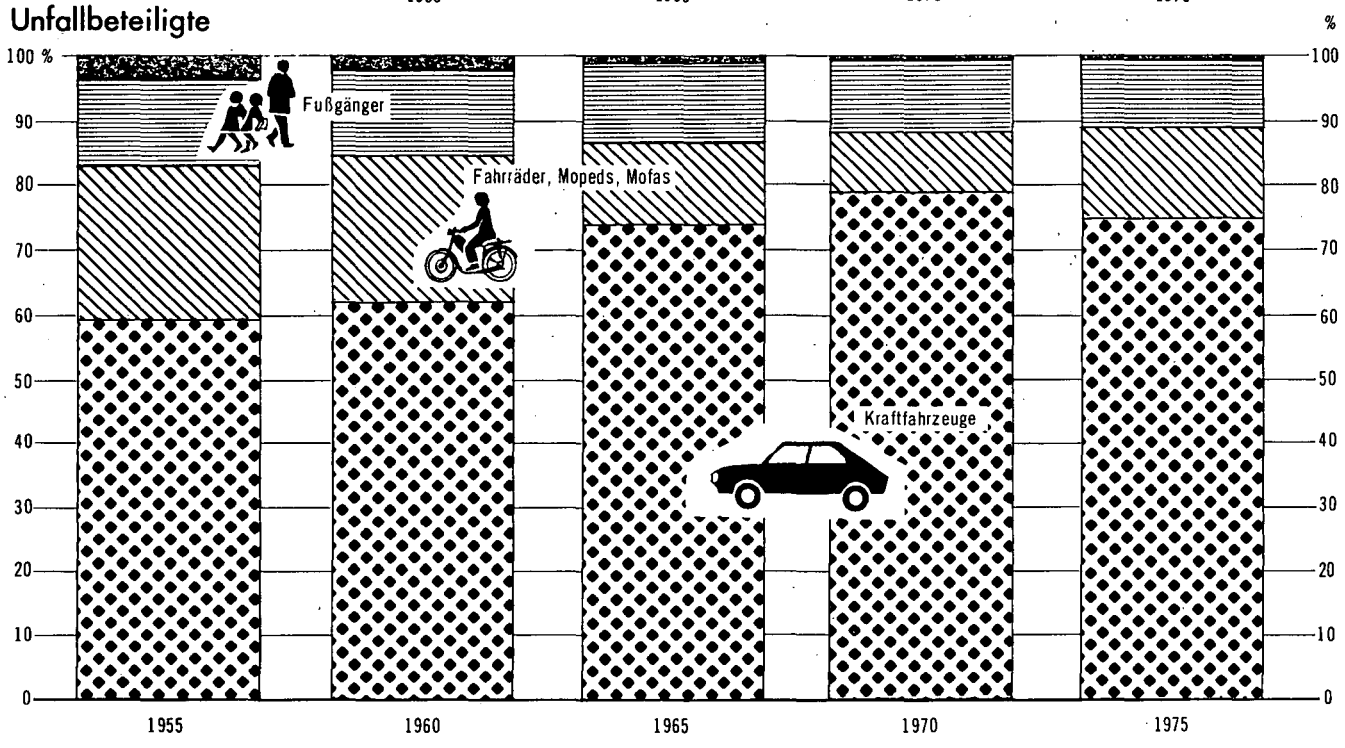
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Jahr	Unfälle mit Personenschaden			Verunglückte Personen						
	insgesamt	davon innerhalb von Ortschaften	davon außerhalb von Ortschaften	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte	insgesamt	darunter mit Kraftfahrzeugen 1)	darunter mit Fahrrädern und Mopeds 2)	darunter als Fußgänger
1950	5 006	3 765	1 241	208	5 910		6 118	2 351	1 911	1 663
1951	5 986	4 490	1 496	220	7 141		7 361	3 051	2 248	1 878
1952	6 590	4 859	1 731	230	7 918		8 148	3 503	2 492	1 950
1953	8 367	6 312	2 055	333	3 930	6 340	10 603	5 013	3 049	2 360
1954	8 804	6 714	2 090	358	4 139	6 620	11 117	5 479	3 185	2 303
1955	9 882	7 414	2 468	400	4 487	7 541	12 428	6 348	3 510	2 449
1956	10 324	7 701	2 623	428	4 996	7 631	13 055	6 433	3 840	2 674
1957	10 478	7 633	2 845	416	4 831	8 117	13 364	6 851	3 868	2 468
1958	11 011	7 766	3 245	477	4 918	8 644	14 039	7 197	4 024	2 750
1959	12 196	8 247	3 949	504	4 765	10 561	15 830	8 260	4 722	2 762
1960	13 185	8 921	4 264	564	5 367	11 320	17 251	9 279	4 801	3 029
1961	13 200	8 746	4 454	596	5 322	11 403	17 321	9 814	4 416	2 989
1962	12 968	8 429	4 539	641	5 402	11 430	17 473	10 788	3 557	3 029
1963	12 589	7 845	4 744	601	5 412	11 021	17 034	10 935	3 152	2 857
1964	13 032	8 020	5 012	694	5 787	11 595	18 076	11 904	3 196	2 910
1965	12 528	7 511	5 017	667	5 598	11 242	17 507	11 913	2 735	2 776
1966	13 379	8 253	5 126	718	5 827	12 192	18 737	12 912	2 803	2 937
1967	14 297	8 746	5 551	742	6 557	12 686	19 985	13 743	2 917	3 216
1968	14 877	9 158	5 719	769	6 713	13 533	21 015	14 951	2 891	3 129
1969	15 153	9 370	5 783	778	6 423	14 196	21 397	15 430	2 801	3 108
1970	16 851	10 504	6 347	882	7 236	15 964	24 082	17 755	2 751	3 506
1971	17 233	10 792	6 441	915	7 438	16 230	24 583	17 909	3 129	3 497
1972	18 029	11 372	6 657	850	7 396	16 885	25 131	18 207	3 337	3 524
1973	17 139	10 852	6 287	727	6 688	16 001	23 416	16 552	3 461	3 345
1974	15 513	10 537	4 976	656	6 091	14 284	21 031	14 212	3 556	3 225
1975	16 376	10 743	5 633	684	6 773	14 917	22 374	15 288	3 952	3 075

1) einschließlich Krafträder, ohne Mopeds 2) einschließlich Mokicks und Mofas

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte H I 1 (Straßenverkehrsunfälle)





D – 4903

Zur Methode

Die Straßenverkehrsunfallstatistik erfaßt alle Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Folgende Tatbestände werden erhoben:

1. Art, Ort und Zeit des Unfalles, Unfalltyp (ab 1975)
2. die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel
3. Unfallursachen
4. Unfallfolgen

Unfälle mit einem Sachschaden unter 1 000 DM bei jedem Beteiligten werden in Schleswig-Holstein nur zahlenmäßig erfaßt.

Beteiligte im Sinne der Unfallstatistik sind alle Fahrzeugführer, Fußgänger und sonstigen Personen (z. B. Reiter, Verkehrspolizisten), die selbst oder deren Fahrzeug Schaden erlitten oder hervorgerufen haben. Auch der Verkehrsteilnehmer, der durch sein Verhalten einen Unfall ausgelöst, aber selbst keinen Schaden erlitten hat, ist Beteiligter. Mitfahrer sind dagegen keine Beteiligten.

Zu den Verunglückten zählen Personen, die verletzt oder getötet wurden. Zu den Getöteten rechnen ab 1953 auch die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen gestorbenen Personen. Von den Verletzten zählen Personen, die in Krankenanstalten zur stationären Behandlung eingeliefert wurden, als Schwerverletzte, die übrigen als Leichtverletzte.

Die Unfallursachen werden von der Polizei bei der Unfallaufnahme mit Hilfe eines Ursachenkatalogs, der ab 1975 79 Einzelpositionen umfaßt, bestimmt. Als Unfallursachen gelten mangelnde Verkehrstüchtigkeit, Verstöße gegen Verkehrsregeln, z. B. Nichtbeachten der Vorfahrt, Fahrzeug- und Straßenmängel sowie Umwelteinflüsse, z. B. Witterungsverhältnisse.

Die Ortslage eines Unfalles wird durch die gelben Ortstafeln (§ 42 der StVO in der Fassung vom 1. Januar 1976, Zeichen 310) bestimmt.

Fremdenverkehr

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg hat den Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein rasch anwachsen lassen. Wurden im Fremdenverkehrsjahr 1950/51 (1. Oktober 1950 bis 30. September 1951) erst 600 000 Gäste und 3,2 Millionen Übernachtungen im allgemeinen Fremdenverkehr gezählt, waren es 10 Jahre später schon 1,7 Millionen Gäste und 10,7 Millionen Übernachtungen. 1975 lag die Zahl der Gäste bei 2,7 Millionen und die Zahl der Übernachtungen bei 22,2 Millionen. Die jährlichen Zuwachsraten sind im Laufe der Zeit naturgemäß geringer geworden. Während sie in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraumes bei durchschnittlich 11 % im Jahr lagen, betrugen sie im zweiten Abschnitt nur noch 6 %. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Fremdenverkehr außerhalb der 134 Berichtsgemeinden in den letzten Jahren in zahlreichen Fremdenverkehrsgemeinden überdurchschnittlich angestiegen ist. So nahm die Zahl der Übernachtungen in den 1974 zusätzlich erfaßten Gemeinden, wozu auch die Gemeinde Damp mit dem Ferienzentrum "Damp 2 000" gehört, im Sommerhalbjahr 1975 gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um 12 % zu. Im alten Berichtskreis waren es nur 6 %.

Um die wachsende Nachfrage befriedigen zu können, ist das Beherbergungsangebot ständig erweitert worden. Während Anfang 1951 knapp 40 000 Betten in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren zur Verfügung standen, lag ihre Zahl im Jahre 1975 bei etwa 230 000. Davon entfielen auf die Beherbergungsbetriebe 116 000 Betten und auf die Privatquartiere 110 000 Betten. In der Zeit nach 1969 ist das Beherbergungsangebot allerdings der Nachfrage – wenigstens vorübergehend – davongelaufen. Innerhalb von fünf Jahren erhöhte sich die Kapazität im gewerblichen Bereich um rund 40 000 Betten. Davon entfielen auf die Ferienzentren in Burg/Fehmarn, Heiligenhafen, Schönberg, Sierksdorf, Wangels und Wendtorf allein 19 000 Betten. Hinzu kommt noch das Ferienzentrum Damp mit etwa 6 000 Betten, das außerhalb des alten Berichtskreises liegt. Der starke Anstieg der Bettenzahl in jenem Zeitraum hatte zur Folge, daß die Kapazitätsauslastung im allgemeinen Fremdenverkehr abrupt zurückging. Bis zum Jahre 1970 war sie nahezu kontinuierlich auf 28 % angestiegen. Das entspricht einer durchschnittlichen Bettenbelegung von 103 Tagen. 1971 ging die Bettenauslastung demgegenüber auf 26 % gleich 95 Tage zurück. In der Zeit von 1972 bis 1974 lag sie sogar noch unter diesem Wert. Im Jahre 1975 erreichten die Vermieter infolge des schönen Sommers wieder einen Wert von 27 % (98 Tage). In den Ostseebädern, wo die Ferienzentren angesiedelt sind, ging die Bettenbelegung von 26 % im Jahre 1970 auf 21 % im Jahre 1972 zurück. In der Folgezeit ist die Nachfrage allmählich wieder in das Angebot hineingewachsen, da die Kapazität an der Ostsee nach dem Bettenboom nur noch wenig ausgeweitet worden ist. 1975 war die durchschnittliche Bettenbelegung jedoch immer noch niedriger als 1970.

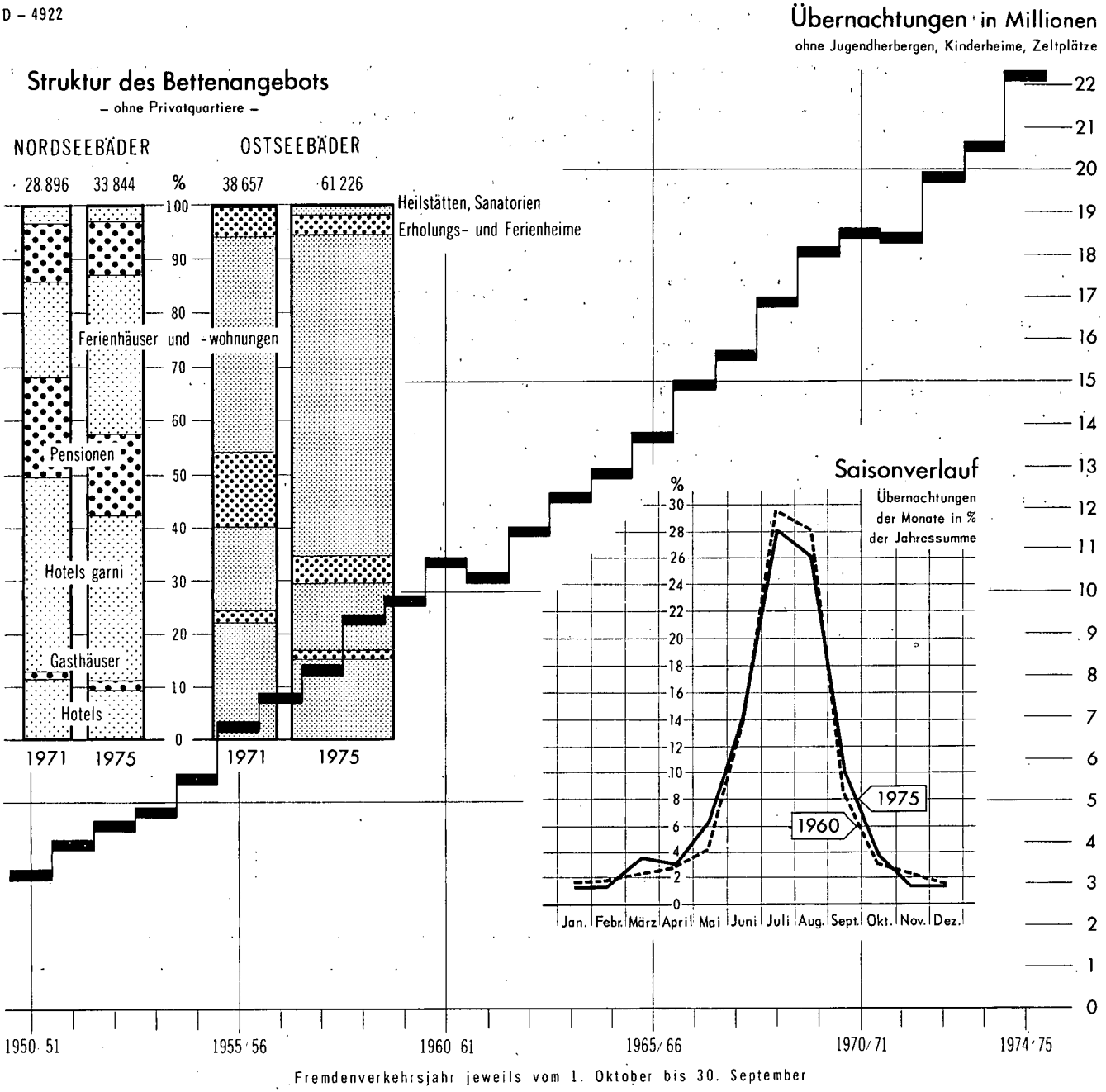
Innerhalb des allgemeinen Fremdenverkehrs haben sich die Privatquartiere im Verlaufe der Zeit sehr stark in den Vordergrund geschoben. Während im Fremdenverkehrsjahr 1951 erst 18 % der Übernachtungen auf die Privatvermieter entfielen, waren es 1970 genau 50 %. Bei den Gästen stieg der Anteil von 8 auf 29 %. Zum Teil geht diese Entwicklung allerdings auf die genauere Erfassung der Privatvermietung zurück. 1971 und 1972 ist die Zahl der Gäste und Übernachtungen in den Privatquartieren durch die enorme Kapazitätserweiterung im gewerblichen Bereich zurückgegangen. In den darauffolgenden Jahren stieg der Fremdenverkehr in den Privatquartieren zwar wieder an, relativ nahm die Bedeutung der Privatvermietung jedoch weiter ab. 1975 entfielen auf die Privatquartiere nur noch 42 % der Übernachtungen. Einen wachsenden Anteil am Fremdenverkehrsaufkommen haben demgegenüber die Ferienwohnungen und Ferienhäuser aufzuweisen. Die Zahl der Gäste ist in der Gruppe der gewerblich vermieteten Ferienwohnungen von 91 000 im Sommerhalbjahr 1971 auf 282 000 im Sommerhalbjahr 1975 angestiegen. Die Zahl der Übernachtungen stieg von 1,5 Millionen auf 3,6 Millionen.

Wachsende Bedeutung hat in den vergangenen Jahren auch der Camping-Verkehr erlangt. Hier ist die Zahl der Übernachtungen von 1,6 Millionen im Jahre 1960 auf 7,5 Millionen im Jahre 1975 angewachsen. Zu dieser Entwicklung trug vor allem das sogenannte Dauer-Camping bei. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß ein bestimmter Stellplatz für einen längeren Zeitraum – nicht selten für 10 Jahre – gepachtet wird, auf dem der Pächter seinen Wohnwagen oder sein Zelt die Saison über stehen lassen kann. Diese Form des Fremdenverkehrs hat sich vor allem an der Ostsee ausgebreitet. Sie ist aber auch im Binnenland anzutreffen. Während die Zahl der Gäste und Übernachtungen auf Zeltplätzen ständig zugenommen hat, weisen die Kinderheime seit 1962 eine rückläufige Entwicklung auf. 1975 wurden mit 1,7 Millionen Übernachtungen rund 1 Million Übernachtungen weniger gezählt als 1961. Die Jugendherbergen verzeichneten dagegen ab 1967 wieder steigende Übernachtungszahlen, nachdem ihre Inanspruchnahme zwischen 1958 und 1966 gesunken war.

Fremdenverkehrsjahr 1)	Allgemeiner Fremdenverkehr								Außerdem		
	Betten 2)		Gäste			Übernachtungen			Übernachtungen		
	insgesamt	darunter in Privatquartieren	insgesamt	in Privatquartieren	Ausländer	insgesamt	in Privatquartieren	von Ausländern	in Jugendherbergen	in Kinderheimen	auf Zeltplätzen 3)
	in 1 000										
1950/51	38 477	9 626	605	51	43	3 235	584	98	268	1 793	.
1951/52	47 352	14 661	717	79	69	3 924	910	150	318	2 151	.
1952/53	60 751	24 332	789	126	93	4 404	1 405	207	380	2 300	.
1953/54	67 317	28 325	833	134	119	4 723	1 541	275	452	2 369	.
1954/55	73 758	31 285	988	164	156	5 539	1 896	329	574	2 506	.
1955/56	79 021	34 993	1 184	204	182	6 803	2 513	384	600	2 558	.
1956/57	86 833	42 787	1 265	241	183	7 463	2 843	392	656	2 652	.
1957/58	93 256	46 375	1 329	263	181	8 127	3 210	402	689	2 646	.
1958/59	98 744	49 986	1 473	317	187	9 358	3 802	411	668	2 723	.
1959/60	107 127	54 688	1 544	319	206	9 779	4 028	409	638	2 754	1 618
1960/61	114 874	59 646	1 665	338	201	10 698	4 443	402	566	2 763	1 869
1961/62	120 153	63 335	1 649	324	196	10 310	4 074	396	571	2 578	1 845
1962/63	123 716	65 471	1 787	378	212	11 421	4 675	435	560	2 467	2 683
1963/64	129 377	69 517	1 855	399	216	12 259	5 111	438	568	2 489	3 055
1964/65	132 864	72 542	1 912	426	229	12 828	5 561	453	601	2 427	2 842
1965/66	138 394	75 063	1 956	454	229	13 684	5 928	459	501	2 397	3 786
1966/67	147 111	81 144	2 032	510	240	14 917	6 821	479	515	2 194	4 876
1967/68	155 370	85 920	2 048	543	238	15 602	7 415	473	566	2 243	4 831
1968/69	164 048	90 276	2 151	596	235	16 856	8 196	466	604	2 237	5 566
1969/70	176 202	100 793	2 256	648	236	18 079	9 025	489	609	2 156	5 322
1970/71	194 390	104 610	2 273	627	232	18 517	8 811	485	641	2 101	5 411
1971/72	204 053	104 714	2 238	605	221	18 374	8 438	488	655	1 969	5 510
1972/73	215 309	107 443	2 388	656	215	19 802	8 873	445	658	1 944	6 680
1973/74	221 036	105 924	2 496	655	208	20 531	8 820	435	689	1 837	6 867
1974/75	226 657	110 230	2 700	703	218	22 200	9 405	436	743	1 715	7 480

1) jeweils 1. 10. bis 30. 9. 2) jeweils 1. 4. 3) einschließlich Dauercamper

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte G IV 1 (Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr) und G IV 2 (Beherbergungskapazität



Zur Methode

Unter dem Begriff "Fremdenverkehr" ist hier der vorübergehende Aufenthalt von Urlaubern (einschließlich Kindern) und Geschäftsreisenden in Beherbergungsstätten gegen Entgelt zu verstehen. Beherbergungsstätten sind Hotels, Hotels garni, Gasthäuser, Pensionen, Ferienhäuser und -wohnungen, Erholungsheime, Sanatorien und Privatquartiere (allgemeiner Fremdenverkehr), sowie Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze. Privatquartiere sind in Anlehnung an das Gaststättengesetz vom Jahre 1970 Beherbergungsstätten mit weniger als 9 Betten, die Getränke und Speisen nur an ihre Hausgäste verabreichen dürfen. Alle übrigen Beherbergungsstätten gelten als Beherbergungsbetriebe, Hotels und Gasthäuser auch mit weniger als 9 Betten. Vor 1971 war die Grenze zwischen Privatquartieren und Pensionen nicht so scharf gezogen. Ferienwohnungen mit 9 und mehr Betten bilden ab 1971 eine selbständige Betriebsart. Hierzu rechnen u. a. die Ferienzentren mit Ausnahme von Heiligenhafen, wo die Wohnungen überwiegend in privater Hand sind. Da die Fremdenverkehrsstatistik nur die Übernachtungen gegen Entgelt ermittelt, sind der Aufenthalt in eigenen Urlaubsquartieren und die kostenlose Unterbringung von Verwandten und Bekannten in den Ergebnissen nicht enthalten.

Fremdenverkehrsdaten werden nicht in ganz Schleswig-Holstein, sondern nur in ausgewählten Gemeinden erhoben. Bundeseinheitliches Kriterium für die Auswahl bildet die Zahl der Übernachtungen. Bis 1970 lag die Erfassungsuntergrenze bei 3 000 Übernachtungen im Jahr (ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze). 1971 wurde der Schwellenwert in Anpassung an die allgemeine Entwicklung im Fremdenverkehr auf 5 000 Übernachtungen heraufgesetzt.

In Schleswig-Holstein ist der Kreis der Berichtsgemeinden ab 1950 mehrfach geändert worden. Doch nur die Erweiterung des Berichtskreises im Jahre 1974 von 134 auf 171 Gemeinden hat zu einem Bruch in der Zahlenreihe geführt. Zwischen beiden Berichtskreisen ergibt sich für das Sommerhalbjahr 1975 (1974) ein Unterschied von 150 000 (130 000) Gästen und 1,3 (1,1) Mill. Übernachtungen im allgemeinen Fremdenverkehr. Da es in dem vorliegenden Zahlenwerk vor allem auf die Vergleichbarkeit der Zahlenwerte ankommt, wurden für die Jahre 1974 und 1975 die für den früheren Berichtskreis (134 Gemeinden) geltenden Ergebnisse eingesetzt.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr

Zum grenzüberschreitenden Verkehr wird hier der Verkehr über die Grenze zur DDR und über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik gerechnet. Zu den Auslandsgrenzen gehören auf schleswig-holsteinischem Gebiet die deutsch-dänische Grenze und die sog. nassen Grenzen in Nord- und Ostsee. Die Grenze zur DDR gilt nicht als Auslandsgrenze, da die DDR für die Bundesrepublik völkerrechtlich kein Ausland ist. Gezählt werden die eingereisten Personen (im Verkehr über die Seehäfen auch die Ausreisen) sowie die über die Grenzen eingefahrenen Kraftfahrzeuge.

Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung in den industrialisierten Ländern können sich immer mehr Menschen eine Reise leisten. Zwangsläufig nimmt damit auch die Zahl der Reisen ins Ausland zu. In Schleswig-Holstein als einer Brücke zwischen Mitteleuropa und Skandinavien machte sich das Reisegeschehen in besonders starkem Maße bemerkbar. So ist die Zahl der Einreisen über die deutsch-dänische Grenze und über die Seehäfen des Landes (grenzüberschreitender Reiseverkehr) von rund 3 Millionen im Jahre 1955 auf rund 24 Millionen im Jahre 1975 angestiegen. Der grenzüberschreitende Reiseverkehr ist also innerhalb von 20 Jahren auf das Achtfache gewachsen. Dabei hat sich der Reiseverkehr über die Seehäfen – relativ gesehen – stärker als der Verkehr über die Landgrenze entwickelt. Im Verkehr über die Seehäfen stieg die Zahl der Einreisen von 654 000 im Jahre 1955 auf 7,7 Millionen im Jahre 1975, also auf das Zwölffache. Demgegenüber ist die Zahl der Einreisen über die deutsch-dänische Grenze auf das Siebenfache geklettert, und zwar von 2,3 Millionen im Jahre 1955 auf 16,0 Millionen im Jahre 1975.

Der über die deutsch-dänische Grenze und über die Seehäfen nach Schleswig-Holstein rollende Kraftfahrzeugverkehr hat zwischen 1955 und 1975 ebenfalls kräftig zugenommen. Während 1955 insgesamt 324 000 Kraftfahrzeuge die Landesgrenzen passierten, wurden 1975 4,7 Millionen Fahrzeuge registriert, das ist fast das Fünfzehnfache. Davon entfielen 1975 auf die Kontrollstellen der deutsch-dänischen Grenze 86 %.

Der wichtigste Grenzübergang überhaupt ist Kupfermühle im Zuge der Europastraße 3. Über die Hälfte des landgebundenen Reiseverkehrs führt über diese Kontrollstelle. In 20 Jahren ist dort die Zahl der Einreisen von 1,5 Millionen auf 9,4 Millionen gestiegen. Kupfermühle gehört zu den sog. primären Übergängen, die allen Nationalitäten offen stehen. Außer Kupfermühle gehören dazu noch Harrislee, Böglum, Rosenkranz und Wassersleben. Bei Neupepersmark und Aventoft dürfen nur Deutsche und Dänen die Grenze passieren, andere Grenzübergänge dürfen nur von Bewohnern grenznaher Gemeinden passiert werden. Die Grenzüberschreitungen dieses Personenkreises sind hier nicht mitgezählt worden.

Die kräftige Expansion des Reiseverkehrs über die Seehäfen hat zwei Ursachen, nämlich einmal das Anschwellen des Urlaubsreiseverkehrs von und nach Nordeuropa, zum anderen die Zunahme der Butterfahrten nach Dänemark, wobei der Tagesausflugsverkehr ins nördliche Nachbarland mit der Möglichkeit des verbilligten Einkaufs von Rauchwaren, Spirituosen und Butter stärker als der Urlaubs- und Geschäftsreiseverkehr auf den Fährschiffsrouten zugenommen hat.

Der Verkehr über die Grenze zur DDR, wozu auch die Fahrten zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet rechnen, hat lange Zeit nicht an der allgemeinen Entwicklung des Reiseverkehrs teilgenommen. Im langjährigen Durchschnitt wurden bis 1971 jährlich etwa 800 000 Einreisen registriert. Mit dem Inkrafttreten des Verkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Jahre 1972 ist hier ein Wandel eingetreten. Obwohl der Vertrag erst im Herbst in Kraft trat, wurden 1972 rund 500 000 Einreisen mehr als 1971 gezählt. Im Jahre 1975 wurden fast 2 Millionen Einreisen erreicht.

Jahr	Eingereiste Personen						Eingefahrene Kraftfahrzeuge					
	an der deutsch-dänischen Grenze		an der Grenze zur DDR		über Seehäfen		an der deutsch-dänischen Grenze		an der Grenze zur DDR		über Seehäfen	
	insgesamt	darunter über Kupfermühle	insgesamt	darunter an Straßenübergängen	insgesamt	darunter über Puttgarden[1]	insgesamt	darunter über Kupfermühle	insgesamt	darunter Personenkraftwagen	insgesamt	darunter über Puttgarden[1]
	in 1 000											
1950	463,4	.	.	.	.	.	65,6	62,9	11,5	2,8	.	.
1951	743,2	.	.	.	.	.	111,2	95,0	8,0	1,8	6,0	4,3
1952	975,7	560,3	.	.	125,2	67,3	111,3	.	12,0	3,4	14,0	13,0
1953	1 341,7	865,9	468,5	102,8	223,8	164,2	143,7	100,3	30,5	8,4	23,6	21,5
1954	1 893,3	1 250,5	906,7	231,2	450,2	352,6	262,1	176,6	67,6	30,5	40,1	36,6
1955	2 313,1	1 513,5	888,7	227,1	653,9	513,9	273,7	189,8	66,4	27,4	50,3	46,7
1956	2 592,3	1 678,2	974,0	293,6	616,3	491,4	357,3	237,5	84,4	43,8	57,3	53,0
1957	2 998,8	1 786,4	1 226,9	352,6	641,2	496,4	469,2	301,2	113,0	64,3	56,1	51,7
1958	5 684,5	3 482,1	804,9	312,5	1 213,9	595,5	806,7	539,1	88,0	45,7	74,7	70,4
1959	4 933,4	2 646,4	821,1	373,5	1 517,0	597,6	872,4	518,8	101,8	54,7	83,3	78,5
1960	4 643,8	2 467,6	770,0	354,4	1 608,7	629,4	933,9	535,7	108,0	62,1	87,6	82,1
1961	5 443,1	2 886,7	710,7	353,1	1 811,3	674,7	1 184,0	689,9	125,1	79,1	100,5	89,6
1962	6 661,5	3 491,9	502,3	294,8	2 085,6	669,8	1 557,7	836,6	107,6	65,0	110,5	89,2
1963	6 987,2	3 658,5	607,7	343,0	2 911,5	956,3	1 677,2	877,1	127,4	81,7	181,1	141,2
1964	7 951,4	4 195,0	826,0	414,9	4 178,6	1 491,4	1 867,6	1 003,3	154,1	108,5	227,5	159,6
1965	8 681,1	4 421,3	883,1	420,2	3 721,1	1 194,8	2 166,4	1 162,4	160,6	116,9	266,3	172,8
1966	10 402,9	5 662,9	854,4	450,4	3 864,6	1 148,2	2 591,7	1 446,3	170,6	138,4	303,5	181,4
1967	11 783,9	6 221,5	881,5	471,4	4 286,1	1 071,3	2 979,1	1 627,7	176,6	139,0	325,2	189,6
1968	11 672,4	6 291,7	726,2	350,0	5 306,4	1 097,5	3 333,0	1 940,5	141,2	101,4	367,0	201,7
1969	12 726,4	6 667,4	689,6	342,2	5 721,7	1 199,4	3 536,3	1 977,9	165,7	124,4	414,8	219,1
1970	12 697,6	7 071,1	753,9	380,6	6 186,9	1 340,2	3 385,6	1 917,6	166,7	122,9	460,5	234,3
1971	12 758,6	6 989,2	818,5	421,2	5 921,2	1 229,1	3 394,8	1 887,0	164,1	117,8	506,2	245,0
1972	13 738,7	7 355,4	1 288,4	839,9	6 180,3	1 256,8	3 480,9	1 836,9	286,3	234,9	540,5	251,3
1973	14 771,1	8 177,4	1 799,6	1 295,8	7 408,3	1 421,8	3 842,3	2 125,5	371,0	303,7	589,8	261,8
1974	13 922,4	8 212,8	1 681,1	1 201,8	7 233,8	1 581,9	3 535,1	1 997,0	382,2	307,5	594,0	252,4
1975	16 010,7	9 384,6	1 981,1	1 503,3	7 694,6	1 969,7	4 086,5	2 285,1	474,8	397,8	659,5	283,6

1) bis 1962 Großenbrode

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal

In der Entwicklung des Schiffsverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK) seit 1950 lassen sich zwei Entwicklungsabschnitte unterscheiden. Der eine Abschnitt reicht von 1950 bis zum Jahre 1965. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Schiffe, die den Kanal benutzten, immer weiter an. Wurden 1950 insgesamt 47 000 Schiffe registriert, waren es fünfzehn Jahre später 85 000. Der zweite Abschnitt, der sich unmittelbar an den ersten anschließt, ist durch eine rückläufige Entwicklung der Schiffsdurchfahrten gekennzeichnet. Das Tempo des Rückganges entspricht dabei dem des Aufschwungs. Im Jahre 1975 fuhren nur noch 60 000 Schiffe durch den Kanal.

Im Seeverkehr wurden seit dem 2. Weltkrieg ständig größere Schiffe eingesetzt. Zwangsläufig sind damit auch die Schiffe, die den NOK befahren, immer größer geworden. Lag die durchschnittliche Größe eines Schiffes (einschließlich Binnen- und Küstenmotorschiffe) im Jahre 1950 noch bei 376 NRT, waren es 1975 im Durchschnitt 722 NRT. Die Tendenz zu größeren Schiffseinheiten hat zur Folge gehabt, daß der Schiffsraum auf dem NOK auch nach 1965 noch leicht angestiegen ist. Im Jahre 1974 konnte mit einem Raumgehalt von 50 Mill. NRT sogar das bisher höchste Ergebnis erzielt werden.

Das auf dem Kanal transportierte Gütervolumen ist wie der Schiffsraum bis 1964 angestiegen, und zwar von 30 Mill. t im Jahre 1950 auf 62 Mill. t. Dann folgt eine Abschwungphase, aber schwächeren Ausmaßes. 1975 wurden schließlich 11 Mill. t Güter weniger als 1964 transportiert. Zurückgegangen sind vor allem die Transporte von Mineralölerzeugnissen und Erzen. Wurden auf dem NOK 1966 noch 12,4 Mill. t flüssige Brennstoffe transportiert, waren es 1975 nur noch 6,8 Mill. t. Der Rückgang ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die skandinavischen Länder jetzt zum großen Teil durch eigene Raffinerien versorgt werden. Früher haben in erster Linie westeuropäische Raffinerien, auch die in Hamburg und Heide, den skandinavischen Markt bedient. Bei den Erzen setzte die rückläufige Entwicklung einige Jahre früher ein. Sie war aber ebenso gravierend wie bei den Mineralölerzeugnissen. Der Höhepunkt der Erztransporte lag im Jahre 1960. Damals wurden 6,8 Mill. t auf dem NOK transportiert. In den folgenden Jahren sind die Erztransporte nahezu kontinuierlich auf 1,3 Mill. t im Jahre 1975 zurückgegangen. Die Ursache für die Entwicklung ist in dem Einsatz größerer Schiffe zu sehen, die wegen ihres Tiefganges den Weg über Skagen wählen müssen.

Während der Massengutverkehr – insgesamt gesehen – eine rückläufige Tendenz aufweist, hat der Stückgutverkehr zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zwischen 1950 und 1974, dem bisherigen Rekordjahr im Stückgutverkehr, nahm das Transportvolumen um 13 Mill. t zu (+ 170 %). 1975 wurden insgesamt 16 Mill. t Stückgüter transportiert. Entsprechend hat sich der Anteil des Stückgutverkehrs am gesamten Transportaufkommen von 25 % auf 32 % erhöht.

Die Anteile der wichtigsten Flaggen am Transportvolumen des NOK haben sich mit der rückläufigen Entwicklung des Güterverkehrs seit 1965 z. T. beträchtlich verschoben. Die Bundesrepublik behauptete zunächst ihre führende Stellung, im betrachteten Zeitraum lag ihr Anteil immer über 30 %. Nach 1971 hat sie jedoch erheblich an Boden verloren. Dies ist u. a. eine Folge der Ausflaggungen deutscher Schiffe, vornehmlich nach Zypern. Daß der Anteil der finnischen und norwegischen Flagge zurückgegangen ist, hängt mit dem Vordringen des Ostsee-Fährverkehrs zusammen. Darin ist auch eine Erklärung für die rückläufige Entwicklung des Güterverkehrs auf dem NOK zu sehen. In der Rangfolge der Kanalbenutzer hat sich die Sowjetunion an die dritte Position vorgeschoben. Auf sie entfielen 1975 8 % des Transportvolumens. Mit einem Anteil von 11 % lag Polen weiter an der zweiten Stelle.

Jahr	Durchgefahrene Schiffe (einschließlich Teilstreckenverkehr)				Beförderte Güter			
	Anzahl	NRT in 1 000	darunter deutsche Schiffe[1]		insgesamt	darunter auf deutschen Schiffen 1)	davon in Richtung	
			Anzahl	NRT in 1 000			Ost - West	West - Ost
					1 000 t			
1950	47 271	17 771	30 251	4 148	29 907	6 008	16 446	13 461
1951	52 612	20 886	33 825	5 446	32 429	8 338	17 116	15 313
1952	56 267	22 708	36 015	6 569	32 948	10 453	16 225	16 722
1953	54 993	22 498	34 687	6 541	32 897	10 467	17 026	15 871
1954	56 687	25 745	35 208	7 017	39 412	11 673	19 491	19 922
1955	62 911	31 279	38 988	8 805	46 595	14 169	23 062	23 533
1956	62 402	31 601	38 519	9 363	47 069	14 959	23 087	23 982
1957	66 588	33 169	41 610	10 066	47 348	15 375	23 003	24 346
1958	67 738	33 542	44 366	10 169	46 083	15 020	23 216	22 868
1959	73 443	36 137	48 403	10 996	49 974	16 315	25 095	24 880
1960	77 729	41 527	50 481	11 786	57 653	17 975	28 426	29 228
1961	77 244	40 762	49 228	11 623	57 191	17 443	29 549	27 642
1962	80 775	43 428	52 000	11 653	60 667	17 792	31 824	28 842
1963	69 283	38 859	45 048	10 452	54 391	15 992	28 693	25 697
1964	82 792	44 611	53 635	12 638	62 113	19 535	31 728	30 385
1965	85 019	43 391	57 245	13 013	60 047	19 753	30 480	29 566
1966	82 827	43 370	56 880	13 524	59 268	19 914	29 818	29 450
1967	80 330	41 419	55 624	13 797	56 000	20 417	31 037	29 963
1968	80 204	42 276	55 403	14 941	57 268	21 881	33 111	24 156
1969	80 240	42 878	53 855	14 008	56 477	21 232	32 623	23 854
1970	75 241	45 094	50 203	14 524	58 122	22 171	33 698	24 425
1971	73 357	42 664	48 363	13 976	52 921	20 669	30 962	21 959
1972	69 073	43 259	43 041	12 754	53 509	19 520	31 024	22 485
1973	68 147	45 284	40 888	12 597	56 513	19 763	31 979	24 534
1974	68 456	50 464	40 544	11 880	62 522	19 632	35 678	26 843
1975	60 281	43 514	35 578	10 105	51 209	16 159	27 929	23 279

1) ab 1969 ohne DDR, da die Schiffe insgesamt nicht nach Flaggen aufgeschlüsselt vorliegen. Für die Handelsschiffe ist ein getrennter Nachweis ab 1969 möglich. 1969 DDR: 1 624 (2,2 %) Handelsschiffe mit 1 281 Tsd. NRT (3,0 %); 1975: 2 516 (4,6 %) Handelsschiffe mit 1 522 Tsd. NRT (3,6 %)

Quelle: Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord

Güterverkehr

Der Transport von Gütern läßt sich nicht für alle Verkehrszweige nachweisen. So fehlen in der folgenden Übersicht der Gütertransport mit Flugzeugen und in Rohrleitungen. Die Zahlen über den Güterverkehr mit Lastkraftwagen beziehen sich außerdem nur auf den Güterfernverkehr, da über den Güternahverkehr, der etwa zehnmal so groß ist wie der Güterfernverkehr, keine Ergebnisse vorliegen.

Die auf den Eisenbahnen, mit Schiffen und Lastkraftwagen beförderte Gütermenge (ohne Güternahverkehr) ist von 20,8 Mill. t im Jahre 1955 auf 40,0 Mill. t im Jahre 1975 angestiegen. In einem Zeitraum von 20 Jahren hat sie sich also fast verdoppelt. Betrachtet man die einzelnen Jahre, so ist bis 1970 ein kontinuierlicher Anstieg der Transportmengen zu erkennen. Danach war die Entwicklung wechselhaft. Zunächst ging das Gütervolumen auf 38 Mill. t im Jahre 1971 zurück. Es stieg dann wieder an und erreichte 1974 mit 44,3 Mill. t den bisherigen Höchststand. Der Verkehrsrückgang im Jahre 1975 gegenüber 1974 in Höhe von 4,3 Mill. t oder 9,8 % ist in erster Linie auf Transportverluste der Schiffahrt zurückzuführen, deren Transporte nach einem nahezu stetigen Wachstum seit 1950 erstmals erheblich zurückgingen, und zwar um 3,0 Mill. t oder 11,3 % gegenüber 1974. An dem Rückgang waren fast alle Güter beteiligt, besonders aber Sand und Kies sowie andere Steine und Erden (– 29 % bzw. – 17 %). Daneben waren auch die Beförderungen von rohem Erdöl sowie von Kraftstoffen und Heizöl stärker zurückgegangen. Um 13 % bzw. 10 % lagen hier die Transportleistungen unter dem Ergebnis von 1974. Diese vier genannten Gütergruppen machen einen Großteil der gesamten beförderten Gütermenge aus.

Neben der Schiffahrt mußte auch die Eisenbahn 1975 erhebliche Transporteinbußen hinnehmen. Dort ging die beförderte Gütermenge von 8,3 Mill. t im Jahre 1974 auf 6,7 Mill. t, also um fast ein Fünftel zurück. Nur im Jahre 1967 wurde bisher noch weniger transportiert. Der Rückgang der Beförderungsmenge 1975 war insbesondere im Güterverkehr mit dem übrigen Bundesgebiet entstanden. Besonders schwer wogen hier die Einbußen in der Koksbeförderung, die sich um die Hälfte verringerte, und bei den Transporten von Kraftstoffen und Heizöl (– 38 %). Dazu trat die starke Abnahme der Beförderung von chemischen Düngemitteln sowie von Eisen- und Stahlabfällen, die einen bedeutenden Anteil am Transportvolumen der Eisenbahn haben. Die Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene war ab 1955 starken jährlichen Schwankungen unterworfen. Langfristig gesehen hat das Transportvolumen jedoch stagniert. Im Durchschnitt wurden knapp 8 Mill. t jährlich transportiert.

Im Gegensatz zur Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene und auf dem Wasser setzte sich die seit 1955 durchgehend nach oben gerichtete Entwicklung des Güterverkehrs mit Lastkraftwagen auch im Jahre 1975 fort. Insgesamt wurden 1975 fast 10 Mill. t transportiert. Damit hat sich das Transportvolumen seit 1955 beinahe verdreifacht.

Durch die unterschiedliche Entwicklung des Güterverkehrs der drei Verkehrsträger haben sich deren Anteile am Gesamttransportvolumen verschoben. Bis 1957 lag die Eisenbahn mit einem Anteil von 43,5 % am gesamten Transportaufkommen vor den Schiffen mit 38,8 % und den Lastkraftwagen mit 17,7 % an erster Stelle. 1958 übernahm die Schiffahrt mit einem Anteil von 41,5 % (Eisenbahn: 40,8 %) die Spitzenposition. Schließlich wurde 1971 die Eisenbahn (19,4 %) auch von den Lastkraftwagen (21,1 %) überflügelt. Im Jahre 1975 beförderte die Eisenbahn nur noch ein Sechstel der gesamten Transportmenge, während auf die Schiffe 58,4 % und auf die Lastkraftwagen fast ein Viertel der beförderten Gütermenge entfielen.

Untersucht man die Entwicklung des Güterverkehrs der drei Verkehrsträger nach Verkehrsbeziehungen; so ist festzustellen, daß der Güteraustausch mit dem Ausland (einschl. DDR) am stärksten anstieg. Hier hat sich die beförderte Gütermenge von 5,6 Mill. t im Jahre 1955 auf 19,1 Mill. t im Jahre 1975 erhöht. Während sich der Güterempfang verdreifachte, wurden 1975 fast viermal so viel Güter wie 1955 ins Ausland gebracht. Der Güterverkehr mit dem übrigen Bundesgebiet nahm in dem betrachteten Zeitraum um 37,9 % zu. Die Empfangsmengen stiegen um 29,1 %, die Versandmengen sogar um 52,6 %. Die beförderte Gütermenge innerhalb Schleswig-Holsteins erhöhte sich gegenüber 1955 um 31,1 %.

Güterverkehr nach Verkehrsträgern und Verkehrsbeziehungen

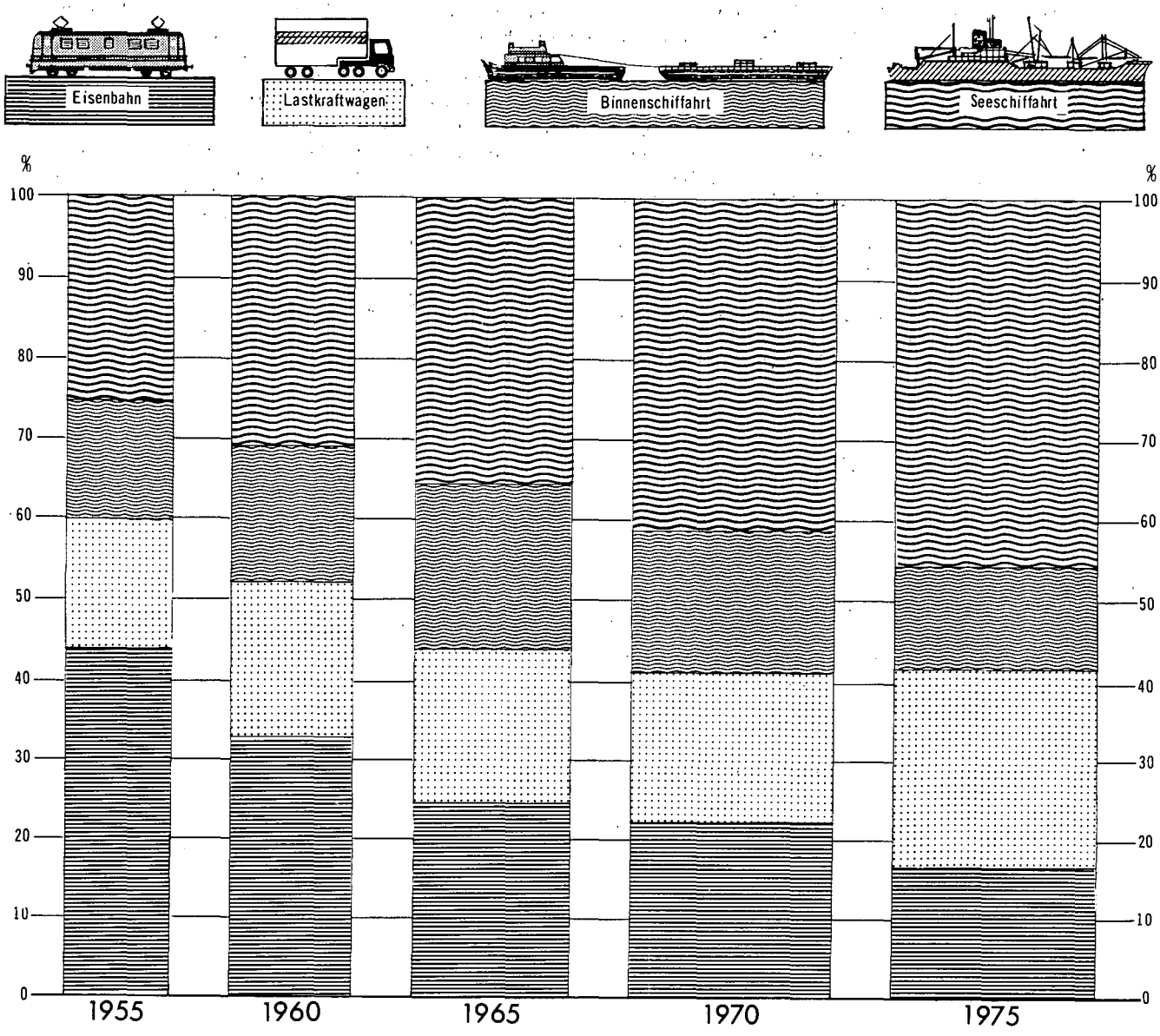
in 1 000 t

Jahr	Beförderte Gütermenge										
	auf den Eisenbahnen 1)	mit Schiffen 2)	mit Lastkraftwagen 3)	insgesamt	und zwar im Verkehr						
					innerhalb Schleswig-Holsteins	mit den übrigen Bundesländern		mit Hamburg		mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes	
					V = E	V	E	V	E	V	E
1950	8 472	4 119									
1951	8 399	5 252									
1952	8 461	5 553									
1953	8 163	5 798									
1954	8 377	6 986									
1955	9 092	8 373	3 344	20 809	2 281	4 869	8 080	2 340	1 796	1 496	4 084
1956	9 862	8 258	3 492	21 612	2 457	5 114	8 502	2 249	2 052	1 403	4 135
1957	9 535	8 496	3 878	21 909	2 478	5 235	8 618	2 195	2 261	1 119	4 459
1958	9 190	9 350	3 967	22 507	2 670	5 553	8 130	2 588	2 154	1 206	4 949
1959	7 353	9 785	4 365	21 503	2 363	5 783	7 521	2 746	1 888	1 135	4 700
1960	7 894	11 532	4 680	24 106	2 675	5 775	8 024	2 801	2 005	1 620	6 012
1961	7 976	12 321	5 087	25 384	2 930	6 141	7 944	2 984	2 088	1 892	6 476
1962	8 152	13 305	5 208	26 665	3 042	6 437	8 510	3 050	2 388	1 787	6 888
1963	8 517	13 761	5 420	27 699	3 035	6 267	8 189	2 823	2 204	2 234	7 974
1964	8 102	16 263	5 468	29 833	2 970	7 093	8 383	3 205	2 721	2 551	8 835
1965	7 534	17 363	5 864	30 760	2 648	7 524	8 355	3 582	2 943	2 760	9 473
1966	7 160	18 843	5 908	31 911	2 469	7 498	8 477	3 566	3 189	3 166	10 301
1967	6 602	19 303	6 061	31 966	2 590	7 618	8 528	3 649	3 141	3 130	10 100
1968	6 896	20 259	6 568	33 723	2 979	7 962	8 989	3 610	3 148	3 462	10 332
1969	8 015	22 080	6 903	36 997	3 029	8 470	9 940	3 810	3 241	3 741	11 818
1970	8 774	23 526	7 455	39 755	3 040	8 549	10 336	3 801	3 453	4 139	13 691
1971	7 343	22 499	7 960	37 802	2 983	8 682	9 665	3 978	3 335	3 617	12 855
1972	7 381	22 828	8 567	38 776	3 130	8 491	9 890	3 678	3 201	3 903	13 363
1973	7 664	24 460	9 319	41 444	3 004	8 628	10 598	3 650	3 555	5 045	14 168
1974	8 290	26 329	9 674	44 292	3 071	8 566	11 125	3 545	3 518	6 630	14 900
1975	6 690	23 351	9 919	39 961	2 990	7 431	10 430	2 854	3 253	5 812	13 299

1) ab 1959 ohne Dienstgutverkehr der Eisenbahnen (1958 ca. 1 Mill. t); ab 1961 einschl. Tiertransporte; Quelle: Statistisches Bundesamt
2) See- und Binnenschiffahrt; Quelle für die Seeschiffahrt: Statistisches Bundesamt
3) Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen; Quelle: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraftfahrt-Bundesamt V = Versand, E = Empfang

Auf den vier Verkehrsträgern beförderte Gütermengen

D – 4913



Zur Methode

Die beförderte Gütermenge setzt sich zusammen aus Bezügen und Lieferungen über die Landesgrenzen hinweg und dem Güterverkehr innerhalb des Landes. Will man den Güterumschlag ermitteln, muß der Güterverkehr innerhalb des Landes zweimal gezählt werden.

Zum Güterverkehr der Eisenbahn rechnen alle Güter- und Tiertransporte der Deutschen Bundesbahn und der nicht bundeseigenen Eisenbahnen im frachtpflichtigen Wagenladungsverkehr. Nicht enthalten ist der Stückgutverkehr (1975 = 50 000 t im Versand).

Die auf Schiffen beförderte Gütermenge stellt eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Binnen- und Seeschiffahrtsstatistik dar. In der Binnenschiffahrt sind alle Gütertransporte enthalten, die im Binnenverkehr von deutschen und ausländischen Schiffen (einschließlich Seeschiffen) durchgeführt wurden. Die Angaben über die Seeschiffahrt umfassen die von deutschen und ausländischen Seeschiffen im Seeverkehr geladenen und gelöschten Güter. Der Verkehr zwischen Binnen- und Küstenhäfen des Bundesgebietes sowie zwischen Binnenhäfen des Bundesgebietes und Häfen des Auslandes, bei dem die Seegrenzen überschritten werden, gilt als Binnen/See-Verkehr. Der Verkehr zwischen Binnen- und Küstenhäfen des Bundesgebietes wird sowohl in der Seeschiffahrts- als auch in der Binnenschiffahrtsstatistik - also doppelt - erfaßt. In Schleswig-Holstein hat der Binnen/See-Verkehr nur geringe Bedeutung. In der beförderten Gütermenge nicht enthalten sind die Anlandungen der Fischereifahrzeuge und der Gewinnungsverkehr (z. B. Sand- oder Steinbaggerei). Außerdem sind die Eigengewichte der im Seeverkehr übergesetzten Reise- und Transportfahrzeuge sowie die Eigengewichte der beladenen und unbeladenen Container, Trailer und Trägerschiffsleichter unberücksichtigt (1975: jeweils 3,8 Mill. t im Versand und Empfang).

Der Güterverkehr mit Lastkraftwagen umfaßt alle im gewerblichen Verkehr und Werkverkehr durchgeführten Transporte. Unberücksichtigt ist der Güternahverkehr innerhalb des Bundesgebietes, der DDR und Berlin (Ost). Außerdem ist der Fernverkehr zwischen dem Bundesgebiet, der DDR und Berlin (Ost) nicht enthalten, soweit er mit Fahrzeugen, die nicht in der Bundesrepublik beheimatet sind, durchgeführt worden ist. Nicht nachgewiesen ist auch der tarifliche Stückgutversand im gewerblichen Fernverkehr (1975 = 94 000 t).

Verdienste in Industrie und Handel

Die Stundenverdienste der Arbeiter in der Industrie haben sich von 1950 bis 1975 verachtfacht, die der Arbeiterinnen verneunfacht. Seit 1957, als die entsprechende Erhebung bei den Angestellten in Industrie und Handel begann, lauten die Zunahmefaktoren für die Arbeiter 4,6 und 5,2, für die Angestellten 4,1 und 4,4. Die Arbeiterinnen haben ihren Abstand von den Verdiensten ihrer männlichen Kollegen von 37 % (1950) auf 30 % (1975) verringert, bei Angestellten ging der Abstand der Frauengehälter von 42 % (1975) auf 38 % zurück. Während in den 50er Jahren die allmähliche Durchsetzung des grundgesetzlichen Gebots der Gleichberechtigung von Mann und Frau in dieser Richtung gewirkt hat, treten seit den 60er Jahren strukturelle Momente mehr in den Vordergrund: da Qualifikation, Berufserfahrung und Alter die Verdienshöhe mitbestimmen, wirkt es sich auf sie aus, daß das allgemeine Ausbildungsniveau der Frauen steigt, daß sie häufiger auch in höherem Lebensalter berufstätig sind und daß viele frühere typische Frauen-Arbeitsplätze der Rationalisierung gewichen sind.

Im Bild sind unschwer die Perioden stärkeren und schwächeren Verdienstanstieges zu erkennen. Die logarithmische Skala bewirkt, daß Zunahmen, die relativ gleich groß sind, auf jedem Niveau als Linien gleicher Steigung erscheinen.

Bild und Tabelle geben über Richtung und Maß der Verdienstentwicklung in Industrie und Handel in diesem langen Zeitraum Auskunft. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die Verdienstentwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen für die dort abhängig Beschäftigten sehr ähnlich verlaufen. Eine direkte Erhebung aller Einkommen, also der aus selbständiger und unselbständiger Arbeit und aus Übertragung, besteht nicht und ist auch nicht zu erwarten. Der durch die Verdiensterhebung in Industrie und Handel repräsentierte Personenkreis stellt nur einen kleinen Teil aller "Verdiener" dar. Von dem Teil der Bevölkerung (56 %), der ein eigenes Einkommen bezog, empfing 1970 ein Drittel ein übertragenes Einkommen (Rente, Pension usw.); 4 % waren mithelfende Familienangehörige; 7 % waren Selbständige, und wiederum 56 % verdienten ihren Lebensunterhalt durch unselbständige Arbeit. Unter den letzteren waren 11 % Beamte und Lehrlinge, die restlichen 45 % der Einkommensbezieher waren Arbeiter und Angestellte, also die Kategorie, deren Einkommen sich weitgehend als Arbeitsverdienst ermitteln läßt. Die entsprechende Erhebung beschränkt sich, um die Kosten auf ein vertretbares Maß zu reduzieren, noch in mehrfacher Hinsicht (siehe "Methode").

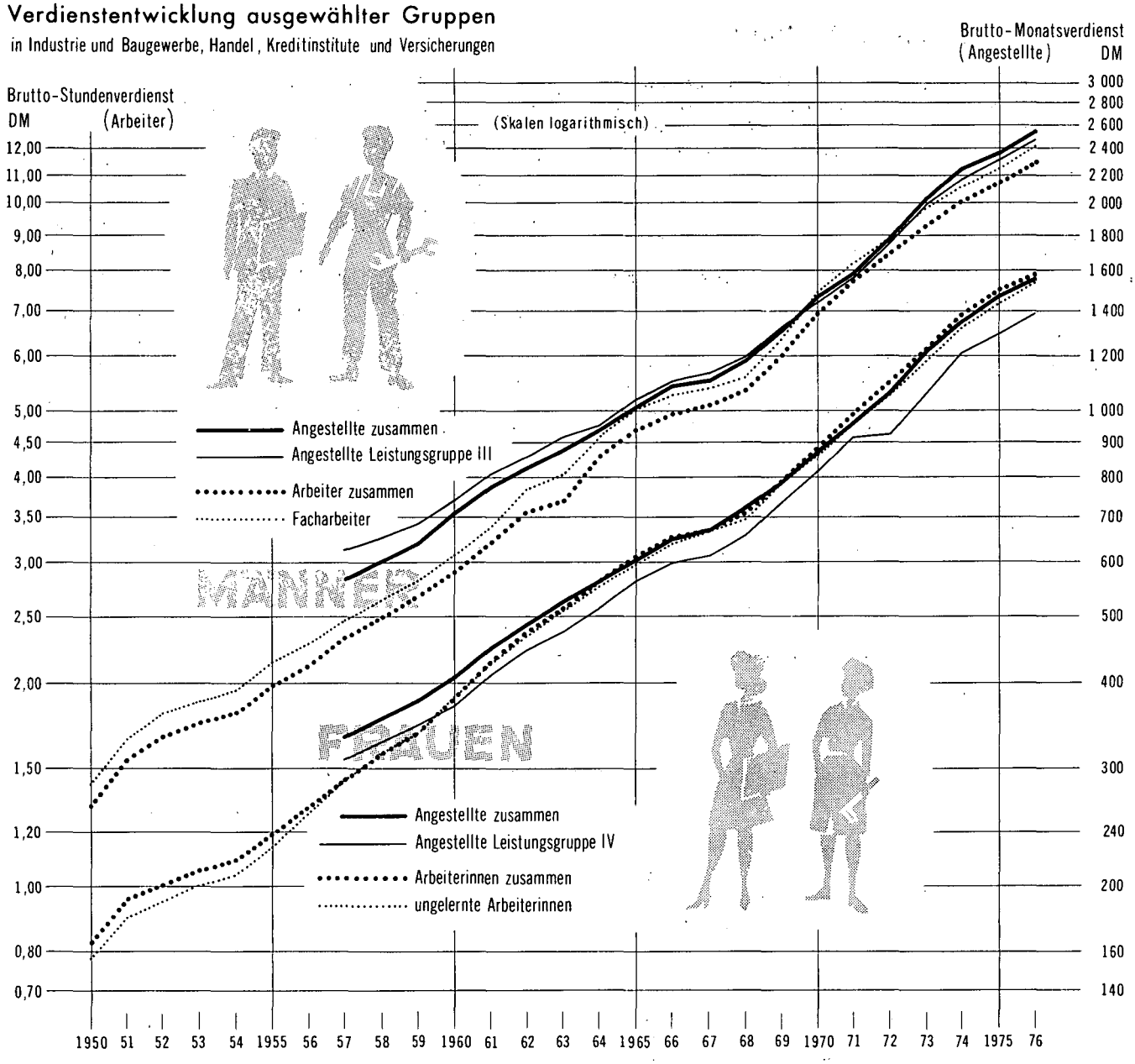
Zeit	Arbeiter						Angestellte					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	alle	Facharbeiter	angelernte Arbeiter	alle	angelernte[1] Arbeiter	Hilfsarbeiter	alle	Leistungsgruppe III	Leistungsgruppe IV	alle	Leistungsgruppe IV	Leistungsgruppe V
	Bruttostundenverdienst in DM						Bruttomonatsverdienst in DM					
Sept. 1950	1,31	1,41	1,28	0,82	0,87	0,78						
" 1951	1,55	1,65	1,50	0,96	1,01	0,90						
Nov. 1952	1,68	1,80	1,60	1,00	1,04	0,95						
" 1953	1,74	1,87	1,67	1,05	1,10	1,00						
" 1954	1,80	1,94	1,75	1,09	1,16	1,03						
" 1955	1,98	2,12	1,90	1,19	1,23	1,14						
" 1956	2,10	2,26	2,02	1,31	1,35	1,27						
" 1957	2,32	2,46	2,21	1,43	1,42	1,43	566	623	411	331	308	269
" 1958	2,48	2,63	2,37	1,57	1,55	1,58	597	650	439	354	325	309
" 1959	2,66	2,81	2,52	1,69	1,64	1,69	639	685	457	375	344	336
" 1960	2,90	3,07	2,74	1,92	1,91	1,91	703	739	509	404	369	365
" 1961	3,19	3,38	2,97	2,13	2,14	2,12	772	802	559	447	408	409
" 1962	3,58	3,82	3,31	2,35	2,35	2,33	820	854	596	485	444	433
" 1963	3,71	4,02	3,52	2,54	2,51	2,53	878	917	634	520	474	466
Okt. 1964	4,31	4,60	3,99	2,81	2,90	2,75	934	950	677	554	510	474
" 1965	4,69	5,01	4,27	3,05	3,21	2,96	1 009	1 039	747	608	561	506
" 1966	4,94	5,26	4,54	3,28	3,35	3,20	1 082	1 105	805	653	599	539
" 1967	5,07	5,38	4,61	3,36	3,38	3,33	1 100	1 123	820	667	611	557
" 1968	5,32	5,61	4,87	3,54	3,61	3,47	1 177	1 199	879	721	656	598
" 1969	6,00	6,37	5,37	3,97	4,04	3,91	1 303	1 316	1 004	784	731	607
" 1970	6,97	7,47	6,19	4,44	4,66	4,29	1 442	1 449	1 083	873	811	636
" 1971	7,73	8,22	6,89	4,95	5,18	4,77	1 588	1 567	1 187	956	909	672
" 1972	8,47	8,98	7,78	5,50	5,73	5,29	1 780	1 775	1 314	1 061	919	785
" 1973	9,30	9,89	8,41	6,12	6,38	5,87	2 021	1 991	1 457	1 221	1 058	929
" 1974	10,08	10,63	9,26	6,93	7,23	6,68	2 240	2 186	1 709	1 365	1 202	1 067
" 1975	10,70	11,22	9,79	7,46	7,79	7,15	2 339	2 281	1 785	1 447	1 269	1 167

1) bis 1956 einschließlich der sehr wenigen Facharbeiterinnen

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte N I 1 (Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel)

Verdienstentwicklung ausgewählter Gruppen

in Industrie und Baugewerbe, Handel, Kreditinstitute und Versicherungen



Das Maßstabsverhältnis von Stunden- zu Monatsverdienst wurde der Übersichtlichkeit wegen mit 1 : 200, also 200 Arbeitsstunden im Monat, gewählt. Niveauunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten dürfen aus dem Bild nicht gelesen werden.

D – 4904

Zur Methode

Die Zahlen stammen aus der "laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel", die für vier Monate jedes Jahres die Gehalts- und Lohnsummen und die Anzahl der Angestellten und Arbeiter ermittelt. Der Tabelle liegen die Angaben für den Herbst zugrunde.

Erhebungsbereich ist für Arbeiter das produzierende Gewerbe, also die Wirtschaftsabteilungen 1, 2 und teilweise 3 der Grundsystematik: Energiewirtschaft und Wasserversorgung (Bergbau entfällt in Schleswig-Holstein), verarbeitendes Gewerbe und Hoch- und Tiefbau (einschl. Handwerk). Für Angestellte kommt die Wirtschaftsabteilung 4 dazu: Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe. Von allen vorhandenen Unternehmen wird nur eine Stichprobe befragt, die mit etwa 400 sogenannten Schichten (nach Größenklassen und Wirtschaftszweig) kompliziert aufgebaut ist. Sie erreicht seit 1974 etwa 22% der in den betroffenen Wirtschaftszweigen vorhandenen Arbeitnehmer.

Zur Lohn- und Gehaltssumme, die den angeführten Durchschnittsbeträgen zugrunde liegt, gehören alle auf den Zahlungszeitraum bezogenen Zulagen und Zuschläge, z. B. für Überstunden oder wegen erschwerter Arbeitsbedingungen. Lediglich Zahlungen, die nicht auf die Stunde oder den Monat bezogen sind, z. B. Jahresprämien und Weihnachtsgratifikation, fehlen darin.

Die Zuordnung der Personen zu den statistischen Leistungsgruppen ist Sache der Unternehmen, die dazu Weisungen vom Statistischen Landesamt erhalten. Meist ist dafür gemäß einer Zuordnungsübersicht die tarifliche Lohn- und Gehaltsgruppe maßgebend. Die Zuordnungsübersichten werden für alle Tarife des Bundesgebietes vom Stat. Bundesamt ausgegeben. Wird kein Tarif angewendet, dann bestimmen Definitionen der statistischen Leistungsgruppen die Zuordnung.

Die Auswahl unter den 3 Leistungsgruppen der Arbeiter und den 4 Leistungsgruppen der Angestellten (II bis V) für die Tabelle und das Bild entspricht der zahlenmäßigen Bedeutung der Gruppen (z. B. gibt es nur sehr wenige männliche Hilfs- und weibliche Facharbeiter).

Die Angestellten wurden erst bei der Reform dieser Erhebung im Jahre 1957 mit einbezogen. Wechsel des Berichtsfirmenkreises bei dieser Gelegenheit, 1964, 1972 und eine erhebliche Erweiterung 1974 haben die durchgehende Vergleichbarkeit der Zahlen nicht merklich beeinträchtigt.

Preisindex der Lebenshaltung

Der Preisindex der Lebenshaltung wird landläufig als Gradmesser der Geldwertveränderung – bei anhaltenden Preissteigerungsraten als Inflationsindikator – betrachtet. Er ist für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen bis zur Geburtsstunde der Deutschen Mark zurück und darüber hinaus nachgewiesen.

Seit 1957 ermittelt die amtliche Statistik zusätzlich Indizes für unterschiedliche Haushaltstypen im Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein selbst ist kein landeseigener Index festgestellt worden. Die in diesem Land ermittelten Preise sind jedoch angemessen im Bundesindex berücksichtigt.

Im Trend läßt sich ein ständiger Anstieg der durch diesen Index gemessenen Preissteigerungsraten verfolgen. Wird für das Jahrzehnt von 1950 – 1960 ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg des Index von 1,9 % beobachtet und für die 60er Jahre noch eine leichte Beschleunigung des Auftriebs von 2,5 % gemessen, so beträgt diese Rate in der ersten Hälfte der 70er Jahre bereits 6,0 %. Seit dem Währungsschnitt des Jahres 1948 bis 1976 hat sich das Preisniveau verdoppelt.

Die ersten Nachkriegsjahre sind preisstatistisch durch relativ starke positive und negative Preisveränderungsraten geprägt. Mit der Währungsreform (21. 6. 1948) und mit der einhergehenden Zunahme des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des freien Marktes ermäßigten sich die überhöhten Nachkriegspreise (1950: – 6,4 %). Die Korea-Krise wirkte sich jedoch bereits im Jahre 1951 mit einer – bisher nicht wieder erreichten – Steigerungsrate von + 7,9 % preistreibend aus. Seit dem Jahre 1954 werden nur noch steigende Jahresdurchschnittspreise beobachtet. Die Steigerungsrate erreichte 1974 auf dem Höhepunkt der durch das OPEC-Kartell weltweit ausgelösten "Ölkrise" einen weiteren Höchststand von + 6,9 %. Für die im Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte ausgewiesene Verbrauchsgruppe "Elektrizität, Gas, Brennstoff" war im Dezember 1973 die bisher höchste Steigerungsrate in der Nachkriegszeit von + 40,5 % zum Vorjahresmonat zu beobachten. Die Steigerungsrate hat sich seither bis in die Mitte der 70er Jahre und darüber hinaus weiter ermäßigt.

Preisindex der Lebenshaltung für 4 - Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

1970 = 100

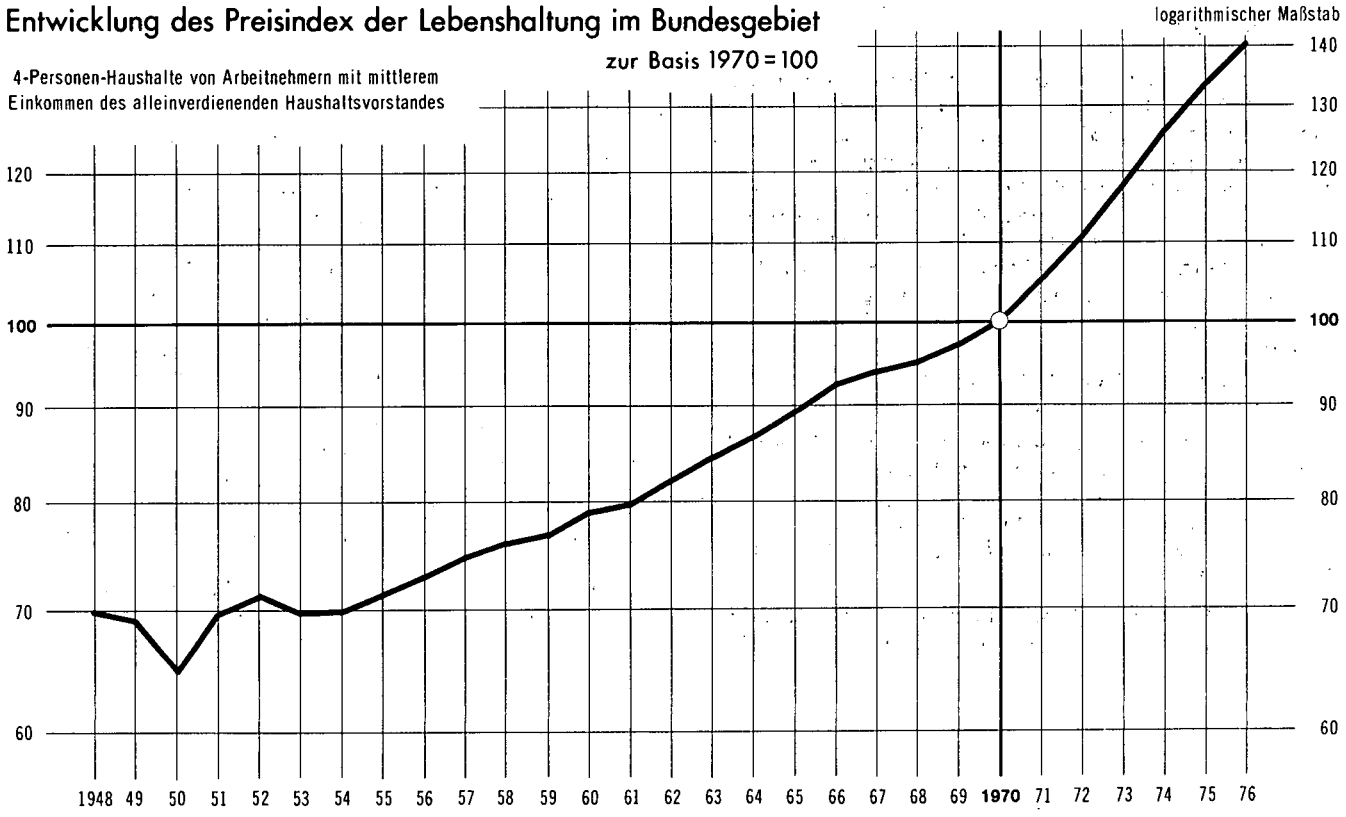
Jahresdurchschnitt	Gesamtlebenshaltung	Bedarfsgruppe								
		Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1938	41,4	40,0	38,6	39,3	41,6	50,2	41,7	40,6	41,3	42,0
1945	48,2	44,3	70,0	41,0	43,1	66,8	55,7	51,6	47,8	42,1
1946	52,7	47,8	95,8	41,2	44,3	71,1	61,8	52,8	49,2	62,3
1947	56,3	50,7	113,6	41,5	46,4	79,8	69,0	55,7	50,0	64,2
1948 D 1. Hj.	59,4	52,7	123,5	41,5	48,2	91,6	75,8	62,0	50,7	65,4
D 2. Hj.	69,7	65,0	140,9	41,1	54,0	107,5	97,9	72,5	54,7	63,0
1949	68,9	69,5	107,5	41,0	56,3	98,0	86,5	72,0	55,8	61,9
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	140,2	140,5	125,8	143,3	163,4	128,9	141,3	134,6	142,0	147,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Entwicklung des Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

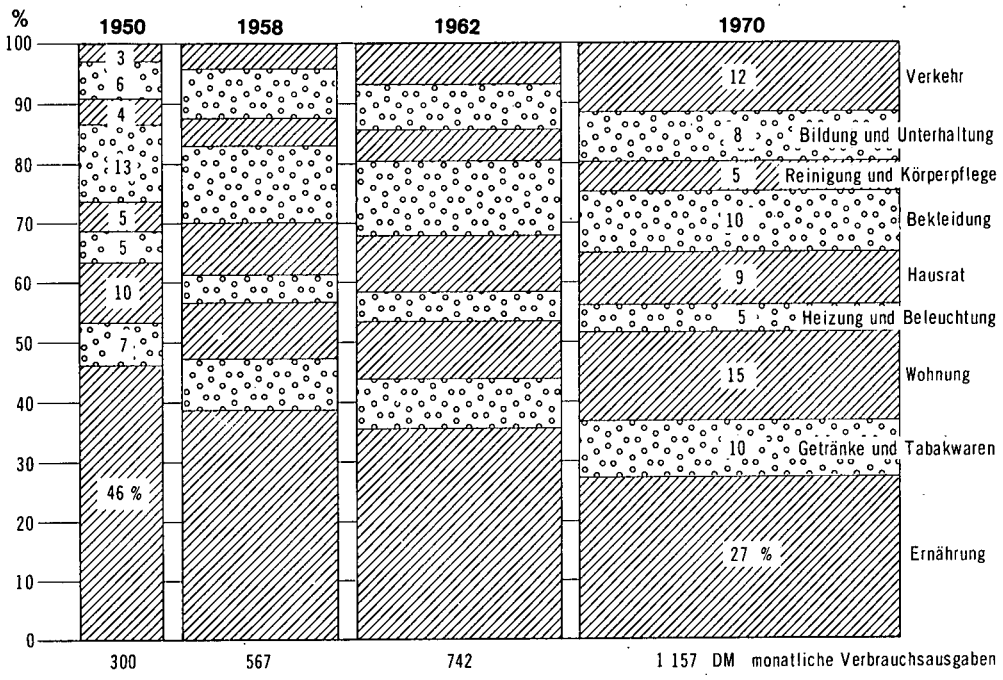
zur Basis 1970 = 100

4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes



Anteile im Warenkorb des Preisindex der Lebenshaltung

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen



D – 4917

Zur Methode

Die Preisindizes werden für zuvor festgelegte Warenkörbe berechnet (Laspeyres-Index). Die Indexberechnung erfolgte von 1938/45 bis Januar 1957 nach den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1950 mit Lebenshaltungsausgaben von etwa 300 DM monatlich, von 1957 bis Januar 1961 nach denen des Jahres 1958 mit monatlichen Lebenshaltungsausgaben von 567 DM und von Januar 1961 bis Januar 1968 nach den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1962 mit monatlichen Lebenshaltungsausgaben von 742 DM für den 4-Personen-Haushalt der mittleren Verbrauchergruppe. Seit nunmehr Januar 1968 beruht die Indexberechnung für den o. a. Haushaltstyp auf den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1970 mit monatlichen Lebenshaltungsausgaben von 1 157 DM. Für langfristige Vergleiche werden die auf unterschiedlichen Verbrauchsverhältnissen beruhenden Indexzahlen rechnerisch verkettet und auf eine gemeinsame Rechenbasis (z. B., 1970 = 100) gestellt.

Baupreise

Die jährlichen Preisveränderungsraten für neuerrichtete Wohngebäude haben sich seit dem 2. Weltkrieg tendenziell erhöht. In den sechs Konjunktur- und Wachstumszyklen, die zwischen 1950 und 1976 beobachtet wurden, war die Preisentwicklung uneinheitlich. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate – gemessen jeweils innerhalb der Zyklusjahre – pendelte zwischen 2,5 % (1964 bis 1967) und 9,1 % (1968 bis 1971). Diese Zyklusraten bewegten sich dabei wellenartig. Eine extreme Preissteigerungsrate zum Vorjahr wurde 1951 gemessen. Hier ließ der preistreibende Nachfragesog der Koreakrise die Preise um 15,8 % anziehen. Ähnlich ausgeprägt waren jährliche Preisveränderungsraten im fünften Konjunkturzyklus. Hier wurden Raten von 16,4 % (1970) und 10,3 % (1971) in Jahresfrist ermittelt.

Die Entwicklung der Neubaupreise stellt das Ergebnis eines vielschichtigen Preisbildungsprozesses auf dem Baumarkt dar.

Preisbestimmende Faktoren auf der Nachfrageseite waren neben dem in der Nachkriegszeit ungebrochenen Bedarf überwiegend die Finanzierungsmöglichkeiten wie ihre -bedingungen. Auf einem bis in die jüngste Vergangenheit anzutreffenden Verkäufermarkt haben Kapitalverknappung und wechselnde Kapitalmarktsätze insbesondere im zinsreagiblen (sozialen) Wohnungsbau die Durchsetzbarkeit von Preisvorstellungen beeinflußt.

Preisbestimmende Faktoren auf der Angebotsseite waren überwiegend die Produktionskosten. Die in mehrjährigen Abständen durchgeführten Kostenstrukturerhebungen im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau weisen aus, daß etwa 70 % des Produktionswertes allein auf zwei Kostenarten – Personal und Material (Bau-, Hilfs- und Rohstoffe wie Bauteile) – entfallen. Dabei ist der Anteil der Personalkosten von 40 % im Jahre 1962 weiter angestiegen (46 % im Jahre 1974). Der Materialanteil hat hingegen von 29 % im Jahre 1962 leicht abgenommen (25 % im Jahre 1974). Der nachweisbare enge Zusammenhang (Korrelationskoeffizient = 0,9) zwischen der Preisentwicklung für neu errichtete Wohngebäude, Baumaterial und insbesondere der effektiv bezahlten Stundenlöhne im Hoch- und Tiefbau ist besonders zu Beginn des größten Baubooms Anfang der 70er Jahre augenfällig. Die oben erwähnten extremen Preissteigerungsraten der Jahre 1970 und 1971 korrespondieren mit (noch höheren) Steigerungsraten der effektiven Stundenlöhne von 19 % und 11 %. Für den betrachteten Zeitraum läßt sich in der Regel nachweisen, daß die Steigerungsraten der im Bausektor gezahlten Löhne die Preissteigerungsraten für Neubauten übertrafen. Diese Feststellung ist für die Beurteilung der Preisentwicklung einzelner Bauabschnitte bedeutungsvoll, da sie mehr oder weniger lohnintensiv ausgeführt werden müssen. Die grobe Gliederung der Bauabschnitte nach Rohbauarbeiten und Ausbauarbeiten läßt bereits einen stärkeren Preisanstieg der lohnintensiveren Ausbauarbeiten erkennen. So sind von 1970 – seit dieser Zeit wurden in Schleswig-Holstein praktisch alle Neubauwohnungen mit Bad und Zentralheizung ausgebaut – bis 1976 die Preise für Rohbauarbeiten um 34 % gestiegen, während die Ausbauarbeiten bereits eine Preissteigerungsrate von 52 % erreichten.

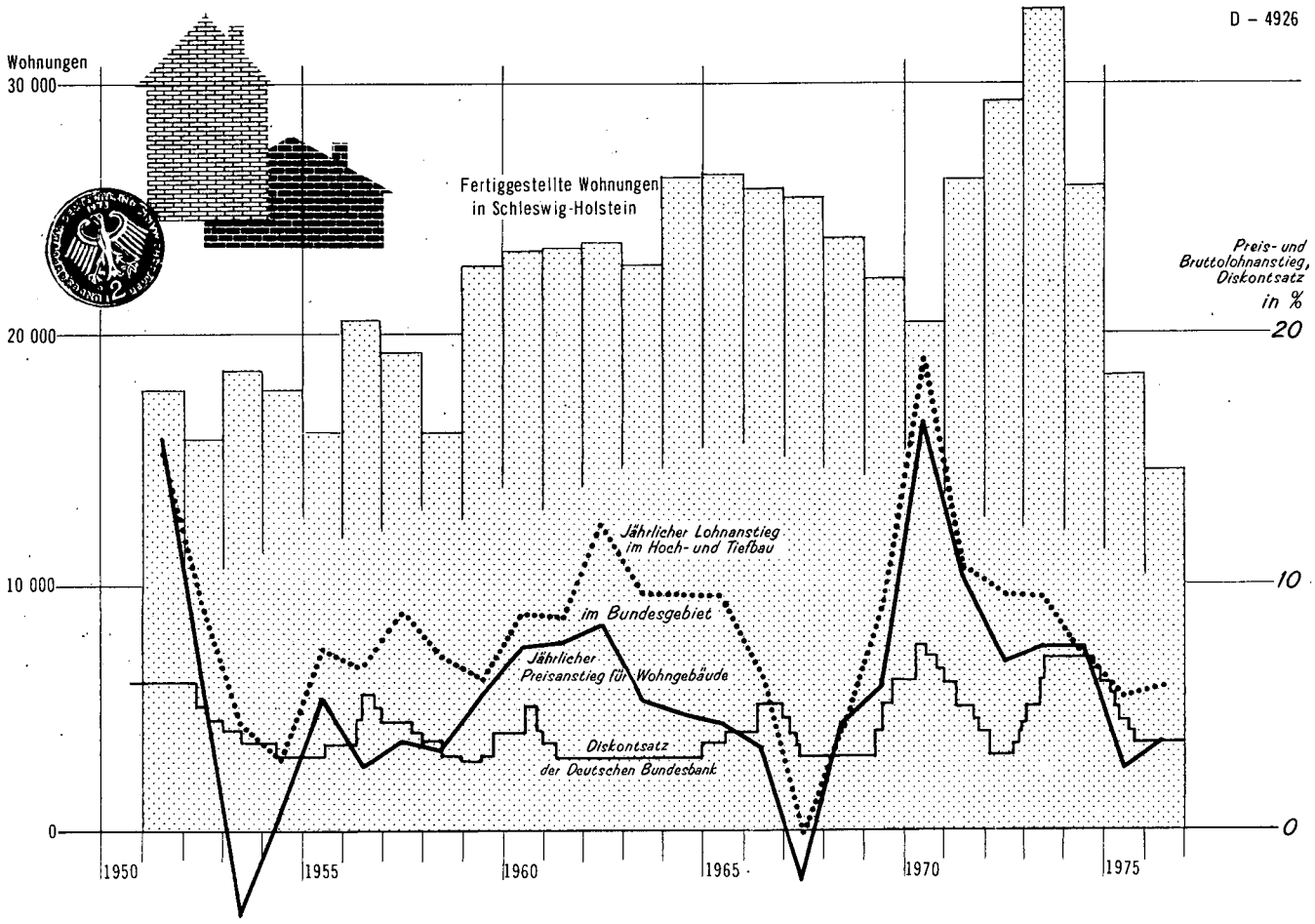
Preisindizes für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke im Bundesgebiet*

1970 = 100

Jahresdurchschnitt	Wohngebäude						Nichtwohngebäude			Sonstige Bauwerke		
	insgesamt	davon nach Abschnitten		Einfamilien-	Mehrfamilien-	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	Straßenbau	Wirtschaftswegebau	Brücken im Straßenbau
		Rohbauarbeiten	Ausbauarbeiten									
1958	51,0	49,2	52,9	51,2	50,9	52,0	52,0	52,8	52,9	70,1	67,8	56,4
1959	53,7	52,4	54,8	53,8	53,7	54,6	54,8	54,9	55,0	74,2	71,8	59,6
1960	57,7	56,6	58,5	57,8	57,8	58,4	58,5	58,7	58,5	77,7	74,4	63,0
1961	62,1	60,4	63,6	62,2	62,1	62,5	62,5	62,7	62,2	81,6	77,6	66,1
1962	67,2	65,8	68,5	67,3	67,3	67,5	67,5	67,6	66,9	87,1	82,8	70,6
1963	70,7	69,6	71,6	70,7	70,8	70,9	70,9	71,1	69,9	90,4	86,4	73,0
1964	74,0	72,8	74,9	73,9	74,1	74,1	73,9	74,1	72,7	89,6	86,8	75,1
1965	77,1	75,1	78,7	77,1	77,1	77,2	76,7	76,8	75,5	84,9	83,4	76,1
1966	79,6	77,2	81,8	79,8	79,7	79,8	79,2	79,3	77,5	83,9	83,0	77,6
1967	77,9	74,9	80,7	78,2	77,9	77,8	77,3	77,5	73,8	80,0	79,9	74,7
1968	81,2	78,2	83,9	81,5	81,1	81,1	80,4	80,7	77,7	83,6	83,6	77,5
1969	85,9	83,6	87,9	86,0	85,8	85,9	85,4	85,3	84,5	87,3	87,1	84,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	109,7	110,9	110,3	110,4	110,1	110,1	110,5	110,8	107,9	108,2	108,4
1972	117,8	116,5	118,9	117,7	118,0	117,0	117,2	118,1	116,2	109,3	110,3	112,9
1973	126,4	123,6	129,0	126,5	126,7	125,4	125,5	126,3	123,2	112,8	113,7	119,1
1974	135,6	129,3	141,4	135,8	136,0	134,0	134,0	134,9	130,5	123,6	125,1	125,5
1975	138,9	130,2	146,8	139,2	139,2	137,1	136,8	137,9	134,1	126,5	128,7	127,0
1976	143,7	134,3	152,1	144,1	144,0	141,6	141,5	143,3	139,5	128,3	130,6	130,0

*) einschließlich Umsatz(Mehrwert)steuer - 1958/59 ohne Saarland und Berlin, 1960-1965 ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt



Zur Methode

Die in der Tabelle ausgewiesenen Indexreihen sind im Jahre 1958 auf eine seither beibehaltene neue methodische Basis gestellt worden. Unabwendbaren Bedürfnissen der Praxis folgend wurde der bis zum November 1958 nachgewiesene "Preisindex für den Wohnungsbau" mit dem neu berechneten "Preisindex für Wohngebäude" im Jahre 1954 rechnerisch verkettet.

Für den alten "Preisindex für den Wohnungsbau" wurden die Preise für Baumaterialien, die Löhne für Bauarbeiter, die Preise für Bauleistungen von Handwerkern und die Gebühren für Baunebenleistungen ermittelt und aus ihnen - entsprechend dem früheren Schema des Statistischen Reichsamtes - die Preisentwicklung eines "Indexhauses" abgeleitet.

Für den jetzigen "Preisindex für Wohngebäude" werden allein Erzeugerpreise des Baugewerbes beobachtet. Sie entsprechen den Lieferungen einer bestimmten Arbeit am Bau durch ein Unternehmen an den Bauherrn - kurz den Bauleistungen. Die vierteljährlich beobachteten Preise dieser Bauleistungen werden zu Preismeßziffern umgerechnet - im wesentlichen also auf ein Basisjahr = 100 bezogen. Diese Meßziffern lassen sich sodann stufenweise bis zum Preisindex für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke zusammenfassen. Dabei wird von den unterschiedlichen Gebäudetypen ausgegangen, die dem Index der Gebäudearten zugrunde liegen. Für diese Gebäudetypen verdichtet man die Meßziffern der einzelnen Bauleistungen entsprechend ihrer Bedeutung für den Gebäudetyp zunächst zu gebäudetypspezifischen Indizes der Bauarbeiten (Mauer- oder Zimmerarbeiten), alsdann zu Gruppenindizes für die in der VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) genannten Abschnitte wie Rohbau- und Ausbauarbeiten sowie zum Index der "Bauleistungen am Gebäude" für den betreffenden Gebäudetyp (z. B. gewerbliches Betriebsgebäude - Stahlbeton, offene Halle). Die Indizes der Gebäudetypen werden weiter unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen aus der Bautätigkeitsstatistik zu Indizes der Gebäudearten (wie Einfamilienhäuser insgesamt oder Wohngebäude insgesamt) zusammengefaßt. Die Indizes der "Bauleistungen am Gebäude" werden dann um Informationen über die Preisentwicklungen der Baunebenleistungen zu Preisindizes für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke ergänzt.

Diese Preisindizes waren ursprünglich auf den bautechnischen Entwicklungsstand des Jahres 1958 bezogen. Es wurden Preise von insgesamt 120 Bauleistungen bei 1 200 Firmen im Bundesgebiet erfragt. Um der technischen Entwicklung in der Bauwirtschaft seit 1959 zu entsprechen, wurde der Index den geänderten Verhältnissen in der Bauwirtschaft der Jahre 1962 und 1970 angepaßt. Bei den Rohbauarbeiten wurde insbesondere der wachsenden Bedeutung neuer Baustoffe (wie Glasbausteine, Betonwerkstein-Plattenbelege, Erzeugnisse aus Kunststoff, Glas und Schaumbeton) Rechnung getragen und neue Fertigungstechniken (vorgefertigte Wände und Decken) berücksichtigt. Den Erfordernissen einer verbesserten Schall- und Wärmeisolierung sowie eines verbesserten Korrosionsschutzes wurde unter anderem durch zusätzliche Berücksichtigung von Preisen für schwimmenden Estrich, Gipsakustikplatten, Mehrscheibenisolierglas und neuartigen Bodenbelegen entsprochen. Dabei wurde der Index nach Verkettung der Zahlen für Februar 1962 auf Basis 1962 = 100 weitergeführt. Im Februar 1968 wurde die Verkettung für den nunmehr auf Basis 1970 = 100 berechneten Index wiederholt.

1962 wurden die Preise für 272 Regelbauleistungen bei etwa 4 000 Berichtsbetrieben im Bundesgebiet beobachtet. Mit der Indexreform des Jahres 1970 ermäßigte sich die Anzahl der beobachteten Regelleistungen auf 208 Positionen. Für das Land Schleswig-Holstein wird kein landesspezifischer Index veröffentlicht. Die in Schleswig-Holstein ermittelten Bauleistungspreise werden jedoch bei der Berechnung der Bundesindizes angemessen berücksichtigt.

Spareinlagen

Für die Zeit unmittelbar nach der Währungsreform vom 20. 6. 1948 liegen über die Entwicklung der Spareinlagen nur unvollkommene Angaben vor. Insbesondere fehlt eine genaue Kenntnis der Art der Gutschriften. Dennoch darf angenommen werden, daß die Zunahme des Spareinlagenbestandes zunächst kaum auf echte Sparleistungen, sondern hauptsächlich auf währungstechnische Einflüsse zurückzuführen ist. So dürften etwa bis 1954 Gutschriften, die aus der Geldumstellung, aufgehobenen Sperrkonten, Ausgleichsforderungen oder aus Entschädigungen resultierten, eine bedeutende Rolle gespielt haben. Erst im Laufe des Jahres 1956 erreichte das Sparvolumen wieder den Stand vom Anfang des Vorkriegsjahres 1939, der auf 610 – 620 Mill. RM geschätzt wird. Diese Schätzung ist eine Hochrechnung aufgrund des bekannten Einlagenbestandes nur bei den Sparkassen, der um den Erfahrungssatz von 50 % erhöht wurde, um das Landesergebnis für alle Kreditinstitute zu ermitteln. Je Einwohner war die Sparkraft der Vorkriegszeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht erreicht, da die Bevölkerungszahl um etwa zwei Fünftel größer war als 1939.

Von der Mitte der fünfziger Jahre an waren die Spargutschriften von anderen Zuschreibungen im wesentlichen bereinigt. Läßt man die Zugänge aus Zinsen außer Betracht, so erfuhr der jährliche Saldo aus Gut- und Lastschriften ab 1957 – von drei Einschnitten abgesehen – eine stetige Steigerung, die mit einem Überschuß in Höhe von 584 Mill. DM im Jahre 1975 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die Entwicklung war in den Jahren 1960/61, 1969/70 und besonders 1973 von Abschwungphasen zunehmender Stärke unterbrochen. Die Schwankungen in der Sparneigung sind zumindest mittelbar die Folge der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft. Sie sind durch die zunehmende Wandlung der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte seit Mitte der sechziger Jahre noch verstärkt worden: der Anteil der unbedingt lebensnotwendigen Ausgaben hat im Laufe der Berichtszeit ständig abgenommen. Damit wurden die privaten Haushalte in ihren Verbrauchsgewohnheiten immer flexibler und haben einen viel größeren Spielraum gewonnen, um die Sparentscheidungen ihren Erwartungen entsprechend zu verändern, als dies in den fünfziger Jahren der Fall war. Insbesondere das Verhalten der Sparer bei der letzten Abschwungphase 1973 und dem anschließenden Boom wirkte sich auf den privaten Verbrauch derart aus, daß die Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand zunehmend in Schwierigkeiten geriet.

Die Zinsgutschriften sind von der Höhe des Einlagenbestandes und vom Habenzinsfuß abhängig. Die Entwicklung seit 1950 läßt keine starken Schwankungen der Zugänge aus Zinsen erkennen, sondern vielmehr eine kontinuierliche Steigerung. Die Gutschriften erhöhten sich von 5,6 Mill. DM im Jahre 1952 auf über eine halbe Milliarde DM im Jahre 1974; nach Beendigung der Hochzinsperiode gingen sie im Jahre 1975 erstmals leicht zurück. Seit 1970 übertraf das Zinsvolumen mehrfach den Saldo aus Gut- und Lastschriften.

Die Entwicklung des Spargeschäftes bei öffentlichen und privaten Bausparkassen ist in der Darstellung nicht enthalten. Die in Schleswig-Holstein wohnenden Bausparer schlossen im Jahre 1975 bei den Bausparkassen des Bundesgebietes 91 000 neue Sparverträge mit einer Vertragssumme von 2,55 Mrd. DM ab. Im Jahre 1960 hatte die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge nur 16 000 und die Vertragssumme insgesamt nur 272 Mill. DM betragen. Die Vertragsabschlüsse erhöhten sich seitdem bis 1975 um fast das 6fache, die Vertragssummen um über das 9fache. Der Bestand an Bauspareinlagen war sogar am Jahresende 1975 mit 2,66 Mrd. DM über elfmal so groß wie 15 Jahre zuvor. Er machte zum Ende des Beobachtungszeitraumes etwa ein Viertel des Volumens an Spareinlagen aus, das bei Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften verbucht war.

Jahr	Zahl der berichtenden Institute (Stand: 31.12.)	Spareinlagen am Jahresanfang	Gutschriften (ohne Zinsgutschriften)	Lastschriften	Saldo der Gut- und Lastschriften	Zugänge aus Zinsen	Spareinlagen am Jahresende	darunter prämienbegünstigt	Spareinlagen in DM je Einwohner (Stand: 31. 12.) insgesamt	darunter bei Sparkassen	darunter bei Kreditgenossenschaften
		Mill. DM									
1949	188	60,7	.	.	.	.	105,7	.	40	29	.
1950	.	105,7	104,4[a]	79,1	.	.	131,0	.	52	37	.
1951	.	131,0	109,8[a]	87,0	.	.	153,8	.	62	44	7
1952	185	153,8	167,5[b]	103,4	+ 64,0	5,6	223,4	2,6[c]	93	66	10
1953	187	223,4	288,3[b]	184,1	+ 104,2	9,1	336,7	2,2[c]	145	101	16
1954	183	336,7	426,7[b]	271,5	+ 155,2	15,5	507,4	.	222	151	25
1955	188	507,4	374,3[b]	294,6	+ 79,6	18,8	605,8	3,3[c]	268	182	30
1956	188	605,8	435,1[b]	361,7	+ 73,4	24,5	703,7	3,6[c]	313	209	36
1957	189	703,7	540,6[b]	402,8	+ 137,7	29,9	871,4[d]	3,6[c]	385	253	45
1958	188	871,4	647,2	497,0	+ 150,3	35,6	1 054,4[d]	.	464	311	55
1959	187	1 054,4	739,5	555,8	+ 183,7	38,1	1 294,3[d]	17,9	566	378	67
1960	186	1 294,3	.	.	.	.	1 533,7	39,6	666	445	80
1961	186	1 533,7	965,4	835,6	+ 129,9	57,6	1 721,1	73,6	740	498	91
1962	189	1 721,1	1 125,7	890,9	+ 234,8	62,5	2 018,5[d]	116,2	863	582	100
1963	176	2 018,5	1 280,8	1 001,5	+ 279,3	72,9	2 359,9[d]	177,0	1 002	680	112
1964	174	2 359,9	1 502,9	1 224,1	+ 278,8	86,8	2 728,9[d]	244,2	1 148	776	133
1965	172	2 728,9	1 834,8	1 495,6	+ 339,2	110,1	3 178,2	313,1	1 323	884	160
1966	171	3 178,2	2 030,1	1 688,7	+ 341,4	148,6	3 668,2	391,7	1 511	994	189
1967	171	3 668,2	2 172,6	1 838,6	+ 334,0	155,4	4 157,6	462,5	1 699	1 108	216
1968	166	4 157,6	2 531,8	2 105,7	+ 426,1	172,6	4 743,9[d]	527,1	1 923	1 235	255
1969	168	4 743,9	2 923,8	2 575,8	+ 348,0	203,3	5 295,2	577,5	2 128	1 357	296
1970	161	5 295,2	3 531,0	3 303,0	+ 228,0	286,6	5 809,8	631,9	2 314	1 468	327
1971	154	5 809,8	3 921,9	3 554,5	+ 367,4	317,5	6 494,7	714,9	2 554	1 592	371
1972	151	6 494,7	4 421,7	3 906,2	+ 515,5	321,5	7 331,7	820,8	2 860	1 753	435
1973	167	7 331,7	4 507,2	4 558,2	- 51,0	428,5	7 831,8[d]	1 110,0	3 036	1 816	504
1974	164	7 831,8	5 120,0	4 804,6	+ 315,4	506,5	8 653,7	1 317,6	3 349	2 000	558
1975	164	8 653,7	5 857,3	5 273,4	+ 583,9	481,2	10 718,8	1 465,8	4 151	2 410	757

a) in den Jahren 1950 und 1951 sind in den Gutschriften die Jahreszinsen und sonstige Veränderungen, wie z. B. aus Umstellungs-, Ausgleichs- und Entschädigungsgutschriften enthalten

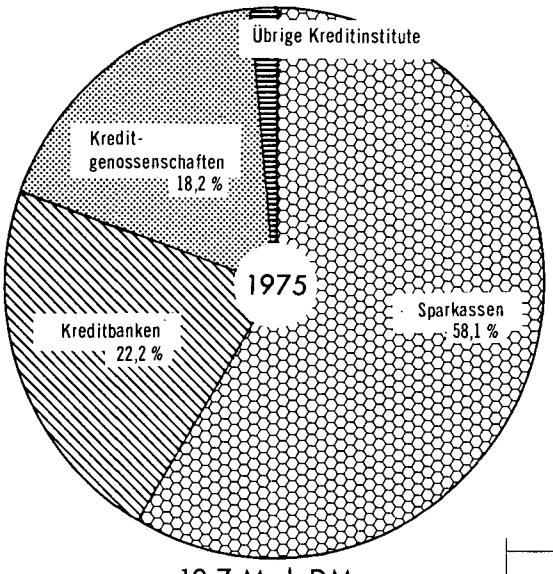
b) einschließlich sonstige Veränderungen (z. B. Umstellungs-, Ausgleichs- und Entschädigungsgutschriften); 1952 = + 10,0, 1953 = + 46,2, 1954 = + 63,2, 1955 = + 4,0, 1956 = + 4,3, 1957 = - 0,2 Mill. DM

c) Prämien- bzw. Gewinnsparen

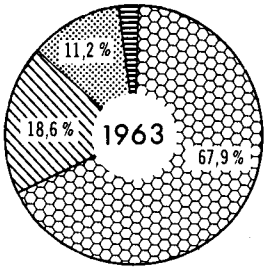
d) Differenzen gegenüber der Bestandsfortschreibung beruhen auf Veränderungen des Berichtskreises

D – 4900

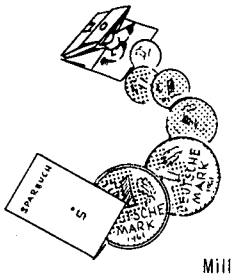
Sparguthaben am Jahresende
Anteile nach Bankengruppen

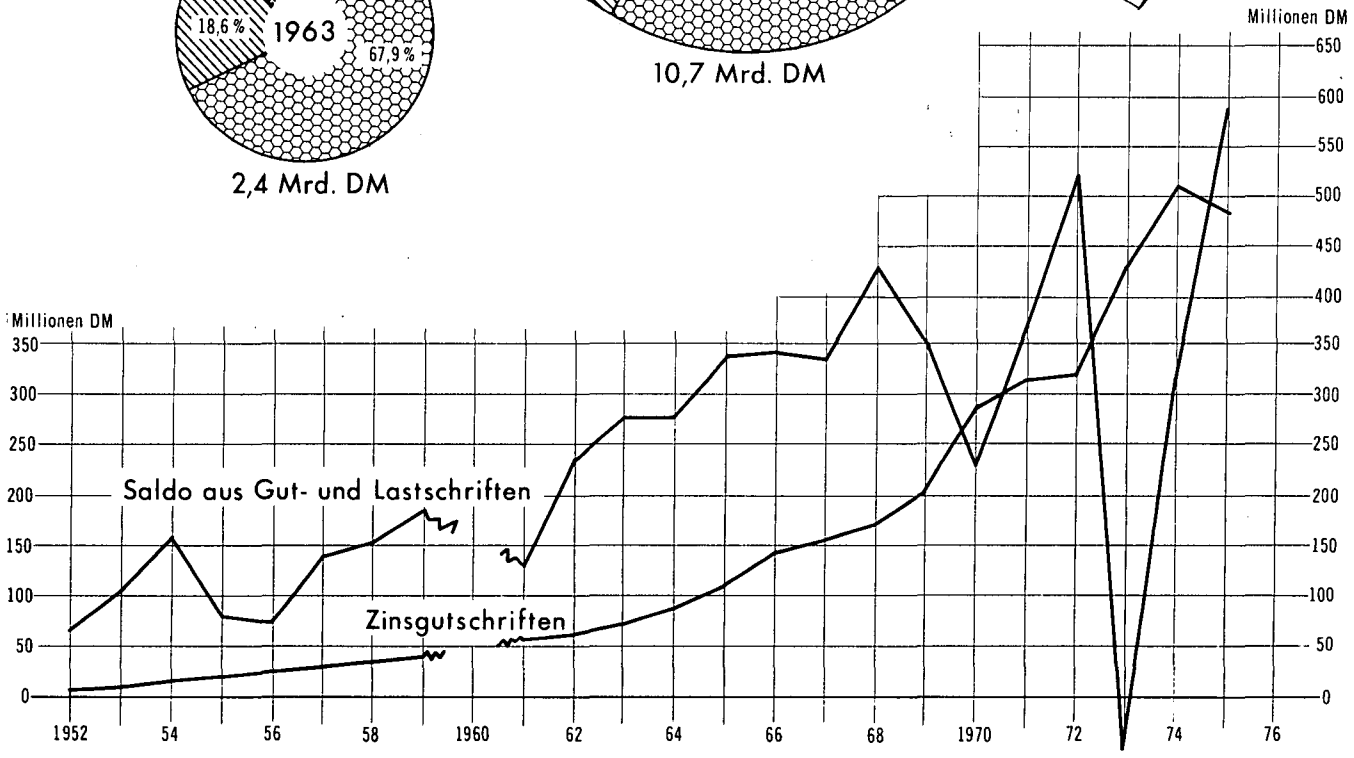


10,7 Mrd. DM



2,4 Mrd. DM





Zur Methode

Die dargestellten Ergebnisse sind der Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank entnommen; die Zahlen für Schleswig-Holstein stammen aus den Unterlagen der Landeszentralbank in Kiel. In der Regionalstatistik sind alle Geschäfte von Niederlassungen enthalten, die in Schleswig-Holstein gelegen sind. Hierbei ist es ohne Belang, wo sich der Unternehmenssitz des Kreditinstitutes befindet, zu dem die Niederlassung gehört. Das Spargeschäft der Zweigstellen der überregionalen Großbanken in Schleswig-Holstein (z. B. Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank) ist ebenso erfaßt, wie die Einlagen bei allen hier ansässigen Sparkassen. Von den Kreditgenossenschaften ist nur die Geschäftstätigkeit der größeren und großen Unternehmen einbezogen; maßgebend ist hierbei die Höhe der Bilanzsumme der Institute. Der Schwellenwert ist während der Berichtszeit mehrfach heraufgesetzt worden. Ab Dezember 1973 sind diejenigen Kreditgenossenschaften erfaßt, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 10 Mill. DM und mehr betrug.

Neben den drei genannten Gruppen der (Kredit-) Banken, der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften wird von der Regionalstatistik auch noch der Spareinlagenbestand der sogenannten "übrigen Kreditinstitute" erfaßt. Zu dieser Gruppe zählen: die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, die Wirtschaftsaufbaukasse, die Hypothekenbanken und die Teilzahlungskreditinstitute. In der Regionalstatistik nicht enthalten ist dagegen die Tätigkeit der Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz, der Postscheck- und Postsparkassenämter sowie der Landeszentralbank.

Die Statistik umfaßt sowohl die Spareinlagen von Privatpersonen wie die von Körperschaften des privaten oder öffentlichen Rechts. Hierbei ist es unerheblich, wo der Einleger seinen Wohnsitz hat. Die immer wieder dargestellte Berechnung der Spareinlagen in DM/Einwohner, bei der Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr schlecht abschneidet, ist insofern wenig aussagekräftig, als für Gebiete mit enger wirtschaftlicher und bevölkerungsmäßiger Verflechtung über die Landesgrenzen ninaus (z. B. nördliches Randgebiet um Hamburg) eine exakte Abgrenzung von Erhebungsmerkmal und dazu gehörender Bezugsgröße nicht möglich ist.

Keine Aussage macht diese Statistik über den Umfang möglicher anderer Sparformen, wie z. B. das Bausparen, Versicherungssparen, Wertpapiersparen, Entschuldung von Grundbesitz oder Sparen durch Kassenhaltung.

Öffentliche Sozialleistungen

Von allen Sozialleistungen – solche, wo Einkommen über die öffentliche Hand umverteilt wird und solche, die wesentlich auf individuellen Beiträgen beruhen – können hier nur einige mit statistischen Angaben belegt werden.

Stetige Zunahme der Empfängerzahl ist nur in der Rentenversicherung der Arbeiter festzustellen (aus der der Angestellten liegen keine Landeszahlen vor); sie hat sich mehr als verdoppelt, die Ausgaben (für Renten) dagegen stiegen auf fast das 19fache, so daß der Betrag je Fall 1975 (5 446 DM) beinahe 9mal so hoch war wie 1950 (615 DM). Die Verringerung der Zahl der Empfänger von Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz auf 40 % ist eine natürliche Folge der wachsenden Entfernung vom verursachenden Ereignis, dem Weltkrieg. Das gleiche gilt für die versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, deren Zahl ebenfalls auf 40 % gesunken ist. Während sich bei der Kriegsschadenrente die Ausgaben reichlich verdoppelt haben, sind die Zahlungen für Versorgungsrenten dank der Dymnamisierung in den letzten Jahren auf das 3fache gestiegen. Der durchschnittliche Betrag der Renten je Empfänger war dadurch 1975 (4 245 DM) fast 8mal so hoch wie 1951 (549 DM). Bei den Kriegsschadenrenten ist die Ausgabe je Empfänger nur auf reichlich das 5fache gestiegen (1975: 4 170 DM je Empfänger).

Nach ihrem Volumen ist die Kriegsopferfürsorge nur klein. Die Zahl der Empfänger ist 1954 und 1956 sprunghaft angestiegen, was überwiegend eine erfassungstechnische Ursache hat (Pauschalierung der Kriegsfolgenhilfe ab 1. 4. 1955, jedoch weiterhin genaue Abrechnung der Kriegsopferfürsorge mit dem Bund) und sich nicht auf die Ausgaben auswirkte. Die Ausgaben je Empfänger, die hier nur mit Einschränkung gebildet werden können, da sich beides nicht ganz auf dieselben Leistungen bezieht, sind in den 24 Jahren auf nahezu das 8fache gestiegen.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als Grundleistung der Sozialhilfe ist nach Fallzahl und Aufwand wieder bedeutender. Die Ausgaben je Empfänger haben sich in den 25 Jahren nahezu versiebenfacht, womit dieser Faktor den entsprechenden Werten der oben erwähnten Rentenversicherung und Kriegsopferversorgung naherückt. Das unstete Schwanken der Empfängerzahl in der Sozialhilfe spiegelt, typisch für diese subsidiäre Leistung, die Wechsel der Wirtschaftslage und der Rechtsetzungen (bundesgesetzliche Leistungsverbesserungen, Regelsatz u. a.) wider.

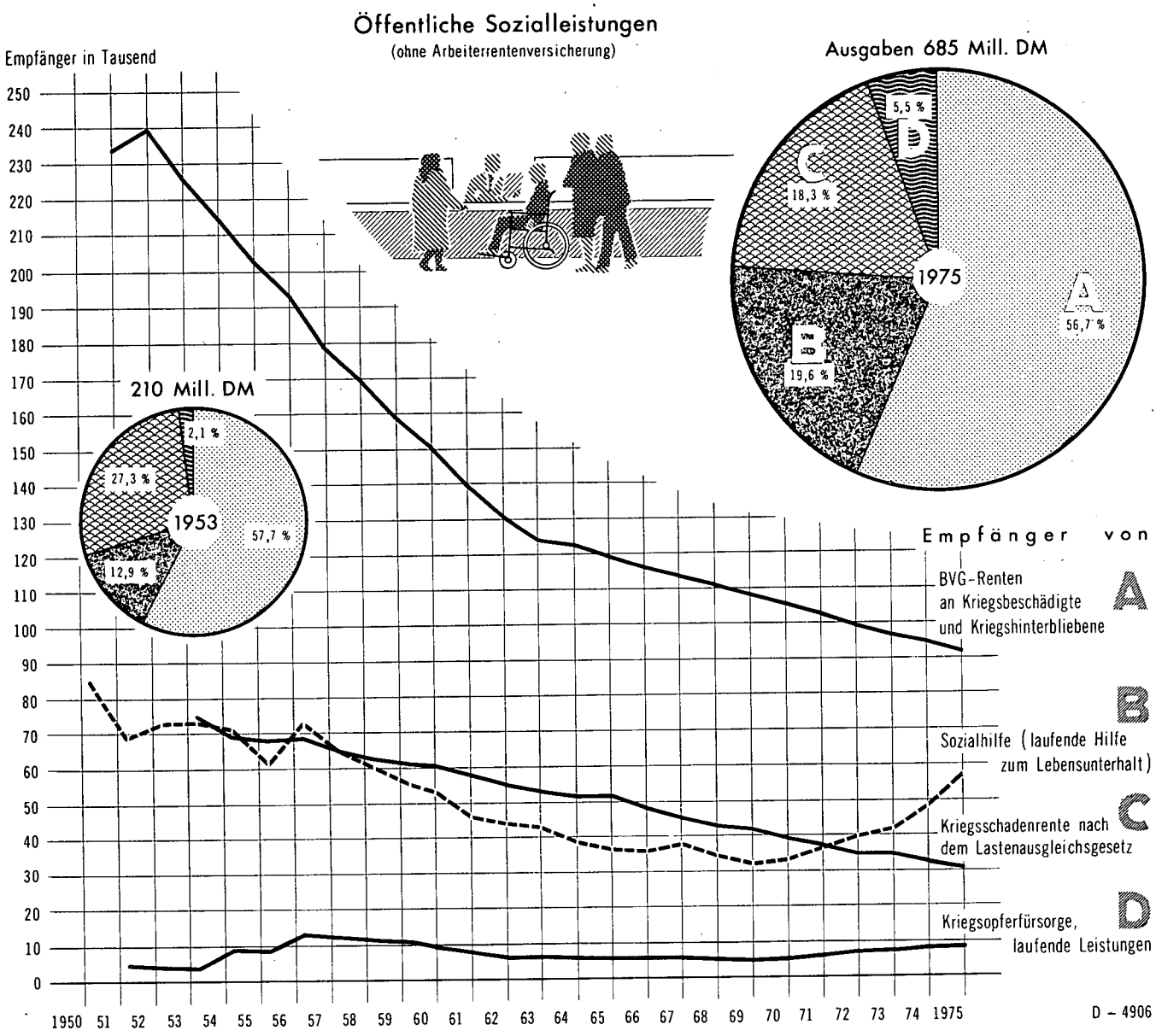
Die Zahlen in der letzten Spalte lassen gut erkennen, wie sich die Belastung je Einwohner vermehrt hat, nämlich auf mehr als das 7fache. Die absolute Höhe der Beträge ist dabei von geringerem Belang, da sie nur die beiden ausgewählten Sozialleistungen enthält. Eine Addition der hier aufgeführten Sozialleistungen ergibt für 1953 371 Mill. DM, für 1975 2 414 Mill. DM, das ist das 6,5fache. Den Löwenanteil an dieser Steigerung verursacht allein die Rentenversicherung der Arbeiter, der als einziger der hier genannten Leistungen hauptsächlich Beiträge der Empfänger zugrunde liegen. Ohne sie lauten die Ausgabensummen 210 und 685 Mill. DM, der Zuwachsfaktor 3,3.

Jahr	Rentenversicherung der Arbeiter		Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz		Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz an Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene		Kriegsopferfürsorge		Sozialhilfe		Sozialhilfe[2] und Kriegsopferfürsorge
									Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
	Empfänger Jahresdurchschnitt	Ausgaben 1 000 DM	Empfänger Jahresende 1)	Ausgaben[1] 1 000 DM	Empfänger am 31.12.	Ausgaben 1 000 DM	Empfänger laufender Leistungen Jahresende 1)	Ausgaben[1] 1 000 DM	Empfänger Jahresende 1)	Ausgaben[1] 1 000 DM	Ausgaben[1] in DM je Einw.
1950	151 024	92 929	-	-	.	.	.	.	85 091	29 164	24,38
1951	173 722	107 917	-	-	233 722	128 299	4 319	2 575	68 981	26 769	27,12
1952	216 951	141 581	-	-	239 716	155 438	3 794	2 521	72 730	24 241	28,47
1953	229 541	160 617	74 900	57 400	225 627	121 224	3 560	4 463	73 332	27 085	33,55
1954	222 441	161 416	69 400	64 300	214 385	128 114	8 834	4 978	70 478	28 495	35,93
1955	215 393	172 637	68 100	66 500	202 429	135 813	8 551	4 955	61 175	25 984	34,71
1956	221 312	181 976	68 900	76 100	193 003	152 333	12 002	5 637	72 512	28 582	39,41
1957	225 501	259 170	64 600	73 413	178 679	164 399	12 103	7 364	64 867	29 649	41,08
1958	226 960	311 911	62 700	87 508	169 723	149 489	11 179	8 860	60 045	30 519	43,78
1959	231 507	338 288	61 200	94 000	158 924	141 687	10 710	8 739	55 353	27 648	43,52
1960	232 509	367 776	60 500	69 253[a]	150 159	143 152	9 614	6 699[a]	53 117	20 052[a]	32,16[a]
1961	232 750	390 606	57 900	96 409	139 757	169 229	7 430	8 752	46 079	25 190	41,85
1962	234 050	409 998	55 071	116 524	131 030	165 314	5 993	9 480	43 865	26 468	43,68
1963	235 531	444 882	53 100	112 010	124 005	152 656	6 169	11 929	42 793	38 525	44,42
1964	239 134	487 040	51 600	120 117	122 473	186 455	5 821	11 493	38 446	37 271	45,45
1965	243 842	540 270	51 600	134 907	119 410	201 779	5 520	12 470	36 215	36 859	48,12
1966	262 229	627 729	48 100	129 564	115 841	204 716	5 547	14 058	35 641	38 707	52,35
1967	271 127	707 740	45 100	119 262	113 399	234 292	5 542	13 468	37 475	40 253	55,24
1968	277 045	785 920	42 700	122 365	110 469	233 555	5 197	12 671	34 000	39 738	56,58
1969	283 118	873 791	41 500	119 422	107 717	232 856	4 689	11 598	31 746	41 382	58,54
1970	287 783	953 876	39 200	121 429	104 767	273 363	5 137	13 133	32 689	49 276	68,34
1971	292 789	1 014 437	37 100	123 336	101 947	288 820	5 753	16 989	35 979	59 810	80,14
1972	295 493	1 086 081	34 200	122 441	99 434	300 469	6 967	22 857	39 074	74 252	97,53
1973	299 793	1 304 144	34 400	119 417	96 185	317 648	7 244	27 143	41 385	85 363	113,76
1974	310 859	1 523 795	32 200	120 792	94 498	354 585	7 962	31 190	48 099	111 294	147,65
1975	317 415	1 728 567	30 000	125 090	91 530	388 500	8 146	37 372	56 967	134 202	182,83

1) bis 1959 Rechnungsjahr (1. 4. - 31. 3.), ab 1960 Kalenderjahr

2) Sozialhilfe insgesamt einschließlich weiterer Leistungen

a) nur für das "Rechnungsjahr", 1. 4. - 31. 12. 1960



Zur Methode

Die Rentenzahlen der Spalten 1 und 2 der Tabelle stammen von der Landesversicherungsanstalt (Lübeck) und beziehen sich vor 1957 auf die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, ab 1957 (Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetze vom 23. 2. 1957) auf die Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie die Alters-, Witwen- und Waisenrenten, immer nur für Arbeiter. Die von der Bundesversicherungsanstalt gewährten analogen Renten an ehemalige Angestellte liegen leider nicht für den Bereich des Landes Schleswig-Holstein vor.

Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 14. 8. 1952 (LAG) wird als Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente zur Abgeltung von Vertreibungs-, Kriegssach-, Ost- und Sparerschäden dem Geschädigten und unter bestimmten Voraussetzungen seiner Witwe gewährt. Davor bestand das Soforthilfegesetz, das die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 8. 8. 1949 erlassen hatte und das Unterhaltshilfe und -zuschuß als laufende Leistungen kannte. Am 24. 11. 1952 regelte die 1. VO über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz die erforderlichen Einzelheiten. Beide Grundlagen, also das LAG und die Leistungs-DV-LA wurden seitdem fortlaufend angepaßt und weiterentwickelt.

Die Kriegsopferfürsorge ist eine individuelle Ergänzung der schematischen Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Als individuelle Hilfe steht sie den Grundsätzen der Fürsorge nahe, nach dem begünstigten Personenkreis gehört sie zur Materie des Versorgungsrechts. Die rechtliche Situation von 1975 besteht seit dem 30. 5. 1961 (für die Statistik seit 1962), als die Verordnung zur Kriegsopferfürsorge auf der Basis des Ersten Neuordnungsgesetzes vom 18. 5. 1960 Art, Ausmaß, Leistungen und das Verfahren bestimmte. Das ganze Recht der Kriegsopferfürsorge wurde in das durch das Bundesversorgungsgesetz vom 20. 12. 1950 neu codifizierte Versorgungsrecht eingegliedert. Bis 1961 war die Fürsorge für Kriegsopfer "soziale Fürsorge" gemäß 1. Überleitungsgesetz vom 28. 11. 1950 gewesen, statistisch ein Teil der Fürsorgestatistik also, der wegen der 85%igen Kostenübernahme durch den Bund stets gesondert geführt wurde. Vor 1950, aber nach dem 2. Weltkrieg, gab es keine spezifische Kriegsopferfürsorge; das Mögliche wurde im Rahmen der generellen Fürsorge geleistet.

Die öffentliche Fürsorge, die nach dem 2. Weltkrieg zunächst noch auf den Reichsgrundsätzen ... der öffentlichen Fürsorge vom 4. 12. 1924 beruhte, wurde nach mehreren Entwicklungsetappen am 30. 6. 1961 durch das Bundessozialhilfegesetz auf eine neue, umfassende Grundlage gestellt. Die in der Tabelle verwendete Bezeichnung gilt seit 1963, für die Jahre vorher wurden die weitgehend gleichbedeutenden Angaben über "laufende Unterstützung in der offenen Fürsorge" verwendet.

Öffentliche Haushalte – Ausgabe- und Einnahmearten

Die Bruttoausgaben des Landes betrugen 1951 rd. 0,6 Mrd. DM und steigerten sich bis 1974 um mehr als das Neunfache auf insgesamt 5,6 Mrd. DM. Besonders hoch war der Zuwachs in den letzten fünf Jahren. Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände annähernd um das Zehnfache von 0,5 Mrd. DM auf 4,9 Mrd. DM. Auch bei den Kommunen sind die Ausgabesteigerungen in den letzten fünf Jahren besonders hoch. Setzt man 1951 gleich 100, so verlief die Entwicklung in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraumes fast parallel zu der des Landes, sie blieb sogar teilweise hinter der des Landes zurück. In der zweiten Hälfte und darunter vor allem in den letzten vier Jahren überholten die Kommunen das Land aber deutlich.

Die Personalausgaben des Landes wurden für 1951 mit 0,2 Mrd. DM nachgewiesen; sie erhöhten sich bis 1974 auf 2,4 Mrd. DM. Die Gemeinden und Gemeindeverbände mußten für Personalausgaben im Jahre 1951 0,1 Mrd. DM und 1974 fast 1,2 Mrd. DM aufwenden. Der Anteil der Personalausgaben des Landes an den Bruttoausgaben lag 1951 bei 35,6 % und wuchs bis 1974 auf 41,8 % an. Dagegen sank der Anteil der Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Bruttoausgaben von 27,6 % im Jahre 1951 auf 23,9 % im Jahre 1974.

Die Ausgaben für Bauinvestitionen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften nahmen in den Zeiträumen von 1951 bis 1964 und von 1969 bis 1974 ständig zu, während in den Jahren 1965 bis 1968 bei diesen Ausgaben eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen war. Für den gesamten Berichtszeitraum ergibt sich für das Land eine Erhöhung der Ausgaben für Bauinvestitionen von 5 Mill. DM auf 201 Mill. DM und bei den Kommunen entfallen auf diese Ausgabe 1951 64 Mill. DM und 1974 856 Mill. DM. Ein erheblicher Teil der Erhöhungen ist auf die gestiegenen Preise zurückzuführen. Die Bauinvestitionen stellen zwischen 13,7 % (1951) und 24,3 % (1964) der Bruttoausgaben der Kommunen und zwischen 0,8 % (1951) und 4,2 % (1963 und 1972) der Bruttoausgaben des Landes.

Die Steuereinnahmen des Landes machten im Jahre 1951 insgesamt 192 Mill. DM aus; sie stiegen bis 1974 auf 3,1 Mrd. DM an. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden fielen die Steuereinnahmen im Jahre 1951 mit 140 Mill. DM an und wurden 1974 in Höhe von 1,1 Mrd. DM ausgewiesen. Im Jahre 1951 wurden die Bruttoausgaben des Landes zu drei Zehnteln durch die Steuereinnahmen gedeckt, 1963 zu mehr als vier Zehnteln und 1974 zu reichlich fünf Zehnteln. Dagegen beliefen sich die Anteilsätze der Kommunen 1951 auf 30 %, 1963 auf 25 % und 1974 auf 23 %.

Die Gebühren und Entgelte sind für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine wichtige Einnahmequelle. Ihr Volumen wuchs im Berichtszeitraum von 55 Mill. DM auf 677 Mill. DM und stellte etwa ein Siebentel der Bruttoausgaben. Beim Land ist das Gewicht weniger als halb so groß.

Die Schuldenaufnahmen beider Verwaltungsebenen auf dem Kreditmarkt sind recht schwankend, aber in der Tendenz steigend (siehe auch Seite 98).

Ausgewählte Ausgabe- und Einnahmearten des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände

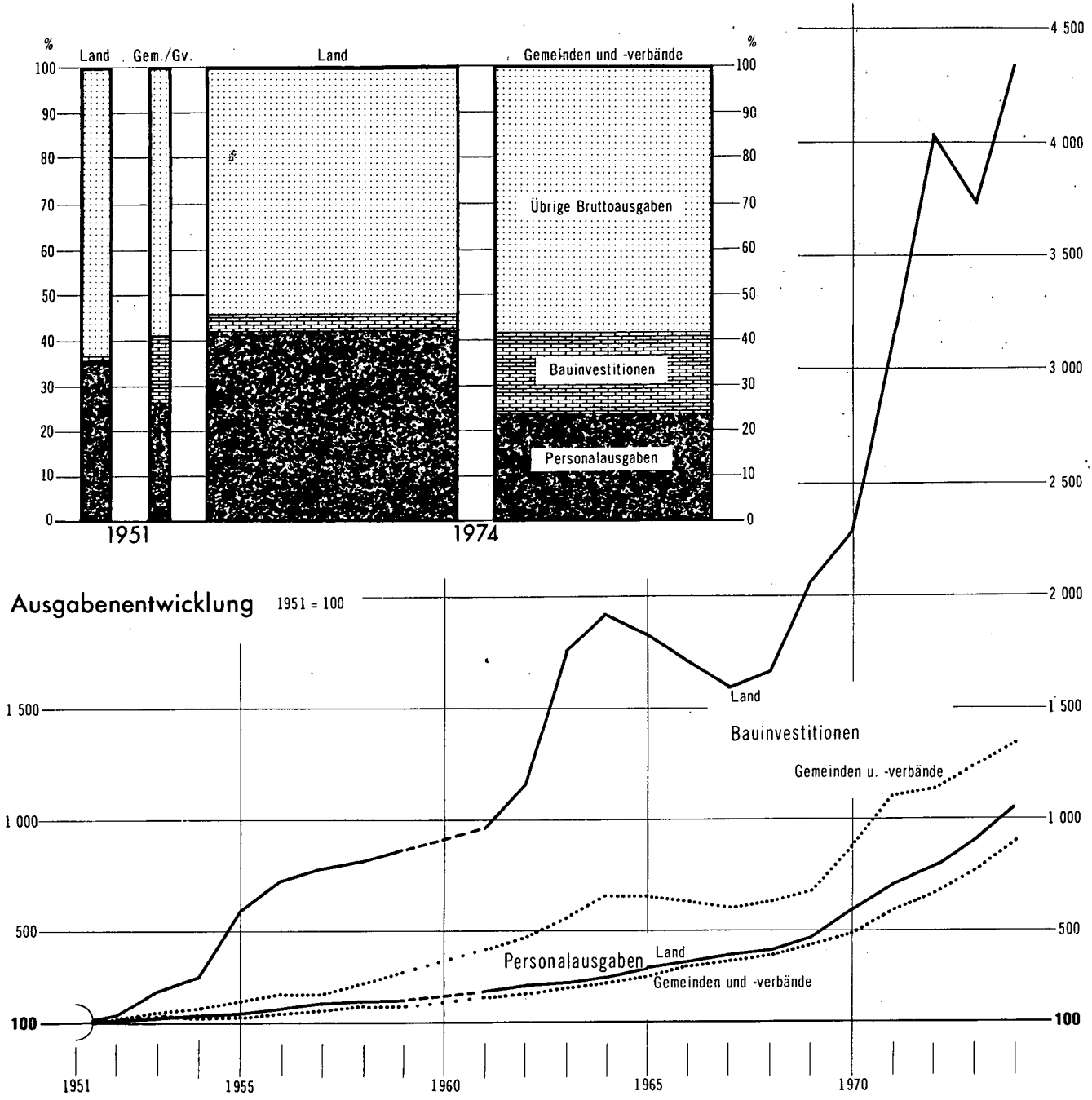
- 1 000 DM -

Jahr	Bruttoausgaben		Personalausgaben		Bauinvestitionen		Steuern (netto)		Gebühren, Entgelte, Strafen, steuerähnliche Einnahmen		Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	
	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände
1951	621 053	465 833	221 312	128 471	4 659	63 645	192 046	139 694	36 108	55 257	1 950	14 076
1952	704 553	520 050	236 946	139 534	6 627	76 917	220 708	157 713	30 923	63 052	2 370	26 020
1953	766 429	574 124	265 036	155 718	10 987	87 556	231 829	169 537	38 089	74 223	20 000	35 528
1954	780 966	609 534	282 620	161 222	14 213	101 212	246 795	182 879	51 521	76 844	32 002	46 940
1955	859 017	655 141	308 978	166 826	28 367	121 978	252 571	191 571	52 266	84 935	8 885	47 043
1956	998 451	720 143	345 883	186 455	34 055	139 613	301 632	208 959	57 673	94 478	30 000	56 360
1957	1 187 819	781 540	388 782	197 934	36 460	139 180	331 559	222 032	60 369	104 421	41 172	81 532
1958	1 244 323	871 484	435 843	220 466	38 120	169 303	386 214	253 776	53 001	125 124	74 842	78 907
1959	1 308 053	991 644	428 005	225 791	40 648	205 127	462 834	292 392	67 626	137 446	82 579	94 042
1961	1 501 057	1 201 170	515 073	274 832	44 954	268 194	659 119	338 653	87 424	168 069	351	105 142
1962	1 910 682	1 384 135	555 038	299 816	53 619	306 523	727 662	349 757	94 994	184 988	-	139 594
1963	1 956 653	1 528 142	604 980	328 909	81 706	353 363	820 891	381 443	100 431	204 092	47 000	162 832
1964	2 182 696	1 731 358	658 179	360 572	89 299	421 340	856 102	412 142	115 821	236 435	121 500	174 387
1965	2 198 251	1 832 762	758 454	393 824	85 416	418 884	917 275	418 067	121 716	247 807	200 000	180 236
1966	2 282 338	1 888 095	811 354	452 286	79 647	402 964	982 136	441 599	127 423	298 195	176 468	146 244
1967	2 400 943	1 998 832	855 540	475 986	74 297	387 590	1 058 966	454 658	139 172	326 972	230 303	162 979
1968	2 696 344	2 125 009	916 305	502 411	77 248	403 509	1 161 374	480 732	141 359	357 176	255 156	160 461
1969	2 950 687	2 357 027	1 049 617	572 021	95 892	432 917	1 354 278	560 920	141 951	383 198	171 564	196 922
1970	3 321 924	2 739 452	1 322 221	640 385	106 325	554 736	1 668 709	563 079	157 400	437 518	317 737	236 449
1971	3 762 085	3 288 193	1 565 384	774 527	147 832	702 879	2 095 969	740 085	175 411	511 347	307 014	348 381
1972	4 414 428	3 644 935	1 737 564	873 823	187 395	721 485	2 415 125	839 378	224 950	606 443	615 000	407 762
1973	4 849 901	4 330 830	1 995 378	987 036	173 848	793 111	2 794 343	1 014 990	254 823	661 925	398 690	438 999
1974	5 642 839	4 879 852	2 358 735	1 166 765	201 417	856 201	3 100 727	1 140 346	307 771	676 568	602 000	215 813

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L I 3/L II 3 (Öffentliche Haushaltsrechnungen)

Ausgabenstruktur in %

Ausgabenentwicklung 1951 = 100



Zur Methode

Es handelt sich in diesem Beitrag (und dem auf der folgenden Seite) um Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik des Landes, der Gemeinden, Ämter und Kreise. Im Jahre 1960 wurde das Rechnungsjahr (1. 4. bis 31. 3.) auf das Kalenderjahr umgestellt. Die Angaben für dieses Jahr umfassen daher nur ein dreiviertel Jahr und werden deshalb nicht dargestellt. Das den Ergebnissen zugrunde liegende Haushaltsrecht und die Haushaltssystematik wurden für den staatlichen Bereich ab 1970 und für den kommunalen ab 1974 neu geordnet. Sämtliche Daten sind soweit wie möglich der heute geltenden Systematik angeglichen worden. Die verwendeten finanzstatistischen Begriffe werden wie folgt erläutert:

Bruttoausgaben = Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung oder das Gesamtvolumen der öffentlichen Haushalte.

Unmittelbare Ausgaben = Bruttoausgaben abzüglich der Zahlungen an Verwaltungen. Die unmittelbaren Ausgaben zeigen den Umfang der von den betreffenden Körperschaften erfüllten Aufgaben. Die Art der Mittelbereitstellung bleibt jedoch unberücksichtigt..

Steuern (netto) = die den Gebietskörperschaften nach der Verteilung verbleibenden Steuereinnahmen.
Land = Landessteuern und Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern; ab 1970 einschließlich Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage.
Gemeinden und Gemeindeverbände = Gemeindesteuern und bis 1969 Saldo der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse; ab 1970 abzüglich Gewerbesteuerumlage.

Öffentliche Haushalte – Ausgaben nach Aufgabenbereichen

In diesem Beitrag werden die wichtigsten Aufgabenbereiche des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände dargestellt, und anhand der unmittelbaren Ausgaben wird beschrieben, wieviel dafür direkt aufgewendet wurde. Bei der Beurteilung der Angaben muß berücksichtigt werden, daß im Laufe der Jahre Aufgabenumverteilungen stattgefunden haben, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Den größten Anteil der unmittelbaren Ausgaben beanspruchte sowohl beim Land als auch bei den Kommunen das Schulwesen. Die Ausgaben des Landes stiegen im Zeitraum 1951 bis 1974 von 79 Mill. DM auf 738 Mill. DM an und haben sich mehr als verneunfacht. Die Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften für das Schulwesen sind fast im gleichen Umfang gestiegen. Ihr Anteil an den zusammengefaßten unmittelbaren Ausgaben beträgt aber fast vier Zehntel während des gesamten Zeitraumes, während das Land sechs Zehntel stellt.

Den Aufgabenbereich Polizei bestreitet das Land allein. Die Ausgaben erhöhten sich zwischen 1951 und 1974 um das Achtfache, von 30 Mill. DM auf 239 Mill. DM.

Neben dem Polizeiwesen gehören auch die wissenschaftlichen Hochschulen zu den alleinigen Aufgaben des Landes. Für die wissenschaftlichen Hochschulen hat das Land 8 Mill. DM im Jahre 1951 und 269 Mill. DM im Jahre 1974 aufgewendet. Besonders hoch sind die Ausgaben in den letzten vier Jahren.

Anders sieht die Aufgabenverteilung bei den Krankenanstalten aus. Von den gesamten unmittelbaren Ausgaben dieses Bereiches erbrachten die Gemeinden und Gemeindeverbände im Berichtszeitraum etwa drei Viertel. Sie gaben 1951 gut 43 Mill. DM und 1974 394 Mill. DM dafür aus. Demgegenüber sind es beim Land 12 Mill. DM und 130 Mill. DM. Auf einen Einwohner umgerechnet gaben beide Verwaltungsebenen zusammen im ersten Berichtsjahr 22 DM und im letzten 203 DM aus, also fast zehnmal mehr.

Auch im Bereich der Sozialhilfeleistungen tragen die Kommunen den bei weitem größten Anteil der unmittelbaren Ausgaben. Hier muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die unmittelbaren Ausgaben nichts darüber aussagen, aus welchen Mitteln sie finanziert werden. Die Belastung der Kommunen für Sozialhilfeleistungen ist von 1951 mit 50 Mill. DM auf 251 Mill. DM im Jahre 1974 angestiegen.

Während das Land im Jahre 1951 für den Aufgabenbereich Straßen knapp 9 Mill. DM aufzubringen hatte, beliefen sich die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 39 Mill. DM. Im Jahre 1974 ist der Anteil des Landes um das Elffache auf 96 Mill. DM angewachsen. Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände erreichten dagegen 351 Mill. DM und waren damit neunmal höher als zu Beginn des Berichtszeitraumes.

Die allgemeine Verwaltung des Landes beanspruchte 1974 knapp 354 Mill. DM und die der Gemeinden 334 Mill. DM. Sie sind achtmal bzw. neunmal höher als 1951. Zusammengefaßt wurden 1951 auf einen Einwohner umgerechnet 33 DM ausgegeben und 1974 266 DM.

Unmittelbare Ausgaben des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände

- 1 000 DM -

Jahr	Allgemeine Verwaltung		Polizei	Schulwesen ohne Ingenieurschulen		Wissenschaftliche Hochschulen	Sozialhilfeleistungen		Krankenanstalten		Straßen	
	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände
1951	45 832	37 303	29 776	78 743	51 652	8 000	5 574	49 793	11 867	43 340	8 815	39 453
1952	49 375	40 518	31 943	91 540	55 961	8 714	7 365	51 022	13 154	43 699	14 588	48 947
1953	56 804	43 212	33 617	105 005	63 343	7 628	9 041	57 179	14 089	44 549	20 871	55 487
1954	59 807	43 735	36 670	109 159	62 560	17 084[a]	11 235	59 824	14 086	47 931	18 955	60 251
1955	58 844	48 201	39 104	110 277	65 340	8 921	10 760	60 726	14 760	51 444	36 451	77 129
1956	74 206	52 747	41 745	120 771	79 275	11 851	21 322	65 929	15 886	54 663	35 531	80 271
1957	78 568	56 476	44 914	135 023	84 664	15 584	21 097	68 614	19 475	61 659	34 849	73 855
1958	78 930	60 715	49 753	158 095	90 566	21 115	22 854	73 149	20 864	69 932	35 094	98 127
1959	84 666	61 362	46 301	148 925	95 325	22 616	29 661	69 973	20 364	73 997	36 212	107 269
1961	98 497	79 298	57 575	174 930	116 581	28 348	25 527	68 668	25 704	86 091	42 918	127 272
1962	110 744	87 748	61 745	183 178	126 727	35 677	27 571	72 236	27 435	92 024	47 728	153 272
1963	115 158	97 136	68 604	196 359	141 664	45 417	33 521	81 172	29 604	100 475	63 602	176 681
1964	122 742	114 211	75 034	215 905	163 793	57 939	35 989	84 852	34 657	113 163	70 594	197 279
1965	132 824	126 043	82 852	247 170	180 680	67 283	38 191	91 682	37 587	107 588	36 328	190 948
1966	144 548	136 651	88 483	261 826	200 251	74 910	41 767	100 101	40 561	142 379	40 554	197 428
1967	152 050	138 536	93 675	276 508	201 310	87 836	47 908	105 887	43 679	161 051	36 773	191 078
1968	157 155	143 449	103 344	297 822	193 185	83 096	40 446	109 178	49 187	178 094	58 448	213 793
1969	179 571	157 071	117 410	345 086	209 974	86 150	42 425	114 355	53 472	200 083	75 043	237 475
1970	207 113	187 016	130 715	425 261	239 826	97 392	38 586	139 261	61 779	241 996	64 232	291 243
1971	258 111	225 885	156 130	508 454	318 511	130 410	45 593	170 892	68 786	293 875	56 478	329 552
1972	278 255	259 344	177 320	566 308	373 669	156 942	51 163	213 995	86 753	328 189	60 145	315 237
1973	311 319	300 338	202 643	659 226	452 108	161 714	60 003	252 550	105 805	341 974	68 896	335 973
1974	353 640	333 743	239 227	737 981	461 638	268 961[b]	83 452	250 701	129 912	393 949	96 456	351 335

a) außerplanmäßiger Ankauf von Grundvermögen für die neue Universität 8 780 000 DM

b) erstmalig Medizinische Hochschule netto in der Rechnung 93 553 000 DM

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften resultieren seit 1970 im wesentlichen aus den nachstehend aufgeführten Steuern (vgl. Art. 106 GG):

Bund	Land	Gemeinden
Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer	Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer	Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer
Anteil an der Körperschaftsteuer	Anteil an der Körperschaftsteuer	Realsteuern
Anteil an den Umsatzsteuern	Anteil an den Umsatzsteuern	(Grundsteuer A, Grundsteuer B, Lohnsummensteuer, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, abzüglich Gewerbesteuerumlage)
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Anteil an der Gewerbesteuerumlage	
Verbrauchsteuern (außer Biersteuer)	Vermögensteuer	
	Erbschaftsteuer	
Mineralölsteuer	Grunderwerbsteuer	
Beförderungsteuer	Kraftfahrzeugsteuer	
Zölle	Biersteuer	

Man unterscheidet dabei zwischen Steuern, die einer Verwaltungsebene allein zustehen und solchen, die aufgeteilt werden. Letztere, die sogenannten gemeinschaftlichen Steuern, gibt es seit 1951, und zwar wurden damals die Steuern vom Einkommen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Wie die Gebietskörperschaften seit 1950 an den gemeinschaftlichen Steuern beteiligt waren, zeigt die nebenstehende Übersicht.

Im Jahre 1970 trat eine grundlegende Änderung in der Steuerverteilung ein. Das bewirkte einmal die Gemeindefinanzreform. Danach sind die Gemeinden mit 14 % am Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu beteiligen und haben dafür etwa 40 % ihres Aufkommens der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital jeweils zur Hälfte an Bund und Länder als Gewerbesteuerumlage abzuführen. Zum anderen erhalten die Länder seit 1970 einen Anteil an den Steuern vom Umsatz. Der Länderanteil wird zu drei Viertel nach der Einwohnerzahl verteilt und ein Viertel wird zum Ausgleich der Steuerkraftunterschiede zwischen den Ländern verwendet. Die finanzschwachen Länder, zu denen auch Schleswig-Holstein gehört, sollen dadurch mindestens 92 % der durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder erhalten.

Jahr	Lohn- und Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		Umsatzsteuer	
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Bund	Länder
	Anteil in %						
1. 1. 1950 – 31. 3. 1951	100	–		100	–	100	
1. 4. 1951 – 31. 3. 1952	27	73		27	73		
1. 4. 1952 – 31. 3. 1953	37	63		37	63		
1. 4. 1953 – 31. 3. 1955	38	62		38	62		
1. 4. 1955 – 31. 3. 1958	33⅓	66⅔		33⅓	66⅔		
1. 4. 1958 – 31. 12. 1962	35	65		35	65		
1. 1. 1963 – 31. 12. 1963	38	62		38	62		
1. 1. 1964 – 31. 12. 1966	39	61		39	61		
1. 1. 1967 – 31. 12. 1968	37	63		37	63		
1. 1. 1969 – 31. 12. 1969	35	65		35	65	100	
1. 1. 1970 – 31. 12. 1971	43	43	14	50	50	70	30
1. 1. 1972 – 31. 12. 1973	43	43	14	50	50	65	35
1. 1. 1974 – 31. 12. 1974	43	43	14	50	50	63	37
1. 1. 1975 – 31. 12. 1975	43	43	14	50	50	68,25	31,75

Der starke Rückgang der Steuereinnahmen des Bundes im Jahre 1975 ist vor allem steuertechnisch bedingt. Er ist im wesentlichen auf die Verschiebung der Zahlungstermine beim Branntweinmonopol und die Verlegung einer Steuereinzugsstelle bei einer Verbrauchsteuer in ein anderes Bundesland zurückzuführen.

Jahr	Steuereinnahmen des Bundes			Steuereinnahmen des Landes[1]			Steuereinnahmen der Gemeinden		
	insgesamt 1 000 DM	DM je Einw.	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	insgesamt 1 000 DM	DM je Einw.	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	insgesamt 1 000 DM	DM je Einw.	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1950	461 739	178	.	181 949	70	.	117 098	45	.
1951	667 947	267	45	180 242	72	- 1	134 021	54	14
1952	756 707	310	13	221 254	91	23	153 253	63	14
1953	787 566	333	4	233 520	99	6	166 627	70	9
1954	771 321	335	- 2	242 809	105	4	176 299	76	6
1955	850 502	375	10	251 772	111	4	186 808	82	6
1956	973 133	432	14	288 550	128	15	199 453	89	7
1957	1 036 283	459	6	329 769	146	14	219 266	97	10
1958	1 106 627	488	7	374 709	165	14	236 371	104	8
1959	1 252 885	549	13	434 669	191	16	288 274	126	22
1960	1 340 305	584	7	542 746	237	25	321 408	140	11
1961	1 470 126	634	10	659 130	284	21	334 255	144	4
1962	1 564 144	672	6	727 628	313	10	348 199	150	4
1963	1 644 879	701	5	790 780	337	9	380 248	162	9
1964	1 747 892	739	6	856 102	362	8	405 664	171	7
1965	1 868 849	782	7	917 275	384	7	420 440	176	4
1966	1 922 215	796	3	982 136	407	7	441 181	183	5
1967	1 973 878	810	3	1 058 966	435	8	451 981	185	2
1968	1 963 676	799	- 1	1 161 374	473	10	478 915	195	6
1969	2 308 420	932	18	1 354 278	547	17	558 632	226	17
1970	2 424 747	972	5	1 865 347	748	38	589 718	236	6
1971	2 730 360	1 079	13	2 067 006	817	11	740 106	293	26
1972	3 086 908	1 209	13	2 447 731	958	18	828 873	325	12
1973	3 555 714	1 382	15	2 816 278	1 094	15	1 000 118	389	21
1974	3 508 444	1 358	- 1	3 086 043	1 194	10	1 142 558	442	14
1975	3 042 835	1 178	-13	3 059 108	1 184	- 1	1 175 693	455	3

1) ab 1970 einschließlich Zerlegungsanteile der Lohn- und Körperschaftsteuer sowie des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L I 1/L II 2/S (Staatliche und kommunale Steuern)

Steueraufkommen

Am gesamten Steueraufkommen sind etwa 50 verschiedene Steuern beteiligt. In diesem kurzgefaßten Überblick können davon nur die wichtigsten genannt werden. Die Höhe des Aufkommens der einzelnen Steuern wird wesentlich von Änderungen der Steuergesetze mitbestimmt (siehe auf der nächsten Seite).

Von den gemeinschaftlichen Steuern stellen die Steuern vom Einkommen der natürlichen Personen (Lohn- und veranlagte Einkommensteuer) seit 1959 das größte Aufkommen. Seit 1968 ist die Lohnsteuer allein die ergiebigste Steuer. Sie erbrachte 1975 über ein Drittel des gesamten Steueraufkommens in Schleswig-Holstein, während es 1950 nur gut 5 % waren. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer ist zwar von 1950 bis 1975 um mehr als das Elffache gestiegen; es hat jedoch nicht stetig zugenommen. Der Grund liegt – neben der Änderung der Steuersätze – vor allem in erheblichen Abschlußzahlungen aus Veranlagungen vorhergehender Jahre, die in einigen Jahren besonders hoch gewesen sind. Bis 1967 war die Umsatzsteuer die ergiebigste Steuer, bis 1958 übertraf ihr Aufkommen das von Lohn- und Einkommensteuer zusammen. Das Aufkommen der Umsatzsteuer hat sich seit 1950 – mit Ausnahme der Jahre 1968 und 1975 – jährlich erhöht. Während der Rückgang im Jahre 1968 vor allem durch die Änderung der Erhebungsform hervorgerufen wurde, ist er im Jahre 1975 insbesondere auf den Konjunkturrückgang zurückzuführen.

Die gewichtigste Landessteuer ist die Kraftfahrzeugsteuer. Die Jahressteuer bewegte sich im Jahre 1975 zwischen 3,60 DM (Zweiradkraftfahrzeuge bis 25 ccm) und 11 000 DM (bestimmte Lastkraftfahrzeuge). Die durchschnittliche Steuer für Kraftfahrzeuge lag in diesem Jahr bei 257 DM. Das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer ist in Schleswig-Holstein seit 1950 überwiegend aufgrund der jährlichen Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes (siehe Seite 70) gewachsen. Es hat sich in 25 Jahren mehr als verfünfzehnfacht. Das Vermögensteueraufkommen ist von 1950 bis 1975 fast auf das Vierundzwanzigfache gestiegen. Es hat jedoch nicht stetig zugenommen, da in einigen Jahren erhebliche Nachzahlungen aus den durchgeführten Vermögensteuerhauptveranlagungen der Vorjahre angefallen sind, so daß es in den Folgejahren, in denen keine Nachzahlungen zu leisten waren, zurückging.

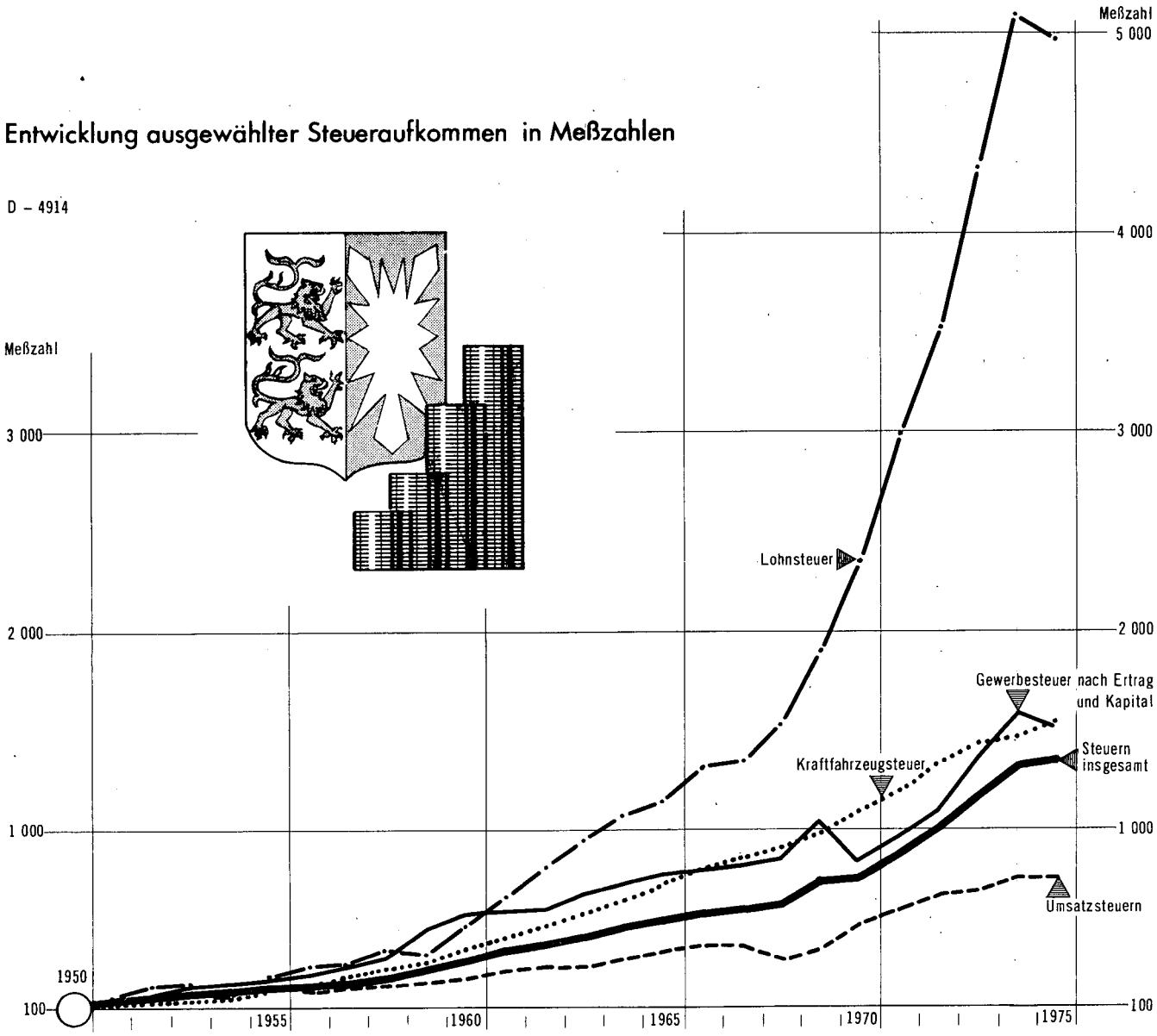
Die wichtigste Gemeindesteuer ist die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, der jeder Gewerbebetrieb unterliegt. Neben Gewerbekapital und Gewerbeertrag darf die Gemeinde auch die Lohnsumme, die ein Betrieb an seine Beschäftigten gezahlt hat, besteuern. Die Lohnsummensteuer wurde im Jahre 1975 in Schleswig-Holstein nur von 16 überwiegend größeren Gemeinden bei einem gewogenen Durchschnittshebesatz von 913 % erhoben. Nach der Gewerbesteuer sind die Grundsteuern für die Gemeinden von großer Bedeutung. Ihr Aufkommen stieg jedoch im Vergleich zu dem der Gewerbesteuern nur verhältnismäßig langsam, am geringsten bei der Grundsteuer A. Im Jahre 1950 betrug das Aufkommen an Grundsteuern rd. 61 Mill. DM, während das Aufkommen an Gewerbesteuer einschl. Lohnsummensteuer lediglich knapp 43 Mill. DM erreichte. 1975 hingegen hatte sich das Aufkommen an Gewerbesteuer auf annähernd das Vierfache des Aufkommens an Grundsteuern gesteigert. Dies ist vor allem auf die Besteuerungsgrundlage, die Einheitswerte, zurückzuführen. Bis zum 31. 3. 1963 galten die Einheitswerte vom 1. 1. 1935. Zum 1. 1. 1964 erfolgte eine neue Hauptfeststellung. Die Hauptveranlagung wurde jedoch erst zum 1. 1. 1974 durchgeführt.

Jahr	Steueraufkommen insgesamt	darunter aus									
		gemeinschaftlichen Steuern				Landessteuern		Gemeindesteuern			
		Lohnsteuer	Steuern vom Umsatz	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögensteuer	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Lohnsummensteuer
	1 000 DM										
1950	826 000	45 601	165 985	83 203	20 552	14 664	3 200	35 751	23 588	37 178	6 807
1951	1 007 000	70 523	219 003	86 458	29 986	16 095	3 271	46 522	24 553	40 406	8 203
1952	1 180 000	93 187	259 382	137 028	40 418	17 707	3 554	62 111	25 048	41 243	9 130
1953	1 176 000	101 589	270 177	155 885	47 301	19 773	7 765	73 307	25 669	41 287	10 330
1954	1 207 000	104 058	279 508	146 357	53 513	22 495	12 439	78 997	25 861	42 863	11 470
1955	1 325 000	115 396	311 161	134 209	40 637	27 195	12 577	87 400	26 412	42 913	12 007
1956	1 496 000	140 586	325 714	137 885	40 643	31 396	17 382	96 419	26 130	43 486	13 157
1957	1 596 000	144 910	339 642	168 616	56 092	36 774	15 383	111 166	26 354	45 139	14 386
1958	1 771 000	177 522	353 321	174 709	79 995	41 771	16 753	123 414	26 976	46 246	16 268
1959	2 050 000	171 653	381 257	250 788	82 630	47 392	20 565	172 131	26 989	47 645	17 130
1960	2 204 459	230 891	426 873	305 681	112 529	56 604	21 386	202 066	27 316	47 349	19 050
1961	2 463 511	303 078	471 886	361 969	129 486	65 185	28 714	209 196	27 927	50 839	20 115
1962	2 639 971	369 051	510 073	398 743	111 992	73 880	28 125	214 605	27 974	55 532	23 806
1963	2 815 907	432 227	523 118	445 364	123 658	84 059	30 565	240 887	28 205	58 103	25 650
1964	3 009 658	491 478	584 065	489 116	108 150	94 437	36 201	259 526	28 580	61 587	27 174
1965	3 206 564	523 568	637 633	501 822	127 338	106 022	35 052	272 017	28 960	64 149	30 589
1966	3 345 532	598 080	680 487	517 430	118 299	116 165	39 067	281 133	28 910	67 459	32 700
1967	3 484 825	615 826	686 366	552 225	110 425	123 629	52 422	288 313	28 702	70 655	32 486
1968	3 603 966	701 478	586 048	570 986	156 702	132 940	47 350	306 715	29 134	74 747	33 751
1969	4 221 330	868 960	804 568	585 511	179 221	144 907	50 374	372 306	28 727	78 858	37 177
1970	4 500 637	1 081 465	867 235	480 596	132 593	158 463	67 280	298 885	28 929	84 110	43 385
1971	4 982 283	1 367 467	966 998	549 286	123 319	173 544	63 262	346 061	27 796	88 802	49 037
1972	5 751 651	1 608 587	1 116 701	702 689	124 747	194 829	63 269	388 468	28 709	96 475	56 841
1973	6 695 799	1 973 564	1 148 513	866 666	182 749	208 964	68 399	485 787	28 456	105 985	63 716
1974	7 065 884	2 319 886	1 258 918	952 228	219 291	215 502	82 102	560 090	28 404	103 319	71 931
1975	6 568 528	2 267 354	1 239 145	1 061 430	234 721	225 068	75 823	536 739	28 030	125 628	74 321

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L I 1/L II 2/S (Staatliche und kommunale Steuern)

Entwicklung ausgewählter Steueraufkommen in Meßzahlen

D – 4914



Besteuerungs- und Rechtsgrundlagen

Einkommensteuer, Lohnsteuer: erhoben auf das Einkommen der natürlichen Personen. Dabei ist die Lohnsteuer an sich nur eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer (Abzug vom Arbeitslohn bei Nichtselbständigen). Mehrfache Änderung der Einkommensteuergesetze: 1958 Einführung des Splitting bei der Ehegattenbesteuerung. 1964 Herabsetzung des Steuersatzes in der Proportionalzone von 20% auf 19%. 1975 Erhöhung der Grundfreibeträge, Erweiterung der Proportionalzone, Umgestaltung des Familienlastenausgleichs (Kindergeld); gleichzeitig Anhebung des Proportionalsteuersatzes auf 22% und des Spitzensteuersatzes auf 56%; Wegfall der seit 1968 erhobenen Ergänzungsabgabe.

Körperschaftsteuer: erhoben auf das Einkommen der juristischen Personen (Kapitalgesellschaften). Allgemeine Steuersätze: 1950 = 50%, 1951/54 = 60%, 1955/57 = 45%, ab 1958 = 49 und 51% je nach Körperschaftsart. Für ausgeschüttete Gewinne gilt ab 1953 ein ermäßigter Steuersatz.

Umsatzsteuer: bis 1967 Allphasen-Bruttosteuer, erhoben auf jeder Produktions-, Handels- und Dienstleistungsstufe auf das gesamte Entgelt für Lieferungen und Leistungen (Steuersatz bis 30. 6. 1951 = 3%, danach 4%; ermäßigte Steuersätze in bestimmten Fällen). Ab 1968 Mehrwertsteuer: Bemessungsgrundlage ist das Entgelt ohne Steuer (Netto-Entgelt); Steuersatz im 1. Halbjahr 1968 = 10% (ermäßigt 5%), danach 11% (ermäßigt 5,5%). Im Umsatzsteueraufkommen enthalten ist auch das der Einfuhrumsatzsteuer (bis 1967 Ausgleichsteuer).

Vermögensteuer: erhoben auf das Vermögen (= Summe der in Geld bewerteten Wirtschaftsgüter des Eigentümers). Steuersätze: 1950/52 = 7,5 von Tausend des steuerpflichtigen Vermögens, 1953/74 = 1%, 1975 Privatpersonen 0,7% und Kapitalgesellschaften 1%.

Gewerbesteuer: erhoben auf Gewerbeertrag, Gewerbekapital und (nach freier Entscheidung der Gemeinde auch) Lohnsumme der Gewerbebetriebe. Der Gewerbeertrag bemißt sich nach dem für die Einkommensbesteuerung ermittelten Gewinn; für das Gewerbekapital gilt der jeweils letzte festgestellte Einheitswert des Gewerbebetriebes. Für beide zusammen wird ein einheitlicher Steuermeßbetrag ermittelt. Die Multiplikation des Steuermeßbetrages mit dem durch die Gemeinden jährlich festzusetzenden Hebesatz führt schließlich zum Steuerbetrag. Der gewogene Durchschnittshebesatz hat sich von 278% im Jahre 1961 auf 298% 1975 erhöht.

Grundsteuer A: erhoben auf land- und forstwirtschaftliche Grundstücke,

B: auf sonstige bebaute und unbebaute Grundstücke.

Umsatzsteuer

Die Daten der Umsatzsteuerstatistik können nicht durchgehend bewertet werden. Ihre Vergleichbarkeit gilt immer nur für einen begrenzten Zeitraum, da durch die laufende Änderung des Steuerrechts die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik zeitweise stärker beeinflußt werden, als durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb wurde die Tabelle so aufgeteilt, daß immer in etwa vergleichbare Jahre einen Abschnitt bilden, der durch waagerechte Striche markiert ist. Die Zahl der Steuerpflichtigen insgesamt ist seit 1950, läßt man die inzwischen nicht mehr erfaßten Landwirte (1950: ca. 42 000) unberücksichtigt, um fast 40 % zurückgegangen. Dieser Rückgang wird relativ vom "Verarbeitenden Gewerbe" (mehr als 50 %) und vom "Groß- und Einzelhandel" (rund 43 %) noch übertroffen. Dagegen hat die Zahl der Steuerpflichtigen im Dienstleistungsbereich nur geringfügig abgenommen. Wie sich die administrativen Eingriffe auswirken, wird hier besonders deutlich. In jedem vergleichbaren Zeitraum steigt die Zahl der Steuerpflichtigen kontinuierlich an, um nach Inkrafttreten neuer Bestimmungen auf einen niedrigeren Stand abzusinken.

Bei abnehmender Zahl der Steuerpflichtigen stieg der Gesamtumsatz aller Unternehmen (ohne Landwirtschaft) von 1950 bis 1974 um 590 %. Der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen erhöhte sich von 81 264 auf 934 299 DM, das sind 1 050 %. Demgegenüber stieg der Umsatz je Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich jeweils um mehr als 1 200 sowie im Groß- und Einzelhandel um über 1 000 %.

Die von den Unternehmen gezahlte Umsatzsteuer stieg zwar von 1950 (rund 162 Millionen DM) bis 1974 (rund 883 Millionen DM) um fast 450 %, erreichte aber nicht die Steigerungsrate des Umsatzes. Ihr Anteil am Umsatz ging von 1,9 auf 1,7 % zurück. In den drei dargestellten Wirtschaftsbereichen ist nicht nur die steuerliche Belastung des Umsatzes sehr verschieden, sie entwickelte sich dazu auch noch unterschiedlich. Am stärksten ist sie im Dienstleistungsbereich mit 3,3 % (1974) bzw. 2,5 % (1950) gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe 2,1 bzw. 2,4 % und dem Groß- und Einzelhandel 1 % bzw. 1,7 %. Die Zahlen für 1968 sind wegen der vielen Übergangsregelungen bei der Einführung der Mehrwertsteuer mit keinem anderen Jahr vergleichbar.

Jahr	Steuerpflichtige insgesamt			darunter im								
				Verarbeitenden Gewerbe 3)			Groß- und Einzelhandel			Dienstleistungsbereich 4)		
	Anzahl	Umsatz	Umsatzsteuer	Anzahl	Umsatz	Umsatzsteuer	Anzahl	Umsatz	Umsatzsteuer	Anzahl	Umsatz	Umsatzsteuer
		in 1 000 DM			in 1 000 DM			in 1 000 DM			in 1 000 DM	
1950	135 684	8 304 322	161 917	33 042	3 032 590	73 969	30 780	3 658 572	61 139	16 848	410 783	10 144
1954	128 349	11 885 873	276 322	27 927	4 589 729	135 969	27 696	4 870 871	96 556	20 199	605 279	20 341
1955	127 606	13 306 304	305 013	27 308	5 249 132	153 425	27 314	5 319 297	103 915	20 627	689 094	22 486
1956[1]	85 214	13 608 713	302 881	27 053	5 877 941	158 922	26 883	5 885 205	112 024	20 771	748 554	23 200
1957[1]	86 347	14 979 873	326 628	26 883	6 543 675	172 083	27 423	6 390 918	121 352	21 498	858 872	24 611
1956[2]	62 645	13 527 542	302 881	18 901	5 849 518	158 922	23 690	5 872 853	112 024	13 651	723 424	23 200
1957[2]	63 778	14 898 702	326 628	18 731	6 515 252	172 083	24 230	6 378 566	121 352	14 378	833 742	24 611
1958	63 874	15 531 919	342 602	18 748	6 587 966	172 690	24 042	6 743 676	132 259	14 732	936 722	27 862
1959	64 696	16 541 901	371 941	18 783	6 778 806	189 496	24 104	7 372 960	141 029	15 176	1 022 865	30 439
1960	65 431	17 763 771	402 820	18 873	7 346 815	209 675	23 982	7 845 086	147 052	15 777	1 138 290	33 810
1961	61 973	19 396 939	439 111	18 006	8 058 743	231 949	23 247	8 535 018	159 156	14 867	1 255 514	34 842
1962	62 418	21 875 616	489 476	17 593	9 064 809	257 213	23 154	9 879 263	177 462	15 163	1 405 006	39 550
1964	63 203	24 766 234	563 549	17 768	10 160 550	294 593	22 770	11 156 466	202 623	15 551	1 747 210	47 612
1966	63 599	28 977 357	664 288	17 682	11 863 790	338 440	21 904	13 045 212	236 571	16 602	2 075 110	59 181
1968	60 145	28 686 953	397 066	16 906	11 286 700	174 942	20 645	13 363 696	87 968	15 137	1 974 447	74 763
1970	60 533	37 065 228	618 612	16 913	14 725 800	275 596	19 792	17 047 566	169 937	15 470	2 570 693	96 152
1972	59 402	44 170 164	828 134	16 920	17 269 450	402 754	18 775	19 626 224	213 585	15 810	3 973 454	136 104
1974	57 216	52 462 950	882 765	16 406	19 815 246	406 961	17 518	23 660 867	231 324	15 771	5 037 062	165 143

1) einschließlich Unternehmen unter 8 000 DM Jahresumsatz (ab 1956 von der Voranmeldung befreit); dabei wurden die für 1955 ermittelten Werte für Unternehmen unter 8 000 DM Umsatz den Ergebnissen für 1956/57 hinzugerechnet
2) ohne Unternehmen unter 8 000 DM Jahresumsatz
3) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Baugewerbe (Wirtschaftsabteilungen 2 und 3)
4) Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht (Wirtschaftsabteilung 7)

Zur Methode

Die Umsatzsteuerstatistik wird aus Unterlagen der Finanzämter zusammengestellt. Für 1950 wurde die nach dem Veranlagungsbescheid zu zahlende Umsatzsteuer, ab 1954 nur die nach der Umsatzsteuervoranmeldung von den Unternehmen zu leistende Steuervorauszahlung eingesetzt, also ohne die Steuer der von einer Vorauszahlung befreiten Unternehmen, deren Bedeutung für die Ergebnisse der Statistik aber unerheblich ist. Erhebungseinheit ist das Unternehmen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Danach ist Unternehmer, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt. Die Umsätze von Zweigniederlassungen oder Zweigbetrieben (Filialen) sind als Umsätze des einheitlichen Unternehmens von diesem zu versteuern (bis 1958 bestanden bestimmte Einschränkungen). Umsätze von Landwirten wurden bis einschließlich 1955 zur Umsatzsteuer herangezogen. Soweit Landwirte buchführungspflichtig waren, wurden sie wie die übrigen Steuerpflichtigen behandelt; der Rest wurde nach Durchschnittssätzen besteuert. Ab 1956 sind landwirtschaftliche Umsätze steuerfrei.

Umsätze sind alle Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens. In den Jahren 1950 bis einschließlich 1955 wurden nur Lieferungen und Leistungen im Inland, einschließlich Eigenverbrauch als Umsatz gerechnet. Die der Ausgleichsteuer unterliegende Einfuhr von Gegenständen in das Inland und die nicht steuerbaren Umsätze (Umsätze im Ausland, in Freihafengebieten, auf hoher See u. a.) sind nicht in den Umsatzzahlen enthalten. Von 1956 bis einschließlich 1966 sind sämtliche Einnahmen aus Lieferungen und Leistungen einschließlich der steuerfreien und der nichtsteuerbaren Umsätze sowie der Eigenverbrauch, ohne Ausgleichsteuer und ohne steuerfreie Bank- und Versicherungsumsätze, ab 1. 4. 1958 auch ohne Innenumsätze von Organschaften, als Umsatz erfaßt (Gesamtumsatz). Ab 1968 ist der "steuerbare Umsatz" eingesetzt, das sind sämtliche Einnahmen, die als Entgelt für Lieferungen und Leistungen erzielt werden, einschließlich steuerfreier Umsätze und Eigenverbrauch, aber ohne nichtsteuerbare Umsätze, ohne steuerfreie Bank- und Versicherungsumsätze und in der Regel ohne im Umsatz enthaltene Umsatzsteuer.

Der allgemeine Steuersatz war 1950 drei und 1954 bis 1966 vier Prozent des vollen Umsatzwertes; 1968 betrug er bis zum 30. Juni zehn und ab 1. Juli 1968 elf Prozent des Mehrwertes. Für bestimmte Unternehmer-, Wirtschafts- oder Warengruppen gab es Sonderregelungen. Die drei dargestellten Wirtschaftsbereiche sind nach der ab 1961 gültigen Systematik der Wirtschaftszweige (Grundsystematik) zusammengesetzt.

Lohnsteuer

Sowohl die Steuerfälle als auch der Bruttolohn und die Lohnsteuer haben im Berichtszeitraum stetig zugenommen. Die Entwicklung verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Steuerfälle um die Hälfte zunahm, ist der Bruttolohn um über zwölfmal höher und die Lohnsteuer um über fünfzigmal höher als vor 24 Jahren. Dabei wird der Zuwachs der Steuerfälle noch durch den unterschiedlichen, aber ständig steigenden Erfassungsgrad beeinflußt. Der Anteil der an die Finanzämter zurückgegebenen Lohnsteuerkarten lag 1950 unter 80 % und dürfte heute über 90 % ausmachen. Die Zuwachsrate bei den Steuerfällen ist also entsprechend niedriger.

Der Bruttolohn der in der Lohnsteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen stieg zwischen 1950 und 1974 von 1,5 Mrd. DM auf über 19 Mrd. DM an. Auf einen Steuerfall umgerechnet ergibt das für 1950 knapp 2 300 DM und 1974 fast 19 000 DM. Der durchschnittliche Bruttolohn hat sich also verachtfacht. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß 1950 gerade 1 000 Fälle (0,15 %) einen Bruttolohn von über 12 000 DM auswiesen, während es 1974 über zwei Drittel der Steuerfälle gewesen sind.

Noch kräftiger stieg jedoch die Lohnsteuer an. Im Jahre 1950 wurden 54 Mill. DM erfaßt und 1974 über 2,7 Mrd. DM. Vor 24 Jahren zahlte ein Steuerfall im Durchschnitt 80 DM und heute sind es 2 750 DM, also fünfunddreißigmal mehr. Die Steuerbelastung (Lohnsteuer in % des Bruttolohns) stieg damit von 3,5 % auf 14,6 %. Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen des progressiven Steuertarifs. Immer mehr Steuerpflichtige wachsen aus der proportionalen Steuerzone heraus und ihr Bruttolohn wird progressiv besteuert. Die mehrmaligen Steuerrechtsänderungen haben diese Entwicklung nicht gestoppt sondern nur etwas abgebremst. Es bleibt abzuwarten, ob die Steuerreform von 1975 eine größere Wirkung hat oder ob die für 1977 durchzuführende Lohnsteuerstatistik zeigen wird, daß sie schon wieder von der Einkommensentwicklung überholt worden ist.

Jahr	Steuerfälle			Bruttolohn		Lohnsteuer		Steuerbelastung (Lohnsteuer in % des Bruttolohnes)
	Anzahl	darunter mit einem Bruttolohn unter 12 000 DM in %	1950 = 100	1 000 DM	1950 = 100	1 000 DM	1950 = 100	
1950[1]	674 850	100	100	1 528 781	100	54 267	100	3,5
1955	725 963	99	108	2 683 745	176	127 247	234	4,7
1957	773 816	98	115	3 283 461	215	149 334	275	4,5
1961	860 800	94	128	5 095 532	333	332 820	613	6,5
1965	923 861	81	137	7 542 051	493	574 449	1 059	7,6
1968	900 465	52	133	8 644 710	565	739 361	1 362	8,6
1971	955 602	43	142	13 309 274	871	1 565 667	2 885	11,8
1974	1 012 262	32	150	19 102 628	1 250	2 783 275	5 129	14,6

1) einschließlich 13 725 bei der Einkommensteuer veranlagte Arbeitnehmer mit Einkünften aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 61 869 000 DM und Lohnsteuerabzügen in Höhe von 6 815 000 DM

Zur Methode

Lohnsteuerpflichtig sind alle in abhängiger Stellung beschäftigten Erwerbstätigen (Arbeitnehmer), alle Versorgungsempfänger (Pensionäre usw.) sowie die Bezieher einer Firmen- bzw. Betriebsrente, unabhängig davon, ob ein Lohnsteuerabzug vorgenommen wird. In die Lohnsteuerstatistik einbezogen werden im allgemeinen die Personen, für die eine Lohnsteuerkarte ausgestellt wurde und die am 20. 9. des Vorjahres ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten. Zur Auswertung kommen aber nur die von diesen Steuerpflichtigen bzw. ihren Arbeitgebern an die Finanzämter zurückfließenden Lohnsteuerkarten. Da jedoch regelmäßig Lohnsteuerkarten zurückgehalten werden, ist die Lohnsteuerstatistik unvollständig. Untersuchungen haben aber ergeben, daß vor allem nicht regelmäßig beschäftigt gewesene Arbeitnehmer mit geringem Jahresbruttolohn und durchweg ohne Steuerabzug ihre Karte behalten, so daß ihr Fehlen sich zwar zahlenmäßig bemerkbar macht, die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik aber kaum beeinträchtigt.

Bis einschließlich 1965 wurden die Lohnsteuerkarten nach Auswertung bei den Finanzämtern dem Statistischen Landesamt zur Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik überlassen. Mit einer Mechanisierung der Berechnung des Lohnsteuerjahresausgleichs (Maschineller Lohnsteuerjahresausgleich) ergab sich die Möglichkeit, schon maschinengerechtes Material bei der Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik zu verwenden. So werden ab 1968 die Daten für die Lohnsteuerpflichtigen mit maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich auf Magnetbändern zur Verfügung gestellt, für die übrigen Steuerpflichtigen werden wie zuvor die Lohnsteuerkarten zur manuellen Auswertung überlassen.

Die Anzahl der Steuerfälle (bis einschließlich 1965 "Steuerpflichtige") entspricht der Zahl der Personen mit ausgewerteten Lohnsteuerkarten, unabhängig davon, ob Lohnsteuer erhoben wurde (Steuerbelastete) oder nicht zu zahlen war (Nichtsteuerbelastete). Zweite und weitere Lohnsteuerkarten werden nicht gesondert ausgewertet. Die Beträge aus allen Lohnsteuerkarten für eine Person werden zusammengefaßt und mit der Karte mit der niedrigsten Steuerklasse aufbereitet.

Ab 1968 werden Ehegatten, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben - entsprechend der Regelung bei der Einkommensteuer - als ein Steuerpflichtiger aber als zwei Steuerfälle gezählt. Bruttolohn sind alle Einnahmen aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis, wie sie ohne jeden Abzug in der Lohnsteuerkarte eingetragen sind. 1971 und 1974 sind "Vermögenswirksame Leistungen" im Bruttolohn enthalten. Als Lohnsteuer ist die jeweils tatsächlich gezahlte Lohnsteuer (reine Steuerlast) unter Berücksichtigung der evtl. im Lohnsteuerjahresausgleich erstatteten oder verrechneten Lohnsteuer nachgewiesen. Eine evtl. einbehaltene Ergänzungsabgabe nach dem Ergänzungsabgabegesetz ist von der Lohnsteuerstatistik nicht erfaßt worden.

Die Aufbereitung des umfangreichen Materials erfolgt, solange nur Lohnsteuerkarten auszuwerten waren, nach bundeseinheitlichen Richtlinien repräsentativ. Ab 1968 werden die Fälle mit maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich (Magnetbänder) total und der Rest (Lohnsteuerkarten) repräsentativ aufbereitet.

Öffentliche Verschuldung

Die Schulden des Landes sind im Berichtszeitraum nahezu kontinuierlich angestiegen. Im Jahre 1950 beliefen sie sich auf 591 Mill. DM und 1976 auf 6,2 Mrd. DM. Sie sind also über zehnmal höher als vor 26 Jahren. Diese kräftige Zunahme darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern muß in Zusammenhang mit der gesamten Haushaltsentwicklung gesehen werden. So sind beispielsweise die Steuereinnahmen des Landes in dieser Zeitspanne von 182 Mill. DM auf 3,3 Mrd. DM angestiegen. Sie sind also siebzehnmal höher als 1950. In DM je Einwohner umgerechnet machte die Verschuldung damals 233 DM aus und heute 2 411 DM. Während die Altschulden sich halbierten, sind die Neuschulden 1976 dreiunddreißigmal höher als 1950. Noch kräftiger sind die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln angestiegen. Im Jahre 1950 entfielen auf diese Schuldenart 37 Mill. DM und 1976 sind es 4,7 Mrd. DM, also einhundertachtundzwanzigmal mehr. Der Anteil der neu aufgenommenen Kreditmarktmittel an der Gesamtverschuldung erhöhte sich von 6 % auf 76 %. Das Land war also anfangs bedeutend höher bei Verwaltungen (Bund, Lastenausgleichsfond, ERP-Sondervermögen und andere Bundesländer) verschuldet als heute.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände ist und war nie so hoch wie der des Landes. Er ist aber viel stärker angestiegen. Im Jahre 1950 waren die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 48 Mill. DM verschuldet und 1976 mit 3,1 Mrd. DM. Ihre Schulden sind also vierundsechzigmal höher als vor 26 Jahren. Auch hier kann ein Vergleich mit den Steuereinnahmen den Anstieg in die richtige Dimension rücken. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind nämlich in dieser Zeitspanne von 117 Mill. DM auf 1,3 Mrd. DM angestiegen. In DM je Einwohner ausgedrückt beliefen sich die Schulden der Kommunen 1950 auf 19 DM und 1976 auf 1 187 DM. Die Altschulden, die 1950 noch ein Viertel ausmachten, sind heute unbedeutend. Wie beim Land hat sich der Anteil der neu aufgenommenen Kreditmarktmittel an der Gesamtverschuldung kräftig erhöht. Vor 26 Jahren stellten sie ein Sechstel der Schulden und heute sind es Dreiviertel. Die Schulden bei Verwaltungen haben also deutlich an Gewicht verloren.

Stand	Schulden des Landes						Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände					
	insgesamt			Altschulden	Neuschulden		insgesamt			Altschulden	Neuschulden	
					zusammen	darunter aus Kreditmarktmitteln					zusammen	darunter aus Kreditmarktmitteln
	1 000 DM	DM je Einw.	1950 = 100	1 000 DM			1 000 DM	DM je Einw.	1950 = 100	1 000 DM		
31. 3.												
1950	591 365	233	100	409 933	181 432	36 980	47 617	19	100	11 107	36 510	7 980
1951	779 790	316	132	412 318	367 472	23 247	83 767	34	176	9 236	74 531	22 944
1952	837 626	348	142	421 732	415 894	24 601	112 484	47	236	8 513	103 971	30 550
1953	1 068 754	460	181	432 074	636 679	15 451	149 991	65	315	8 343	141 648	45 556
1954	1 232 409	540	208	428 653	803 755	50 000	195 182	85	410	5 824	189 358	70 032
1955	1 342 184	595	227	433 887	908 297	60 000	255 692	113	537	4 910	250 782	85 890
1956	1 453 848	646	246	424 657	1 029 191	59 975	302 373	134	635	4 014	298 359	118 558
1957	1 517 528	671	257	421 488	1 096 040	101 667	358 808	159	754	3 634	355 175	160 056
1958	1 481 971	652	251	295 830	1 186 141	134 884	432 897	190	909	3 226	429 671	214 966
1959	1 630 685	713	276	290 622	1 340 064	185 543	500 360	219	1 051	2 921	497 439	264 266
1960	1 762 596	765	298	287 300	1 475 296	235 260	564 338	245	1 185	2 750	561 588	325 120
31.12.												
1960	1 830 283	794	310	282 737	1 547 546	264 005	619 540	269	1 301	2 582	616 958	371 383
1961	1 801 542	775	305	278 406	1 523 136	257 715	714 217	307	1 500	2 317	711 900	448 465
1962	1 786 534	764	302	273 770	1 512 763	229 653	810 868	347	1 703	2 065	808 803	523 019
1963	1 816 015	771	307	270 370	1 545 644	228 614	941 957	400	1 978	1 706	940 251	634 213
1964	1 884 443	793	319	265 910	1 618 533	308 987	1 090 296	459	2 290	1 491	1 088 806	757 124
1965	2 068 350	861	350	265 031	1 803 319	493 796	1 241 369	517	2 607	1 313	1 240 056	888 764
1966	2 211 229	911	374	261 221	1 950 008	640 284	1 324 586	546	2 782	1 140	1 323 446	972 211
1967	2 392 626	978	405	256 948	2 135 678	855 996	1 429 814	584	3 003	1 010	1 428 804	1 074 939
1968	2 613 830	1 059	442	252 379	2 361 451	1 090 125	1 461 480	592	3 069	870	1 460 610	1 092 689
1969	2 676 637	1 076	453	245 819	2 430 818	1 186 511	1 580 764	635	3 320	772	1 579 992	1 103 869
1970	2 853 573	1 137	483	238 778	2 614 795	1 395 673	1 734 848	691	3 643	574	1 734 274	1 212 302
1971	3 057 262	1 202	517	233 828	2 823 435	1 645 156	1 992 580	783	4 185	486	1 992 094	1 431 318
1972	3 554 470	1 386	601	228 861	3 325 609	2 181 197	2 286 799	892	4 802	418	2 286 381	1 678 072
1973	3 843 407	1 490	650	223 787	3 619 619	2 484 845	2 562 248	993	5 381	372	2 561 876	1 927 570
1974	4 292 869	1 661	726	218 631	4 074 239	2 757 349	2 779 487	1 076	5 837	.	.	2 017 014
1975	5 308 020	2 055	898	214 181	5 093 839	3 784 247	2 947 257	1 141	6 190	.	.	2 174 016
1976	6 227 556	2 411	1 053	208 383	6 019 173	4 719 537	3 066 481	1 187	6 440	.	.	2 279 566

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L III 1 (Schulden)

Zur Methode

Als Schulden werden hier fundierte Inlandschulden ausgewiesen. Es sind also weder die Auslandschulden noch die Kassenkredite oder innere Darlehen und Zahlungsrückstände enthalten. Die Schulden der Eigenbetriebe, die ab 1974 nicht mehr zum Gemeindehaushalt gehören, sind dennoch aus Vergleichsgründen einbezogen worden. Unter Altschulden sind solche Schulden zu verstehen, die vor dem 20. 6. 1948 (Währungsreform) aufgenommen worden sind. Für die Gemeinden und die Gemeindeverbände werden sie seit 1974 nicht mehr getrennt ausgewiesen, sondern mit den Neuschulden zusammengefaßt. Bei den Kreditmarktmitteln handelt es sich um solche "im engeren Sinne", wie sie seit 1974 definiert werden. Die Kredite von Sozialversicherungsträgern sind also nicht enthalten. Die Ergebnisse der vorangegangenen Jahre wurden entsprechend angepaßt. Der Schuldenstand wird am jeweiligen Ende des Haushaltsjahres (bis 1960 = 31. 3., danach 31. 12.) erfaßt. Im Umstellungsjahr 1960 wurden deshalb zwei Erhebungen durchgeführt.

ERLÄUTERUNGEN

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

— = Zahlenwert genau Null
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
... = Zahlenwert noch nicht bekannt